

Hinausschieben von Schullaufbahnentscheidungen auf das vierzehnte Lebensjahr können nur von Vorteil sein. Daher werden wir alles unternehmen, damit die positiven Schulversuche ehest allen Kindern unseres Landes auch zugute kommen werden. (Allgemeiner Beifall.)

Abschließend noch ein Gedanke: Das Land Steiermark baut für die Landesbediensteten Wohnungen, die BUWOG baut diese für die Bundesbediensteten. Derzeit werden Landeslehrer weder bei Bauten für Landesbedienstete noch bei Bauten der BUWOG berücksichtigt. Es müssen daher Überlegungen angestellt werden, ob nicht zumindest auf einer Seite auch die Landeslehrer ebenso Berücksichtigung finden können. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Der Herr Abgeordnete Kollmann hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Kollmann: Frau Präsident! Hohes Haus!

Im abgelaufenen Schuljahr 1979/80 haben 608 Berufsschullehrer in 1118 Jahres- oder Lehrgangsklassen, die sich in 26 Landesberufsschulen und sechs Bezirksberufsschulen befanden, nicht weniger als rund 35.000 Lehrlinge unterrichtet. Dazu kommen noch jene 1119 Lehrlinge, die in den sechs privaten Berufsschulen der verstaatlichten Industrie ausgebildet wurden. Zu diesem Themenbereich „Berufsschulwesen — Lehrlingswesen“ darf ich Sie, meine Damen und Herren, einige Sätze lang um Gehör bitten.

Vorweg eine erfreuliche Feststellung: Das steirische Berufsschulwesen ist bekanntermaßen Osterreichspitze und ein echtes Aushängeschild für die Bildungspolitik unseres Landes. Und wenn erst einmal die beiden letzten Landesberufsschulen in Knittelfeld und Lassing in Funktion treten werden, kann bei der gleichzeitigen Schließung der sechs Bezirksberufsschulen ein wirklich großartiges Aufbauwerk als abgeschlossen betrachtet werden. Ein Werk, das mit dem Namen Anton Peltzmann untrennbar verbunden ist und das nun von Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs fortgesetzt und abgeschlossen wird.

Auch wenn für das Budget 1981 aus Sparsamkeitsgründen einige Ansätze bescheidener als im Vorjahr ausgefallen sind, in der Gesamtsumme allerdings stehen die berufsbildenden Pflichtschulen doch mit 256 Millionen Schilling gegenüber 239 Millionen Schilling im heurigen Jahr auf der Ausgabenseite des ordentlichen Landeshaushaltes zu Buche, während sich die Einnahmen lediglich um 7,7 Millionen Schilling erhöhen werden. Es wird am Berufsschulsektor kein Rückwärtsgang eingelegt, sondern im gleichmäßigen Tempo weitergefahren. Die Voraussetzungen dafür wurden bereits in den letzten Jahren geschaffen. Das Berufsschulorganisationsgesetz aus dem Jahr 1964 und seine Novellierung im Jahr 1979 haben dazu geführt, daß die Steiermark — aufbauend auf das duale System des Zweiklanges von Meisterlehre einerseits und theoretischer und praktischer Ausbildung in den Landesberufsschulen andererseits — über das modernste Berufsschulwesen Österreichs ver-

fügt. Seit 1. Jänner 1980 ist das Land überdies auch Schulerhalter aller Grazer Berufsschulen und ab dem gleichen Zeitpunkt hat das Land auch jene Agenden übernommen, die bisher den Schulitzgemeinden zugewiesen waren.

Erfreulich darf ich eine Initiative von Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs vermerken, wonach beabsichtigt ist, jeder Berufsschule auch ein vertretbares Mindestmaß an Einrichtungen für die Sportausübung der Lehrlinge anzugliedern. Wer die Begeisterung der Jugend für den Sport kennt, weiß, was das für die Lehrlinge, die doch meist zwei Monate lang im Jahr in den Berufsschulen ihre Ausbildung genießen, bedeutet.

Zur Entwicklung der Lehrlingszahlen in der Steiermark selbst darf bemerkt werden, daß die Gesamtzahl der Lehrlinge am 31. Dezember des laufenden Jahres voraussichtlich mit 35.500 angenommen werden kann, also eine neue Höchstmarke erreichen wird. Das ist sicherlich auch ein Hauptverdienst der mittelständischen Wirtschaft.

Interessanter aber als die Gesamtlehrlingszahl ist vielleicht die Zahl jener Lehrlinge im ersten Lehrjahr zu Jahresende 1980. Sie allein ermöglicht nämlich eine Aussage über das Ausmaß der Einstellung der neuen Lehrlinge in diesem Jahr durch die steirischen Betriebe. So zeigt sich, daß dieser kleine Zuwachs von mehreren hundert Lehrlingen gegenüber dem 31. Dezember 1979 dadurch entsteht, daß eine leichte Steigerung der Lehrlingszahlen im Gewerbe und in der Industrie zu verzeichnen ist, während im Handel eigenartigerweise ein Absinken um 117 Lehrlinge gegeben sein wird. In diesem Zusammenhang ist allerdings auch zu berücksichtigen, und das wertet die neuen Zahlen noch mehr auf, daß der steirische Geburtenjahrgang 1965, aus dem die meisten neuen Lehrlinge bekanntlich stammen, etwas schwächer als jener des Jahres 1964 ist.

Diese positiven Aspekte, meine Damen und Herren, sollen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es nach wie vor Jugendliche gibt, die keine Lehrplätze erhalten konnten. Nicht alle von ihnen sind in den Zahlen der Arbeitsämter enthalten und auch eine andere Entwicklung darf — glaube ich — nicht unerwähnt bleiben. Im Ringen um eine Lehrstelle werden nicht allzuselten Jugendliche in Lehrberufe gedrängt, die sie gar nicht angestrebt haben und so kann es durchaus geschehen, daß Talente verkümmern, daß beispielsweise der geborene Koch zum Heizungsinstallateur wird und ähnliches. Sicherlich ist das nicht der Regelfall, aber um jedem Jugendlichen die Möglichkeit zu bieten, einen seinen Fähigkeiten angepaßten Lehrplatz zu erhalten, muß sicherlich noch mehr an Beratung geschehen, vor allem aber an Beratung der Eltern.

Ich möchte es, meine Damen und Herren, abschließend nicht versäumen, auf die mustergültige und für Österreich wirklich beispielgebende Zusammenarbeit aller mit dem Berufsschulwesen befaßten Stellen, vor allem aber der Stellen des Landes Steiermark, mit den Stellen der Kammer der gewerblichen Wirtschaft hinzuweisen. Diese Zusammenarbeit, meine Damen und Herren, liegt im Interesse

unseres Berufsnachwuchses und verdient den Dank dieses Hauses, den Dank an die Beamten, an die Berufsschullehrer und auch an die Lehrmeister und Ausbilder in den Betrieben.

Wie schon anfangs erwähnt, sieht das Budget für 1981 im ordentlichen Haushalt Ausgaben in der Höhe von mehr als einer viertel Milliarde Schilling vor. Wir können uns freuen, meine Damen und Herren, ich glaube, diese Mittel sind für unsere Jugend gut angelegt. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammerl. Ich erteile es ihm.

Abg. Hammerl: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Bereits im Vorjahr habe ich den enormen Rückgang der Budgetansätze für die Kindergartenbauförderung kritisiert und errechnet, daß bei der Förderungshöhe für das Jahr 1980 30 Jahre nicht ausreichen werden, um bei gleichbleibender Förderungshöhe die notwendige 70prozentige Bedarfsdeckung zu erreichen. Ich habe dabei das Jahr 1980 als ein verlorenes Jahr bezeichnet und ersucht, wenigstens im Budget 1981 entscheidende Verbesserungen für die Kindergartenbauförderung ins Auge zu fassen. Meine Damen und Herren, das Ergebnis läßt sich sehen! 1976 waren es noch 31 Millionen, im Vorjahr 10, und 1981 mit dem neuen Budget ist der absolute Tiefstand mit 8 Millionen Schilling Baukostenzuschuß erreicht worden. Meiner Meinung nach ist das die Bankrotterklärung für alle zeitlichen Vorstellungen des Kindergartenbaus, aber auch die Bankrotterklärung zum vielzitierten Modell Steiermark der ÖVP in dieser Frage.

Ich darf zurückerinnern an, das Jahr 1974, an die Debatten, die anlässlich der Beschlußfassung dieses Förderungsgesetzes hier gehalten wurden und erlaube mir, doch einige Zitierungen daraus vorzunehmen, damit man sehen kann, wie euphorisch man spricht, wenn man Gesetze beschließt, zu denen man ohnehin nur mit halbem Herzen steht, und was dann nach einem Ablauf von etlichen Jahren an tatsächlichen Zielvorstellungen verwirklicht wurde. (Abg. Dr. Eichinger: „Wir haben die Bundesregierung zu gut eingeschätzt!“) Ich zitiere den Herrn Abgeordneten Schaller, der also bei der Grundsatzfeststellung folgendes ausgeführt hat: „Der erste Grundsatz, der uns bewegt hat, ist die allgemeine Zugänglichkeit des Kindergartens durch genügend Kindergartenplätze. Wir haben unser Ziel im Modell Steiermark formuliert, für jedes fünfjährige Kind und für möglichst viele drei- bis vierjährige Kinder Kindergartenplätze in der Steiermark schaffen zu wollen. Derzeit haben wir für etwa 25 Prozent, das heißt für jedes vierte Kind in der Steiermark einen Kindergartenplatz.“ Dann zitiere ich die Frau Abgeordnete Jamnegg hier auszugsweise: „Lassen Sie mich einige wenige Ziffern nennen. Nach dem vom Land beziehungsweise von der zuständigen Abteilung erstellten Entwicklungsplan würden für den stufenweisen Ausbau des Kindergartenwesens in der Steiermark mit dem Ziel, in 10 Jahren Kindergartenplätze für die Hälfte aller Drei- bis Fünf-

jährigen zu schaffen — wobei ein Drittel des Fehlbestandes durch Neu- und zwei Drittel durch Umbauten gedeckt werden können — nach dem Baukostenindex 1973 rund 500 Millionen Schilling erforderlich sein.“ Meine Damen und Herren, schauen Sie einmal nach, wieviel an Beträgen inzwischen für diesen Zweck ausgegeben worden ist. (Abg. Jamnegg: „Sie wissen genau, wieviel geschehen ist!“) Ich zitiere weiter: Mit dem Kindergartenförderungsgesetz, das wir vorgelegt haben und das wir heute beschließen wollen, wird ein weiterer Schwerpunkt in unserer steirischen Landespolitik gesetzt und ein weiterer Schwerpunkt aus dem Modell Steiermark verwirklicht. Es hat viel Beifall bei der ÖVP gegeben, aber die Schwerpunkte sind in der Zwischenzeit sehr weit danebengegangen, das müssen wir einmal feststellen. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „131 Millionen Schilling!“) Insgesamt 131 Millionen in wieviel Jahren? (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Insgesamt 131 Millionen heuer!“)

Es geht um die reine Bauförderung. Man kann dazu nicht die Personalkosten hineinmengen. In Ihrem Ausbauplan mit 500 Millionen Schilling war nur von Baukosten die Rede. Nicht Äpfel und Erdäpfel vermischen wollen! So billig soll man es sich nicht machen. Das waren Ihre Feststellungen, Herr Kollege, und dabei bleiben wir, am Baukostenindex gemessen. Ich glaube, da sollten wir nicht darum herumreden. (Abg. Ing. Stoisser: „Das Personal kostet ja auch Geld!“) Nun, wo sind die Zielvorstellungen geblieben? (Abg. Dr. Maitz: „Ihr wolltet den Nulltarif!“) Man kann nichts wegdiskutieren, sondern muß nur die Fakten sehen, und diese versuche ich aufzuzeigen. Ich glaube, meine Damen und Herren, es gibt aus dem Dilemma nur einen Ausweg: Anstelle des jetzigen Förderungsbeitrages nach Augenmaß — so hat es so schön geheißt, Herr Landesrat, als wir eine Regellösung wollten — meinen wir, daß zweckmäßigerweise ein Pflichtbeitrag pro Bau einer Kindergartenanlage fixiert werden sollte, der sich natürlich auf die Einwohnergrößenordnung der Gemeinde bezieht. Gleichzeitig müßte dieser Pflichtbeitrag wieder in die Höhe der Kindergartenbauförderung des Jahres 1976 aufgestockt werden. Die Personalkosten erhöhen sich sowieso zwangsläufig. Aber mir geht es um den Kindergartenbauförderungsbeitrag, der müßte wieder in die Größenordnung von über 30 Millionen Schilling erhöht werden. Nur so kann ein längerfristiges Ausbaukonzept entstehen und — ich glaube, das ist sehr wesentlich — die Unterbringungsmöglichkeit für ausgebildete Kindergärtnerinnen gewährleistet werden.

Sie alle, meine Damen und Herren, wissen, daß es bereits jetzt für Kindergärtnerinnen sehr schwierig ist, in ihrem erlernten Beruf unterzukommen. In Kürze wird nun eine vierte Ausbildungsstätte für Kindergärtnerinnen in Mureck eröffnet. Das soll sicher nicht verhindert werden, aber ich glaube, daß man sich zeitgerecht Gedanken machen muß, wie diese Kindergärtnerinnen auch später entsprechende Arbeitsplätze finden können. Sonst ist das ja alles in der letzten Konsequenz irgendwie nutzlos. Diese Möglichkeit besteht aber sicher nur dann, wenn das Land — hier sind wir am Drücker — entsprechende

Mittel für den Bau weiterer Kindergärten zuführt. Vielleicht besteht noch eine weitere Chance in der Erweiterung der schulischen Ausbildung für Kindergärtnerinnen, wenn etwa diese Ausbildung von vier Jahren auf fünf Jahre erweitert wird, könnte die Ausbildung mit Maturaabschluß erfolgen, und es hätten die Kindergärtnerinnen weit größere Arbeitsmöglichkeiten als heute. Heute gibt diese Spezialausbildung, wenn man nicht im Beruf direkt unterkommt, praktisch nur die Möglichkeit zu einer Hilfstätigkeit als letzte Konsequenz im Arbeitsleben. Dafür sind vier Jahre Ausbildungskosten doch zu teuer, kommt mir vor.

Aber es gibt auch noch andere Fragen auf diesem Sektor. Die Hoffnungen auf ein neues Kindergarten- und Hortgesetz haben sich auch im Jahre 1980 leider nicht erfüllt.

Sie kennen die Entwürfe ja, die schon seit Jahren laufen. Es könnte sicher ein vernünftiges Gesetz werden, man muß sich ja nicht an dem ersten Entwurf festklammern. In einigen Fragen ist ja auch schon eine Entwicklung zum Besseren eingetreten. Vielleicht gibt es noch Erfolgchancen. Es wurden Parteiengespräche zu dieser Causa vereinbart. Vielleicht gibt es im Jahr 1981 eine Möglichkeit, solche Parteiengespräche auch tatsächlich zu führen.

Das Dienstrecht der Kindergärtnerinnen, auch eine offene Frage, schon mehrmals in den entsprechenden Ausschüssen behandelt, wäre in diesem Zusammenhang ebenfalls einer Beschlußfassung zuzuführen. Ich möchte mich bei Ihnen, meine Damen und Herren, bedanken, daß Sie unserer Resolution beigetreten sind und damit erstmals der Lösung dieser Frage im Rahmen bestehender Gemeindedienstrechte — also der Vernunftlösung, wie wir das bezeichnen haben — nun auch Ihre Zustimmung geben wollen.

Meine Damen und Herren, es besteht leider keine Möglichkeit, diese Budgetpost „Kindergartenbaufonds, Förderungsausgaben“ abzulehnen, obwohl wir das an sich alle tun müßten. Leider sind die Gegebenheiten nicht danach, aber vielleicht besteht eine Chance, im Jahre 1981 noch Umschichtungen zu tätigen. Ich sehe diese Chance aber nur, wenn sich allenfalls die Massenmedien dieser Frage einmal sehr ernst annehmen und durch ihre Möglichkeiten diese Umschichtungen vielleicht herbeiführen könnten. Ich glaube, daß die Lösung dieser Frage unser aller Anliegen sein muß. (Beifall bei der SPO.)

Präsident Zdarsky: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Aichhofer. Ich erteile es ihm.

Abg. Aichhofer: Frau Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Als Bürgermeister einer Gemeinde mit 1250 Einwohnern bin ich dem Hohen Landtag sehr dankbar, daß er im Jahre 1974 das Kindergartengesetz beschlossen hat. Denn es wäre sicherlich vielen Landgemeinden noch nicht möglich gewesen, einen Kindergarten zu errichten, viel weniger noch, ihn zu erhalten. Durch das Kindergartengesetz 1974 ist

es auch im ländlichen Raum möglich, Kindergärten zu installieren, und ich hoffe, in Zukunft auch zu erhalten. Ich bin glücklich, daß ich heuer im September den Kindergarten in Betrieb nehmen konnte.

Verehrte Damen und Herren, eine Landgemeinde hat ja viele Aufgaben für den Bürger zu erledigen, sei es die Straßenerhaltung, die Schneeräumung, seien es Schülerschutzwege, Beleuchtung und so weiter. Wenn man nur Wohnsitzgemeinde ist, wie meine Gemeinde, ist das sehr, sehr schwierig, denn die Wohnsitzgemeinde ist noch immer durch den Finanzausgleich benachteiligt.

Ich möchte Ihnen, sehr geehrter Herr Kollege Hammerl, sagen, daß in diesen Jahren sehr viel im Kindergartenwesen geschehen ist. Die Kindergärten sind von 279 auf 481 angewachsen, dazu noch 19 Erntekindergärten und fünf Bundeskindergärten. Es haben vom Jahre 1974 bis zum Jahre 1980 4215 Kleine mehr den Kindergarten besuchen können. Es sind auch 944 Kindergärtnerinnen beschäftigt. Ich glaube, damit ist sicherlich auch eine Arbeitsplatzsicherung verbunden. Bis zum Inkrafttreten des Kindergartenerweiterungsgesetzes 1974 wurde eine Bauförderung von 3.800.000 Schilling ausgegeben. Seit Inkrafttreten dieses Gesetzes wurden 173 öffentliche Kindergärten und 85 Privatkindergärten mit einer Gesamtsumme von 175.929.240 Schilling gefördert. Ich glaube, Herr Kollege Hammerl, das ist eine ganz schöne Summe, die auch zum Teil der heimischen Wirtschaft zugute gekommen ist. Für die Gemeinden ist besonders die Personalförderung von Bedeutung. Seit dem 1. Jänner 1974 wurden 314.361.680 Schilling für Personalförderung seitens des Landes Steiermark aufgewendet. Verehrte Damen und Herren, gerade diese Personalförderung erlaubt es ja den kleineren Gemeinden, einen Kindergarten zu installieren.

Verehrte Damen und Herren, auch die Familien sind im Gesetz nicht vergessen worden und es wurden 225.231.000 Schilling für Kindergartenbeihilfen seitens des Landes Steiermark ausbezahlt. Sie wollten ja damals den Nulltarif. Verehrte Damen und Herren, wo würde das Budget jetzt schon gelandet sein, wenn Ihre Vorstellungen praktisch Platz gegriffen hätten. Ich glaube, daß gerade der ländliche Raum dadurch benachteiligt gewesen wäre. Insgesamt wurden seit Inkrafttreten des Förderungsgesetzes 719.332.000 Schilling an Förderung — Bau, Personal und Beihilfen — ausbezahlt. Das sind Beträge, die den Gemeinden und ganz besonders aber den Familien zugute kommen.

Der Budgetansatz 1981 von 131.600.000 Schilling ist sehr gut angelegt, denn das Kostbarste, was wir haben, sind unsere Kinder.

Ich danke allen Verantwortlichen im Lande für dieses Verständnis, ich danke Ihnen, verehrte Damen und Herren, daß Sie damals den Entschluß gefaßt haben, dem Kindergartengesetz 1974 die Zustimmung zu erteilen, im Namen der Familien und im Namen der Kleinsten unseres Landes. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Erhart. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Erhart: Sehr geehrte Frau Präsident! Hoher Landtag!

Zur Gruppe 2 — Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft — gehört auch die außerschulische Jugendberziehung. Hier sind Ausgaben für Jugendherbergen, für Jugendheime, für die Jugendkulturarbeit und auch für die Aktivitäten des Landesjugendreferates vorgesehen. Diese Ausgaben wurden nun, und zwar vor allem was die Förderungen betrifft, sehr gewaltig gekürzt. Zu diesen Kürzungen, sehr verehrte Damen und Herren, muß ich nun einige Bemerkungen machen.

Wir haben heute früh der Tagespresse entnehmen können, daß gestern diese Kürzungen seitens der sozialistischen Jugendverbände sehr kritisiert wurden, und was nicht in der heutigen Zeitung gestanden ist, war auch der Protest — aber dieses Schreiben ist ja mittlerweile, glaube ich, allen Abgeordneten zugegangen — des Landesjugendbeirates. Ich brauche dieses Schreiben sicherlich nicht zu verlesen, vielleicht möchte ich nur einen kurzen Absatz zitieren. Hier wird vom Steierischen Landesjugendbeirat an die Mitglieder des Steiermärkischen Landtages und an die Mitglieder der Landesregierung geschrieben, daß seit dem Jahre 1977 die Förderungsmittel für die Jugend praktisch um 55 bis 65 Prozent gekürzt wurden. Es wird ausgesagt, daß gerade jetzt in dieser kritischen Situation unserer Gesellschaft — so ist es hier formuliert — in bezug auf Rauschgifthandel, steigenden Drogenkonsum, Jugendarbeitslosigkeit — bitte, das kann ich nicht unterschreiben, aber das sagt hier der Landesjugendbeirat aus — der Idealismus der Jugendverbände, der Jugendorganisationen auf jeden Fall zu schätzen ist und daß durch diese Budgetkürzungen diese Jugendberziehung, diese Jugendarbeit kraß abgewertet wird.

Es wird gebeten, daß zumindest in Zukunft hier wieder Mittel in höherem Maße vorgesehen werden, damit die Jugendverbände besser wirksam werden können. Das deckt sich mit den Aussagen der sozialistischen Verbände von gestern, und Sie werden sicher wissen, daß im Landesjugendbeirat die Mehrheitsverhältnisse anders sind, doch kommen wir zur gleichen Aussage, unterschrieben vom Vorsitzenden Josef Ortner. Sehen Sie, bei der Landtagssitzung vom 20. Oktober dieses Jahres haben die Abgeordneten Sponer, Dr. Horvatek, Zinkanell und ich einen Antrag zur Bekämpfung des Spielautomatenunwesens in der Steiermark eingebracht. In diesem Antrag werden Gesetzesänderungen verlangt, welche eine ständige Ausbreitung dieser sogenannten Spielhöhlen oder wenn Sie wollen, Spielautomatenhallen verhindern sollen. Diese Spielautomatenbetriebe wirken ja scheinbar wie ein Magnet auf unsere Jugendlichen, vor allem aber auf die schulpflichtigen Kinder. Nicht nur, daß der pädagogische Wert dieser Automatenspiele meiner Meinung nach gleich Null ist, so haben wir es hier auch damit zu tun, daß den Schulkindern das von den Eltern gegebene Taschengeld im wahrsten Sinne des Wortes aus der Tasche gezogen wird. Meine Damen und Herren, zu diesem Thema ließe sich viel sagen, doch wird dieser Antrag ja zur Behandlung kommen, und ich hoffe,

daß es dann gelingen wird, auch in der Steiermark — in anderen Bundesländern gibt es ja schon bessere Regelungen in dieser Richtung — dieser Landplage Herr zu werden. So sehr ich auch für derartige Beschränkungen und Einschränkungen bin, bin ich aber auch überzeugt, daß mit Verboten allein der Jugend sicherlich nicht geholfen werden kann. Im Gegenteil, verstärkte Maßnahmen, mehr Förderungen müßten Platz greifen, um die Jugendlichen vom billigen Spielkosum wegzubringen, der von einer Gruppe rein gewinnsüchtiger Automatenhersteller betrieben wird. Vor allem die vielen Jugendorganisationen in unserem Land hätten hier ein weites Betätigungsfeld. Ich bin sicher, daß unsere Jugendorganisationen sich auch sehr bemühen, ob es sich um religiöse Verbände handelt, ob um die Landjugend, die Gewerkschaftsjugend, ob um die Jugendgruppen der alpinen Vereine, ob es die Jugendorganisationen der politischen Parteien sind, ich bin überzeugt, daß sich alle bemühen, den Jugendlichen ein besseres Freizeitangebot zu bieten. Doch weiß man auch allgemein, daß die Jugendorganisationen eben unter akutem Geldmangel leiden. Vor allem sind es viele Jugendverbände, die finanziell nicht in der Lage sind, sich Jugendheime zu erbauen, ihre Jugendräume — falls vorhanden — der heutigen Zeit gemäß auszustatten, zu renovieren. Denn gäbe es mehr solcher Stätten der Begegnung für die Jugend, gäbe es mehr Heime der Jugendorganisationen, die den Jugendlichen ganztätig zur Verfügung stehen könnten, wo es Einrichtungen gäbe, meinetwegen vom Tischfußball bis zum Tischtennis, von der Bibliothek bis zur Diskothek, wo unter bewährter Führung eine kreative Freizeitgestaltung möglich wäre, ich glaube, dann würden die Spielhallenbesitzer sehr bald das Nachsehen haben. Doch scheint mir, daß auf diesem Gebiet bisher viel zu wenig getan wurde. Ich möchte sagen, schon bisher waren die Förderungsmittel des Landes zu gering. Was sind schon die 1,2 Millionen Schilling, die zum Beispiel im Vorjahr zur Errichtung beziehungsweise zum Aus- und Umbau von Jugendheimen ausgegeben wurden? 1,2 Millionen Schilling, das reicht nicht einmal zum Bau eines einzigen Jugendheimes in der Steiermark. Was ist ein Heim für das ganze Land? So habe ich aus dem Rechenschaftsbericht der Dienststellen für 1978 — ich wollte ja nachsehen im Rechenschaftsbericht 1979 und habe geglaubt, daß ich den irgendwo verlegt habe und habe mich erkundigt, aber der ist ja noch nicht herausgekommen, ich habe mich bei der Landesdruckerei interessiert, wann der kommen wird, da hat man mir gesagt, er wäre schon längst fertig, er ist eigentlich fertig; nur das Vorwort vom Herrn Landeshauptmann fehlt noch und deswegen kann er nicht ausgeliefert werden. Das ist der Grund, warum ich im Jahre 1978 nachschauen mußte. Aus diesem Rechenschaftsbericht der Dienststellen geht hervor, daß in diesem Jahr 335 Jugendheimansuchen da waren, also Ansuchen für Mittel zum Ausbau, zur Umgestaltung oder überhaupt zum Neubau. Für diese 335 Jugendheime wurde auch eine Förderung gegeben, nämlich der Betrag von 1,2 Millionen Schilling. Ich darf Ihnen vorrechnen, es ist einfach, es kommt eine durchschnittliche Förderung

von 4000 Schilling für jeden Förderungswerber heraus. Was man mit 4000 Schilling tun kann? Bestensfalls reicht das für einen Tisch und drei Sessel und sie müssen dabei schon sehr billig sein. Doch diese Förderungspost, die ohnehin nur noch eine Höhe von 1,2 Millionen im letzten Jahr hatte, wurde nun, sage und schreibe, auf 900.000 Schilling gekürzt. Das ist eine Kürzung von 28 Prozent. Vielleicht ist hier der Gedanke Pate gestanden, daß man sich sagt, wenn man ohnehin schon so wenig geben kann, dann kürzen wir halt das Wenige auch noch.

Glauben Sie aber nicht, sehr verehrte Damen und Herren, daß dies die einzige radikale Kürzung ist, die die Jugendorganisationen trifft! Im Ansatz 2593, wo die Förderungsmaßnahmen der Jugendverbände zusammengefaßt sind, also jene Gelder, die die Jugendverbände aus diesem Topf bekommen können, gab es im Voranschlag 1980 noch einen Betrag von 2,3 Millionen Schilling, für 1981 sind es nur mehr 1,6 Millionen, ebenfalls eine Kürzung von über 27 Prozent, also mehr als ein Viertel hier, fast ein Drittel beim Jugendheimbau und dann will man erwarten, daß die Jugendorganisationen in Zukunft mehr leisten sollten, um unsere Jugend vor schädigenden Einflüssen zu bewahren. Ich frage, waren diese Kürzungen notwendig, waren sie in diesem Ausmaß notwendig? Wir wissen, daß die Förderungsmittel allgemein gekürzt werden mußten. Diese Frage richte ich an Sie, Herr Landesrat Prof. Jungwirth: Hätten Sie als zuständiger Referent, wenn schon bei allen Gruppen Kürzungen der Förderungsmittel notwendig waren, innerhalb Ihrer Zuständigkeit nicht für eine gerechtere Aufteilung der Kürzungsprozentsätze sorgen können? Wieso geht das in der Gruppe 4, der sozialen Wohlfahrt? Auch hier sind Mittel für die Jugendhilfe vorgesehen, auch hier mußte gekürzt werden, doch macht hier die Kürzung, Gott sei Dank, nur 2,2 Prozent aus. In der Gruppe 2 ist es aber so, daß die Gesamtausgaben des Landesjugendreferates zwar nur eine Kürzung von 4,6 Prozent erfahren haben, daß aber manche Posten darinnen, so zum Beispiel die Post „Arbeitsbehelfe und Ehrenpreise“, eine Erhöhung von sogar 48 Prozent oder die Post „Sonstige Verbrauchsgüter“ eine Erhöhung von 85 Prozent bekamen, aber bei den Förderungsmitteln der Jugend, vor allem der Organisationen, mußten Streichungen von fast einem Drittel in Kauf genommen werden. (Abg. Dr. Heidinger: „Herr Landesrat, damit haben Sie jetzt aber keine Freude!“)

Wie dem auch sei, wertere Damen und Herren, ich glaube — und das ist im Ernst gesagt, werter Herr Kollege —, in diesen Fragen müßten wir zu einem gewaltigen Umdenken kommen, wenn wir wollen, daß es in Zukunft wirksamere Aktivitäten zum Wohle und zum Schutze der steirischen Jugend gibt. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schwab. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schwab: Frau Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben heute vormittag im Rahmen der normalen Tagesordnung den Grundankauf zur Errichtung einer Schihandlungsschule in Schladming beschlossen. Ich möchte dazu, auch im Rahmen dieser Gruppe 2, festhalten, daß das eine höchst notwendige, großartige und positive Sache werden wird. Höchst notwendig aus dem Grund, weil die Schihandlungsschüler zur Zeit wohl im Landesschülerheim in Schladming im Internat untergebracht sind, aber der Schulbetrieb sich im uralten und fast nicht mehr zumutbaren Klostergebäude durchgeführt werden muß. Eine großartige und positive Sache vor allem auch deshalb, weil aus dieser Schihandlungsschule in Schladming bereits großartige, ja, ich möchte sagen Weltklasseläufer hervorgegangen sind und den Namen unserer Steiermark und damit Österreichs in die Welt hinausgetragen haben. Ich nenne nur Peter Wirnsberger, Lea Sölkner oder Regina Sackl. Zur Zeit, ich kenne die Situation oben sehr gut, befinden sich ebenfalls sehr talentierte und hoffnungsvolle Mädchen und Burschen, auch aus anderen Bundesländern, in dieser Schihandlungsschule, die auch — und das ist ja nicht immer der Fall — als Menschen sehr in Ordnung sind. Einige der bekannteren Namen, wenn ich wieder bei der Steiermark beginne: Sissi Kraml, Irene Buder oder Hannes Thonhofer.

Sehr geehrte Damen und Herren, gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang aber auch, daß ich mit aller Deutlichkeit eines klarstelle: Und zwar bin ich nicht ganz mit dem einverstanden, was der Herr Kollege Dr. Horvatek in seiner Generalrede am heutigen Vormittag gesagt hat. Er hat erwähnt, daß der Bund ohnehin für die Schaffung von Arbeitsplätzen sehr viel täte und daß wir — damit hat er die ÖVP-Mandatäre gemeint — die Privatinitiative der Unternehmer und Gewerbetreibenden nicht so sehr herausstellen sollten. Zur Situation in unserer Region will ich sagen, das ich das aber genau und sehr bewußt tun möchte. Durch den gewaltigen Einsatz unserer Menschen in der Dachstein-Tauern-Region, durch viel Opfer- und Risikobereitschaft war es letztlich erst möglich, die Grundvoraussetzung — und das will ich hier auch klarstellen — für die Durchführung der Alpinen Schiweltmeisterschaften 1982 zu schaffen. Das muß man, glaube ich, in aller Deutlichkeit sagen. (Allgemeiner Beifall.) Ich will, bitte, wirklich nicht polemisieren, aber ich möchte festhalten, daß der Bund wahrscheinlich nicht in der Lage gewesen wäre, dort einen Betrieb, eine Industrie oder eine Fabrik hinzustellen, die in dem Ausmaß, wie wir es mit dem Fremdenverkehr selbst geschaffen haben, Arbeitsplätze anbieten und sichern würden. Gerade diese Privatinitiative ist es, die wirklich die Basis und das Fundament geschaffen hat. (Abg. Kohlhammer: „Das Geld wird auch gebraucht!“) Das Geld und die Hilfe brauchen wir selbstverständlich — das gebe ich gerne zu —, auch die Mittel des Bundes, die aber leider nicht in dem Ausmaß geflossen sind, wie wir uns das erwartet haben. Wir nehmen aber alles sehr dankbar zur Kenntnis, auch den großen Beitrag von seiten des Landes.

Sehr geehrte Damen und Herren, eines auch zu dem Bereich der außerschulischen Jugendarbeit: Ich stimme zum Teil in manchen Punkten mit dem Herrn Kollegen Erhart überein, und zwar ist es Aufgabe des Landesjugendreferates, in besonderer Weise auf die außerschulische Jugendziehung Bedacht zu nehmen. Diese umfaßt sicherlich eine möglichst weitgestreute Jugendarbeit und eine Hinführung zu sinnvoller und schöpferischer Freizeitgestaltung. Dazu gehören Bildungsveranstaltungen und Schulungen genauso wie die Wettbewerbe fachlicher und allgemeinbildender Natur, der Sport genauso wie die kulturelle Betätigung, das Laienspiel zum Beispiel und das Brauchtum, auch die freiwillige Sozialarbeit, die Diskussionen und nicht zuletzt auch der internationale Jugendaustausch. Ziel dieser Arbeit — und das will ich besonders herausstreichen — muß der wachsame, kritische und dynamische junge Mensch sein, der offen seine Meinung äußert und der sich auch zu behaupten versteht. Ich komme selbst aus einer solchen Jugendorganisation, und wir haben unwahrscheinlich viel in dieser Richtung getan, wir haben auch auf die charakterliche Formung des jungen Menschen Wert gelegt. Es geht darum, daß er in die Lage versetzt wird, sein eigenes Leben zu leben und sich nicht nur treiben zu lassen. Es geht auch darum, im Rahmen gerade dieser außerschulischen Jugendarbeit, quer durch alle Organisationen, einen eigenen Standort zu entwickeln und den jungen Menschen eine geistige Heimat zu bieten.

Eines, sehr geehrte Damen und Herren, will ich auch noch sehr klar herausstreichen: Wir als Jugend haben ein ungemein reiches, geistiges und kulturelles Erbe zu übernehmen, und wo es notwendig ist auch zu verändern und zu verteidigen, in einer Welt, wo es den Anschein hat, daß ein seelenloser und von verschiedenen Seiten ideologischer Materialismus oberstes Gesetz zu werden droht. Wir erleben in vielen Bereichen der Gesellschaft Kälteerscheinungen, man meint, vieles verinstitutionalisieren zu müssen. Negative Entwicklungen — und das ist wieder die Aufgabe dieser außerschulischen Jugendarbeit — kann man verhindern, wenn man will, wenn man positive Zielvorstellungen entwickelt und diese auch konsequent anstrebt. Eine Neuorientierung unseres Lebens — und das ist aus vielen Schichten der Jugend spürbar — ist dringend notwendig. Werte, wie Glück und Zufriedenheit, kann nur der Einzelne in der Gemeinschaft erfahren, niemals die große Masse selbst. Es geht in diesem Bereich auch um einen Wiederaufbau und Wiederausbau der zwischenmenschlichen Beziehungen, es geht um eine Vermenschlichung des Staates und nicht um eine zunehmende Verstaatlichung des Menschen. (Allgemeiner Beifall.) Je mehr diese zwischenmenschlichen Beziehungen zurückgehen, umso mehr stürzen sich die Menschen in eine Art Ersatzbefriedigung durch verstärktes Konsumieren und Luxus. Die Leute haben letztlich immer mehr, wovon sie leben können, aber oft leider nichts mehr, wofür sie leben wollen. Seien wir ehrlich und denken wir nach, die leitenden Personen in vielen Betrieben — und ich hatte in der Jugendarbeit die Möglichkeit, des öfteren hier hineinzusehen —

gehen mehr mit der elektronischen Datenverarbeitung und mit dem Computer als mit den Mitarbeitern um.

Je mehr in Berufs- und Arbeitswelt rationalisiert wird, umso größer wird naturgemäß die Bedeutung der Freizeit und damit wieder die außerschulische Jugendarbeit für diese zwischenmenschlichen Beziehungen, für aktive Erholung, für den Sport, Wandern, Basteln und für das Reden miteinander. Eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist meiner Meinung nach das ständige Fragen und Suchen gerade der Jugendlichen nach neuen, haltbaren Erfüllungen. Das heißt auch, daß die Jugend den Mut haben muß, nach der eigenen Überzeugung zu leben, das heißt aber auch, daß sie auch Grenzen erkennen muß.

Ich möchte die Äußerung des Kollegen Erhart in dieser Spielautomatensache unterstreichen. Wir müssen uns wirklich in der Gemeinsamkeit bemühen, den Zutritt der Minderjährigen und der Kinder zu diesen Dingen zu verhindern. Eines zeigt die Entwicklung aber auch, daß außerschulische und offene Jugendarbeit ohne System, ohne Lenkmechanismus, ohne gute Führungskräfte nicht zielführend, nur von kurzer Dauer und an und für sich nicht möglich ist. Das ersehen wir sehr deutlich auch am Beispiel des Jugendzentrums Mürzzuschlag, welches leider — ich betone leider — nicht mehr zu halten war, nachdem die jungen Leute zur Gänze sich selbst überlassen wurden. Das Geld ist meiner Meinung nach bei diesen genannten Jugendzentren wirklich falsch angelegt. Es gibt sicherlich auch positive Beispiele. Falsch angelegt deshalb, weil sie, wenn sie nicht kontrolliert werden, auch Keimzellen für die Jugendkriminalität und sogar für die Drogenszene darstellen können.

Meine Anregung und meine Bitte wäre in dieser Hinsicht, investieren wir das in dem Bereich ohnehin spärlich vorhandene Geld in unsere Jugendorganisationen, weil es hier — ich bin überzeugt davon — sicherlich fruchtbringend angelegt ist. Wenn wir uns dadurch die Rehabilitierung eines drogenabhängigen Jugendlichen ersparen, so können wir zwei Millionen Schilling, so hoch kommt nämlich diese Rehabilitierung, den Jugendorganisationen und ihren Einrichtungen zur Verfügung stellen. Wesentlich dabei ist, daß wir die Jugend verstärkt einbinden in die Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse, daß wir ihr sinnvolle Aufgaben zuteilen und dadurch der Jugend auch das Gefühl des Gebrauchtwerdens vermitteln. (Allgemeiner Beifall.)

Ich bitte abschließend noch einmal: Tun wir als Land Steiermark das Möglichste für die Jugend, denn eine gut ausgebildete und auf dem Gebiet der Persönlichkeitsbildung starke Jugend ist ein ungemein wertvolles Kapital unseres Landes. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Ich unterbreche nun die Sitzung. Die Debatte wird um 19.35 Uhr wieder aufgenommen. (Unterbrechung der Sitzung: 19.05 Uhr.)

Präsident Feldgrill: Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. (Wiederaufnahme: 19.35 Uhr.)

Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammer. Ich erteile es ihm.

Abg. Hammer: Herr Präsident, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Es ist sicherlich strapaziös, sich nach einer so kurzen Pause wieder hinzusetzen und in den Budgetberatungen weiterzufahren, aber im gegenständlichen Kapitel ist auch das Kapitel Sport enthalten, und Sie gestatten mir, einige Gedanken zum Sport zu sagen. Je nach eigener Betrachtung oder Einstellung kann man Sport als etwas Schönes, Unterhaltendes, Interessantes, als Anstrengung, als etwas Gefährliches oder Gesundes betrachten. Ich persönlich neige zur Auffassung, daß Sport sicherlich ein notwendiger Ausgleich gegenüber den Belastungen durch Arbeit und Umwelteinflüsse ist. Darüber hinaus gibt er noch Gelegenheit, die eigene Persönlichkeit frei zu entfalten, das heißt auch eigene Zielvorstellungen zu verwirklichen und fördert die so wichtige Selbstfindung des Menschens. Sport dient aber auch im wesentlichen dazu, daß gewisse Aggressionen und Emotionen in friedlicher Art abgebaut werden. Sport ist sicherlich auch eine Motivation für unsere Jugend, und meine Vorredner haben dies betont, wie wichtig es ist, die Jugend von anderen Einflüssen wegzubringen. Ich glaube, hier kann der Sport sicherlich einen wesentlichen Beitrag als Ausgleich leisten.

Selbstverständlich kosten Sport und damit verbundene Sportanlagen auch Geld. So werden auch jährlich im steirischen Landesvoranschlag beträchtliche Mittel für das Kapitel Sport bereitgestellt. Sie reichen leider sicherlich nicht aus, um alle vorgebrachten Wünsche und Anliegen der sporttreibenden Verbände zu erfüllen. Es entfielen auf das Kapitel „Allgemeine Beiträge zur Sportförderung und Ausbau von Sportanlagen“ im Rechnungsabschluß 1979 18,548.765 Schilling. Der Voranschlag 1980 sieht Mittel in der Höhe von 37,825.000 Schilling vor und im Haushaltsansatz für 1981 wurden bedauerlicherweise Kürzungen um 10 Millionen Schilling vorgenommen und beträgt der Ansatz nur mehr 27,188.000 Schilling. Allein für die Förderung von Sportanlagen wurden im Rechnungsabschluß 1979 1,9 Millionen Schilling ausgegeben. Im Voranschlag 1981 sind nur noch 1,5 Millionen Schilling davon vorgesehen. Die Beiträge für Investitionen betragen im Rechnungsabschluß 1979 5,923.599,70 Schilling. Man kann jetzt noch nicht sagen, ob dieser Abschluß auch für das heurige Jahr möglich sein wird, doch ich bin sicher, denn die Wünsche der Sportverbände sind groß. Wenn man jetzt noch die Ansätze des außerordentlichen Haushaltes für die Errichtung von Turn- und Sportstätten dazunimmt, es waren beim Rechnungsabschluß 1975 5,130.000 Schilling, im Voranschlag 1980 5 Millionen und im Voranschlag 1981 nur mehr 4 Millionen Schilling, so darf ich doch sagen, daß all diese Mittel ja sicherlich auch einen wirtschaftlichen Effekt haben. Durch die allgemeine Budgetkürzung glaube ich auch, daß hier nicht der entsprechende Impuls für die Wirtschaft weitergegeben wird, sondern daß auch hier wieder eine Minimierung ein-

tritt, die sicherlich in der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung nicht sehr erfreulich ist.

Aber ganz allgemein gesehen kann man feststellen, daß gerade der Sport eine sehr wesentliche Auswirkung auf die Wirtschaft hat. Wenn der Herr Kollege Schwab gemeint hat, die Schladminger Vergabe oder die Vergabe der Weltmeisterschaft an Schladming war sicherlich sehr gut für diese Region, so glaube ich, diese Vergabe konnte ja nur deshalb erfolgen, weil der Bund die nötige Rückendeckung dafür gegeben hat, natürlich mit dem Land zusammen. Ich möchte die Leistungen des Landes ja überhaupt nicht in Abrede stellen. (Abg. Kanduth: „Die Schladminger haben die Voraussetzungen hierfür vorher geschaffen! Davon muß man auch reden!“) Das ist keineswegs eine Schmälerung der Leistungen der Schladminger, die sie dort für die Basisschaffung erbracht haben, aber ohne eine Rückendeckung können sie schaffen was sie wollen, das geht einfach nicht! Dafür sind eben finanzielle Mittel notwendig. Ich glaube, wir sollten uns nicht in Kleinkrämerei verlieren und den einen abwerten und den anderen aufwerten, sondern man soll die Dinge so darstellen, wie sie tatsächlich sind. Mein Glückwunsch gilt selbstverständlich den Schladminger auch.

Meine Damen und Herren, die wirtschaftlichen Einflüsse des Sportes haben aber auch eine umgekehrte Wirkung, und die Werbung wirkt wieder zurück. Es ist schwierig, in der Entwicklung von neuen Sportarten und Sportgeräten ein klares Bild zu finden. Ich weiß sehr wohl um die Werbewirksamkeit des Spitzensportes, der im speziellen Fall die Sportausrüstung wesentlich beeinflusst. Hier ist gerade der Spitzensport sehr führend und die Sportartikelindustrie richtet sich im wesentlichen nach diesem. Nur allzu häufig können die Erfordernisse, die für den normalen Sportler gebraucht werden, nicht erfüllt werden. Die breite Masse der Fitneß- und Bewegungssportler wird in der Auswahl für sie wichtiger Geräte und Ausrüstung meist hoffnungslos überfordert, denn jene Sporthilfsmittel, die für die Erreichung von Hoch- und Höchstleistungen unbedingt notwendig sind, können beim Normalverbraucher eher das Gegenteil bewirken. Falsche Ausrüstung führt sehr oft zu körperlichen Schädigungen beziehungsweise zur Eindämmung der Freude am Sport. Hier wird man sicherlich der Konsumentenberatung und Information durch die Arbeiterkammer, die auch hier wie auf anderen Gebieten beispielhafte Arbeit leistet, in Zukunft noch mehr Augenmerk schenken müssen, denn eines wollen wir ja sicher alle: Sport soll zur Freude und Gesundheit der Sporttreibenden ausgeübt werden. Es ist daher auch sehr wichtig, daß bereits im Kindesalter der natürliche Bewegungsablauf durch die spielerische Sportausübung gewährleistet ist. Die Schulärzte klagen allerdings allgemein, daß etwa 40 Prozent der Schuljugend bereits Haltungsschäden aufweisen und an Übergewicht leiden. Deshalb muß dem Schulsport in besonderem Maße als Bewegungssport größte Beachtung zuerkannt werden. Um hier auch wirklich zu positiven Ergebnissen zu kommen, bedarf es nicht nur gut ausgebildeter Turn- und Sportlehrer,

sondern es müssen auch die Eltern anspornend auf die Kinder einwirken und darauf bedacht sein, daß Sport ein wesentlicher Faktor für die Gesundheit unserer Kinder und der Jugend ist.

Es wäre natürlich auch bei den vielen Subventionen darauf Bedacht zu nehmen, daß familienfreundliche Tarife eingeführt werden, damit den kinderreichen Familien die Ausübung des Sportes mit Eintrittsgeldern leichter gemacht wird, daß man mehr Rücksicht darauf nimmt. Ich glaube, hier könnten wir sicherlich noch wirken, denn es ist nicht sehr leicht für eine Familie mit zwei oder drei Kindern, schifahren zu gehen. Die Liftkosten, die Hallenbadeintrittsgebühren und alle diese Dinge müßten noch etwas mehr familienfreundlich ausgerichtet werden. Sport allgemein gesehen ist ja wohl zweifelsfrei für die Erhaltung der Volksgesundheit anerkannt. Die Vielzahl der verschiedensten Sportarten läßt der freien Entscheidung über die Art der sportlichen Betätigung alles offen. Landesweit gibt es auch viele nachahmenswerte Vorbilder im Sport. Man findet immer wieder Steirer und Steirerinnen beziehungsweise steirische Klubs und Mannschaften in den Spitzenrängen des Sports. Die Jahreszeit drängt uns die Namen erfolgreicher Steirer geradezu auf. Ich denke hier an den alpinen Schisport, und zwar an die Damen Lea Sölkner, Regina Sackl und die Herren im OSV-Team Sepp Walcher, Peter Wirnsberger und den jungen Höflehner aus Haus im Ennstal. In den nordischen Disziplinen halten steirische Sportler nicht weniger als 17 österreichische Meistertitel, sicherlich angespornt durch die großartigen Leistungen von Reinhold Bachler, Willi Pürstl und des großartigen Sportlers, man könnte ihn wahrscheinlich als Sportler des Jahres bezeichnen, Hubert Neuper, des Silbermedaillengewinners bei der Olympiade und Siegers des Springerweltcups. Hier drängt natürlich auch eine Großzahl von jungen nordischen Sportlern nach. Große Erfolge haben derzeit die steirischen Mannschaften erkämpft. Derzeit führt die Mannschaft von VEW/KSV die Tabelle in der Eishockey-Bundesliga an, der ATSE Graz war ebenfalls bereits zweimal österreichischer Eishockeymeister. Im Fußball, der Volkssportdisziplin, erspielte sich die Mannschaft von Sturm Graz den Herbstmeistertitel in der Fußballbundesliga — (Unverständlicher Zwischenruf.) Bravo! Das sicherlich! — und der zweite Grazer Verein, GAK, liegt am dritten Platz, ebenfalls im vorderen Bereich.

Beispielgebend sind auch unsere Handballmannschaften, der ATSE hält hier punktgleich mit dem Erstplatzierten den zweiten Platz. Bärbach und Köflach haben sich wiederholt mit guten Leistungen und Plazierungen bemerkbar gemacht. Aus einer rasch zusammengestellten Liste von etwa 43 verschiedenen Sportarten gäbe es noch viele beispielhafte Leistungen aufzuzeigen. Zwei Personen verdienen sicherlich, auf Grund ihrer sportlichen Einmaligkeit noch besonders erwähnt zu werden: Es ist dies Magister Sepp Zeilbauer, der in der Königsdisziplin der Leichtathletik großartige Erfolge im Zehnkampf erreichen konnte, und die neueste Weltmeisterin bei den Damen, Frau Edith

Hrovat aus Leoben, die bei der Judo-WM so erfolgreich abgeschnitten hat.

In der Größe der Beteiligungszahlen der Sportausübenden müssen hier sicherlich der Langlauf, der Bergsport sowie der Seniorensport im allgemeinen noch erwähnt werden. Gerade der Langlauf und auch der Bergsport schaffen die Möglichkeit, abseits des großen Rummels das sportliche Erlebnis in der herrlichen Natur zu genießen. Allgemein bedauert wird hier jedoch von den alpinen Vereinen, die auf Grund ihrer Tätigkeit wesentliche Sportträger sind, daß die finanziellen Mittel für die Hüttenerhaltung nicht den notwendigen Erfordernissen entsprechen. Gerade hier müßte man neue Überlegungen anstellen, um nicht ein größeres Hüttensterben aufkommen zu lassen.

Sicherlich müßte man bei der Aufzählung der Sportarten auch noch die Eisstocksützen erwähnen und Tennis, das ja geradezu zu einem Volkssport geworden ist. Beim Tennis müßte man vielleicht auch eine Überlegung anstellen, ob es nicht notwendig wäre, hier ein Hallenkonzept zu erstellen, damit sich diese Hallen, die ja mit Beiträgen der öffentlichen Hand errichtet werden, nicht plötzlich irgendwo gegenseitig konkurrenzieren.

Eine interessante und sehr bemerkenswerte Entwicklung hat sich im Seniorensport herausgebildet. Hier sind die sportlichen Grundsätze ganz deutlich zu erkennen, daß der Sport zur Aufrechterhaltung der Gesundheit dient. Seelischer und körperlicher Aufbau sind hier sicherlich mit ein Faktor, um die Lebenserwartung der älteren Menschen noch zu steigern und ihrem Lebensinhalt die entsprechende Befriedigung zu geben.

Meine Damen und Herren, hinter all diesen sportlichen Tätigkeiten steht aber eine große Anzahl von Funktionären, die sich oft in freiwilligen und kostenlosen Einsätzen für die Sporttreibenden zur Verfügung stellen. All diesen Kampfrichtern, Sportwarten, Pistenbetreuern und unter welchem Titel immer diese Menschen sich der allgemeinen Sportausübung zur Verfügung stellen, möchte ich von dieser Stelle aus unseren herzlichsten Dank aussprechen. (Allgemeiner Beifall.)

Zwei Schwerpunkte, meine Damen und Herren, möchte ich aber noch herausstreichen. Dies sind der Versehrten- und Behindertensport und die Installierung eines nordischen Ausbildungszentrums in Eisenerz. Dieses wäre im Interesse des OSV, aber auch im Interesse der Chancengleichheit der Jugend als neue Ausbildungsform zu errichten. Auf dem schulischen Sektor — wir haben das heute ja bereits gehört — gibt es durch die Schihauptschule, Schihandelschule und das Schigymnasium für den sportlichen begabten Jugendlichen bereits ein sehr gutes Ausbildungsangebot. Allerdings haben jene jungen Sportler, die neben ihrer sportlichen Ausbildung auch noch einen handwerklichen Beruf erlernen möchten, kaum eine Möglichkeit dazu. In Eisenerz würden sich dafür bereits einige Voraussetzungen anbieten. Die nordischen Sportanlagen, wie Langlaufloipe, Sprungschanze, sind bereits vorhanden. Dazu würden noch das Hallenbad in Eisenerz und das Sportstadion für Aus-

bildungszwecke zur Verfügung stehen. Bis zur Errichtung eines entsprechenden Sportinternates wäre eine gute Übergangslösung für die Unterbringung dieser Sportlehrlinge vorhanden.

Die handwerkliche Ausbildung, die scheint mir sehr wesentlich zu sein für diese jungen Menschen, könnte in der Lehrwerkstätte der VOEST-Alpine erfolgen. Es bestünde die Möglichkeit, diese jungen Leute in 20 verschiedenen Lehrberufen auszubilden. Ich darf hier sicherlich noch anfügen, daß der Ausbildungsstand der Eisenerzer Lehrwerkstätte zu einem der höchsten in der Steiermark zählt. Das Problem liegt leider, wie in so vielen dieser Fragen, bei der Finanzierung der Ausbildungskosten. Hier geht mein Appell an Land und Bund, mitzuhelfen, daß diese Einrichtung, wie mir der Herr Präsident des Steirischen Schiverbandes Dr. Straub mitgeteilt hat, im Interesse der Jugendausbildung möglichst bald eingerichtet werden kann. Ich glaube, hier müssen wir Überlegungen anstellen, wie diese finanziellen Mittel zwischen Bund und Land, wahrscheinlich auf Vereinsbasis, aufgebracht werden können, damit dieser Gedanke, der scheinbar vom OSV auch sehr notwendig gebraucht wird, zur Realisierung kommt. Als sportliche Ausbilder stünden ja bekannte Leute wie Reinhold Bachler und Gerhard Niederhammer, die bereits in der Springerausbildung mit Erfolg tätig sind, sicherlich zur Verfügung.

Abschließend möchte ich noch auf den Versehrten-sport hinweisen. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie gerade beim Versehrten-sport um Ihre sehr geschätzte Aufmerksamkeit. Hier werden große Anstrengungen unternommen, weil die verantwortlichen Funktionäre und Ärzte die Auffassung gleichermaßen vertreten, daß gerade für den Versehrten die sportliche Tätigkeit eine große soziologische, kulturelle, bildende und medizinische Bedeutung hat. Das Jahr 1981 wurde von den Vereinten Nationen zum Jahr der Behinderten erklärt, und deshalb sollten auch wir Überlegungen anstellen, wie wir bessere Voraussetzungen für die Versehrten zur Sportausübung schaffen könnten. Man sollte alle öffentlichen Sportanlagen dahingehend überprüfen, wie sie geeignet sind, den Versehrten die Benützung dieser Anlagen und Einrichtungen ermöglichen zu können. Im Versehrten-sport gibt es nicht nur die Rehabilitation, sondern die sportliche Übung geht über Fitneßsport, Breitensport bis hin zum Leistungssport und trägt gerade für den Versehrten wesentlich zur Festigung des Selbstvertrauens bei. Auch hier gibt es viele beispielgebende Leistungen steirischer Versehrten-sportler, die bei der Versehrtenolympiade große Leistungen und Medaillen erzielt haben. Hier darf ich nur die Namen Konrad Reisner, Alois Karner, Franz Berner und den Herrn Griesbacher nennen. Gerade bei den Mehrfachbehinderten hat man genau erkannt, daß die sportliche Tätigkeit und die Sporttherapie für die Ausübung eines Berufes oder die Berufsausbildung ganz entscheidende Voraussetzungen sind.

Das Landesbehindertenzentrum ist richtungweisend auf diesem Gebiet des Behindertensportes. Es gibt hier zwei wesentliche Schwerpunkte: Zum ersten

die Reaktivierung der Restfunktionen geistiger und körperlicher Art und zweitens die Eingliederung dieser Behinderten in das Sportgeschehen, damit sie auch für den Beruf vorbereitet werden können. Es reicht auch hier die Palette vom Breitensport bis hin zum Spitzensport und auch bei internationalen Bewerben konnten diese Behinderten beachtenswerte Erfolge für die Steiermark erzielen. Derzeit wird in 10 Gruppen mit drei Neigungsgruppen gearbeitet und es ist erfreulich, daß in diesen Gruppen die Behinderten das Training mit richtiger Leistungsfreude betreiben und daß gerade auf die Erhaltung dieser Funktion besonders Bedacht genommen wird. Es wäre natürlich sehr notwendig für diese Gruppe von Geistig- und Mehrfachbehinderten, Ausbilder, Trainer zu schaffen, damit eine größere Breitenwirkung erzielt werden kann, weil ja nicht alle im Landesbehindertenzentrum allein erfaßt werden können. Um der ständig wachsenden Differenziertheit des Versehrten-sportes gerecht zu werden, bedarf es wahrscheinlich einer neuen Organisationsform, weil die Versehrtheit immer differenzierter wird und weil Werte, die früher gegolten haben, heute ganz einfach nicht mehr angewendet werden können, weil es immer neue Gruppen von Versehrten gibt. Ebenso wäre es wünschenswert, im Interesse einer besseren Betreuung von Geistig- und Mehrfachbehinderten eine Verbandsgründung nach dem Beispiel anderer Länder, wie zum Beispiel Schwedens, Englands, Belgiens oder Frankreichs vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, daß es mir zu dieser späten Stunde mit dieser sehr komprimierten Zusammenfassung über den Sport gelungen ist, auszudrücken, daß Sport jeden angeht, den noch Gesunden, den Versehrten, den Genesenden und den Behinderten, den Jungen sowie den Alten — für alle trägt der Sport zur so wichtigen eigenen Verbesserung der Lebensbedingungen bei. Ich danke schön! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Marczik. Ich erteile es ihm.

Abg. Marczik: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nur eine ganz kurze Wortmeldung! Es wurde heute sehr viel vom Dienstpostenplan der Lehrer gesprochen. Es wurde auch das Bundesministerium gebührend gewürdigt und gelobt, dagegen ist nichts einzuwenden. Ich möchte aber jetzt sehr gerne etwas sagen, was mir als Personalvertreter der Lehrer wie ein Schildbürgerstreich vorkommt, und ich wiederhole das: mit Rundschreiben vom 30. April 1980 wurde seitens des Bundesministeriums für Unterricht die neue Berechnungsgrundlage für die Dienstposten bekanntgegeben. Diese Berechnungsgrundlage enthält unter anderem, an erster Stelle, die Gesamtschülerzahl. Diese Gesamtschülerzahl der Pflichtschulen beträgt bekanntlich für die Steiermark 69.800. Stimmt das, Herr Vizepräsident? Diese 69.800 wurden nicht erfunden, sondern auf Grund genauer Meldungen der Direktionen, in der Folge der Bezirksschulräte und des Landesschulrates via Wien dem Bundesministerium

bekanntgegeben. Und siehe da, was noch nie passiert ist — nach einiger Zeit, ich möchte das Datum genau nennen, das war der 3. Juli 1980, kommt von Wien eine Nachricht, daß dieser Dienstpostenplan nicht akzeptiert und nicht anerkannt werden könne, man hätte sich in der Steiermark nicht geirrt, sondern man hätte einfach eine zu hohe Schülerzahl angenommen! Unglaublich, muß ich sagen, und man hat von Wien aus bekanntgegeben, daß ein gewisses Institut für Raumplanung errechnet habe, daß die Steiermark nur — ich muß das leider jetzt so sagen — 59.515 Schüler haben „dürfte“, alles andere sei falsch! Woher die Wiener das nehmen, weiß ich nicht! Das wäre nicht so schlimm, wenn daraus abgeleitet nun nicht die Anzahl der Dienstposten käme, das heißt, es wurden von Wien dann für die Steiermark 4090 Dienstposten, als Grundzahl, zuerkannt; das bedeutet um 192 Dienstposten weniger als uns auf Grund der gültigen Meldungen zustünden. Nun wurden zweimal Berichtigungen vorgenommen, höflichst, an das Bundesministerium. Das Bundesministerium hat zweimal überhaupt nicht reagiert und beim zweiten Mal — ich bitte, mich zu verbessern, das ist die Sachlage — mittels Erlaß bekanntgegeben, daß 1981/82 so viel Schüler sein werden. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Dienstpostenplan ist für 1980 zu erstellen und dafür haben wir bis heute keine Bewilligung. Das heißt, der Landesschulrat, der hier angestellt hat, der den Kollegen helfen wollte, hat eigentlich ohne diese Bewilligung gehandelt. Ich persönlich als Personalvertreter muß sagen: Großartig! Gott sei Dank haben sie das getan! Nur frage ich mich, bis wann wird Wien das endlich zur Kenntnis nehmen? Bis wann wird Wien dazu beitragen, diese Personalsituation zu entschärfen? Wir steirischen Lehrer haben jedenfalls ein Recht darauf, ernstgenommen zu werden und daß diese gültigen Zahlen auch im Bundesministerium für Unterricht anerkannt werden. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Präsident Feldgrill: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Kohlhammer das Wort.

Abg. Kohlhammer: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich versuche, ebenso kurz zu sein. Ich habe mich vor einem Jahr zum Thema „Forschung und Wissenschaft“ zum Wort gemeldet und habe versucht anzuregen, daß man nicht nur große Mittel einsetzt, um Forschungsaufträge vergeben zu können, um Forschung zu betreiben, sondern daß man sehr sorgfältig versuchen sollte, die Ergebnisse, die Erkenntnisse zu koordinieren und entsprechend auszuwerten. Wir haben zu einem Thema einen Antrag eingebracht, der verlangt hätte, daß ein Forschungsauftrag zur Weiterverwertung von Altreifen vergeben wird. Dieser Antrag wurde in einer Form erledigt, daß ich zweifeln muß, ob die Koordination innerhalb der Ämter der Landesregierung selbst ausreichend funktioniert, wenn ich nicht unterstellen will, bitte, daß unser Antrag hier absichtlich in dieser Form erledigt wurde — das will

ich nicht. Diese Vorlage wurde am 20. Februar zugewiesen, am 24. September 1979 von der Landesregierung beschlossen und kam am 20. November in den Landtag. Ich hatte mich damals auch kurz zu Wort gemeldet und war auf Grund der Ausführungen der Vorlage etwas skeptisch, weil ich eben anderslautendes Prospektmaterial kenne — aber Sie wissen, wie das mit Prospektmaterial ist. Ich habe mehr der Vorlage vertraut, was aber, zumindest in diesem Fall, offensichtlich ein Fehler war. Zur ungefähr gleichen Zeit nämlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat am 18. Oktober 1979 in Leoben eine Fachtagung Bund — Bundesländerkooperation stattgefunden. Sie alle haben, glaube ich, wie ich diese Broschüre bekommen. Ich habe sie sehr aufmerksam gelesen und Sie werden es nicht glauben, aber da findet sich ein Vortrag eines steirischen Vertreters — zwei steirische Vertreter haben dort einen Vortrag gehalten —, und zwar des leider schon verstorbenen Oberbraurates Dipl.-Ing. Dr. Ewald Werner, der ausgerechnet über das Problem „Möglichkeiten der Altreifenverwertung“ referiert hat, einmal über das Reifenaufkommen und andererseits über die Beseitigungsmöglichkeiten. Er hat hier die Möglichkeit der geordneten Deponie, der Zerkleinerung mit Recycling und letztlich des thermischen Verfahrens aufgezeigt.

In der Vorlage steht — ich darf Ihnen das vorlesen: „Bei der Verbrennung von Altreifen entsteht überaus starker Ruß, deshalb muß das mit hohem Luftüberschuß verbrannt werden. Die dabei entstehenden Rauchgasmengen enthalten einen relativ hohen Gehalt an SO₂ und schwer abscheidbaren ZNO-Staub und verschiedene Schwermetalloxyde. Auf Grund dieser Tatsache sind bis jetzt auch keine wirtschaftlich und umweltfreundlich tragbaren Verfahren (Luftreinhaltung) für die Verbrennung von Altreifen in der internationalen Fachliteratur bekannt. Auch im Ausland angewendete Recyclingverfahren mit chemischer Umwandlung haben bisher, soweit bekannt ist, noch zu keiner befriedigenden Lösung geführt. Zuzufolge vorangeführter Wahrnehmungen kann derzeit die Vergabe eines Forschungsauftrages in Richtung Verbrennung von Altreifen mit Verwertung nach Ansicht der Fachabteilungsgruppe Landesbaudirektion nicht in Vorschlag gebracht werden.“

Jetzt darf ich Ihnen vorlesen, was der Wissenschaftler hier vorgetragen hat:

„Die Verbrennungsverfahren sind die technisch am weitesten entwickelten thermischen Beseitigungsmethoden. Es existieren eine Reihe von Anlagen zur Verbrennung von Sondermüll, darunter Altreifen, so daß sich ziemlich genaue Wirtschaftlichkeitsberechnungen anstellen lassen. Durch die herrschenden Reaktionsbedingungen werden die Elemente C, H und O weitgehend zu umweltneutralen Verbindungen, während die Schwermetalle und die Elemente S und ZN in schädlichen Verbindungen in das Rauchgas gelangen, so daß eine sorgfältige Reinigung mit Elektrofilter und Gaswäsche erforderlich ist. Diese Reinigung ist mit jedem gewünschten Effekt möglich, so daß letztlich keine Schadstoffe

emittiert werden. Wirtschaftlichkeitsberechnungen zeigen, daß durch die Erzeugung von Dampf mit hohen Gewinnen die nachgeschaltete Stromerzeugung je nach gegebenen Voraussetzungen zumindest kostendeckend arbeiten kann. Da die Verfahren technologisch voll entwickelt sind und die Anlagen mit jeder gewünschten Kapazität gebaut werden können, andererseits die Produkte Dampf oder elektrischer Strom, je nach dem Standort der Anlage, jederzeit verkaufbar sind, lassen sich Wirtschaftlichkeitsberechnungen mit der erforderlichen Präzision erstellen, so daß nachträgliche Überraschungen ausgeschlossen sind."

Ich glaube, meine Damen und Herren, Sie werden meine Verwunderung verstehen. Es ist offensichtlich so, daß hier die Koordination zumindest zwischen der Fachabteilungsgruppe Landesbaudirektion und der Abteilung für Angelegenheiten der Wissenschaft und Forschung nicht genügend funktionieren kann, denn sonst würde es wohl nicht zu dieser Vorlage gekommen sein. Ich will das aber jetzt nicht nur in negativer Form kritisieren, sondern vor allem noch einmal anregen, daß versucht wird, Erkenntnisse dahingehend zu prüfen, wie sie wirklich am wirtschaftlichsten umgesetzt werden.

Wenn wir auf der einen Seite vom Sparbudget reden und beklagen, daß für sicher wichtige Bereiche nicht genügend Mittel vorhanden sind, so wird es doch auf der anderen Seite zweckmäßig und notwendig sein, um so sorgfältiger darauf zu achten, daß die Mittel, die eingesetzt werden, dann auch entsprechend aufgewertet werden können.

Vielleicht noch eine Anmerkung, die ich zitieren möchte. Hier steht:

"Angesichts der Verschiedenheit der einzelnen Methoden ist es nur mit großen Kosten möglich, eine einmal getroffene Entscheidung rückgängig zu machen, wenn sich zu einem späteren Zeitpunkt ihre Unzweckmäßigkeit herausstellen würde."

Genau das meine ich. Man sollte hier sehr sorgfältig prüfen, aber natürlich mit der notwendigen Koordination untereinander. Sie werden auch Verständnis dafür haben, wenn ich darum ersuche, daß unsere Anträge ganz allgemein mit optimaler Sorgfalt behandelt und erledigt werden. Danke schön! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zu diesem Kapitel gehören auch die Berufsschulen. Ein Abgeordneter, und zwar der Herr Abgeordnete Kollmann, hat diese Fragen angeschnitten und gestattet Sie mir nun, daß ich als seit drei Monaten für die Berufsschulen Zuständiger Ihnen einiges darüber sage.

Zunächst einige Statistiken: Wie schon ausgeführt, gibt es 32 öffentliche Berufsschulen, davon sind 26 Landesberufsschulen. Im Schuljahr 1979/80

haben insgesamt 35.000 Berufsschüler, um 146 mehr als im Vorjahr, diese Berufsschulen besucht. In diesem Zusammenhang ist es interessant, die Struktur anzusehen: 51 Prozent der Lehrlinge, die Berufsschulen besuchen, kommen aus dem Gewerbe und nur 17 Prozent aus der Industrie. Das ist deshalb bemerkenswert, wenn man auf der anderen Seite sieht, daß das Gewerbe an Beschäftigten 30 Prozent und die Industrie 40 Prozent hat, das heißt, daß pro beschäftigtem, unselbständigem Arbeitnehmer im Gewerbe auf je fünf unselbständig Beschäftigte ein Lehrling und bei der Industrie auf je 17 unselbständig Berufstätige ein Lehrling kommt.

Die Berufsschüler sind mit Ausnahme von sechs Bezirksberufsschulen alle in Landesberufsschulen untergebracht. Die Kapazität reicht im allgemeinen aus, wenngleich in Gleichenberg und Fürstenfeld im Jahr ein Überhang von 600 beziehungsweise 300 Berufsschülern besteht, die aus Platzmangel jeweils erst verspätet aufgenommen werden können. Die noch bestehenden sechs Bezirksberufsschulen werden durch den Bau der Schule in Knittelfeld und den Bau einer Schule für Fleischer und Konditoren, die an sich für Lassing geplant ist — noch ist —, dann alle in Landesberufsschulen eingeschult sein.

In dem Zusammenhang ist auch das Problem des Berufsschulenzentrums in Graz zu erwähnen. Das Berufsschulenzentrum in Graz wurde auf Grund des Berufsschulorganisationsgesetzes 1979 im heurigen Jahr vom Land übernommen, und wir liegen derzeit mit dem Magistrat Graz in einer kleinen Fehde darüber, wie die Miete für diese Räumlichkeiten auszusehen und wer für die Erhaltung des Berufsschulenzentrums aufzukommen hat. Unser Bestreben wird es sein, vorausgesetzt daß finanzielle Mittel gefunden werden können, und da sind verschiedene Überlegungen im Gange, dieses Berufsschulenzentrum in Graz anzukaufen. Der Kaufpreis dürfte etwa zwischen 70 und 90 Millionen Schilling liegen. Wir haben Vorstellungen entwickelt, daß beim Bau der beiden Berufsschulen Knittelfeld und Lassing, die derzeit in Planung sind, entsprechende Beträge eingespart werden, um das Berufsschulenzentrum in Graz erwerben zu können. Die Verhandlungen mit dem Magistrat Graz sind erfolgt, und ich hoffe, dem Hohen Landtag bald über den positiven Abschluß dieser Bemühungen berichten zu können.

Was nun die Lehrlinge an sich anlangt, so wäre vielleicht noch zu sagen, daß 582 steirische Lehrlinge Berufsschulen in anderen Bundesländern besuchen und umgekehrt 1668 Lehrlinge aus anderen Bundesländern in steirische Berufsschulen Aufnahme gefunden haben. Interessant ist die Entwicklung der Lehrlingszahlen nach Branchen. Es sind stark steigend: Köche und Kellner, Einzelhandels- und Großhandelskaufleute und Kfz-Mechaniker. Weiters sind steigend: Hotel- und Gastgewerbeassistenten, Friseure, Tischler, Gas- und Wasserinstallateure und Zimmerer. Fallend hingegen sind die Lehrlingszahlen bei Elektroinstallateuren, Maurern, Speditoren, Herren- und Damenkleidermachern. Insgesamt sieht die Entwicklung der Lehr-

lingszahlen und damit der Berufsschüler wie folgt aus: Wir haben im Jahre 1979/1980 mit 35.000 Lehrlingen den bisherigen Höchststand erreicht. Im Jahre 1970 waren es noch 18.800, es ist also fast eine Verdoppelung erfolgt, im Jahre 1960 waren es etwa 21.000. Es gab zunächst eine gleichbleibende Entwicklung, die sich dann stark gesteigert hat. Wir nehmen an, daß die Zahlen ab jetzt sinkend sein werden. Für das heurige Jahr lauten die Prognosen auf rund 33.000 und per 1995 rechnen wir mit einer Lehrlingszahl von 21.000, also einem Rückgang von über einem Drittel. Das ergibt sich aus der Bevölkerungsentwicklung, hat somit auch einen Einfluß auf die Planung der Berufsschulen. Denn es ist so, daß einzelne Berufsschulen derzeit überbelegt sind, einige Heime, wie zum Beispiel das Heim in Murau, fast unerträglich enge Zustände hat. Auf der einen Seite, wenn man die Entwicklung der Berufe und die voraussichtlich sinkenden Lehrlingszahlen anschaut, muß man sagen, daß man natürlich nicht alles auf den derzeitigen Höchststand planen kann und dann am Schluß mit halbleeren Schulen dasteht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe gesagt, daß durch den Ausbau der beiden noch fehlenden Berufsschulen Knittelfeld und möglicherweise Lassing das Bauprogramm im wesentlichen abgeschlossen sein wird. Es gibt natürlich immer Verbesserungen und es gibt immer wieder Anpassungen, es gibt eine ganze Reihe von Wünschen für Werkstätten und Labors, zum Beispiel in Eibiswald. Es gibt Wünsche hinsichtlich der Berufsschule in Murau; auch in Radkersburg sind sehr große Platzbedürfnisse zu befriedigen und es wird auch notwendig sein, einem anderen Aspekt des Berufsschulwesens näherzukommen, nämlich der sportlichen Ertüchtigung. Wir haben uns eigentlich vorgenommen, in den nächsten Jahren weniger großartige Bauten aufzuführen und uns vielleicht in verstärktem Maße — das gilt jetzt für die Abteilung für Berufsschulen — den Lehrlingen und ihrer Ausbildung selbst zuzuwenden, wobei die Überlegung davon ausgeht, daß nicht nur die beruflich-fachliche Ausbildung wesentlich ist, sondern daß es darüber hinaus auch gilt, die Lehrlinge zu eigenständigem Denken und gewissermaßen zu einer mehr menschlichen Entwicklung in dieser kritischen Phase zwischen 15 und 18 Jahren anzuregen. Wir haben hier eine Zusammenarbeit zwischen dem Landesjugendreferat, dem Landesschulrat, dem Lehrlingsunterstützungsverein, der Steirischen Gesellschaft für Gesundheitsschutz und der Abteilung der Handelskammer für die Internate und selbstverständlich der Abteilung für die Berufsschulen mit dem Ziel, die Lehrlinge in verschiedenen Richtungen hin mehr anzuregen und vor allem die Erziehung zur Gesundheit zu fördern. Es sollen die Reihenuntersuchungen in der Gebietskrankenkasse, die aus zeitlichen Gründen nicht wirklich beratend wirken kann, ausgebaut werden. Es geht um Aufklärung und Information und im wesentlichen nicht so sehr darum, den Lehrling nun zu einem Früherkennen beginnender Störungen anzuregen, sondern eben um die Aufforderung, aktiv und gesund zu leben und damit die

Voraussetzungen für ein glückliches Leben zu schaffen. Die ersten Versuche, die durch eine Reihenuntersuchung mit Hilfe des AKL-Busses in Gleinstätten unternommen wurden, waren durchaus ermutigend. Es hat, bevor dieser Probelauf gemacht wurde, eine Sitzung gegeben, in der Fachleute der genannten Institutionen versammelt waren und beraten wurde, wie die Sache anzugehen sei. Der Herr Dozent Dr. Harnoncourt hat ein Programm entwickelt und es war dann die Frage, ob diese Gesundheitsuntersuchung als erster Schritt den Lehrlingen kostenlos anzubieten wäre oder ob man einen Kostenbeitrag verlangen soll. Nach dem Motto, daß nichts etwas wert ist, was umsonst ist, haben wir uns unter größten Vorbehalten dazu entschlossen, für die Lehrlinge erstens das ganze auf freiwilliger Basis durchzuführen und zweitens einen finanziellen Beitrag zu verlangen. Es hat dann eine entsprechende Information der Lehrer durch den Herrn Ing. Jeindl stattgefunden. Lehrer und Direktoren haben wieder die Lehrlinge informiert. Der Herr Dozent Harnoncourt hat einen ausgezeichneten Vortrag gehalten und der Erfolg war, daß 90 Prozent der Lehrlinge in der Schule Gleinstätten bereit waren, mit einem Kostenbeitrag von 20 Schilling, der zunächst einmal als die Obergrenze dessen angesehen wurde, was man verlangen kann, an dieser Untersuchung teilzunehmen. Es wurde dann mit Hilfe des Amtsarztes und der dort praktizierenden Ärzte, mit Hilfe des AKL-Busses ein Test auf Lungenfunktion, Kreislauf und EKG gemacht. Es fand dann eine Auswertung dieser Untersuchungsergebnisse statt und es wurde den Lehrlingen ein Spiegelbild ihres Leistungsprofils mit entsprechenden Erläuterungen übergeben. In einer darauffolgenden Meinungserhebung während des Gegenstandes „Politische Bildung“ hat man auch gesehen, wie sehr sie das aufgenommen haben. Der Erfolg dieser Aktion war großartig und ermutigt uns zu dem Schritt, dieses auf die anderen Berufsschulen auszudehnen und auf dieser Basis — mit gewissen Korrekturen — ein Programm zu entwerfen, das aufbauend vom ersten Lehrjahr bis zum dritten Lehrjahr verschiedene Aspekte des Gesundheitswesens berücksichtigt. Und zwar ist vorgesehen, im ersten Lehrjahr die Vitalkapazität grundsätzlich aufzuzeichnen, das Gesundheitsbewußtsein anzuregen und den Zahnstatus aufzuzeigen. Im zweiten Lehrjahr sollen dann orthopädische Untersuchungen, Untersuchungen der Augen und Ohren und eine Kontrolle der Beobachtungen und Aufzeichnungen des ersten Lehrjahres folgen. Im dritten Lehrjahr ist dann ein sportlicher Leistungstest und eine Zusammenfassung der Ergebnisse dieser dreijährigen Gesundheitskontrolle vorgesehen. Dieses Programm soll unter Zuhilfenahme der Schulärzte, der Distriktsärzte, der Gesellschaft für Gesundheitsschutz und der Gebietskrankenkasse stattfinden und von einer Aufklärung über verschiedene Fragen, die gerade bei Lehrlingen eine große Rolle spielen, begleitet werden. Es soll ihnen die Frage des gesunden Lebens nähergebracht werden, und zwar im Hinblick auf Rauchen und Trinken. Dazu ist zu sagen, daß leider in den Berufsschulen der Alkoholismus ein nicht geringes Problem ist,

wobei wir vor allem befürchten, daß mit der Zeit — da gibt es auch internationale Statistiken und Untersuchungen, die das zeigen — das Trinken eine gewisse Anfälligkeit zum Rauschgift zur Folge hat. Das ist eine Erscheinung, die die allgemeinbildenden höheren Schulen erreicht hat und die wir eigentlich von den Berufsschulen fernhalten wollen. Es geht dann noch um die Fragen der richtigen Ernährung, die Fragen psychosozialer Erscheinungen, wie Streß und so weiter, und zuletzt auch um Fragen der Sexualhygiene. Das ist die eine Seite — das Gesundheitsprogramm.

Die zweite Seite ist ein kulturelles Programm. Es sollen, wie auch in der Vergangenheit, Lehrlingskulturtage abgehalten werden, wobei aus den verschiedenen Berufsschulen die daran Interessierten im heurigen Jahr nach Gleinstätten zusammengezogen werden. Es haben namhafte steirische Bildhauer, Schriftsteller und Dichter, wie zum Beispiel Wolfgang Bauer und auch H. C. Artmann, ihre Teilnahme an diesen Lehrlingskulturtagen zugesagt. Wir wollen auch hier nicht den Konsum, sondern wir wollen die Kreativität der Lehrlinge anregen. Es wird durch Zeichen- und Malwettbewerbe eingeleitet und die jeweils Besten werden dann zu dem Kulturtag eingeladen.

Der letzte und auch genauso wichtige Aspekt ist dann die sportliche Erziehung selbst, wozu gesagt werden muß, daß der Unterrichtsgegenstand Leibesübungen in den Berufsschulen noch ein Freigegegenstand ist, daß aber die Steiermärkische Landesregierung die Mindestzahlen so nieder angesetzt hat, daß in fast allen Berufsschulen entsprechende Sportgruppen zustande gekommen sind. Es sind nicht alle Berufsschulen mit den notwendigen Einrichtungen ausgestattet, und es wird auch ein Teil des Programmes der nächsten Jahre sein, dafür zu sorgen, daß alle Berufsschulen eine Minimalausstattung an sportlichen Einrichtungen haben. Es gibt hier sehr große Unterschiede. Ich könnte Ihnen eine ganze Liste von Sporteinrichtungen in den einzelnen Berufsschulen vorlesen. Zum Teil sind Hallenbäder vorhanden, zum Teil nicht einmal Fußballplätze. Wir müssen daher bestrebt sein, einmal ein Mindestniveau zu erreichen und dann aufbauend darauf eine Normalausstattung zu erzielen. In diesem Zusammenhang und weil es in Vorsprachen mehrmals angeschnitten wurde, möchte ich auch darauf hinweisen, daß es natürlich im größten Interesse des Berufsschulreferates wäre, wenn zum Beispiel in Voitsberg der Turnsaal zustande käme. Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross hat mich in dieser Sache auch angesprochen. Dasselbe gilt für Murau und Feldbach und es wären weiters in Fürstenfeld, Graz, Eibiswald und Hartberg Turnhallen zu bauen. Das Budget hat im heurigen Jahr dafür leider so gut wie überhaupt keine Mittel vorgesehen, was ich nur beklagen kann, aber eben eine Realität ist. Daher bleibt nichts anderes übrig, als das als Wunschvorstellungen für die kommenden Jahre anzumerken.

Zum Abschluß, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich noch auf drei Berufsschulen im besonderen eingehen: Das ist einmal das VEW-

Schulungszentrum in Kapfenberg. Das Land Steiermark ist dort auf Grund vertraglicher Verpflichtungen zu einer jährlichen Leistung von 1,8 Millionen Schilling bis zum Jahr 1983 — glaube ich — verpflichtet. Ich habe mit dem Herrn Nationalrat außer Dienst Scheibengraf vor wenigen Wochen in dieser Angelegenheit eine Aussprache gehabt und ihm zugesagt, daß wir über diese bereits freiwillig übernommene Verpflichtung meines Vorgängers hinaus für das Jahr 1981 oder 1982 einen zusätzlichen Betrag von einer Million Schilling dem Schulungszentrum der VEW zur Verfügung stellen werden. (Allgemeiner Beifall.)

Die zweite Landesberufsschule, die besonders interessant ist, ist die Landesberufsschule in Knittelfeld, die derzeit mit einem Kostenaufwand von 160 Millionen Schilling in Errichtung ist und im Jahr 1982 abgeschlossen sein wird. Der Rohbau der Schule ist derzeit fertig. Es geht um Lehrlinge der metallverarbeitenden Industrie und es werden etwa 240 Internatsplätze zur Verfügung stehen. Das Internat wird wieder von der Handelskammer geführt werden. Die Schule ist an sich bis auf 500 Schüler ausbaubar.

Die dritte Berufsschule, die noch zu bauen ist, wäre die Berufsschule in Lassing, die für die Fleischer und Konditoren vorgesehen ist. Ein ursprünglicher Plan hat Kosten von 260 Millionen Schilling vorgesehen, allerdings sind immer wieder mehrere Umplanungen im Gange gewesen. Die neueste Umplanung sieht vor, daß wir jetzt ernstlich überlegen, ob wir eine wesentlich kleinere Schule, als ursprünglich geplant, in Lassing bauen oder eine andere Lösung finden müssen. Jedenfalls werden wir bei Berufsschulen in Zukunft — und Lassing wird die erste Schule sein, so sie in der geplanten Form errichtet wird — darauf verzichten, Hallenbäder und andere Luxuseinrichtungen, die zwar schön sind, aber auf Grund der Folgekosten meiner Meinung nach nicht mehr verantwortet werden können, zu bauen. Allein das Hallenbad in Lassing war mit einem Kostenaufwand von 18 Millionen Schilling geplant. Wenn man die Ölpreise und die voraussichtliche Entwicklung der Energiekosten mitberücksichtigt, würden dem Land daraus auf Dauer so hohe Kosten erwachsen, daß ich glaube, man kann es wirklich verantworten, daß diese Planung nicht durchgeführt wird und das Hallenbad und verschiedene andere allzu luxuriöse Einrichtungen nicht gebaut werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist heute schon mehrmals darauf hingewiesen worden, daß das Berufsschulwesen in der Steiermark beispielgebend ist. Herr Landesrat Peltzmann hat, wie auf vielen Gebieten seiner Tätigkeit, auch hier wirklich beispielgebende Arbeit geleistet und sich bleibende Verdienste erworben. Die Berufsschulen sind hauptsächlich im Grenzland untergebracht. Es gibt einige Berufsschulen, die in bevorzugten steirischen Gemeinden — bevorzugt auf Grund bedeutender Söhne, die dort zur Welt gekommen sind — errichtet wurden. Knittelfeld ist zum Beispiel der Heimatort des Herrn Landesrates Bammer — wenn ich richtig unterrichtet bin. (Abg. Laurich: „Krieglach ist Peltzmann!“) Lassing ist nicht der Herr Landes-

rat Bammer, bitte sehr. (Abg. Laurich: „Lassing ist Dr. Niederl!“) Niederl, ja. Wenn Schladming gekommen wäre, hätten wir dort natürlich auch noch eine Berufsschule bauen können. (Abg. Laurich: „Wir bekommen eine Schihandlungsschule!“)

Im allgemeinen sind die Berufsschulen für die Gemeinden von erheblicher Bedeutung und es ist interessant, wenn man hört, daß zum Beispiel ein durchschnittlicher Maurerlehrling in den acht Wochen in Murau bis zu 10.000 Schilling in diversen Wirtshäusern et cetera umsetzt. Das sind Ziffern, die für die Gemeinden nicht ohne Bedeutung sind und es sind daher die Gemeinden sehr bestrebt, Berufsschulen zu bekommen und zu schauen, daß diese Berufsschulen immer größer ausgebaut werden. Die Berufsschullehrer sind sehr engagiert, die Direktoren der Berufsschulen bemühen sich wirklich sehr um die jungen Leute und ein Besuch in den einzelnen Berufsschulen zeigt, daß sehr viel unternommen wird, um den Lehrlingen nicht nur eine fachliche Ausbildung zu geben, sondern ihnen auch die Freizeit so interessant als möglich zu gestalten und ihnen in den wenigen Stunden, die am Tag für Freizeit übrig sind, denn das Programm ist wirklich sehr dicht gedrängt, ein entsprechendes Freizeitangebot zu geben. Ich glaube, daß das eine Aufgabe ist, die wir nur unterstützen können und daß es auch richtig ist, von dieser Stelle aus den Direktoren, Lehrern und Erziehern in den Heimen der Berufsschulen einen aufrichtigen Dank zu sagen, denn sie erfüllen letztlich eine der wichtigsten Aufgaben, sie erziehen die Jugend.

Das Berufsschulreferat steht unter der Leitung des noch jungen, aber sehr engagierten Dr. Frisee. Es könnte sparsamer und kleiner gar nicht mehr sein. Der Posten eines zweiten Juristen im Berufsschulreferat ist zum Beispiel gar nicht besetzt und diese Arbeit wird vom Leiter des Berufsschulreferates mitgemacht. Man kann also mit Fug und Recht sagen, daß die Verwaltung der Berufsschulen auf sparsamste und billigste Weise erfolgt. So billig sogar, daß wir Rechnungen von Gewerbetreibenden, zum Beispiel für Öllieferungen, seit Monaten mangels budgetärer Mittel nicht mehr bezahlen können. Auch eine Art der Sparsamkeit — wie lange die sich verträsten lassen, sei dahingestellt! Allen also, meine sehr geehrten Damen und Herren, die sich um die Berufsschulen und vor allem um die Lehrlinge in den Berufsschulen bemühen, mein aufrichtiger Dank. Ich danke Ihnen, den Abgeordneten dieses Hauses, für Ihr Interesse an den Berufsschulen und hoffe, daß ich Ihnen im nächsten Jahr den Fastabschluß des Bauprogrammes der steirischen Berufsschulen werde melden können. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zur Gruppe 2 hat sich noch der Herr Landesrat Prof. Jungwirth zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Landesrat Prof. Jungwirth: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 2 ist wirklich eine bunte Mixtur und es ist nicht möglich, ein zusammenfassendes Schluß-

wort dazu zu finden. Es ist aber doch notwendig und angebracht, einige Punkte herauszuheben, die auch zum Teil schon in der Diskussion angeschnitten wurden.

Zuerst zu den Kindergärten, die in dieser Gruppe zu behandeln sind. Die Entwicklung auf diesem Gebiet ist auch im Jahre 1980 weitergegangen. Wir haben 32 Gruppen rechtlich neu errichtet, 25 öffentliche und sieben private, und halten jetzt bei 481 Kindergärten mit 830 Gruppen, in denen 935 Kindergärtnerinnen arbeiten. Es ist richtig, daß — so wie in anderen Berufen auch — bei den Kindergärtnerinnen die Zahl der stellungsuchenden jungen Leute größer ist als die Zahl der freien Plätze. Das ist eine Sorge, die wir uns gemeinsam machen müssen. Eine große Sorge in dem Zusammenhang sind aber vor allem einmal die sinkenden Kinderzahlen. Wir haben uns ja in der Steiermark seit dem Jahr 1969 von Jahr zu Jahr nach unten bewegt. Wir halten seit 1977 bei einer Stagnation auf einer Talsohle von rund 14.000 Geburten, während wir 1970 noch bei 19.000 waren, und das ist zweifelsohne eine besondere Wurzel der gesamten Problematik, für die kinderreichen Familien etwas zu tun, und mehr zu tun ist zweifelsohne eine wichtige Sache, die auch im Zusammenhang mit der zukünftigen Entwicklung der Kindergärten steht.

Es gibt weitere Pfarren und Gemeinden, die Kindergärten errichten wollen. Wir haben derzeit 36, die auf eine Finanzierungsverhandlung warten und 14 weitere Verfahren sind anhängig. Es ist also richtig, daß der Baufonds sehr angespannt ist, und ich kann nur hoffen, daß sich hier eine Verbesserung der Situation in Bälde ergibt. Der Herr Abgeordnete Hammerl hat ja schon den Gedanken geäußert, ob vielleicht noch im Jahre 1980 etwas drinnen wäre. Ich kann ihm mitteilen, daß ich eine Umschichtung noch aus dem Budget 1980 zugunsten des Baufonds in der Höhe von 2 Millionen Schilling beantragt habe. Er wird mich sicherlich gerne unterstützen, so daß das noch durchgeht, so daß wir eine etwas angespannte Situation entspannen können.

Nun, meine Damen und Herren, nicht nur von den Zahlen soll die Rede sein, sondern auch ein Wort darüber, daß die Arbeit in den Kindergärten selbst in der Steiermark sich wirklich sehen lassen kann. Wir haben in den vergangenen Jahren in 30 Testkindergärten eine Art Versuchsprogramm gemacht und die Ergebnisse daraus werden jetzt mit einer großen Anzahl von Kindergärten in der Steiermark bearbeitet beziehungsweise in die Praxis der alltäglichen Kindergartenarbeit einbezogen. Das ist sehr wichtig, denn es kommt natürlich auf die Qualität dieser Arbeit an. Der Kindergarten ist ein Haus, wo früh gefördert wird, wo das Kind sprachlich früh angeregt wird, wo Gedächtnis geschult wird, Gehör geschult wird, die Motorik, die Kreativität geschult werden. All das geht ja nicht von selbst, es ist hier wirklich wichtig, daß die adequate Methoden eingesetzt werden, und wir können sagen, daß hier im Zusammenwirken mit dem Kindergartenfachinspektorat des Landes gute Arbeit geleistet wird.

Zu den Schulen hat eigentlich die Diskussion ergeben, daß es an der Schulfront wenig Neues gibt. Eine Hoffnung allerdings ist dringlich auszusprechen, ich beziehe mich auf die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Marczik. Es ist wirklich grotesk, daß hier 10.000 Schüler zwischen Graz und Wien in Verlust geraten sind und es ist wirklich dringend zu hoffen, daß die Statistik in Wien dementsprechend korrigiert wird. Es ist nun einmal so, daß es nicht um 60.000, sondern um 70.000 Schüler geht. Daran hängen aber 190 Dienstposten, und wir brauchen dringend die Antwort, damit ab dem 1. Jänner 1981 der Dienstpostenplan stimmt. Wäre das nicht der Fall, würde es sicherlich im Jänner 1981 einen großen Knall geben.

Ansonsten aber, was die Diskussion rund um die Schulen betrifft, eigentlich wenig Neues. Es gibt Ergebnisse von Schulversuchen, die in die Schulreform, in die Organisationsgesetze eingebaut wurden oder werden. Andere sind strittig und werden wahrscheinlich strittig bleiben. Hier sind die Meinungen wirklich so festgefahren, daß es kaum abzusehen ist, ob man hier auf einen gemeinsamen Nenner kommt. Ich glaube, es ist vor allem auch wichtig, zu sagen, daß wir nicht alles von der Organisation erhoffen können und erhoffen dürfen. Denn in der Schule geht es letzten Endes um Lehrer und Schüler und Kinder, es geht also um lebendige Menschen mit allen ihren Verschiedenheiten, mit all ihren Schwierigkeiten, und wir werden auch bei der bestmöglichen Organisation nicht alle Probleme lösen können. Es wird immer wiederum einen Raum geben, ein Vakuum, wo wir zwar mit bestem Willen tätig sind, aber es wird die Rechnung nicht auf Null aufgehen, weil das einfach nicht möglich ist.

Von der gewissen Stagnation der Schuldiskussion können eigentlich nur die Perfektionisten enttäuscht sein: jene, die wirklich glauben, in der Schule ist alles machbar und alles erreichbar. Wir müssen unsere Erwartungen an die Schule doch wiederum etwas herabschrauben. Es ist ja wirklich grotesk, daß — wie schon gesagt worden ist — nicht nur der traditionelle Lehrplan voll zum Tragen kommen soll, sondern daß darüber hinaus die Öffentlichkeit ununterbrochen neue Forderungen an die Schule stellt. Sie soll Medienerziehung, politische Bildung, Sexualerziehung, Gesundheitserziehung, Verkehrserziehung und so weiter und so fort betreiben, sie soll aber alles, was sie bisher gemacht hat, trotzdem im selben Ausmaß weitermachen. Das ist einfach nicht zu leisten. Auf der anderen Seite aber, wenn es den Kindern und manchmal auch den Lehrern zuviel wird, kommt dann wiederum der Vorwurf, daß die Schule nur ein Haus sei, wo die Leute gestreift werden. Dann kommt bei den Schülern und manchmal auch bei den Lehrern der berühmte Schulstreß. Das ist eine Quadratur des Kreises, die einfach nicht zu erreichen ist. Wir dürfen dabei ja auch nicht vergessen, bitte sehr, daß mancher Streß von außen in die Schule hereingetragen wird, und zwar durch die Lebensweise, die Kinder zu Hause haben oder die ihnen vorgeführt wird, durch Fernsehen bis

spät in die Nacht hinein, durch beschwerliche Autoreisen am Wochenende, durch Zerwürfnisse in der Familie und vieles andere mehr. Wie soll denn das der Lehrer ausgleichen? Der ist doch wirklich überfordert, das ist in der Schule nicht ausgleichbar. Verlangen wir also nicht das Unmögliche, aber arbeiten wir weiter an der Entwicklung der Schule.

Eng im Zusammenhang mit den Schulen sind natürlich auch die Unterbringungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, die nicht am Schulort ein Zuhause haben. Daher auch ein kurzes Wort über die Schülerheime und im speziellen zu einem sehr erfreulichen Ereignis. Sie wissen, das Land Steiermark hält elf Schülerheime und leistet damit auch seinen Beitrag zur wohnlichen Versorgung von Schülern in der ganzen Steiermark. Diese Schülerheime sind über das ganze Land verstreut, vier gibt es in Graz, eines im Grenzland in Arnfels, eines an der oststeirischen Grenze in Fürstenfeld, eines im Murtal in Judenburg und drei weitere im Norden, das kleine Heim in Wildalpen im Salztal, das sehr moderne und gute Heim in Schladming, das mit der Schihauptschule und Schihandelschule einen wichtigen Komplex bildet, und 11. und letztes seit ein paar Tagen das Heim in Bad Aussee. In Bad Aussee ist es gelungen, durch die Adaptierung eines guten alten Baues, eines schönen alten Hauses, das leer stand, auf eine sehr sparsame Weise ein Schülerheim einzurichten, das für etwa 90 Schüler Platz bietet. Diese Schüler sind am vergangenen Wochenende in dieses neue Haus eingezogen. Das ist wirklich ein erfreuliches Datum für uns natürlich, aber vor allem für Bad Aussee. Es war ein alter Wunsch im Ausseer Land und auch in dieser Gemeinde, ein solches Schülerheim zu haben. Es hat ja vorher zwei oder drei — man kann sagen eher vorsintflutliche — Unterbringungsmöglichkeiten in Bad Aussee gegeben, mit denen die Gemeinde belastet war. Jetzt ist das Land endgültig eingesprungen und diese Frage ist gelöst.

Nicht überall ist die Frage von Jugendheimen für Organisationen, für Jugendvereine und -verbände gelöst. Ich stimme durchaus mit den Abgeordneten überein, die sich hier zu Wort gemeldet und die Sorgen dieser Verbände artikuliert haben — in allererster Linie waren es die Herren Abgeordneten Schwab und Erhart —, es ist völlig richtig, daß die Arbeit dieser Verbände hart auf die Probe gestellt wird, wenn die finanziellen Mittel zurückgehen. Es ist auch richtig, daß hier manchmal das Denken — glaube ich — revidiert werden muß. Denn, wie der Herr Abgeordnete Schwab gesagt hat, wenn ein Jugendlicher durch das Netz der Gesellschaft fällt und das Unglück hat, drogenabhängig zu werden, dann kostet es Hunderttausende Schilling, um ihn wiederum zu resozialisieren, zu heilen und hoffentlich wiederum in die Familie hereinzuholen, so sie existiert, oder zumindest eben in die Gesellschaft. Mit demselben Betrag, mit diesen Hunderttausenden Schilling, könnte man X-Jugendgruppen so helfen und unterstützen, daß in ihnen junge Menschen ein Netz gefunden hätten, daß sie nicht auf irgendwelche Wege kommen,

die sie unter Umständen bis zur Droge bringen. Da gibt es schon einen Konnex und damit stimme ich voll überein. Es ist ein großes Umdenken notwendig. Das ist allerdings eine sehr lange und weite Schleife und es wird nicht einfach sein, dieses Denken auch wirklich zu erreichen. Ich glaube aber, der Ansatz ist richtig!

Wenn schon Budgetschwierigkeiten da sind, gelingt es trotzdem, das eine oder das andere in Angriff zu nehmen und wiederum einen neuen Schwerpunkt zu setzen. Eines ist erfreulich: Das nächste Jahr ist bekanntlich als das internationale Jahr des Behinderten von den Vereinten Nationen ausgerufen, und wir können hier auf unserer Ebene einen Beitrag leisten. Wir haben seit ein paar Jahren eine Sonderschule für körperbehinderte und mehrfach behinderte Kinder, die das Land Steiermark unterhält. Diese ist im Hirtenkloster in Graz untergebracht und mit einem privaten Schülerheim kombiniert. Der Zuzug ist steigend, das heißt, daß der Erfolg der Arbeit an dieser Schule honoriert wird. Derzeit sind in dieser Schule 96 Kinder untergebracht und es ist anzunehmen, daß diese Ziffer noch ansteigen wird. Wir wollen das allerdings nicht bis ins Uferlose gehen lassen. Als Höchstgrenze ist ein Limit von 150 gedacht. Darüber hinaus wäre es nicht gut, eine solche Schule zu führen. Nun hat es sich herausgestellt, daß in der Schule und auch im Heim — die meisten Kinder sind auch den ganzen Tag über im Heim — ein großes Problem aufgetreten ist, nämlich die verschiedenen Therapien, die für diese Kinder ja notwendig sind. Es war eine große Belastung für sie und auch für das Personal, daß man versuchen mußte, sie per Auto, per Kombibus zu einer Therapie zu führen. Nun ist es also doch gelungen, im Budget des Jahres 1981 einen Betrag einzusetzen — es handelt sich um 11 Millionen Schilling —, der es gestattet wird, den Therapietrakt an dieser Landessonderschule im Hirtenkloster in Angriff zu nehmen.

Die Gruppe 2 beinhaltet auch noch die Volks- und Erwachsenenbildung. An und für sich ein sehr weites Gebiet, und ich möchte exemplarisch eine Entwicklung erwähnen, die mir sehr bedeutsam scheint und die man in der Steiermark durchaus auch auf anderen Gebieten, auf anderen Feldern beobachten kann. Es ist doch längst die Zeit angebrochen, auf bildungspolitischem Gebiet dezentral vorzugehen. Das ist in der Schulentwicklung in der Steiermark längst im Gange und längst geschehen, das ist bei den Kindergärten ebenso gemacht worden wie das nun auch bei Bildungseinrichtungen geschieht, die in die Volksbildung oder in die Erwachsenenbildung gehören. Es hat eine Zeit gegeben, wo sich gewisse Institutionen eben nur in einer Hauptstadt halten konnten oder wo sie überhaupt erst in einer Hauptstadt gewachsen sind. Es war Anfang des 19. Jahrhunderts äußerst fortschrittlich, daß der große Erzherzog Johann im Jahre 1812 in Graz eine erste Leseanstalt eingerichtet hat. Es gibt Stimmen von damals, die sagen, diese Leseanstalt — heute würden wir eben sagen, eine Bibliothek, und daraus ist ja tatsächlich die Landesbibliothek entstanden — sei die besteingerichtete in der ganzen Monarchie. Ja, es gibt sogar

Äußerungen, die sagen, die besteingerichtete im ganzen deutschen Sprachraum in dem kleinen Graz im Vergleich zu anderen großen Städten, die in diesem Raum existierten und heute noch existieren. Das war damals ein großer Fortschritt. Inzwischen also Dezentralisierung. Inzwischen sind die Räume außerhalb der Hauptstadt zu sehen und es ist wirklich erfreulich, daß in den letzten Jahren ein großer Boom auf dem Gebiet der Büchereien eingesetzt hat. Es gibt eine große Anzahl von neuen Gründungen, begonnen hat es in Industriegemeinden, in Bezirkshauptstädten und es geht weiter bis in die mittleren und bis in die kleinen Gemeinden hinaus. Es ist nun schon so weit, daß wir fast 200 solcher öffentlicher Büchereien in der Steiermark haben, die gut funktionieren, die gut geführt werden, die im Zusammenwirken zwischen Gemeinden, Land und Förderungsstelle für Erwachsenenbildung errichtet und geführt werden. Es vergeht eigentlich kein Monat, ohne daß eine solche Bücherei in der Steiermark eröffnet wird. In diesem Jahr waren es ganz genau 14. Gerade an diesem Wochenende sind wieder zwei dran. Am Samstag in Bad Aussee und am Sonntag in Riegersburg, und es sind 18 weitere in Planung, so daß wir wirklich auf diesem Gebiet eine gute Entwicklung verzeichnen können. Das war nur eine kurze, eine beispielhafte Bemerkung zur Entwicklung der Erwachsenenbildung.

Letzte Anmerkung, meine Damen und Herren, zu diesem sehr verschiedenartigen Kapitel der Gruppe 2. Die Laune des Budgets will es, daß in dieser Gruppe auch die Steirische Akademie verankert ist. Wir haben hier, wie Sie wissen, in diesem Jahr im Steirischen Herbst Afrika als Thema gewählt. Ich meine, wir können sagen, daß dies eine Veranstaltung mit großer Signalwirkung gewesen ist und daß wir in einigen Jahren werden sagen können: das war ein wichtiger Anfang. Es haben hier bedeutende Leute das Wort ergriffen, die zum größten Teil zum ersten Mal nach Österreich eingeladen waren und die nicht bloß als Bittsteller zu uns gekommen sind. Es ist immerhin der Generalsekretär der Organisation der Afrikanischen Einheit nach Graz gekommen, das ist ein sehr sehr großer Mann. Diese Organisation umfaßt 50 Staaten, so wie die Vereinigten Staaten von Amerika 50 Staaten haben. Die Vereinigten Staaten von Afrika haben sicherlich noch viele Konflikte vor sich, aber trotzdem versuchen sie, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Dieser Mann ist aus Addis Abeba zu uns gekommen und mit ihm noch etliche andere. Wir haben beispielsweise sehr rasch gesehen, daß es ja Beziehungen partnerschaftlicher Art zwischen ihnen und uns gibt, beispielsweise haben wir den Industrieminister von Senegal hier gehabt, der war informiert, daß österreichische Pumpen nach Senegal geliefert werden, und wir haben sehr schnell herausbekommen, daß das steirische Pumpen aus Voitsberg sind. Oder aus Obervolta ist eine Frau hier gewesen, die wußte, daß Österreicher auch in ihrem Land tätig sind, in der Entwicklung von modernen neuen Geräten, nämlich Sonnenkollektoren für die Warmwasseraufbereitung und vielleicht, wenn es gelingt, auch für die Klimatisierung von Räumen, wo ja unerhört

viel drinnen steckt für diese tropischen Zonen. Diese Kollektoren kommen aus Graz, aus unserem Forschungszentrum. Es gibt auch hier einen Kontakt zwischen uns und dem Land, dessen Hauptstadt wir alle miteinander nicht einmal dem Namen nach kennen: Ougadougou heißt sie. Da gibt es durchaus auch Partnerschaften auf gleicher Ebene, die sich natürlich entwickeln müssen und werden. Es war ja bezeichnend, daß diese Leute uns gesagt haben: wir wollen nicht eure Almosenempfänger sein, wir wollen uns frei machen, wir wissen, wir haben noch einen großen Weg vor uns, aber ihr in Europa habt ja auch große Wege hinter euch gebracht. So, glaube ich, können wir sagen, war diese Akademie doch auch dazu angetan, daß manche Vorurteile reduziert werden konnten, bei uns und natürlich auch bei den Afrikanern, und daß vielleicht auch manches Aggressionspotential, das natürlich auf beiden Seiten auch da ist, etwas geringer wurde. Nun, meine Damen und Herren, das waren ein paar punktuelle Äußerungen zu dieser mosaikartig gestalteten Budgetgruppe.

Ich möchte, so wie es Gepflogenheit und wohl auch Verpflichtung ist, auch für meinen Teil Dank sagen. Hier ist Dank zu sagen vielen Menschen und vielen Einrichtungen, den Rechtsabteilungen 6 und 13 in der Steiermärkischen Landesregierung, dem Personal an den Landesschülerheimen, dem Landesjugendreferat, den Einrichtungen der Erwachsenenbildung, den Jugendverbänden und natürlich den Kindergärten, den Schulen, den Menschen, die dort tätig sind, einer großen Zahl von Menschen, die im ganzen Land daran arbeiten, daß Kindern, Jugendlichen, jungen Menschen ins Leben hinein geholfen wird und die daran tätig sind und die dafür tätig sind, daß wir in unserer Steiermark möglichst viele gesunde Geister in möglichst vielen gesunden Körpern haben. Allen diesen sei gedankt, und wir wollen sie bitten, daß sie auch in Zukunft so konstruktiv und initiativ in ihren wichtigen Aufgaben tätig sind. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zur Gruppe 2 vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Buchberger: Ich ersuche die Damen und Herren, den Ansätzen der Gruppe 2 die Zustimmung zu geben.

Präsident Feldgrill: Sie haben den Antrag gehört. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Händenzeichen. Die Gruppe 2 ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 3: Kunst, Kultur, Kultus. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Prof. Dr. Karl Eichinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prof. Dr. Eichinger: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 3 beinhaltet Kunst, Kultur und Kultus, Unterabschnitte Musik und darstellende Kunst, Museen, Heimatpflege, Denkmalschutz, Altstadterhaltung, Maßnahmen der Kulturpflege. Die Einnah-

men betragen 7,376.000 Schilling, die Ausgaben 262,443.000 Schilling.

Namens des Ausschusses bitte ich um Annahme.

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Pfohl: Hohes Haus, Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Budgetpost Kunst, Kultur und Kultus umfaßt einen weitgespannten Bogen, von Musik und darstellender Kunst über Schrifttum und Sprache, Museen, Kunstpflege, Denkmalschutz, Altstadt- und Ortsbildpflege bis zur Presse- und Filmförderung. Ein nicht unwesentlicher Teil des Kulturbudgets des Landes, nämlich 23,6 Prozent, geht als Subvention an die Vereinigten Bühnen zur Aufrechterhaltung des Theaterbetriebes im Opern- und Schauspielhaus. Die gleiche Summe wie das Land, nämlich 62 Millionen, muß auch die Landeshauptstadt Graz auf Grund des seinerzeitigen Übereinkommens zwischen dem Land Steiermark und der Stadt Graz zur gemeinsamen Führung des Theaterbetriebes aus dem Jahre 1973 zur Erhaltung der Vereinigten Bühnen beitragen. Bei ihr macht aber diese Summe 75 Prozent des Kulturbudgets aus. Dieses Ungleichgewicht der finanziellen Belastung der beiden Gebietskörperschaften ist eine Ursache der nahezu permanenten Theaterkrise. Durch Parteienvereinbarungen gebunden, ist eine Verschiebung der Lasten zugunsten der Stadt Graz leider nicht möglich, beispielsweise durch Veränderungen des derzeitigen Schlüssels 50 zu 50 auf 60 zu 40 oder Übernahme des Philharmonischen Orchesters durch das Land allein. Meines Erachtens wäre, abgesehen von der ohnehin unterschiedlichen finanziellen Leistungsfähigkeit der beiden Gebietskörperschaften, der Einwand, durch die kostspieligen sogenannten Abstecher in die Provinzorte und die hohe Besucherzahl von Nichtgrazern wiege das Landesinteresse an den Vereinigten Bühnen schwerer, gerechtfertigt. Dem sollte zumindest bei den Parteienvereinbarungen am Beginn der nächsten Legislaturperiode Rechnung getragen werden. Die Tatsache, daß das Theater immer mehr Geld haben will als es bekommen kann, ist weder eine Erfindung unserer Zeit noch auf die Steiermark beschränkt. Es ist, kann man sagen, ein weltweites Problem, wenn man von den Volkdemokratien absieht. Das darf uns kein Trost sein und uns nicht davon abhalten, eigene Wege zur Verbesserung der Situation zu suchen. Leider widersetzen sich die Künstler und auch die kunstbeflissene Öffentlichkeit beharrlich jedem Versuch, das Problem systematisch zu erfassen, um dann Lösungen mit den Künstlern und der Öffentlichkeit erarbeiten zu können. Ich zitiere aus einem Schreiben eines Kunstkritikers an den Landeshauptmann und den Bürgermeister: „Eine finanzielle Junktimierung von Stadt und Land für Theatergelder verletzt die Würde der Kunst.“ Verwalten, organisieren, rationalisieren sind Reizworte für die Kunstbeflissenen, Reizworte, die man nicht im Zusammenhang mit Kunst in den Mund nehmen darf. Sie übersehen dabei, daß nicht die Kunst verwaltet, organisiert und rationalisiert wird, sondern der

Betrieb, der die Voraussetzung dafür ist, daß sich die Kunst frei entfalten kann, daß das schmale Theaterbudget nicht durch unnütze Verwaltungsarbeiten, Doppelgeleisigkeiten, Schlampereien mehr als unbedingt notwendig beansprucht wird. Dadurch sollen Einsparungen zugunsten menschenwürdigerer Künstlergagen ermöglicht werden. So könnte der Abwanderung guter Schauspieler endlich Einhalt geboten werden.

Es wird uns sicher nicht erspart werden, das Problem der Vereinigten Bühnen von Grund auf neu zu überdenken und auch die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu ziehen. Je später dies geschieht, desto schwieriger wird es werden. Wir erwarten in Kürze den Rechnungshofbericht über die Vereinigten Bühnen. Bei dieser Gelegenheit soll auch der Kontrollbericht des Landes und der Stadt aus dem Jahre 1977 beraten werden.

Ich erhoffe daraus konkrete Anregungen für eine bessere, sinnvollere Führung und Arbeit unserer Vereinigten Bühnen. Auf Grund meiner Erfahrung als Mitglied des Theaterausschusses habe ich ernste Zweifel an der Tauglichkeit dieses Gremiums zur Führung der Vereinigten Bühnen. Im Punkt fünf der bereits erwähnten Vereinbarung zwischen dem Land und der Stadt heißt es nämlich wörtlich: „Zur gemeinsamen Führung der Vereinigten Bühnen setzen die Gebietskörperschaften einen Theaterausschuß ein.“ In zwei bis drei Stunden monatlich kann man ein so sensibles großes Unternehmen nicht führen. Auch nicht durch Zwischenschaltung einer Theaterleitung, der zwar Verantwortung delegiert wird, diese Verantwortung aber nicht klar genug definiert ist. Schon die Grundregeln der Unternehmensführung sagen, daß zu jeder Delegation von Verantwortung zwingend eine entsprechende Kontrolle gehört. Und die fehlt im derzeitigen System. Wenn es die Künstler auch nicht hören und anerkennen wollen, die Vereinigten Bühnen sind ein wirtschaftliches Unternehmen und mit 600 Mitarbeitern gar kein kleines. Natürlich kein Industrieunternehmen, sondern ein Theaterunternehmen, das die Aufgabe hat, die Voraussetzungen zu schaffen, daß Künstler sich frei entfalten können, daß hohe Kunst geboten werden kann. Als ich vor mehr als 20 Jahren im Ausschuß des Rudolphinenvereines in Wien behauptet habe, das Rudolphinenhaus wäre ein Spitalsunternehmen, wurde ich ob dieser Zumutung von den Ärzten fast gesteinigt. Heute haben sie sich sogar mit der Kostenrechnung abfinden müssen. So ähnlich wird es dem Theater im allgemeinen, unseren Vereinigten Bühnen im besonderen ergehen. Sicher nicht zum Schaden der Kunst und der Künstler. Danke. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Der Herr Abgeordnete Kirner hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Kirner: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Ich hoffe, daß ich Ihnen mit meiner Wortmeldung nicht eine allzu unruhige Nacht verschaffe. In der gegenwärtigen Situation, vor allem, wenn man aus

der Obersteiermark kommt, muß sicherlich die Sorge um den Arbeitsplatz und um ihre Menschen Vorrangigkeit besitzen, so wie es etwa unser Generalredner, Kollege Dr. Horvatek, aber auch die anderen Redner sicherlich eindeutig zum Ausdruck gebracht haben. Man sollte dabei aber keinesfalls auf die Kultur und ihre wirtschaftliche und staatspolitische Bedeutung — ganz zu schweigen von der Kultur für sich selbst — vergessen, so daß die Kulturpolitik zweifelsohne einen besonderen gesellschafts- und sozialpolitischen Stellenwert besitzt.

Verehrte Damen und Herren, denken wir allein an die vielen Festlichkeiten etwa zum Gedenken an die Unterzeichnung des Staatsvertrages vor 25 Jahren, wir erinnerten uns an den großartigen gemeinsamen Wiederaufbau unserer Zweiten Republik vor 35 Jahren, und wir begegneten uns alle Land auf und Land ab anlässlich des Steiermarktages, wobei die Festsitzung des Steiermärkischen Landtages in Anwesenheit unseres hochverehrten Herrn Bundespräsidenten Dr. Rudolf Kirchschläger im Landhaushof sicherlich Höhepunkt und unvergeßliches Erlebnis dieser 800-Jahr-Feier war. Der Herr Kollege Dr. Schilcher hat ja noch eine Reihe weiterer anderer Jubiläen erwähnt, er hat nur leider das zehnjährige Jubiläum „Bundesregierung Dr. Bruno Kreisky“ ausgelassen, aber ich kann es ja verstehen. (Beifall bei der SPO.)

Doch all diese Erinnerungen am Ende eines so vielfältigen und bedeutungsvollen Jubiläumsjahres, ganz zu schweigen von den vielen Festlichkeiten, Aktivitäten einzelner — (Abg. Dr. Heidinger: „Gehört das jetzt schon zur Denkmalpflege?“) Ich höre nämlich auch auf dem linken Ohr etwas schwer, wie der Herr Landeshauptmann! (Abg. Dr. Schilcher: „Kultur ist Kultur!“) Ja, genau!

Ich hätte das sonst nicht gebracht, aber er hat so viel aufgezählt und da habe ich mir gedacht, das muß ich bringen. Ich glaube, Josef den Zweiten hast du auch vergessen, wenn ich mich richtig erinnere, den großen Reformator.

Jedenfalls hat es auch bedeutende kulturelle Initiativen der verschiedenen Kulturvereine gegeben und hierbei sollte man trotz allem sicherlich nicht unsere kulturpolitischen Sorgen und Anliegen vergessen, vor allen Dingen wenn man an die Kürzung bei den Förderungsmaßnahmen auch in dieser Gruppe 3 — Kunst, Kultur und Kultus — denkt und es noch mehr auf die Entscheidung des jeweiligen Referenten, also auf unseren Landeskulturreferenten, ankommen wird. Sicherlich ist die zentrale Bedeutung des Grazer Opernhauses für das ganze Land und darüber hinaus unbestritten und daher alles zu unternehmen, um — wie wir bereits heute gehört haben — die feuerpolizeilichen und sicherheitstechnischen Unzulänglichkeiten zu beheben und die Errichtung eines Werkstättegebäudes miteinzubeziehen, denn hier kann man, wenn man es schon nicht kulturell sehen will, so doch von einer wichtigen Arbeitsplatzsicherung — wie auch mein verehrter Vorredner bereits zum Ausdruck gebracht hat — sprechen. Daher auch die einstimmige Annahme und Anhebung des Fernseh- und Rundfunk-Schilling-Gesetzes.

Nur eines muß man, glaube ich, in dieser Situation feststellen und sagen, daß für die Bevölkerung diese finanzielle Belastung nicht sehr leicht zu verstehen ist, wenn man sich an die tagelangen Auseinandersetzungen rund um das hohe Defizit der Vereinigten Bühnen erinnert, das etwa durch die Robert-Stolz-Operette „Eine einzige Nacht“ entstanden ist, ganz zu schweigen von der künstlerischen Pleite. Ich muß in diesem Zusammenhang auch feststellen, daß man zwar von der Bedeutung des Theaters in unserem Lande sehr viel hält, aber gleichzeitig dem Stadttheater Leoben in der zweitgrößten Stadt der Steiermark, im Zentrum des steirischen Oberlandes, die so wichtigen Fördermittel zur weiteren Verbesserung der feuerpolizeilichen und sicherheitstechnischen Maßnahmen, für die die Stadt Leoben im Budget 1981 350.000 Schilling vorgesehen hat, seitens des Landes kürzt. Also Kürzung der Fördermittel, Aufbringung eines Notopfers für Graz, immer weniger Abstecheraufführungen und manche — wie ich bereits gesagt habe, auch in Leoben — schwache Inszenierung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich meine, daß all diese kurz angeführten Fakten nicht gerade die beste Stimmung für die Sorgen um die Vereinigten Bühnen hervorrufen. Unser ehrwürdiges Leobener Theater, das 1790 der Wohltätigkeit und dem Vergnügen geweiht wurde, spielte im abgelaufenen Jahr 32 Stücke mit 49 Aufführungen, die immerhin von 14.223 Personen, und zwar nicht nur aus Leoben, besucht wurden, wobei zusätzlich viele, viele Theaterfahrten durch die einzelnen Organisationen, wie Arbeiterkammer, Gewerkschaftsbund, Kulturbund, Katholisches Bildungswerk, ja auch nach Graz ins Opernhaus oder in das Schauspielhaus geführt werden. Der Nettozuschuß für diese Theatervorstellungen betrug 775.797,62 beziehungsweise 57,86 Schilling pro zahlendem Besucher, wobei der Jahresdurchschnittsbesuch eine erfreuliche Prozentziffer nennt, nämlich 81,12 Prozent. 20 verschiedene Bühnen waren bei uns zu Gast, doch die Künstler des Schauspielhauses konnten wir nur sieben Mal und die vom Opernhaus leider nur einmal begrüßen. Der Nettozuschuß einschließlich der Personalkosten für das Jahr 1979, wobei auch der Herr Kollege Kollmann in Leoben ein Mitsteuereinzahler ist, betrug immerhin 2.199.316,88 Schilling, was für die Stadtväter sicherlich eine beachtenswerte Leistung darstellt und wofür dem Steuerzahler besonderer Dank gebührt. Beim Jubiläumsfestakt anlässlich der Wiedereröffnung des 175 Jahre alt gewordenen Musentempels am 16. Jänner 1966 sagte der damalige Ehrengast, der Kulturreferent des Landes Steiermark, Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren unter anderem — ich zitiere: „... über das alte Erbstück Leobener Stadtkultur, mit dem sich Leoben als Ganzes in die Reihe der bemerkenswertesten Kulturdenkmäler und geistig-künstlerischen Einrichtungen des Landes stellt“. Ich ersuche daher den Herrn Kulturreferenten Prof. Kurt Jungwirth, diesen Stellenwert des ältesten Theaters auch bei der Förderung zu berücksichtigen.

Hohes Haus! Leoben wird vom 28. bis 31. Mai des kommenden Jahres Mittelpunkt eines bedeu-

tenden, gesamtösterreichischen Ereignisses sein. Der Österreichische Arbeitersängerbund begeht nämlich im nächsten Jahr sein 90jähriges Bestandsjubiläum und verbindet damit das alle zwei Jahre stattfindende Bundessängerfest, das diesmal der Landesleitung Steiermark mit dem Austragungsort Leoben übertragen wurde. Ohne nun auf die Bedeutung und den Umfang dieser großen Festveranstaltung näher eingehen zu können — es haben sich doch immerhin bis vorige Woche schon fast 2000 Sängerrinnen und Sänger angemeldet — muß ich Sie, sehr verehrter Herr Kulturreferent, auch von dieser Stelle aus ersuchen, und wir haben in dieser Angelegenheit ja schon wiederholt davon gesprochen, den Arbeitersängern im allgemeinen und für dieses große Fest im besonderen eine kräftige Unterstützung zu gewähren. In den beiden schriftlichen Ansuchen der Landesleitung Steiermark an Sie, Herr Kulturreferent, vom 17. Mai dieses Jahres, wird ja ausführlich auf die Leistungen und Aktivitäten und damit auf die Bedeutung als steirischer Kulturträger hingewiesen, wobei auch zum Ausdruck kommt, daß man sich des Eindrucks nicht erwehren könne, daß man bei der Vergabe von Landessubventionen die Arbeitersänger immer benachteiligt. Da es keine Offenlegung beziehungsweise genaue Auskunft und damit keine Vergleichsmöglichkeiten über einzelne Subventionshöhen gibt, bleibt diese Zweifelsfrage leider immer unbeantwortet im Raume stehen, wie etwa auch bei den Blasmusikkapellen und anderen Kulturträgern. Daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch die uralte Forderung der steirischen Sozialisten mit den Kulturschaffenden unseres Landes, endlich dem steirischen Landtag ein Kulturförderungsgesetz zur Beschlußfassung zu unterbreiten, wie etwa in Tirol und Salzburg und nun auch im Burgenland, das mit diesem Gesetz wohl das weitestgehende Österreich erhalten wird und wobei es nicht nur „die Kunst ist frei“ sondern „das kulturelle Schaffen ist frei“ heißt und die Kulturförderung nur als Beitrag zur Sicherung dieser Freiheit zu dienen hat.

Meine Damen und Herren, bei der vorjährigen Budgetdebatte hatte unser verehrter Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross, damals noch als Vizepräsident des Steiermärkischen Landtages beziehungsweise als Abgeordneter, von dieser Stelle aus neben einigen grundsätzlichen Feststellungen zur Kulturpolitik in unserem Lande neuerlich die Forderung nach einem Kulturförderungsgesetz erhoben und darüber hinaus die Vorlage eines jährlichen Kulturförderungsberichtes verlangt, wie es etwa bei der Bundesregierung selbstverständlich ist. Nachdem sich die Verantwortlichen des kulturellen Bereiches nicht rührten, haben die sozialistischen Abgeordneten dieses Hauses am 18. März des heurigen Jahres einen Initiativantrag, betreffend ein Gesetz über die Förderung von Kunst und Kultur in der Steiermark, also ein steirisches Kulturförderungsgesetz eingebracht. Am gleichen Tag gab es aber plötzlich auch einen OVP-Antrag, angeblich eine Tiroler Abschrift, ich kenne die Tiroler Aussendung nicht, um jedenfalls, wie ein Berichterstatter am nächsten Tag schrieb „auf einen fahrenden Zug

aufzuspringen“. Nun hörte man wiederum längere Zeit nichts, bis mir ein Freund einen Entwurf zeigte und mich fragte, er müßte für diesen Entwurf eine Stellungnahme abgeben, ob es sich um den sozialistischen Entwurf handle, denn diese verlangen ja schon sehr lange ein solches Gesetz. (Abg. Dr. Schilcher: „Kultur ist Kultur!“) Nach Einsicht in diesen Entwurf war die Frage etwa abgewandelt nach diesem Gesellschaftsspiel „Wem gehört der Antrag in meiner Hand?“ sicherlich nicht mehr schwer zu beantworten. Nun, Hohes Haus, meine Damen und Herren, ich war damals, und ich bin es heute noch, schwer enttäuscht, denn hier war nun von Demokratie, Kooperation oder von einem steirischen Klima nichts mehr zu spüren, sondern nur von Ausnützung einseitiger Vorteile, ja, man könnte sogar sagen, von glatter Irreführung, denn es gab ja einen zweiten Antrag, den man nicht mitschickte und der irgendwo in einer Schublade liegen blieb. Die Sozialisten haben hingegen stets offen über dieses Problem mit interessierten Persönlichkeiten und Institutionen, etwa im Arbeitskreis 2000 für Kulturpolitik und zuletzt in der Enquete am 10. November 1980 gesprochen, diskutiert und Vergleiche angestellt, um den Kulturbetrieb in unserem Lande demokratischer, durchschaubarer und überprüfbarer zu machen, wie das auch der Grazer Stadtrat und geschäftsführende Landesbildungsobmann der Sozialistischen Partei, Alfred Stingl, immer wieder zum Ausdruck bringt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es müßte doch möglich sein, die Bemühungen beider großer Parteien und sicherlich auch der Freiheitlichen, dieses so wichtige Anliegen auf eine klärende gemeinsame Gesprächsbasis zu bringen, wie es doch auch bei verschiedenen anderen Problemen der Fall war, zu realisieren. Mein Forderungskatalog für die kulturelle steirische Landschaft, wie etwa das uralte Verlangen seit Bestehen des Steirischen Herbstes, es nicht nur bei einem Grazer Herbst zu belassen, wurde leider nur in wenigen Ansatzpunkten erfüllt. Hier glaube ich, müßte mit neuem Schwung ans Werk gegangen werden, und ein etwas frischerer Ideenwind könnte hier sicherlich nicht schaden. Auch die Frage einer Einbindung der einen oder anderen Nicht-Grazer-Persönlichkeit in das Entscheidungsforum sollte einmal überdacht werden, könnte auch beim Grazer Theaterausschuß kein Fehler sein — um sich nicht nur bei finanziellen Forderungen an die übrige Steiermark zu erinnern, denn es gibt auch sicherlich außerhalb von Graz gescheite Leute. Hier muß ich sagen, daß die steirische Kulturinitiative einen nachahmenswerten Weg, ob es sich um die Kuratoriumszusammensetzung oder um die Miteinbindung der gesamten steirischen Landschaft in das Kulturgeschehen handelt, geht. Bei der am Dienstag dieser Woche unter dem Vorsitz des Präsidenten der Kammer für Arbeiter und Angestellte, Herrn Abgeordneten Franz Ileschitz, stattgefundenen Kuratoriumssitzung konnte man erfahren, daß die aus den Steirischen Volksbildungswochen hervorgegangene Kulturinitiative nun seit vier Jahren zwischen März und Juli beachtenswerte Aktivitäten setzt und im Vorjahr rund 80 Partner in mehr als 60 steirischen

Gemeinden fast 200 kulturelle Veranstaltungen und Projekte durchgeführt haben. Im Vergleich zu 1979 ist auch zahlenmäßig eine Ausweitung der Animationsarbeit festzustellen, was in etwa 30 längerfristigen Projekten sichtbaren Ausdruck findet.

Manche Aktion, wie etwa „Das lebende Museum“ in der Alten Galerie oder die gemeinsam mit der Walter-Buchebner-Gesellschaft in den Vereinigten Edelstahlwerken Mürzzuschlag—Hönigsberg unter dem Titel „Maler im Werk“ durchgeführte Aktion, muß hier besonders hervorgehoben werden.

Die „Steirische Autorenreise“, im nächsten Jahr auch durch Grazer Schauspieler bereichert, ist aus dem reichhaltigen Kulturangebot für 1981 nicht mehr wegzudenken.

Wenn am Samstag, dem 21. März 1981, in Graz, aber unter Miteinbeziehung möglichst vieler steirischer Gemeinden, eine dezentrale Eröffnungsaktion der Steirischen Kulturinitiative 1981 stattfindet, dann wird wie bisher versucht werden, unter Beweis zu stellen, daß Kultur nicht nur für einen privilegierten kleinen Kreis gemacht oder geliefert wird, sondern daß die kulturellen Bedürfnisse aller Gruppen der Gesellschaft, bis hin zu den Freunden echter Volkskultur in Lied, Musik und Tanz, berücksichtigt werden müssen. Versuchen auch wir, unseren Beitrag für dieses ernsthafte und wertvolle Bemühen zu leisten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, obwohl es eigentlich schon in die Gruppe 2 gehört hätte, und ich bitte hiefür um Entschuldigung, möchte ich meine Wortmeldung abschließend doch noch dazu benützen, um einer besonderen sportlichen Leistung Anerkennung zu zollen, obwohl dies Kollege Hammer bereits in einer breiten Leistungspalette getan hat, da dies für die Steiermark und für die Stadt Leoben ein ganz besonderes Aushängeschild bedeutet. Wie bereits erwähnt, hat Frau Edith Hrovat, Angehörige der Polizeisportvereinigung Leoben, fünffache Europameisterin, neunfache Staatsmeisterin, deutsche und tschechische Meisterin, bei der ersten Damen-Judoweltmeisterschaft in New York für Österreich die dritte „Goldene“ errungen. Die Damen wurden damit erfolgreichste Nation der Titelkämpfe. Ich möchte daher der verdienstvollen Weltmeisterin Edith Hrovat, aber auch dem verdienstvollen Trainer Siegfried Kloibhofer, von dieser Stelle aus — und ich hoffe, ich darf das auch in Ihrem Namen tun, meine sehr verehrten Damen und Herren — für die großartige sportliche Leistung einen herzlichen Glückwunsch entbieten und sagen, ich freue mich persönlich, wenn ich der Weltmeisterin wiederum täglich bei ihrer verantwortungsvollen Aufgabe als Politesse bei der Schulwegsicherung für die Schuljugend von Göß begegnen werde. Ich danke Ihnen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich werde Sie in Anbetracht der späten Stunde sicherlich nicht so lange auf die Folter spannen. Aber es ist auch notwendig, einiges zur Kultur zu sagen, natürlich aus freiheitlicher Sicht. Wie es im Vorjahr war, so erweckt auch heuer wieder ein Blick auf die Ausgaben der Budgetpost 322/7670 Sorgen in mir. Waren es 1980 immerhin noch 450.000 Schilling für die Förderung der Blasmusik, so sollen es im Jahre 1981 nur mehr 320.000 Schilling sein. Das ist eine Budgetkürzung von zirka 30 Prozent. Mir ist klar, daß Einsparungen notwendig sind, doch sollten sie ja generell nur 20 Prozent betragen. Der Steirische Herbst darf sich sogar auf eine Zubutterung freuen. Man möge mich bitte nicht falsch verstehen, gerade mit dem diesjährigen Musikprogramm konnte man zufrieden sein, war es Oper oder Musikprotokoll. Die Präsentation österreichischer Musik war schon dadurch wirkungsvoll zu realisieren, da ja der achtzigjährige Krenek nach einer Würdigung und Ehrung verlangte. Die Stadt Graz hat es vor zehn Jahren zu seinem Siebziger auch nicht versäumt und es waren ausgezeichnete Künstler hier und auch die österreichischen und steirischen Solisten konnten ihr Können ins rechte Licht setzen.

Angesichts dieser positiven Entwicklung im Musikprogramm des Steirischen Herbstes sehen wir die benötigten Mittel auch unter geänderten Voraussetzungen. Dennoch kann ich einen neidvollen Blick auf die runde Zahl 5 Millionen für den Steirischen Herbst nicht verhindern, zumal sie offenbart, in welche Außenseiterstellung die Blasmusik gedrängt wird. Mit einem kühnen Strich des Rechenstiftes hat man das ungeliebte Kind aus dem Volke budgetmäßig in das finanzielle Getto verwiesen. Eine Stellung, die gerade der Blasmusik nicht zusteht, wenn man den ursächlichen Zusammenhang zwischen ihr und dem Entstehen einer kulturellen Humusschicht auf breiter Basis überlegt, ganz abgesehen von der Rolle, die sie im Kanon der Fremdenverkehrseinrichtungen spielt. Gerade als Praktiker auf diesem Gebiet weiß ich um die Aufgeschlossenheit für die musikalischen Erscheinungsformen, die die jungen Musiker bei einem guten Kapellmeister mitbekommen. Auf Grund der eigenen Erfahrungen, die Jugendliche mit dem Erlernen eines Musikinstrumentes machen, können sie zunächst virtuosés Können würdigen, doch erwacht schließlich auch der Sinn für eine rezeptive Durchdringung von Musikwerken anderer Sparten. (Abg. Schrammel: „Was ist das? Das muß du Nichtakademikern übersetzen!“) Das ist etwas Gutes! Das ist das Verinnerlichen von anderen Dingen. Du muß ein Musikinstrument lernen, Kollege Schrammel! Komm zu mir, du kannst bei mir Geige lernen! (Unverständliche Zwischenrufe. — Heiterkeit. — Präsident Feldgrill: „Bitte, den Redner fortfahren zu lassen!“)

Es ist nicht zu übersehen, daß außerdem ein großer Aspekt nicht nur im gemeinsamen Spiel, sondern auch darin liegt, daß das aktive Musizieren sicher auch einen Einfluß auf die Musikalität breiter Schichten nimmt. Nicht nur die Spitzen der musikschaaffenden Hochkultur, sondern auch die musizierenden und singenden Laien, für die künstlerische

Perfektion kein Maßstab sein kann, prägen das Bild der musikalischen Steiermark. Der kunstvolle Bau des steirischen Musikschaffens findet hier seine qualitätsvolle Basis. Das Jahr 1980, das unter dem Motto „Musik in der Steiermark“ stand, war ein durchschlagender Erfolg. Alle Musikanten spielten zu den verschiedensten Veranstaltungen, wie etwa auch zu den Feiern „800 Jahre Herzogtum Steiermark“ mit Freuden auf. Die Blasmusiken gaben, auch ein Beispiel, auf ihrem Landesblasmusiktag in Graz ein herrliches Bild. Ihre Trachten, wenn sie so in Formation daher kamen und auf dem Freiheitsplatz insgesamt Aufstellung nahmen und dann dieses Monsterkonzert spielten, vermittelten einen herrlichen Eindruck. (Abg. Ritzinger: „Prachtvoll war-das!“) Richtig! Ein innerlicher Parteitag!

Unsere Musikkameraden haben mit ihrem Idealismus und ihrer Bereitschaft, Feiern der Gemeinschaft würdig zu umrahmen, gezeigt, daß sie aus der Kulturszene der ländlichen Gemeinden nicht mehr wegzudenken sind. Dafür möchte ich allen Musikkameradinnen und -kameraden ein herzliches Dankeschön sagen und auch natürlich den Frauen, die oft zu Hause jene Arbeit verrichten müssen, die sonst die Männer machen, nur gehen diese halt ein bißchen „dudeln“. (Abg. Schrammel: „Die spielen zum Tanz auf!“) Richtig! Ein bisserl Tanz aufspielen.

Die Blasmusik verdient es also keineswegs, mit Arroganz ins kulturelle Abseits gedrängt zu werden. Deswegen erscheinen mir die veranschlagten Mittel auch unzureichend, zumal ich auch meine alte Forderung um Übernahme der AKM-Gebühren durch das Land wiederum unterstreichen muß. Die exorbitant hohen AKM-Gebühren steigen mit Jahresbeginn um weitere 10,1 Prozent. Die Verantwortlichen in unseren unzähligen Vereinen sind gezwungen, Umsatzsteigerungen zu erzwingen, sollen sie ihre Finanzierungspläne nur annähernd einhalten. Dies aber ist auf Grund der bereits ziemlich leeren Taschen unserer Mitbürger nur sehr schwer möglich. War vielleicht der ausgewiesene Erfolg des Jahres 1979 wahrscheinlich wegen der damals bevorstehenden Gemeinderatswahlen noch recht erfreulich, so hoffe ich doch, daß auch ohne Wahlen für die Blasmusik genügend Mittel zur Verfügung stehen werden. Jene Mittel, um organisatorische Voraussetzungen zu schaffen, damit unsere Jugend mit Freude und Engagement in den Vereinen auch in Zukunft musizieren kann. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Wir unterbrechen die Landtagssitzung. Sie wird morgen um 8.30 Uhr fortgesetzt. (Unterbrechung der Sitzung: 21.35 Uhr.)

Präsident Univ.-Prof. Koren: Meine Damen und Herren, ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf, und erteile dem Herrn Abgeordneten Schrammel das Wort. (Wiederaufnahme der Sitzung: 11. Dezember 1980, 8.30 Uhr.)

Abg. Schrammel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist sicherlich berechtigt, zum Kapitel Kultur auch über den ländlichen Bereich zu sprechen, und

ich wage die Feststellung, zu behaupten, daß die eigentliche aktive Kulturarbeit noch am Lande gemacht wird, und wir ruhig sagen können, daß uns die für „Eine einzige Nacht“ in der Steiermark zu teuer ist und es sicher vernünftiger wäre, in Zukunft nachzudenken, in welchen Bereichen Kulturarbeit in der Steiermark besser, sinnvoller angewandt werden könnte.

Ich möchte daher zu den Musikschulen, zur Volksmusik, zu den Volksbildungswerken, zu den Heimatmuseen kurz auch einige Feststellungen treffen. Erfreulich ist einmal, daß der Ansatz für die Musikschulen von bisher 41 Millionen auf 48 Millionen Schilling angehoben wurde. Wir haben in der Steiermark 39 Musikschulen, dazu ein Musikkonservatorium, also insgesamt 40 Musikschulen in der Steiermark. Die Finanzierung dieser Schulen für derzeit rund 14.600 Schüler ist immer ein großes Problem für die Gemeinden. Ich möchte, bevor ich zur Finanzierung dieser Schulen Feststellungen treffe, eines noch festhalten, daß es sehr erfreulich ist, daß die Schülerzahlen, verglichen mit dem Schuljahr 1975/76, merkbar im Steigen sind, und zwar hat es im Schuljahr 1975/76 12.000 Musikschüler in der Steiermark gegeben und im jetzigen laufenden Schuljahr gibt es eben, wie früher schon erwähnt, 14.600. Es muß in diesem Kreise aber auch eines noch gesagt werden: es gibt in den steirischen Gemeinden, Märkten, Dörfern viele, nahezu unzählige kulturbegabte Menschen, die bereit sind, als Chorleiter, als Musikschullehrer unentgeltlich tätig zu sein, und würde man die auch noch dazu zählen, die unterrichten, würde sicher die doppelte Zahl herauskommen.

Nun zur Finanzierung: Wir haben früher schon gehört, daß im Landesbudget die Mittel von bisher 41 auf 48 Millionen Schilling aufgestockt wurden. Sehr erfreulich! Es muß aber dazu gesagt werden, daß die Gemeinden bei der Finanzierung ihrer Musikschulen immer noch größte Sorgen haben. Ich möchte nur zwei Beispiele herausgreifen: die Stadtgemeinden Leibnitz und Fürstenfeld. Beide Stadtgemeinden haben für ihr Musikschulbudget einen Abgang von etwa einer dreiviertel Million Schilling zu verzeichnen. Nun, wenn das Land mehr Mittel gibt, so ist eines leider dabei bedauerlich, daß diese Mehrmittel größtenteils für Personalkosten dann wieder aufgefressen werden.

Ich möchte mir erlauben, eine Bitte auszusprechen: Ich bin fast der Auffassung, daß der sicher von mir sehr geschätzte Herr Landesrat Gruber sich in seinem Sozialhilfebudget sehr geschickt Posten geschaffen hat, wo er sich ein Körperlsgeld — das ist auch nicht bissig gemeint — sichern kann und wenn gerade durch das Sozialhilfegesetz eine Initiative der OVP-Abgeordneten die Gemeinden in den letzten Jahren sehr belastet oder um so mehr belastet sind — Sozialleistungen sind sehr wichtig, sind notwendig —, möchte ich bitten, daß der Herr Landesrat Gruber sein Körperlsgeld für die Kulturarbeit bei der künftigen Budgeterstellung, und der Landesrat Klausner als Finanzreferent wird ihm dabei dann behilflich sein, . . . — (Abg. Zdarsky: „Weniger Sozialleistungen!“ — Abg. Brandl: „Was

heißt das? Weniger Sozialleistungen!“) Das habe ich sehr klar ausgedrückt, da hast du früher nicht aufgepaßt! — . . . daß für wichtige Maßnahmen der Kulturarbeit deutlich mehr finanzielle Mittel auch vom Land bereitgestellt werden. Ich möchte noch einmal betonen, es soll aus dem Körperlsgeld aus jenen Budgetposten, die vielleicht nicht direkte Sozialhilfeleistungen betreffen, für Kulturarbeit etwas abgegeben werden. (Abg. Brandl: „Was sind das für Begriffe!“ — Abg. Kohlhammer: „Mehr für die Sozialhilfe!“) Ich muß nämlich eines sehr bedauern — ich muß jetzt auch zum Sozialbudget ein paar Worte sagen —, daß sehr wichtige Budgetposten, wie beispielsweise die Budgetpost „Beiträge an Sozialhilfeverbände zur Errichtung von Pflegeanstalten und Altenheimen“ — es ist ja nur eine Randbemerkung — vom Budget 1980, in dem noch ein Betrag von 263 Millionen Schilling ausgewiesen war, im Budget 1981 auf 3000 Schilling gekürzt wurden. Ein lächerlicher Betrag, mehr als eine Erinnerungspost ist das nicht. Eine zweite Post — damit bin ich mit diesen Beispielen schon am Ende —, und zwar „Beiträge an Gemeinden für die Einstellung von Familienhelferinnen“ wurde von seinerzeit 1980 210.000 Schilling für das kommende Jahr 1981 auf 10.000 Schilling gekürzt. Das sind die zwei Posten, die mir besonders ins Auge gesprungen sind. Man könnte noch einiges herausnehmen.

Dann gibt es da Posten, wo man weiß, sie sind sehr öffentlichkeitswirksam, man könnte auch sagen, für den zuständigen Referenten politisch sehr wirksam, bei denen es aber nicht notwendig wäre, Aufstockungen in diesem Ausmaß vorzunehmen. Vielleicht sollte man das mehr für die Kulturarbeit tun, und zwar deshalb für die Kulturarbeit, weil wir wissen, daß die aktive Kulturarbeit draußen am freien Lande doch auf fruchtbaren Boden fällt. Hier hat mir die Rede des Herrn Kollegen Kirner sehr gefallen, der all die breiten Kulturleistungen im Detail aufgezählt hat. Ich möchte sie alle unterstreichen. Was würden wir tun, wenn draußen am Dorf der Schulleiter und andere kulturbegabte musische Menschen nicht da wären, die um Gottes Lohn, die gar nicht fragen, mit einer Selbstverständlichkeit wöchentlich einen, zwei oder drei Abende und vielleicht auch noch den Sonntag für den Kirchenchor opfern, um dort Kulturarbeit zu pflegen und anderen ihr Wissen weiterzugeben. Diesen Damen und Herren, vielfach sind das Schulleiter und Schuldirektoren, soll auch herzlich gedankt werden. Dazu auch gleich ein Gedanke: Wir machen in letzter Zeit die Feststellung, daß es leider bei der Schulleiterpostenvergabe immer mehr vorkommt, daß die Schulleiter zu Pendlern werden. Da gibt es auch schon Pendler. Sie wohnen in der Stadt, pendeln hinaus aufs Land, sind dort Schuldirektor an einer Volksschule oder vielleicht auch an einer Hauptschule und nach der Schule packen sie zusammen und fahren wieder zu ihrer Familie nach Hause. Sie haben mit der örtlichen Bevölkerung natürlich nicht diesen Kontakt wie seinerzeit oder wie die vielen noch tätigen Dorfschullehrer, die wir in der Steiermark haben und die wir dringend brauchen. Es muß bei der Vergabe der Schulleiter-

posten darauf Rücksicht genommen werden, daß der Schulleiter, wenn er einen Posten anstrebt, dort auch regional seinen ordentlichen Wohnsitz haben soll und daß er natürlich auch ein musisch begabter Mensch sein soll. (Beifall bei der OVP und FPÖ. — Abg. Brandl: „Sie bekommen aber dann eine Beihilfe!“) Ich weiß es, nach welchen Grundprinzipien. (Abg. Sponer: „Kollege Schrammel, weißt du nicht, wo die Schulleiterposten vergeben werden? Du weißt ja, daß das eine politische Vergabe ist!“) Der Herr Kollege von der SPÖ ist doch aufklärungsbedürftig! Er hat ja gestern von uns auch erfahren müssen, daß er scheinbar bei seinen Klub-sitzungen viel zuwenig aufpaßt, denn er hat über Dinge nicht Bescheid gewußt, über die andere seiner Kollegen in seiner Partei natürlich selbstverständlich Bescheid gewußt haben und über Absprachen, die uns allen bewußt waren. Es ist daher gut, lieber Herr Kollege Sponer, aufzupassen, wenn es um wichtige Dinge geht! (Abg. Sponer: „Kollege Schrammel, eines darf ich sagen, die Worte ‚er ist aufklärungsbedürftig‘ gebe ich zurück! Was du von gestern gesagt hast, das stimmt nicht! Das lehne ich entschieden ab! Weißt du wirklich nicht, wie die Schulleiterposten vergeben werden?!“) Der Herr Präsident wird mich bald rügen, wenn ich den Herrn Kollegen Sponer zu lange reden lasse. Es ist daher notwendig, daß ich fortsetze.

Ich möchte mir zur Blasmusik auch noch kurz eine Feststellung erlauben. Gestern ist ja sehr lieb vom Herrn Kollegen Chibidziura gesagt worden, daß die Blasmusik ein sehr wesentlicher Kulturträger in den ländlichen Bereichen in der Steiermark ist. Er empfindet sogar ein Monsterkonzert als einen inneren Parteitag. (Heiterkeit. — Abg. Ing. Turek: „Was spielst du denn?“) Ich habe heute die ganze Nacht darüber nachgedacht, wie er das gemeint haben könnte. (Beifall bei der OVP. — Abg. Loidl: „Er ist vom Parteitag auch so beeindruckt wie von der Blasmusik!“) Es ist wirklich schwer, aber zumindest gehört sehr viel Idealismus dazu, wenn man dort als kleine Minderheit bei so vielen Leuten miterleben kann, daß es für seine Partei ein Parteitag ist. (Abg. Ing. Turek: „Dann mußt du einmal zu unserem Parteitag kommen, du weißt gar nicht, wie das ist! Bei uns geht es fast so zu wie bei Euch!“) Warum nicht?

Nun zur Blasmusik. Es soll wohl mit Ernst eines gesagt werden, daß die 13.000 Mitglieder in den 378 Blasmusikgruppen wahrlich gute, wertvolle Kulturarbeit in der Steiermark leisten. Eines muß ich dem Herrn Landesrat Jungwirth, dem zuständigen Kulturreferenten, danken: Er versteht es immer wieder, sich Reserven zu schaffen, wenn auch die Budgetansätze für die Blasmusik — (Abg. Zdarsky: „Auch ein Körpergeld!“) Aber für gute Zwecke, nicht für parteipolitisch wirksame Zwecke! — jeweils immer wieder sehr bescheiden sind. Im Endeffekt ist es aber tatsächlich so, daß die Blasmusikgruppen in der Steiermark weit mehr bekommen als im Budget ausgewiesen ist, und hier steht ihm auch der Landesfremdenverkehrsreferent, Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart, echt zur Seite. Wenn nun summa summarum beispielsweise für das heurige Jahr etwa 2,5 Millionen Schilling für die

Blasmusik und die Blasmusikgruppen, für die Mitfinanzierung der Instrumente, für die Trachten, für Notenmaterial, eben für Bereiche, die sehr finanzaufwendig sind, an Förderungsmitteln vom Land gegeben sind, ist das ein nennenswerter Betrag. Wir wären natürlich alle sehr glücklich, wenn es mehr sein könnte.

Zum Schluß darf ich noch einmal allen danken, die draußen am Land bereit sind, aktive Kulturarbeit zu leisten, mit der Bevölkerung Kulturarbeit zu betreiben und die damit uns allen ein gutes Vorbild sein sollen, denn der Mensch lebt ja nicht nur vom Brot allein. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Karrer. Ich erteile es ihm.

Abg. Karrer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Mein Vorredner und auch gestern der Redner der Freiheitlichen Partei haben schon über das Kapitel „Blasmusik“ in der Gruppe 3 gesprochen. Nachdem ich im Vorjahr dazu Stellung genommen habe, bin ich auch heuer wieder von meinen Freunden der Blasmusik beauftragt worden, dazu Stellung zu nehmen und die Tätigkeit der Blasmusik in der Behandlung des Landesbudgets doch etwas aufzuzeigen. Wenn sich mein Vorredner, der Herr Kollege Schrammel, hierüber beklagt hat, daß die Musikschulen zuwenig bekommen, daß doch ein wesentlicher Teil bei den Gemeinden liegt, dann stimmt das. Und wenn er nun — ich weiß nicht, was er heuer hat — sich scheinbar im Ressort des Herrn Landesrates Gruber festfressen will, wie ich das steirisch sagen darf, er glaubt, daß er sich von diesem Geld etwas abzweigen kann für Kulturarbeit, wie er es so schön bezeichnet, nun Kollege Schrammel, so darf ich dir sagen: es gibt ja in unserem Budget bestimmte Richtlinien, nach denen es erstellt wird und wofür auch die Gelder eingesetzt werden, damit sie zweckentsprechend wieder der Bevölkerung zugeführt werden. Sie gibt es beim Landesrat Gruber und auch beim gegenständlichen Punkt 3 für den Landesrat Professor Jungwirth in seiner Eigenschaft als Kulturvater unseres Landes. Hier wäre es zweckmäßiger, wenn du deine Aktivität mehr an deine Parteifreunde richten würdest, die zuständig sind, als dem Landesrat Gruber vorzuwerfen, daß er Posten schaffen würde für ein sogenanntes Körpergeld und daß er das ausräumen soll für Kulturarbeit. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß wir im Land Steiermark froh sein können, daß die Aktivitäten des Landesrates Gruber mit seinen Männern auf dem Sozialsektor so erfolgreich sind, denn was bedeutet dies: Das bedeutet, daß diese Gelder vom zuständigen Referenten für unsere Mitmenschen aufgebracht und ausgegeben werden, die einer Hilfe bedürfen und das kann man nicht verquicken mit einem Körpergeld für einen anderen Kulturzweig, sei es auch für die Blasmusikkapellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Nun komme ich schon zu den Blasmusikkapellen. Ich glaube, die Bedeutung, den Sinn und den Stellenwert, den die Blasmusikkapellen in der Steier-

mark oder überhaupt überall einnehmen, braucht man hier nicht immer wieder zu wiederholen. Dies wurde von allen Rednern positiv geäußert. Aber wozu ich Stellung nehmen muß, ist die finanzielle Situation. Der Herr Kollege Schrammel tut das so ab, der Herr Referent wird schon noch ein Geld hiefür haben und wenn es auch heuer etwas weniger ist, die Blasmusikkapellen bekommen schon genug. Es ist ja möglich, daß man ihnen über das Fremdenverkehrsreferat und so weiter etwas gibt. Die Tatsache ist eine wesentlich andere. Wir haben heuer 320.000 Schilling in der Budgetpost „Beiträge zur Musikpflege“, das ist um 28 Prozent genau weniger als im Vorjahr. Wenn man das auf eine Kopfquote umrechnet, ergibt das für die Blasmusiker in der Steiermark etwa 26 Schilling pro Kopf für die Förderung durch das Land für den gesamten Bereich. Ich bin kein Gegner davon, ich glaube, das wird auch keiner von uns sein, daß auch andere Kulturzweige auf dem musikalischen Sektor, ich bezeichne sie als Salonmusiker, wesentlich mehr bekommen. Sicher, sie tragen auch zu einer kulturellen Betätigung für unser Land und unsere Mitmenschen bei. Aber daß man die Sparte der Blasmusikkapellen mit einem so niedrigen Preis abspeist, das, glaube ich, ist nicht in Ordnung. Sehen Sie, Kollege Schrammel, wenn hier die Aktivitäten deiner Tätigkeiten im Rahmen des Klubs angesetzt werden würden, dann, glaube ich, würde manches ausbleiben, was heute hier bekrittelt werden muß.

Die Blasmusikkapellen leisten ihre Tätigkeit das ganze Jahr über. Man kann es in Zeitungsberichten, in Leistungsberichten, oder wo immer sie auftreten, feststellen, daß ihre Tätigkeit eine gute ist, daß ihre Leistungen hervorragend sind und so sind auch vor nicht allzu langer Zeit, am 7. November, junge steirische Blasmusiker in Salzburg zu höchsten Ehren gekommen. Sie wurden ausgezeichnet. Man kann immer wieder feststellen, daß auch die Blasmusikkapellen, wenn sie auch anderen Ursprung hatten als heute, über Jahrzehnte ihre Tätigkeit ausüben, auch ein 100jähriges Jubiläum feiern. Wenn man bei diesen Konzerten anwesend ist, dann sieht man, welche hervorragende musikalische Leistungen dort geboten werden. Es ist auch in Graz ein Institut geschaffen worden für den Bestand der Blasmusikkapellen, auch das darf man nicht übersehen. Was mir aber, meine Damen und Herren, nicht paßt, das ist die Behandlung der Blasmusikkapellen vom zuständigen Referenten aus. Denn wenn man bedenkt, daß diese Leistungen in den Bezirken, wenn ich nur den Bezirk Mürzzuschlag herbringe, daß sie ein Jahresrahmenbudget, um alles bewerkstelligen zu können, von etwa 1,5 Millionen Schilling benötigen, und wenn man weiß, daß die Gemeinden zirka 500.000 Schilling aufbringen als Subvention für die Tätigkeit der Musiker und daß der Rest von ihnen selbst aufgebracht wird, dann, meine Damen und Herren, sind dies stolze Leistungen, die meines Erachtens nach nicht anerkannt werden. Wenn man den Bericht des Landesverbandes hernimmt, dann zieht sich das wie ein roter Faden aus dem Jahre 1976/77, daß kontinuierlich immer weniger für die Blasmusikkapellen bereitgestellt wird und daß sich auch

der Landesverband darüber beschwert, daß die Tätigkeit nicht in dem gebührenden Rahmen honoriert wird.

Aber, meine Damen und Herren, es gibt noch etwas Unerfreulicheres, und da habe ich, Herr Kollege Schrammel, das Körperbergeld gemeint, das der zuständige Referent doch zur Verfügung haben müßte. Aus einem Briefwechsel mit einem Funktionär seiner Fraktion aus dem Bezirk Mürzzuschlag, der die Tätigkeit des Bezirksverbandes im Verlauf der Hauptversammlung berichtet hat, das ist auch sein gutes Recht und auch seine Verpflichtung als politisch tätiger Mann im Bezirk, wurde ihm mitgeteilt, daß dort in der Bezirksversammlung Kritik geübt worden ist wegen der Dotierung der Blasmusikkapellen und auch der Förderung in seinem Ressort. Es wurde auch von ihm angezogen, daß manche kulturellen Veranstaltungen in Graz und auch im Land mit Millionen bedacht werden, die nicht so wirksam arbeiten wie die Blasmusikkapellen. Hier komme ich zum Kernpunkt. Der Herr Landesrat Jungwirth hat in seiner Eigenschaft dann diesen Brief beantwortet und ihm mitgeteilt, daß für das Jahr 1979 sicher nur 415.000 Schilling zur Verfügung gestanden sind, aber daß ja dieser Betrag nicht von ihm, sondern vom Finanzreferenten nicht höher angesetzt wurde und daß er persönlich durch die Aufstockung dieser Budgetpost über mein Referat um 800.000 Schilling erhöht wurde und den Blasmusikkapellen zugeführt wird, so daß im Jahre 1979 1.215.000 Schilling heraus schauen. Kollege Schrammel, das ist ein echtes Körperbergeld, meines Erachtens nach, wenn ein Landesrat, wo doch Beschwerde geführt wird, nicht bereit ist, eine Budgetwahrheit hier dem Hohen Hause vorzulegen, er aber ohne weiteres auf leichte Art scheinbar 800.000 Schilling zur Verfügung hat, die muß er ja auch irgendwo abwickeln. (Abg. Schrammel: „Du willst ja mehr!“) Nicht vom Landesrat Gruber! Aus einem Fremdressort etwas zu verlangen, wenn im eigenen Ressort Hunderttausende Schilling nur so untergehen! Das ist meines Erachtens nach auch keine Art einer kollegialen Führung innerhalb der Regierung, denn er hat weiter dort ausgeführt, das sollte ja veröffentlicht werden, daß nicht er, sondern der Finanzreferent, also der Landesrat Klausner, der von der SPO gestellt wird, diese Kürzung oder eine nicht höhere Dotierung ansetzt. Meine Damen und Herren, ich glaube, wenn der Herr Landesrat Jungwirth berechtigt ist, wie der Wunsch der Blasmusikkapellen steht, dies zu tun, dann wird er kein Hindernis finden, wenn er hier die Blasmusikkapellen etwas besser dotiert. So glaube ich, meine Damen und Herren, schon zum Abschluß kommen zu können, daß wir doch eine Verpflichtung haben, für unsere Blasmusiker im Lande zu sorgen, auch finanziell, damit sie ihrem Aufgabengebiet nachkommen können, denn wir brauchen sie in allen Lebenslagen, egal ob wir gutgestimmt sind oder ob wir traurig sind, ob wir bei festlichen Anlässen fröhlich sind. Die Blasmusikkapellen sind ein Bestandteil unseres Lebens und unserer Gesellschaft. Daher gebührt ihnen mehr Unterstützung (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Schilcher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Schilcher: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich werde nicht zur Blasmusik sprechen (Abg. Neugebauer: „Warum nicht?“ — Abg. Zdarsky: „Schadel!“), aber nur ein Wort zum Stil, der hier eingerissen ist. Wir haben ein Konsolidierungsbudget gemeinsam zu beschließen. Seit gestern treten pausenlos Herren, vor allem der sozialistischen Fraktion, auf und erklären — vor allem Sie, Herr Abgeordneter Sponer, aber auch der Herr Abgeordnete Erhart und nunmehr auch der Herr Abgeordnete Karrer —, daß in dieser Sparte natürlich keine Kürzung stattfinden darf, sondern hier müßte eigentlich etwas erhöht werden. (Abg. Zdarsky: „Und was ist mit Schrammel?!“, — Abg. Sponer: „Schrammel hat das früher auch gesagt!“) Nein, nein, Herr Abgeordneter Sponer, Sie waren ein ganz besonderer Forderer! (Abg. Sponer: „Das bin ich noch immer!“) Ich glaube, man muß, wenn man A sagt, auch B sagen. Das nur einmal als Vorbemerkung. Natürlich gibt es überall Wünsche und wenn wir allen Wünschen nachgeben, dann können wir das Budget, so wie es ist, wegwerfen und ein neues mit einem Abgang von einigen Milliarden Schilling beschließen. Das wird uns nicht leicht einfallen. Es wäre also durchaus sinnvoll, im Sinne der eingangs getroffenen Beschränkung auf ein Konsolidierungsbudget vielleicht auch die eigenen Wünsche ein bißchen zu konsolidieren.

Ich gehe jetzt gleich auf etwas über, wo es um ein ähnliches Problem geht, nämlich die Vereinigten Bühnen. Der Herr Kollege Dr. Pfohl hat gestern schon sehr Wichtiges gesagt. Ich habe den Eindruck, daß die Vereinigten Bühnen gegenwärtig sehr viele Gegner auf sich vereinigen und es ist ein österreichisches Schicksal, daß sie das mit Hilfe „einer einzigen Nacht“ plötzlich schaffen, was sich schon jahrelang aufgestaut hat, wobei man sagen muß, diese „einzige Nacht“ war sicher viel zu teuer und sicher nicht sehr gut. Sie war qualitativ unter einem gewissen Pegel, nur, wir haben schon Teureres und Schlechteres gehabt. Wenn sich die Diskussion über die Vereinigten Bühnen nun ausgerechnet an dieser Einzi Stolz hinaufrankt, dann habe ich den Eindruck, da steht ein bißchen mehr dahinter. Es gab ja schon Stimmen, die von Kopfgängerei gesprochen haben. Es wird zum Halali geblasen, auf den einen Intendanten, auf den anderen Direktor, je nach Einstellung und Laune, oder auf alle zwei. Ich glaube, man muß dazu schon etwas sagen: Natürlich haben die beiden zum Beispiel in der „einzigen Nacht“ einzigartige Versäumnisse gemacht. Darüber besteht überhaupt kein Zweifel. Ich bin auch sehr für die persönliche Verantwortung, nur, bevor man jetzt das Halali gänzlich aufbläst, müßte man sich schon überlegen, in welcher Situation man das macht, denn sonst haben Außenstehende den Eindruck, da wird hü-hott-gefährlich. Auf der einen Seite beschließen wir eine Erhöhung des Fernsehschillings, 230 Millionen-Stück, das ist ja kein Pappentiel, kein Lercherl, wenn wir das beschließen,

und auf der anderen Seite wollen wir dann womöglich das ganze Führungsmanagement genau in einer Phase hinausschmeißen, wo die das bauen sollen. Wenn wir die 1982 entfernen, bitte, wie schaut denn das aus, wenn mit dem Bau 1981 begonnen wird. Ich möchte schon bitten, daß man die Dinge ernsthafter betrachtet. Selbstverständlich kann man sich die Gretchenfrage stellen: Brauchen wir oder können wir uns die zwei Häuser auf die Dauer mit diesem Abgang leisten? Der Herr Abgeordnete Kirner nickt natürlich, er sagt, das Stadttheater Leoben hätte auch ganz gern ein bißchen Geld. Bitte, Herr Abgeordneter Kirner, mir ist dann zum zehnjährigen Jubiläum Kreisky eingefallen, daß das zehn Jahre Benachteiligung der Steiermark gerade in kultureller Hinsicht ergibt. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Zinkanell: „So gut war der Gag nicht!“ — Landesrat Heidinger: „Und vorher war gar nichts!“) Zehn Jahre lang haben wir hier in der Steiermark nicht einmal Prozentsätze dessen bekommen, was die Bundestheater bekommen. Das wissen Sie sehr genau! Wenn wir nur eine einzige Produktion etwa im Ausmaß, im Volumen, der Staatsoper hier hätten, dann hätten Sie in Leoben keine Sorgen mehr, Herr Abgeordneter Kirner. Das auch nur zu zehn Jahre Kreisky im Zusammenhang mit der Kultur. (Abg. Ileschitz: „Wie würden Sie erst schreien, wenn die Bundestheater kein Geld mehr bekämen!“) Ich schreie gar nicht, ich bin normal ganz ruhig, Herr Abgeordneter Ileschitz! (Abg. Ileschitz: „Spielen Sie nicht so verkehrt!“) Schauen Sie, ich bin ja gar nicht dagegen. Der Herr Kollege Kohlhammer hat gesagt, ein bißchen Ausgleich. Sehen Sie, das meine ich auch, ein bißchen Ausgleich. (Abg. Ileschitz: „Wann hat es den jemals gegeben zwischen Staats- oder Bundestheatern und den Bühnen draußen?“) Oder nehmen Sie den Herrn Bundeskanzler Kreisky, Herr Abgeordneter Ileschitz, erst, wie er 1970 gesagt hat, das Bundestheaterdefizit ist untragbar. Seither hat es sich unter seiner Regierung vervielfacht! (Abg. Ileschitz: „Sie reden ja vom Vertrag und nicht von Prozenten!“) Ich meine nur eines: Wenn wir hier eine Sanierung vornehmen wollen, dann bitte nicht in einem Hü-Hott-Verfahren. Die Linie hat der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl sehr deutlich gezeigt. Ohne ein ökonomisches Konzept gibt es das nicht. Also, dieses ephemere Getue, ich als Künstler kann mich keinen ökonomischen Gegebenheiten unterwerfen, ist sicher unmöglich, noch dazu, wo dieselben Herren, die das sagen, in ihren eigenen Fragen, wenn es etwa ihre Bezüge und Pensionen angeht, sehr ökonomisch zu denken beginnen. Ich habe mir da die Verträge angeschaut, diese sind kräftig ökonomisch. Bevor man die unterschreibt, soll man durchaus verlangen, daß hier ein ökonomisches Konzept für die Sanierung der Bühnen vorgelegt wird. Einfach losschießen auf die Leute und sie abschießen, wie das auch geschehen ist, wäre — glaube ich — falsch, zumal sich gerade in punkto Bühnen eine neue Kooperation mit dem ORF anbahnt, die auch lukrativ ist. Ich darf Ihnen sagen, das Land Steiermark ist mit Produktionen der Vereinigten Bühnen so oft im Fernsehen wie alle übrigen Bundesländer zusammen. Denken Sie nur in der letzten Zeit an

„Johnny spielt auf“ von Krenek und an ähnliche Produktionen, die ja wirklich weltweit Qualität gezeigt haben. Was ich hier sagen wollte ist: bitte, nicht das Kind mit dem Bad ausgießen, und wenn man schon kritisch ist, dann mit Überlegung. Man kann nicht auf der einen Seite 230-Millionen-Bauten vormachen und auf der anderen Seite die, die es ausführen sollen, ständig verunsichern. Da muß ein klares Wort gesprochen werden: Her mit einem Konzept, dann werden die Verträge verlängert und dann wird gebaut.

In einem zweiten Bereich, der mich sehr berührt, ist dieses klare Wort gesprochen worden. Der Herr Kollege Dipl.-Ing. Chibidziura hat gestern mit begehrlchen Blicken — wie er gesagt hat — zu den fünf Millionen Schilling des Steirischen Herbstes geschickt. Sein Blick könnte noch begehrlcher werden, denn das ist eine Unterbudgetierung, wie der Herr Landesrat Dr. Klauser weiß, eigentlich sind es 6,8 Millionen Schilling, die das Land für den Steirischen Herbst ausweist, und da muß man ja noch die Eigenproduktionen dazugeben. Das bedeutet mehr als eine Verdoppelung der Mittel. Und wieder, bitte sehr, ohne daß der Bund mitzieht! Wir haben vom Bund bislang noch nicht einmal eine Zusage, daß er von 2,5 Millionen auf 3,5 Millionen Schilling geht, und wir haben hier im Hause, Gott sei Dank, einen gemeinsamen Antrag gestellt, daß der Bund das tun möchte und mitzieht. Wenn er schon die 50-zu-50-Formel dort, wo sie überhaupt unpassend ist, nämlich wo er ganz allein zuständig ist, zum Beispiel als Eigentümer einer verstaatlichten Industrie, bei uns anbringen will, dann sollte er bitte hier seine kulturelle Verpflichtung ernst nehmen und uns ein bißchen mehr Geld geben.

Sie werden vielleicht fragen, ja warum denn gerade für den Steirischen Herbst, wieso denn diese Erhöhung? Ich glaube, man muß sagen, erstens weil er es verdient. Wenn Sie die Pressestimmen des heurigen Steirischen Herbstes anschauen, so sind vor allem die ausländischen zum Teil fulminant. Unlängst erst war sogar ein Artikel in der Prawda — ich weiß nicht, ob man das erwähnen darf —, ein Vierspalter über die Bedeutung des Steirischen Herbstes. Und zweitens muß sich dieses Festival halt langsam sein pubertäres Ruderleiberl ausziehen und in den Frack eines etablierten Festivals schlüpfen, denn zehn Jahre kann man nicht improvisieren. Wir haben ein Provisorium gehabt, dann ein Direktorium und jetzt entschließen wir uns zu einer ordentlichen Struktur mit einem Intendanten und einem Programmbeirat, einem Direktorium. Diese neue Struktur hat auch bereits Wirkungen. Der Steirische Herbst 1981 wird in vielem qualitativ noch besser und in der Struktur noch deutlicher sein. Zum Beispiel werden wir „Lulu“ von Berg in der Bearbeitung von Cerha spielen, eine österreichische Erstaufführung, wir werden eine Welturaufführung spielen, die „Madalena“ von Prokofjew, wo der ORF bereits sein Interesse bekundet hat und die uns daher nichts kosten wird. Wir werden sehr bedeutende Ensembles aus dem Ausland hier versammeln, es werden sehr bedeutende Leute kommen, etwa Rolf Liebermann hat bereits zugesagt, und der Steirische Herbst wird auch sicht-

barer werden. Der Vorwurf, der jetzt immer gekommen ist: na, es herbstelt sozusagen, irgendwann beginnt er zu tröpfeln, niemand weiß genau, wann er anfangt und gegen Dezember herum versandet er dann, wurde ernst genommen. Es wird ein klarer Auftakt und ein klares Ende sein. Da es ein Theaterschwerpunkt ist, wird der Auftakt mit „Lulu“ sein und das Ende mit „Madalena“ im großen Haus. Das bedeutet also, daß wir auch diese Wünsche des Publikums ernst nehmen und ein — glaube ich — sehr deutliches Festival machen.

Abschließend dazu möchte ich sagen, ich bin wirklich froh, daß das die Meinung aller drei Parteien im Hause ist, daß wir den Steirischen Herbst brauchen, daß wir hier ein Tor zur Offenheit aufgestoßen haben, der Herr Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren, der Herr Landesrat Professor Jungwirt, und daß wir es uns einfach nicht leisten könnten, diesen Steirischen Herbst in diesem Hü-Hott-Verfahren zu belassen, in diesem provisorischen, weil dann möglicherweise über die Steiermark der steirische Winter hereinbrechen würde, jedenfalls was die Kultur betrifft. Danke sehr. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Herr Landesrat Dr. Klauser hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Klauser: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Was den Steirischen Herbst und das Theater anbelangt, stimme ich im wesentlichen mit dem überein, was der Kollege Dr. Pfohl und der Herr Prof. Dr. Schilcher gerade gesagt haben. Zum betriebswirtschaftlichen Teil ihrer Ausführungen muß man allerdings anmerken, daß das durchaus keine Spezialität der Vereinigten Bühnen ist. Wir haben ja überhaupt und generell im Rahmen der Kulturverwaltung, wenn ich das so sagen darf, dieses merkwürdige Mißverhältnis zwischen künstlerischen und kulturellen Intentionen auf der einen Seite, auch durchaus qualitativ beachtliche Ergebnisse und auf der anderen Seite ein merkwürdiges Mißverhältnis zu all dem, was mit Finanzfragen zu tun hat. Ich freue mich auch, daß der Kollege Dr. Schilcher das aufgenommen hat, worauf ich in der Einbegleitung zum Budget hingewiesen habe, daß nämlich die Finanzierungsanstrengungen für die Vereinigten Bühnen durchaus auch deshalb berechtigt sind, weil wir dank des ORF über die Steiermark hinauskommen. Auf der anderen Seite hat das deswegen Probleme — und dort liegt auch die Wichtigkeit der Schlüsselfrage, die der Herr Kollege Dr. Pfohl angeschnitten hat —, denn selbstverständlich haben sich mit der Sonderfinanzierung für die Vereinigten Bühnen, mit den Aufstockungen für den Steirischen Herbst, an denen übrigens doch der Bund mittut — Sie dürfen eines nicht vergessen, ich verstehe schon, daß man hier gegen den Bund polemisieren muß, aber der Bund hat ja jahrelang ganz unverhältnismäßig mehr für den Steirischen Herbst gezahlt, als das etwa in der Relation vom Land her erfolgt wäre, ganz so einfach sind die Dinge nicht! (Abg. Dr. Schilcher: „Zu anderen Bundesländern!“) Das ist der übliche Einwand, mit dem

Sie kommen, an dem leiden wir alle! Was aber die Kopflastigkeit des Budgets, und das ist der Kern, zugunsten der jeweiligen Landes- oder Bundeshauptstadt anlangt, sind wir um nichts besser dran, im Gegenteil, Herr Kollege, wenn Sie sich das Kulturbudget anschauen und daraus einmal herausgliedern, was ins Land hinausgeht und was in Graz verbleibt, dann sind wir noch wesentlich schlechter dran als der Bund und das ist der Kern der Problematik auch beim Schlüssel. Es bleibt immer mehr in der Landeshauptstadt und es kommt immer weniger hinaus.

Der Steirische Herbst ist ja gerade in der neuen Konzeption eigentlich nur mehr oder allein, ich weiß nicht ob man „nur“ sagen kann, ein Grazer Herbst. Die einzige, die außerhalb noch mit einem Brosamen rechnen kann, ist die Buchebner Gesellschaft, aber sonst ist von diesem Budget von 10,6 oder 11 Millionen S praktisch alles in der Landeshauptstadt. Daß das bei den Vereinigten Bühnen selbstverständlich auch so ist, das wissen Sie genau so gut wie ich und daß da alles übrige drum herum im Kulturbudget eher Anlaß zu ähnlicher Kritik bietet, wissen Sie auch.

Ich darf nur daran erinnern, daß der Kontrollbericht über die Landesmusikschule eine sehr deutliche Aussage trifft, die völlig ohne Konsequenzen geblieben ist. Das Land ist dort enorm großzügig, was die Einstufungen anlangt, was die Stundenverpflichtung anlangt. Die Lehrer haben alle X-Verpflichtungen, kommen da auf drei, vier Halbvertragsverpflichtungen. Das Übereinkommen mit der Stadt Graz wird umgangen und das Zweigstellenübereinkommen dadurch umgangen, daß die Landesmusikschule diese Zweigstellen nicht im Sinne des Übereinkommens betreibt, sondern ihre Tätigkeit hinausverlagert und dann dort Landesmusikschule betreibt oder Konservatorium und das nicht im Sinne der übrigen Regelungen vor sich geht. Und die Musikschulen, da muß ich dem Herrn Kollegen Schrammel vollkommen recht geben, fallen unter den Tisch, weil es offensichtlich nicht möglich ist, im Bereich der Kulturverwaltung des Landes die Dinge so in den Griff zu bekommen, daß die Anforderungen an das Budget den Vereinbarungen entsprechen, die vor Jahren anlässlich der Einführung des Rundfunkschillings getroffen wurden. Diese 50 Prozent Personalkostenbeteiligung und diese paar Nebendinge! Es stimmt seither nie. Es hat noch nicht ein einziges Mal gestimmt und es ist bis jetzt, obwohl wir Gespräche führen, nicht möglich gewesen, zu einer klaren Aussage zu kommen. Das läßt manchmal fast den Schluß einer gewissen Inkompatibilität zu, einer Unvereinbarkeit von betriebswirtschaftlichen und finanziellen Gebarungen auf der einen Seite zu kulturverwaltungsähnlichen Tätigkeiten auf der anderen Seite. Es ist sehr arg, Hohes Haus, ich muß das schon feststellen, obwohl wir nicht zum ersten Mal von seiten der Rechtsabteilung 10 Vorschläge gemacht haben, nach welchen Grundsätzen diese Dinge gehandhabt werden könnten. Es ist auch nicht zulässig, das muß ich auch sehr deutlich sagen, daß das Land sich hier darauf ausredet, daß die Gemeinden mit ihren Einstufungen zu großzügig vorgingen. Soweit das

wirklich der Fall ist, ist das nicht zuletzt auf das persönliche Eingreifen des Landeskulturreferenten zurückzuführen, der dort, wo ihm das von der Person des Betroffenen her durchaus als wünschenswert erscheint, sehr wohl die Gemeinden auffordert, Höchsteinstufungen vorzunehmen, weil das Land ohnedies 50 Prozent der Kosten zahlt. So schaut die Wirklichkeit aus. Konkreter Fall: Einstellung des neuen Leiters in Kindberg und über Ersuchen des Kollegen Jungwirth Einstufung eines Lehrers, der dort nicht zum Zug gekommen ist, in 11. Eine Einstufung, die an sich aber aus dem Rahmen fällt, aber im Finanziellen sehr wohl eine Rolle spielt. Ich möchte sagen, daß das Mißverhältnis zwischen der großzügigen Gebarung auf der einen Seite und der Unmöglichkeit, die Dinge auf der anderen Seite in den Griff zu bekommen, anscheinend eine nicht wegzubekommende Krankheit ist. Denken Sie an AVZ, denken Sie an die Landesausstellung, wo der Herr Kollege Jungwirth hier sagt, die Überschreitung war notwendig, weil im Budget nicht die entsprechenden Mittel vorgesehen waren. Ja, wohin kommen wir, meine Damen und Herren, wenn wir von solchen Grundsätzen ausgehen! Wenn im Budget die Mittel nicht vorhanden sind, dann gebe ich halt mehr aus und hintennach wird schon irgendwer sorgen, daß es gezahlt werden muß! Das ist die typische Haltung, ich möchte gar nicht den Herrn Kollegen hier persönlich attackieren, es ist typisch für dieses Mißverhältnis von betriebswirtschaftlichen und finanziellen Überlegungen auf der einen Seite zur Vorgangsweise der Kulturverwaltung auf der anderen Seite. Das ist das Dilemma und aus diesem Dilemma müssen wir einen Ausweg suchen und dazu kommen. Erschwert wird das für die Steiermark, das ist das Problem, dem wir uns ganz allgemein gegenübersehen, auf Bundesebene, auf Landesebene; ich kenne die Debatten in der Bundesrepublik, dort ist es nicht anders, daß immer die Kopflastigkeit der Verwaltungs- oder Regierungszentrale der Landeshauptstadt fast nicht in den Griff zu bekommen ist in der Relation zu den Möglichkeiten auf dem flachen Land oder draußen außerhalb der Landeshauptstadt. Und in dem Punkt liegen wir in der Steiermark am schlechten Ende der Skala und nicht am guten Ende. Das ist leider so und dort liegt, meine Damen und Herren, für meine Fraktion die Problematik der Schlüsseländerung. So sehr ich das von der Situation der Vereinigten Bühnen und des Orchesters her als berechtigt anerkenne, einfach von der finanziellen Not her und von der ewigen Auseinandersetzung her, die uns alle zum Hals heraushängt — die wir dort in den Gremien sitzen, das kennen wir ja alle. Daß das heute so weit geht, daß der Subventionsträger Vereinigte Bühnen der Stadt Graz 750.000 Schilling kreditieren muß, weil die ihre Zusagen nicht einhält, das ist nur ein Musterbeispiel für das, was sich dort abspielt. Aber das ändert nichts daran, daß wir uns mit dem Problem, wie ich fürchte, längerfristig auseinandersetzen und versuchen müssen, nicht nur die Finanzprobleme an sich, sondern auch diese Ungleichgewichtigkeit in den Griff zu bekommen, die uns immer mehr weh tut, zum Beispiel, Herr Kollege

Schrammel, bei den Musikschulen draußen, obwohl die Landesmusikschule ein extremes Beispiel für die lockere Gebarung der Kulturverwaltung ist. Dort müssen wir ansetzen und es wird uns nur gelingen, wenn wir da alle miteinander an einem Strang ziehen. Ich danke. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Herr Landesrat Professor Jungwirth hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Landesrat Professor Jungwirth: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

In der Gruppe 3 geht es um die Kultur und eigentlich sollte es dabei um die Entfaltung der schöpferischen Kraft gehen und der Geist sollte frei wehen dürfen, aber in Wahrheit geht es fast immer nur um die Fragen der Finanzen und des Geldes, sei es beim Theater, sei es beim Steirischen Herbst, sei es bei der Blasmusik oder bei den Landesausstellungen. Ich muß eines dazu sagen: Die Probleme sind immer wiederum so gelegen, daß sehr wohl Budgetierungen vorgesehen werden und daß von der zuständigen Rechtsabteilung sehr klar budgetiert wird, aber daß es nicht immer möglich ist, dieses Budget einzuhalten. Ich zitiere ein einfaches Beispiel: Wir hatten im Jahr 1978 eine Landesausstellung „Gotik in der Steiermark“ in Sankt Lambrecht. Damals war die Alte Galerie am Joanneum beauftragt, diese Ausstellung durchzuführen. Sie wurde zwei Jahre vorher beauftragt, denn eine solche Ausstellung dauert in ihrer Vorbereitung dementsprechend lange. Sie hat das zusammen mit der Rechtsabteilung sehr genau vorbereitet. Wir haben die Budgetierung über einen Regierungsbeschluß auch in den Landtag gebracht. Der Landtag wurde damals mit dieser Landesausstellung sogar befaßt und hat über die Finanzierung dieser Landesausstellung einen entsprechenden Beschluß gefaßt. Die budgetierte Höhe wurde in den Ansatz der Jahre 1977 und 1978 aufgenommen, und zwar von der Rechtsabteilung 6, aber es war nicht möglich, in den Verhandlungen diesen Ansatz bei der Rechtsabteilung 10 zu halten. Wir standen dann vor der Notwendigkeit zu entscheiden, entweder sagen wir die Ausstellung ab, denn sie war mit weniger nicht zu machen, das wußten wir zwei Jahre vorher, oder aber wir finden ein internes Abkommen, indem wir sagen, die Differenz, die vorher bekannt gewesen ist, wird im Jahre 1978 oder 1979 nachbedeckt. So ist das damals gelaufen und ganz ähnlich waren leider die Vorgänge in Admont. Es ist nun einmal so, daß die Erstellung der Budgets natürlich in der letzten Zeit immer schwieriger geworden ist und daß es leider eine Unzahl von Umschichtern und Nachbedeckern gibt, und ich bin sehr gerne bereit, über die Umschichtungen und Nachbedeckungen unter der Voraussetzung zu diskutieren, daß nicht nur über die Kultur geredet wird, denn wenn man seinen Blick über alle Gruppen schweifen läßt, dann weiß man sehr schnell, daß, wenn von der Kultur die Rede ist, droht, daß man nach einem alten Spruch die kleinen Nachbedecker hängt und die großen laufen läßt. Das gilt auch für jene, die Steine werfen und selber im Glashaus sitzen. (Beifall bei der OVP.) Also, sehr gerne darüber reden,

aber über alles reden, nicht nur bei der Kultur, sondern auch auf anderen Gebieten, dann werden wir die Budgetwahrheit in einem neuen Lichte sehen.

Was die Musikschulen betrifft, so bitte ich um keine Verallgemeinerungen. Ich wurde auf einen Personalfall in der Obersteiermark angesprochen — es war nicht Kindberg, sondern Krieglach. Wir haben ungefähr 500 Musikschullehrer an 40 Musikschulen und 30 Zweigstellen. Diese Intervention, von der Herr Kollege Dr. Klauser gesprochen hat, war die einzige, bitte sehr. Ich wiederhole, die einzige Intervention, die ich, seitdem ich mein Referat habe, auf diesem Gebiete getätigt habe, weil wir hier den Gemeinden wirklich freien Lauf lassen. Im betreffenden Fall war es eine ganz besondere Härte. Die Eingeweihten wissen, worum es geht, daher ist diese Intervention gekommen. Bitte, keine Verallgemeinerung, das war der einzige Fall auf diesem Gebiet. (Abg. Zdarsky: „Das kann man glauben oder nicht!“)

Es ist bei den Musikschulen nicht einfach, weil in den Gemeinden selber natürlich die Beweglichkeit auch sehr groß ist, denn es gibt ja keine Musikschulpflicht. Es bringen die Familien beziehungsweise die Eltern ihr Dirndl oder ihren Buben her und sagen, bitte sehr, ich möchte sie in der Blockflöte oder bei einem anderen Instrument einschreiben lassen und danach richtet sich dann das Lehrangebot der Musikschule. Das heißt, es gibt kein starres Angebot, wie an einer Volks- oder Hauptschule, wo man vielleicht auch ein paar Aufstockungen macht, aber immer im Sinne und im Rahmen des Lehrplanes, sondern hier ist ja die Bedarfsfrage so flexibel und das macht die großen Schwierigkeiten. Die Meldungen von den Gemeinden differieren immer wiederum von einem Jahr zum anderen und sind manchesmal unvollständig. Danach werden die Berechnungen für das laufende Jahr angestellt, die aber nicht mehr so liegen, wie ein Jahr vorher der Lehrplan oder die Lehrpflichtverteilung an den Musikschulen erstellt wurde. Das ist das Problem. Um diese Problematik allerdings werden wir nie ganz herumkommen, denn sonst müßten wir — wie gesagt — einen völlig starren Rahmen schaffen. Wir können das versuchen, wir können das gerne tun, das wird draußen sofort wiederum auf Kritik stoßen, weil natürlich viele sagen werden, bitte sehr, ich hätte gerne für meine Kinder das oder jenes Instrument gehabt, und an der Musikschule würde es heißen, das geht nicht, weil das Land dagegen ist. Aus diesem Dilemma werden wir nie ganz herauskommen, man bemüht sich, aber es wird immer wiederum eine gewisse Grauzone geben, einen Plus-Minus-Wert, und hier kann man nur versuchen, das Bestmögliche an dem Gerüst zu erarbeiten, aber eine Perfektion wird es sicherlich nicht geben können.

Nun, meine Damen und Herren, ähnliches gilt für die Vereinigten Bühnen. Vor ein paar Jahren habe ich noch heiteres Staunen erregt, als ich einmal gesagt habe, na ja, wenn vom Theater die Rede ist, dann ist eigentlich die Kultur- oder die Kunstförderung gar nicht zuständig, das gehört ja

in das Kapitel der Wirtschaftsförderung, aus dem einfachen Grund, weil hier so viel wirtschaftliche und soziale Faktoren hereinspielen, daß ja auch im Theaterausschuß ununterbrochen nur über das Geld geredet wird und fast nie über die Kunst, über eine Aufführung, über den Spielplan, das kommt unter ferner liefen. Gestern hat es der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl kurz und bündig ähnlich formuliert, es ist eine Entwicklung, die immer mehr in das allgemeine Bewußtsein eindringt und der wir auch Rechnung zu tragen haben. Wir haben deswegen von der Österreichischen Volkspartei auch schon vorgeschlagen, daß aus dem Theaterausschuß heraus zwei Delegierte nominiert werden, die die begleitende Wirtschaftskontrolle der Führung der Vereinigten Bühnen zu bestellen haben. Denn der Theaterausschuß selber — einmal im Monat zwei Stunden Sitzung — kann sich mit diesen Fragen im Detail natürlich nicht beschäftigen. Eigentlich wäre das Sache der Vereinigten Bühnen ganz allein, aber wir sehen, daß das nicht immer gut geht. Man soll die Dinge allerdings auch wiederum nicht übertreiben und man soll nicht von einem Extrem ins andere fallen.

Apropos Stolz, ich bin kein Stolz-Fan, ich habe das Stück noch nicht einmal anschauen können und es gibt hier über die Qualität sehr geteilte Meinungen und es gibt auch solche, die sagen, gut, daß so etwas geschehen ist und gut, daß es über das Fernsehen hinausgegangen ist, aber jedenfalls ist eines klar: die Theaterleitung hat offenbar nicht ganz geschickt verhandelt und sie wird die Konsequenz zu ziehen haben, das heißt, sie muß selbstverständlich diesen Abgang in ihrem Budget bedecken. Sie wird dazu keine Sondermittel bekommen. Das gilt ja für jede Aufführung und es ist ja jede Aufführung defizitär, sonst müßten wir hier im Landtag ja nicht über die Vereinigten Bühnen sprechen. Das ist also ihre ureigene Angelegenheit und es hat sie natürlich auch niemand gezwungen, diesen Stolz zu spielen. Ich bin jetzt zehn Jahre im Theaterausschuß und ich habe es nie erlebt, daß irgendwann der Ausschuß direkt oder indirekt gesagt hätte, das dürft ihr spielen oder das dürft ihr nicht spielen. Das Theater ist selbstverständlich künstlerisch frei, das gehört ganz einfach zum Gesetz eines Theaters, aber es hat natürlich wirtschaftlich zu arbeiten und dann auch die Konsequenzen zu ziehen, wenn es sich verplant und verirrt hat. Das wird auch dieses Mal der Fall sein.

Die gefährlichen Zeichen — möchte ich sagen — liegen bei den Theatern eigentlich anderswo. Bei solchen Entwicklungen, wie beispielsweise dem Umstand, daß kürzlich in Salzburg ein neuer Theaterchef bestellt wurde, ein Grazer, Mirdita, ein exquisiter Regisseur, der es gleich verstanden hat, unter anderem einen ausgezeichneten Grazer Dramaturgen nach Salzburg mitzubringen, nämlich den Herrn Dr. Schleppek, der uns verlassen wird, weil er in Salzburg ganz einfach mehr bekommt als in Graz. Oder, Sie werden es vielleicht gesehen haben, einer unserer besten Schauspieler des Schauspielhauses, Fritz Holzer, wird Graz ebenso verlassen, er geht nach Wien und natürlich aus künstlerischen Grün-

den, aber selbstverständlich war es auch finanziell nicht möglich, ihn zu halten, obwohl er einer unserer besthonorierten Schauspieler ist.

Ich habe voriges Jahr in diesem Haus über die Ungleichheit der Honorierung der Schauspieler im Vergleich zu Linz und Salzburg — mit Wien können wir uns nicht vergleichen, wollen es auch nicht — gesprochen. Diese Entwicklung geht weiter und wenn sie so weiter geht, wenn der Sog der anderen Landeshauptstädte immer stärker wird, dann werden wir eines Tages in unseren Theatern, in der Oper und im Schauspielhaus, wirklich Provinztheater werden und dagegen müssen wir uns mit allen Kräften stemmen.

Im Steirischen Herbst ist die Forderung an den Bund erwähnt worden, um auch hier wiederum vom Geld zu reden, die Wirksamkeit und die Qualität des Steirischen Herbstes stehen inzwischen außer Zweifel. Ich habe hier seitenlange Listen mit Namen von Journalisten und von Zeitungen und Rundfunkstationen des In- und Auslandes. Es sind Namen von ungefähr 140 Personen und von ungefähr 300 Presse- und Rundfunkstationen und das geht bis New York, London, Paris, Mailand und Moskau. Ich glaube, darüber brauchen wir nicht mehr zu reden, diese Grundsatzdiskussion über den Steirischen Herbst ist Gott sei Dank ausgestanden, aber über das Geld müssen wir immer wieder reden. Es ist erfreulich, daß das Land aufgestockt hat, bescheiden im Vergleich zu anderen Festspielen, bescheidenst, und wir hoffen sehr, daß der Bund nachziehen wird, jetzt, wo sich auch die Stadtgemeinde Graz entschlossen hat, nachzukommen. Sie wird ihren Beitrag im nächsten Jahr immerhin auf eine Million hinaufstemmen, das ist schon eine ganz schöne Steigerung gegenüber bisher und beim Bund hoffen wir, daß die Mittel reicher fließen. Denn bisher ist es doch so, daß im Vergleich zu Graz Salzburg ungefähr 14mal so viel bekommt, oder Bregenz fünfmal so viel, kein Neidkomplex bitte sehr, es ist ja an und für sich lächerlich, daß man sich mit solchen Ziffern auseinandersetzen muß und daß man so tun muß, als wenn man den Salzburgern oder den Bregenzern das nicht gönnte. Natürlich sollen sie es haben, natürlich sollen sie es bekommen, sie haben auch ihre großen Vorleistungen hier erbracht, das ist voll anerkannt, aber der Steirische Herbst hat seine eigene Marke und seine eigene Punzierung, auch das ist inzwischen national und international anerkannt und das muß eines Tages auch zu Buche schlagen! Deswegen freue ich mich über diesen gemeinsamen Antrag, der zustande gekommen ist in diesem Haus, und wir gehen erwartungsfroh in das Jahr 1981 und nehmen mit Sicherheit an, daß wir gute Botschaft aus Wien bekommen werden.

Natürlich ist darüber hinaus nicht zu übersehen, was es an anderen Problemen gibt. Bei der Blasmusik liegt die Problematik in der Budgeterstellung so ähnlich wie bei den Landesausstellungen, wie ich es früher schon erwähnt habe, und ich möchte in aller Kürze sagen, gottlob sehen die Erfolgsziffern etwas anders aus als die Ziffern, die im Budget gedruckt stehen. Das macht natürlich

immer wieder seine besonderen Schwierigkeiten, aber es ist doch möglich, zum Beispiel in diesem Jahr insgesamt auf 1,5 Millionen Schilling aus dem Kulturreferat zu kommen und zu rund einer Million aus dem Fremdenverkehrsreferat, davon 300.000 Schilling für dieses Blasmusikfest, das ja wirklich ein großes Ereignis gewesen ist und das der Herr Abgeordnete Chibidziura bereits markant bezeichnet und gelobt hat. So hoffen wir, daß hier auch in Hinkunft keine Probleme vorhanden sind. Ich habe noch nachsehen lassen, ob es im Bezirk Mürzzuschlag ganz besondere Probleme gibt. Ich bitte den Herrn Abgeordneten Karrer, in diesem Fall immer zu mir zu kommen, ich werde gerne behilflich sein. Ich habe gesehen, wir haben dieses Jahr 90 Ansuchen positiv erledigt. Es sind natürlich überall noch welche offen, im Bezirk Mürzzuschlag sind es drei, das ist wirklich nicht viel, das ist sozusagen der Landesdurchschnitt, und wir werden natürlich auch hier helfen können.

Zur Ausstellung in Admont möchte ich noch einen kurzen Rückblick geben und noch zum Grundsätzlichen einen Hinweis. Ausstellungen kosten verschieden hohe Summen und vielleicht ist das manchmal für den Uneingeweihten unverständlich. Das kommt aus dem einfachen Grund, weil wir in der Steiermark eine andere Situation haben als beispielsweise in Niederösterreich oder Oberösterreich. In diesen Bundesländern gibt es ein permanentes Ausstellungsbüro, das sich nur mit der Organisation von Landesausstellungen beschäftigt. Das ist natürlich personalintensiv, das kostet permanent Geld. Wir haben diese Einrichtung nicht, und wir haben je nach den Themen Abteilungen des Landes beauftragt, diese Ausstellungen zu organisieren. Oft waren es Abteilungen des Joanneums, wie bei der zitierten Gotik, wo die Alte Galerie zuständig ist und diese Leistung erbringen konnte. Für die Musik aber haben wir keine Landesabteilung. Es gibt am Joanneum oder an einer anderen Landeseinrichtung keine Gruppe, keine Abteilung, die eine solche Ausstellung organisieren könnte, das heißt, man muß einen Ausstellungsstab auf die Beine stellen, der natürlich zusätzliches Geld kostet, so daß eine Musikausstellung auch aus diesem Grunde schon teurer ist als eine Gotikausstellung, weil eben hier Mitarbeiter angeheuert werden müssen, die ja nicht Landesbeamte sind. Dadurch kommt es auch zu Schwankungen von einer zu anderen Ausstellungen je nach dem Thema, das wir uns vorgenommen haben. Im großen und ganzen können wir mit dem Erfolg von Admont zufrieden sein. Nach der Besucherziffer war es die zweitbeste aller bisherigen Landesausstellungen mit rund 75.000 Besuchern, dazu noch 10.000 Konzertbesucher, also rund 85.000 Besucher. Damit liegen wir zwar unter der Gotik, aber weit vor den anderen Ausstellungen, die das Land Steiermark bisher organisiert hat. Diese Ausstellung hat sicherlich der ganzen Region sehr vieles gebracht. Die Medien, die Presse, der Rundfunk, das Fernsehen, haben über Admont, haben über das Ennstal groß berichtet, und ich glaube, daß auch der Fremdenverkehr nicht nur in diesem Jahr, sondern in der Zukunft noch seinen Nutzen aus dieser großen Initiative

ziehen wird. Die steirischen Komponisten waren auch nicht ganz unzufrieden mit dem ganzen Vorhaben. Sie haben rund 50 Aufträge, Kompositionsaufträge vom Land bekommen, das ist ohnehin selten genug der Fall, und sie waren glücklich, daß sie die Möglichkeiten hatten, ihre Werke hier in Admont präsentieren zu können. Nicht genug damit. Es ist einmal gut, daß die Forschung ganz besonders angeregt wird, sich mit der Entwicklung der Musik in der Steiermark zu beschäftigen. Auch das wird noch über Jahre nachwirken. Eine Investition, die sich rentiert und die ungefähr fünf-, zehntausendstel des Landesbudgets ausmacht, ich glaube, das wird es gerade noch tragen.

Nun, meine Damen und Herren, noch ein paar Worte über die Frage der gesetzlichen Förderung der Kunst. Es hat schon gestern der Abgeordnete Kirner sehr eindringlich über dieses Problem gesprochen, und ich möchte dazu Stellung beziehen. Ich habe schon voriges Jahr und schon vor zwei Jahren hier im Haus über die Gespräche berichtet, die im Rahmen der Landeskulturreferentenkonferenz über die Förderungsgesetze jeweils stattgefunden haben. Es gibt damit einige Erfahrungen, noch bescheidene Erfahrungen aus Tirol und Vorarlberg, seit diesem Jahr auch in Salzburg, das sind die Länder, die bisher ein solches Gesetz gemacht haben. Die Erfahrungen sind sehr geteilt und es ist interessant, die Äußerungen zu hören, die von seiten der Betroffenen, der Kulturschaffenden, auf ein solches Projekt kommen. Wir werden darüber natürlich noch zu diskutieren und zu verhandeln haben.

Ganz allgemein ist es so, daß die Situation des Künstlers in Österreich nicht zufriedenstellend ist. Es gibt darüber allerdings keinen Bericht, es gibt keine allgemeine österreichische Untersuchung, obwohl diese immer wieder verlangt wurde, liegt sie nicht vor. Es gibt einzelne Untersuchungen aus den Bundesländern, und die Landeskulturreferenten haben auch die Initiative ergriffen, eine solche gesamtösterreichische Untersuchung in die Wege zu leiten. Sicher ist, daß die Probleme auf den verschiedenen Ebenen liegen und daß beispielsweise viele Künstler sagen, was mich an der Gesetzgebung interessiert, das sind zum Beispiel die Ruhensbestimmungen in der Sozialgesetzgebung. Denn der Künstler mit 60 oder 65 Jahren hört nicht auf zu schaffen und wird durch diese Bestimmungen stark geschädigt, und er sagt, da müßte man etwas ändern. Das ist aber eine Sache, die wir mit einem Landesgesetz natürlich nicht verändern können, sondern hier ist bekanntlich der Bund zuständig.

Ähnliche Überlegungen gibt es bei den Schriftstellern, die auf den sogenannten Bibliotheksgroschen warten, der ihnen seit Jahren angekündigt wird und wo sie erhoffen, daß auf Bundesebene eine gesetzliche Regelung kommt, so daß sie gewisse Tantiemen aus den Leihgebühren der Bibliotheken und Büchereien beziehen. Auch hier eine Ebene, die nicht die Ebene des Landes ist.

Oder das Problem der Absetzbarkeit und Abschreibbarkeit, und zwar der steuerlichen Abschreibbarkeit für die Kunstförderung, sofern sie der

Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Wenn Sie beispielsweise ein Museum in New York besuchen, kann es Ihnen passieren, daß Sie nicht nur Picasso und Matisse dort hängen sehen, sondern auch ein Glasfenster aus Straßengel oder gotische Madonnen aus der Steiermark. Das heißt, es gibt einen ganzen Strom von Abwanderung von Kunst und Kunstwerken aus dem europäischen Raum nach den Vereinigten Staaten. Das allerdings nicht nur aus dem Grund, weil die Vereinigten Staaten natürlich finanziell besonders potent sind, sondern weil dort auch die Steuergesetzgebung alles erleichtert, was dahin läuft, daß europäische und nicht nur europäische Kunst angekauft werden kann, weil es dort Schenkungen und Stiftungen gibt, die den Museen und Galerien zukommen und bei denen der Schenker oder Stifter steuerliche Erleichterungen bekommt. So ist es dazu gekommen, daß auch andere Länder, andere Staaten in Europa eine ähnliche Linie zu verfolgen begonnen haben. Das ist das Problem, das wir in Österreich noch nicht angegangen sind. Es gibt zwar in der Einkommenssteuergesetzgebung die Möglichkeit, Zuwendungen für Forschung und Wissenschaft steuerlich absetzbar zu machen, aber für die Kunstproduktion gibt es eine solche Möglichkeit praktisch noch nicht. Das ist eine sehr große Lücke, eine Lücke, die ein Förderungsgesetz auf Ebene eines Landes — diese Erfahrungen gibt es ja in anderen Bundesländern inzwischen — eben nicht schließen kann. Das heißt, wir haben natürlich einen viel größeren Block zu sehen und das wird sich noch in den Gesprächen herausstellen.

Das bezieht sich auch auf die Gemeinden. Von den Musikschulen wird sehr stark geredet und es ist richtig, daß diese auch eine Belastung für die Gemeinden sind. Die Gemeinden tun nicht nur auf diesem Gebiet, sondern auch bei den Büchereien, bei Ausstellungen und bei Museen immer mehr für die Kulturförderung. Das ist anzuerkennen, aber sie tun sich finanziell schwer dabei, weil sie ja dazu keine Verpflichtung haben und weil das im Ermessensspielraum liegt. Auch hier wird man eines Tages umdenken müssen und es wird die Zeit kommen, wo man sagen wird, bitte, die Gemeindegkultur kann sich nicht nur in der Kanalkultur erschöpfen. Ich bin sicher, daß dieser Zeitpunkt kommen wird, wo man sagen wird, die Gemeinden haben hier gewisse Verpflichtungen. Dann muß man ihnen aber natürlich auch dementsprechend helfen, beispielsweise über den Weg des Finanzausgleichsgesetzes. Ich möchte damit angedeutet haben, daß auch hier die Problematik sehr vielschichtig ist, und daß wir mit einem Landesgesetz nur dann überhaupt um einen Schritt vorankommen, wenn es auch hier gelingt, gewisse Grundverpflichtungen zu formulieren. Wenn das nicht der Fall ist, können wir das Gesetz sofort vergessen, denn dann ändert sich gegenüber dem jetzigen Zustand überhaupt nichts. Dann ist das ein rein rhetorischer Entwurf und ein rhetorisches Gesetz, wir werden einmal sehr schön darüber geredet haben und darin wird sich die ganze Aktivität erschöpfen haben.

Nun, meine Damen und Herren, noch ein Wort zur unmittelbaren Zukunft, zum Jahr 1981: Bei-

spielhaft für die Aktivitäten sei eine Erwähnung: Das Landesarchiv und das Joanneum sind zwei Institutionen, die zwar auch personalintensiv sind und daher nicht wenig Geld kosten, aber die sich bemühen, für die ganze Steiermark tätig zu sein. Das Joanneum beispielsweise mit seinen 14 Abteilungen wird in diesem Jahr fast 400.000 Besucher haben, bitte sehr, und das sind nicht nur Grazer und das ist wirklich eine beachtliche Zahl.

Ich wünsche den beiden Staatsligaklubs Sturm und GAK alles Gute für die Zukunft, aber wenn sie im Frühjahr nicht mehr Zuschauer bekommen, dann werden sie in der ganzen Saison, im Frühjahr und im Herbst, insgesamt 270.000 haben — das habe ich mir ausgerechnet — und würden damit weit hinter dem Joanneum bleiben. Ich hoffe, hier wird es besser gehen und beim Joanneum wird es auch noch besser werden. Jedenfalls ist ein wirklicher Auftrieb, auch ein größeres öffentliches Interesse immer stärker zu beobachten.

Was die Arbeit betrifft, ein Schwerpunkt im kommenden Jahr: Wir haben eine Minderheit in unserem Land, die in der Geschichte nicht immer mit Glacéhandschuhen angefaßt wurde, und wir wollen auch an sie denken, und wir haben an sie in einem Jubiläumsjahr zu denken. (Abg. Ing. Turek: „An uns!“) Ihr Jubiläum ist noch nicht so weit her, Herr Kollege Ing. Turek. Es handelt sich um die Protestanten, die nämlich den 200. Jahrestag ihres Toleranzpatentes haben, das ihnen Kaiser Joseph der Zweite im Jahr 1781 — (Abg. Ing. Turek: „Uns geht es wie den Protestanten vor 200 Jahren!“) Sie haben erst 25 Jahre Toleranz, für Sie können wir noch keine Ausstellung machen. Aber das wird auch noch kommen. (Abg. Ing. Turek: „Den Protestanten geht es besser — ich gönne es ihnen aber!“) Warten Sie noch 175 Jahre, dann wird das Joanneum auch für Sie zuständig sein. (Abg. Ing. Turek: „Dann lassen wir uns ausstopfen und herzeigen!“) Wir werden dieses wichtige historische Jubiläum zum Anlaß einer Ausstellung nehmen. Diese Ausstellung wird an zwei Punkten gezeigt werden, nicht nur in Graz. Sie wird auf Wunsch der evangelischen Kirche zuerst in Graz eröffnet werden und im Palais Attems zu sehen sein, aber dann werden wir damit hinausgehen. Wir werden damit ins Ennstal gehen, was in diesem Zusammenhang ja durchaus sinnvoll ist. Die Ausstellung wird auch zwei Monate im Schloß Trautenfels zu sehen sein.

Darüber hinaus sind wir auch schon in den Vorbereitungen für das Jahr 1982, denn im Jahr 1982 wird sich auch zum 200. Male ein Ereignis jähren, nämlich der Geburtstag Erzherzog Johanns. Wir wissen, daß dieser arme steirische Prinz eine hochstrapazierte Gestalt unserer Geschichte ist. Oftmals verkittet, eine ganze Romanzenindustrie hat sich mit ihm beschäftigt, und die menschliche Seite seiner Persönlichkeit ist uns gut bekannt und die soll nicht wegdiskutiert werden, aber er hat in Wahrheit viel mehr dargestellt und viel mehr geleistet als einer, der wirklich ein großer Visionär in seiner Zeit war und der ungeheuer viel in diesem Land begründet hat. Nun hat es im Jahre 1959,

100 Jahre nach seinem Tod, von Hanns Koren erstellt, eine großartige Ausstellung in Graz gegeben, im Joanneum, die Erzherzog Johann in seiner ganzen Dimension gezeigt hat, aber es ist seither wiederum viel Wasser die Mur hinuntergeflossen und eine ganze Generation nachgewachsen, und wir können sicherlich feststellen und sagen, viel wissen die Steirer über den Erzherzog Johann, der zwar viel zitiert wird, im Grunde genommen nicht. Es scheint wirklich wiederum gut und notwendig, ihn ins rechte Licht zu rücken, und wir werden das tun, wir werden nicht in Graz bleiben mit dieser Ausstellung, wir werden auch hier dezentral agieren, wir werden ins Schloß Stainz gehen, wo er ja eine Zeit seines Lebens verbracht hat, und wir werden versuchen, ihn wiederum neu in seiner Biographie zu zeigen, und wir werden hoffentlich auch zu einer Biographie über Erzherzog Johann kommen, denn, meine Damen und Herren, wir haben eine solche nicht. Es gibt bis zum heutigen Tage nicht eine wissenschaftlich fundierte Biographie von Erzherzog Johann. So ähnlich, wie das übrigens auch bei Peter Rosegger der Fall ist, eine ganz kuriose Tatsache. Hoffentlich wird es dieses Mal durch diese Ausstellung dazu kommen, daß wir einen Wissenschaftler oder ein Team finden, wir suchen das seit Jahren, die dazu bereit sind, sich einer solchen Arbeit zu unterziehen und die damit auch die Chance bekommen, sich quasi ein Lebenswerk aufzubauen. Das wird also im Jahre 1982 geschehen. Wir hoffen, daß darüber hinaus dieses Jahr so ähnlich wie das Jahr 1959 ein steirisches Jahr wird, ein Jahr, in dem Bürger in diesem Land nicht nur zurückschauen, sondern auch selber darüber nachdenken, was sie im Geiste dieses großen Gründers unternehmen können, dort, wo sie leben, mit Hand, Herz und Hirn dieses Land neu zu gestalten und immer wiederum besser zu gestalten. Das wollen wir im Jahre 1982 versuchen.

Ich möchte meinen Dank aussprechen: den zuständigen Beamten in der Rechtsabteilung 6 für ihre Arbeit, allen Kulturschaffenden im ganzen Land, viele sind nicht erwähnt worden in der heutigen Diskussion, von der sogenannten Avantgarde im Forum Stadtpark bis zu den breiten Organisationen bei den Musikern, bei den Sängern, im steirischen Sängerbund beispielsweise, in den vielen Chören im ganzen Land, die sich neu konstituieren, wo es neue, junge Kräfte gibt, die zur Musik finden und das ist wichtig und erfreulich. Viele solcher Vereinigungen und Einrichtungen könnte man noch zitieren, Ihnen allen sei gedankt. Sie schaffen Leben in diesem Land. Ein deutscher Kulturpolitiker hat vor kurzem gesagt: Kultur hat Konjunktur. Ich weiß nicht, ob dieser Satz stimmt, vielleicht ist er sehr optimistisch formuliert, aber wir müssen jedenfalls alles tun, daß Kultur immer wieder Zukunft hat und allen, die dabei mitwirken und mitarbeiten, möchte ich nochmals herzlich danken. Ihnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung zur Gruppe 3 vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Dr. Eichinger: Ich verzichte auf das Schlußwort und bitte um die Annahme des gestern gestellten Antrages.

Präsident: Meine Damen und Herren, wenn Sie den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 zustimmen, bitte ich Sie um ein Händezeichen. Der Antrag ist angenommen, die Gruppe 3 ist somit angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung. Berichterstatter ist Frau Abgeordnete Julie Bischof. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Bischof: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, umfaßt folgende Ansätze: Allgemeine öffentliche Wohlfahrt, unterteilt in Einrichtungen und Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe, Einrichtungen und Maßnahmen der Behindertenhilfe, Maßnahmen der Blindenhilfe, Hilfe für Kriegspopfer und Geschädigte nach dem Opferfürsorgegesetz, die freie Wohlfahrt unterteilt in Entwicklungshilfe im Ausland, Flüchtlingshilfe, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen; Jugendwohlfahrt unterteilt in Erziehungsheime, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen. Behebung von Notständen unterteilt in Einrichtungen und Maßnahmen. Sozialpolitische Maßnahmen, Altersvorsorge, familienpolitische Maßnahmen und Familienlastenausgleich. Der Ansatz 48 umfaßt die Wohnbauförderung des Landes mit den Unterabschnitten allgemeine Wohnbauförderung, Förderung nach dem Wohnbauförderungsgesetz, Förderung nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz und sonstige Maßnahmen. Insgesamt stehen in der Gruppe 4 den Einnahmen von 2.719,770.000 Schilling 3.710,302.000 Schilling gegenüber.

Im Namen des Finanz-Ausschusses, der sich mit der Gruppe 4 eingehend befaßt hat, beantrage ich die Annahme dieser Gruppe.

Präsident Zdarsky: Meine Damen und Herren, um die Möglichkeit zu sichern, daß die zuständigen politischen Referenten in jenen Gruppen ihr Schlußwort halten können, in denen mehrere politische Referenten budgetiert haben, schlage ich im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien vor, die Spezialdebatte der Gruppe 4 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil die soziale Wohlfahrt und im zweiten Teil die Wohnbauförderung behandelt werden.

Wird dagegen ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt. Ich erteile dem ersten gemeldeten Redner, Herrn Abgeordneten Dr. Maitz, das Wort.

Abg. Dr. Maitz: Frau Präsident, verehrte Damen und Herren!

Es ist zum wiederholten Mal, daß ich in der Gruppe Soziales auf die Arbeit zur Vereinigung für behinderte Kinder hinweisen möchte. Ich kann es mir also ersparen, auf die historische Leistung dieser Vereinigung einzugehen und möchte ledig-

lich einige aktuelle und, wie mir scheint, nicht sehr erfreuliche Tatbestände aufzeigen. Das Hirtenkloster besteht aus der Landessonderschule für behinderte Kinder und aus dem Internat, das von der Vereinigung zugunsten behinderter Kinder geführt wird. Das ist bekannt. Es gibt aber eine sehr, sehr schwierige Situation, was das Heim und den Ausbau des Heimes anlangt. Seit Juni 1977 ist klargestellt, daß die Landessonderschule zum Referat Landesrat Jungwirth, also Rechtsabteilung 13, gehört und seither regelmäßig gefördert und auch mit Subventionen bedacht wird, um diese Schule auszubauen. Seit Juni 1977 ist auch klar, daß das Internat zu dieser Schule zum Referat des Herrn Landesrates Gruber, also zur Rechtsabteilung 9, gehört. Seit 1977 gibt es aber auch zwei Probleme, die immer wieder zu Schwierigkeiten führen und die den Verdacht nahelegen lassen, daß es nicht im Sinne des zuständigen Landesrates und im Sinne des zuständigen Vorstandes der Rechtsabteilung 9 liegt, diese Vereinigung in besonderer Weise und auch wie es ihr zusteht zu fördern. Ich möchte diesen Nachweis führen und hoffe, daß der Herr Landesrat das Gegenteil beweisen können wird, denn es geht — und das sage ich noch einmal — ausschließlich um die Sache und nicht um irgendein Bestehen auf dieser oder anderen Seite der jeweiligen Gesprächspartner.

Es sind zwei Probleme, und zwar der Tagsatz, der nach dem Behindertengesetz den einzelnen Kindern zusteht, und die Bausubvention für den Heimausbau, der so notwendig ist. Herr Landesrat Professor Jungwirth hat gestern darauf hingewiesen, wie großartig diese Landessonderschule für behinderte Kinder seit September 1978 arbeitet. Im April 1978 habe ich den Herrn Landesrat erstmals hier im Landtag gebeten, eine Bausubvention für das Heim vorzusehen. Damals hat der Herr Landesrat mitgeteilt, er werde das überprüfen und sich bemühen. Im Dezember 1978, ebenfalls in der Budgetdebatte, ging es darum, daß das längst fällige Genehmigungsverfahren für das Heim, die Kostenübernahme für zugewiesene behinderte Kinder — damals waren es über 30 —, nicht zeitgerecht erfolgte, und das neuerliche Ersuchen um eine Bausubvention vorgebracht wurde. Danach wurde vom Herrn Landesrat Gruber dafür gesorgt, daß die Genehmigung erteilt und die Kostenübernahme beschleunigt wurde, allerdings mit der wörtlichen Feststellung des Herrn Landesrates zum geplanten Heim — das ist sehr wichtig, weil das die Haltung bis zum heutigen Tage zu sein scheint —: „Die Entwicklung ist eingeleitet, die Entwicklung läuft. Aber nichts wird mich — so Landesrat Gruber — von meiner Auffassung abbringen, daß das keine gute Lösung für unsere behinderten Kinder ist und daß sie auch keine sein wird.“ Trotzdem ein klares Versprechen im Dezember 1978 des Herrn Landesrates Gruber, auch wieder wörtlich: „Ich werde die Bemühungen um die weitere Gestaltung des Hirtenklosters für behinderte Kinder sicher nicht erschweren. Ich stelle das deshalb voraus, weil die weitere Entwicklung dieses Versprechen an sich nicht rechtfertigt.“ Am 26. Juli 1979 hat die Vereinigung um die Erhöhung des Tagsatzes ersucht und diesen Antrag begründet. Vom 26. Juli bis

zum 6. Dezember 1979 gab es darüber keine Entscheidung. Innerhalb der Budgetdebatte 1979, also in diesen Tagen, am 6. Dezember 1979, wurde neuerdings gebeten, doch eine Entscheidung über die Erhöhung des Tagsatzes zu treffen. Es ist dann in einem Kompromißverfahren während der Budgetdebatte die Hälfte dessen zugestanden worden, worum die Vereinigung als Erhöhung angesucht hatte, und vereinbart worden, daß das Kontrollamt die Berechtigung dieser gesamten Erhöhung prüfen werde. Die Vereinigung hat dem zugestimmt. Die Prüfung war kompliziert, weil die Auseinandersetzung zwischen Schule, Vereinigung und Heim sicher nicht ganz einfach war. Der Kontrollbericht liegt allerdings seit September 1980 der Rechtsabteilung 9 vor und der Antrag vom 26. Juli 1979 ist bis heute nicht erledigt, es sei denn — ich würde mich darüber freuen —, der Herr Landesrat könnte heute, jetzt, sagen, daß dies in der Zwischenzeit geschehen ist. Ich habe auch, Herr Landesrat — und Sie können mir sicher keinen Bruch einer fairen Verhandlungsführung vorwerfen —, bei der Einbringung des Landtagsbudgets wiederum persönlich gebeten, sich doch dieser Sache anzunehmen, da der Herr Abteilungsvorstand der Rechtsabteilung 9 Termine verschoben hat und auf einen Brief, neuerlich zu verhandeln, nicht reagiert hatte. Obwohl die Kontrollabteilung die angesuchten erhöhten Tagsätze schließlich und endlich für gerechtfertigt erklärt hat — und das mit September dieses Jahres — und dem auch noch einen sehr vorsichtigen Satz beigefügt hat, ist die Entscheidung über diese Tagsätze wieder nicht gefallen. Ist es also wirklich so, Herr Landesrat, daß man jedesmal öffentlich darum ersuchen muß, daß ein an sich zustehendes und nach der Wirtschaftlichkeitsrechnung des Kontrollamtes auch gerechtfertigtes Ersuchen erledigt wird? Ich verstehe den Zusammenhang wirklich nicht mehr, denn der Tagsatz ist der Kostenersatz des Landes, der nach dem Behindertengesetz zusteht und die Entscheidung darüber, ob er nun voll zuerkannt wird, liegt natürlich beim Referenten. Aber diese Entscheidung, bitte, sollte doch endlich gefaßt werden.

In der Schlußbesprechung wurde wörtlich gesagt: „Für 1980 sieht die Kontrollabteilung, insofern sich die Verhältnisse nicht wesentlich verändern, daher eine Möglichkeit darin — und jetzt kommt das Entscheidende —, daß zum ehestmöglichen Zeitpunkt auf die von ihr (Kontrollabteilung) errechneten kostendeckenden Sätze umgestiegen wird.“ Diese Sätze sind für das Hirtenkloster zum Beispiel fast auf den Schilling genau der Antrag vom 26. Juli 1979, also 515 Schilling wurden beantragt und 505 Schilling hält das Kontrollamt für gerechtfertigt. Das war ein Versprechen, Herr Landesrat! Sie haben damals gesagt, das Kontrollamt soll feststellen, was gerechtfertigt ist und das werden wir so gut es geht, mit Einschränkung, weil man sich vorweg nicht festlegen kann — das verstehe ich sehr gut —, auch vollziehen. Geschehen ist es leider nicht.

Es heißt im Kontrollamtsschlußbericht, der bei der Besprechung auch der Vereinigung gesagt

wurde: „Es ist zum ehestmöglichen Zeitpunkt auf die errechneten Kostensätze umzusteigen. Diese sowie die bis dahin verrechneten Sätze — und das ist die vorsichtige, aber doch klare Diktion des Kontrollamtes — sollen als Akontierung gewertet werden und nach Vorlage des Jahresabschlusses 1980 — also des Abschlusses des Heimes — mit den tatsächlichen Werten verprobt und ausgeglichen werden.“ Im Deutsch eines Revisors — ich habe das einige Jahre beruflich selber ausgeübt — heißt das: Es ist gerechtfertigt, die Zahlung zu leisten und man wird nach Abschluß der Rechnung des Heimes 1980 sehen — es wird ja zunächst nur als Akontierung geleistet —, ob das auch tatsächlich im Verbrauch so gestimmt hat. Das Versprechen ist gegeben und ich bitte Sie nochmals, dieses einzulösen, denn sonst müßte man den Eindruck haben, daß die Herren und die Verantwortlichen der Vereinigung zugunsten behinderter Kinder sich entweder beim Herrn Abteilungsmitglied Hofrat Strametz zu wenig devot und zu wenig unterwürfig verhalten haben oder daß Sie, Herr Landesrat, sich gegenüber Ihrem Abteilungsmitglied nicht durchsetzen können oder Sie selbst bei der Meinung bleiben, die Sie 1978 schon geäußert haben, daß Sie das für keine gute Lösung halten und daher bekommen Sie immer nur nach ungeheuren Anstrengungen und Nachbohren und Nachtreiben eine Förderung, die an sich den Kindern, den Eltern und den idealistisch Arbeitenden in dieser Vereinigung im Heim und in der Schule — die Schule funktioniert ja Gott sei Dank sehr, sehr gut — doch zusteht. Vom September bis heute sind also wieder zweieinhalb Monate vergangen. Trotz Vorliegen aller Voraussetzungen wurde wieder nicht entschieden. Ihr Versprechen, „ich werde die Arbeit nicht erschweren“, ist somit nicht eingehalten, es sei denn, und ich hoffe, Sie können heute hier sagen, daß diese Entscheidung von Ihnen getroffen wurde.

Zur oft erbetenen Bausubvention, und zum dritten Mal haben Sie, Herr Landesrat, in den Budgetverhandlungen keinen Vorschlag für eine Subvention des Heimausbaues gemacht, lassen Sie mich einen Vergleich anziehen, der mir in der zeitlichen Reihenfolge der Entscheidung des Sozialreferenten des Landes Steiermark als falsch vorkommt. Sie sagen immer wieder, es ist für eine Bausubvention kein Geld da und daher kann auch nichts gegeben werden. Die Mehrheit dieses Landtages soll ihnen Geld geben, dann werden Sie eine Bausubvention für die Vereinigung geben. Zur selben Zeit, also in denselben drei bis vier Jahren, wo die Vereinigung immer wieder um eine Bausubvention ersucht hat, wurde parallel dazu für das Landesjugendheim Blümelhof ein Schulbau mit 13,5 Millionen Schilling aufgeführt, und ich hatte die Ehre, zur Gleichfeier am 30. September eingeladen zu sein. Ich habe mich dort gewundert, wie der Dank der Schülerinnen von sage und schreibe sechs Schülerinnen für den Schulbau mit 13,5 Millionen Schilling abgestattet wurde. Ich habe mich dann erkundigt, ob die anderen auf Urlaub, in den Ferien oder in sonst einer Verpflichtung seien. Es gibt nur acht Schülerinnen, die diesen Schulbau um

13,5 Millionen Schilling benötigen, und ich bestreite es, daß sie ihn benötigen, denn es ist so, daß diese acht Schülerinnen ebenso in Regelhauptschulen in der Landeshauptstadt Graz integriert sein könnten, was noch dazu bedeutende Pädagogen für den richtigeren Weg halten, als acht Schülerinnen in sieben Klassen in einem Bau um 13,5 Millionen Schilling zu unterrichten, während zur selben Zeit, in denselben Jahren, die Vereinigung zugunsten behinderter Kinder für ihren Heimneubau keinen einzigen Schilling Bausubvention erhalten hat. Es werden mit dem Stichtag 4. Dezember zur Zeit 12 Schülerinnen geführt, vier wurden also extern dazugenommen und man ist scheinbar dahintergekommen, daß dieser Schulbau, der in Ihre Entscheidung als politischer Referent fällt, falsch gesetzt wurde, davon bin ich ganz überzeugt. 12 Schülerinnen werden also jetzt unterrichtet und man will noch weitere irgend woher dazunehmen, also den genau falschen pädagogischen Weg gehen, in eine geschlossene Anstalt zusätzlich Schülerinnen aufzunehmen, anstatt sie in die Regelschulen zu integrieren. Übrigens: Auch in Ihrem eigenen Referat besuchen acht Schüler des Landesjugendheimes für Burschen in Rosenhof auch so, wie ich es jetzt gerade vorgeschlagen habe, Hauptschulen im Bereich der Landeshauptstadt Graz und sind dort integriert. Also parallel der ganz gleiche Fall. Gefährdete Jugendliche, die in einem Heim leben, werden auf der einen Seite in einem 13,5 Millionen-Bau unterrichtet und auf der anderen Seite richtigerweise in Regelhauptschulen der Landeshauptstadt geschickt. Bei allem Fortschritt gerade für jene Jugendlichen, die unsere Hilfe besonders brauchen, die gefährdeten Jugendlichen und bei aller möglichen Richtigkeit, daß auf lange Frist auch dort ein Bau notwendig gewesen sein könnte, halte ich nochmals Ihre Entscheidung vor drei oder vier Jahren für falsch, denn vor 15 Jahren waren 150 Mädchen im Blümelhof und der allergrößte Teil wurde sogar in den jetzt noch vorhandenen Räumlichkeiten unterrichtet. Heute sind 80 Mädchen im Blümelhof, das ist durchaus ein Fortschritt, weil die Mädchen im Heim Platz haben, weil dort mehr für ihre Integration getan werden kann, alle Möglichkeiten, wie das Basteln, Musizieren, Räume zur Geselligkeit, alles wird gebraucht, aber die acht Schülerinnen, die jetzt noch dort sind, müssen nicht in einem, wie gesagt, so teuren Bau unterrichtet werden, sondern könnten in die Hauptschulen integriert werden. Die Schlußfolgerung und Frage an Sie, Herr Landesrat, ist daher die: Glauben Sie wirklich, daß die Entscheidung richtig war, in den vergangenen drei Jahren 13,5 Millionen Schilling für einen Schulneubau für acht Mädchen, die ebenso gut in einer Regelhauptschule unterrichtet werden könnten, in Ihrem Budget einzusetzen und dafür keinen einzigen Schilling für das Heim von 50 behinderten Kindern im Hirtenkloster zu geben? Keinen einzigen Schilling für die Bausubvention, für den Ausbau und Adaptierung des Heimes! Wie verantworten Sie diese Entscheidung vor den Kindern, den Eltern und den idealistisch Arbeitenden in der Vereinigung zugunsten behinderter Kinder? Seit 1973 — jetzt kann man auch nicht mehr sagen, daß die nicht den Nachweis erbracht hät-

ten, daß sie gute und solide Arbeit leisten — arbeitet diese Vereinigung mit dem Kindergarten, Sie kennen das ganz genau, im Moreeschlößl mit der Landesonderschule, mit dem Heim, mit dem Internat im Hirtenkloster.

Dann kommt noch eines dazu und das muß man auch hier sagen: Ich habe sehr lange gezögert es zu sagen, aber es bleibt gar kein anderer Weg, und ich habe das auch Ihnen, Herr Landesrat, angekündigt. Wenn der Vorstand der Rechtsabteilung 9 in einem offiziellen Gespräch vor Beamten verschiedener Abteilungen zum Besten gibt: Wenn das ein Internat wäre, das wir, das Land, also die Rechtsabteilung 9, unter unserer Verantwortung hätten, hätten wir das nötige Geld schon längst bereitgestellt. Diese Äußerung, die noch etwas detaillierter war, sogar mit Summen, aber ich war nicht dabei, daher nehme ich nur das, was drei oder vier Beamte mir daraus berichtet haben. Diese Äußerung, was heißt das? Wenn wir bauen, gibt es Geld, wenn die Vereinigung baut, gibt es kein Geld. Das kann nicht wahr sein! Bitte, Herr Landesrat, sorgen Sie dafür, daß solche Einstellungen nicht mehr Platz greifen. Sorgen Sie bitte dafür, und vielleicht ist die Entscheidung in den letzten beiden Tagen gefallen, es würde mich freuen, daß der Tagsatz endgültig festgelegt wird, mit allen Einschränkungen, die die Kontrollabteilung in ihrem Bericht auch festgelegt hat. Das war die Vereinbarung, dazu steht selbstverständlich die Vereinigung und auch ich, der ich als Verhandlungspartner in der letzten Budgetdebatte das mit Ihnen vereinbart hatte. Sorgen Sie bitte dafür, daß nicht falsche Prioritäten, sondern richtige gesetzt werden und daß nicht Spitzenbeamte Ihrer Abteilung Äußerungen tun, die viele Idealisten vor den Kopf stoßen und sicherlich nicht dazu angetan sind, das an sich von Ihnen mit hoher Verantwortung geführte Sozialreferat im Lande Steiermark für behinderte Kinder als Partner erscheinen zu lassen. Es ist einfach nicht möglich, daß so lange Zeit hindurch eine Vereinigung alles falsch macht und daher von Ihnen nur so zögernd behandelt und gefördert wird beziehungsweise im Baubereich gar nicht gefördert wird. Daß das immer nur die Schuld der dort Agierenden ist, kann ich mir auch nicht vorstellen, nachdem ich die Vereinigung und die agierenden Personen seit dem Jahre 1973 wirklich dauernd beobachtet habe und sie in ihrer Arbeit den Beweis erbrachten, daß sie gute und solide Arbeit für die Behinderten leisten. Ich bitte Sie, zu diesen beiden Punkten deutlich Stellung zu nehmen, weil es sonst nicht zu verantworten wäre, daß immer wieder die gleiche einzige Vereinigung, aus welchem Grund kann ich mir nicht vorstellen, eine so benachteiligte Behandlung durch die Abteilung und durch den zuständigen Referenten der Landesregierung erfährt. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Präsident Zdarsky: Zu Worte gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Jamnegg. Ich erteile es ihr.

Abg. Jamnegg: Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bevor ich zu den Fragen des Sozialbudgets, das uns vorliegt, komme, möchte ich zunächst einmal etwas Grundsätzliches zu dem Problem der Pendler und der finanziellen Belastung der Pendler sagen. Hier zunächst folgendes: Meine Damen und Herren, ich finde es als durchaus positiv, daß jetzt auch die SPO den Gedanken einer Hilfe für die Pendler aufgreift. Es ist das an sich ein Nachvollzug einer alten Forderung des OAAAB, der Fraktion christlicher Gewerkschafter und der Österreichischen Volkspartei, die diese im Parlament wiederholt gestellt hat, die aber von der SPO im Parlament bedauerlicher Weise immer wieder niedergestimmt wurde. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, daß hier etwas getan werden muß, steht — glaube ich — außer Streit. Es stellt sich aber die Frage, ob es sinnvoll ist, dem Pendler beispielsweise 80 oder 100 Schilling im Monat zu geben. Ich glaube vielmehr, daß damit niemandem wirklich geholfen ist, weil zum Beispiel jede Straßenbahnfahrkarte und Monatskarte in Graz weit mehr kostet als eine solche Pauschale bringen würde. In dieser Form, meine Damen und Herren, ist eher eine Verzettlung der Mittel zu befürchten. Wir wissen ja, wie das mit den 30 Schilling Wohnbeihilfe ist, wo ja auch Ihre Fraktion Überlegungen anstellt, weil damit keine Effizienz mehr verbunden ist, ob man hier nicht zu einer anderen Widmung kommen sollte. Nun, wir sind für eine Konzentration dort, wo es wirklich um die Lösung von Problemen geht und auch wirklich ein spürbarer Effekt erzielt wird. Grundsätzlich und primär ist das ja eine Frage, meine Damen und Herren — und ich möchte das mit aller Deutlichkeit hier feststellen —, die im Rahmen der Lohnsteuer- und Abgabepolitik zu regeln wäre. Wir können nicht übersehen — und ich glaube, auch die sozialistischen Gewerkschafter hier im Hohen Haus sollten dieses Problem nicht länger verdrängen —, daß durch die zunehmende und stark steigende Abschöpfung bei den Arbeitnehmerinkommen allein über die Lohnsteuerprogression den Arbeitnehmern weit mehr weggenommen wird, als sie durch eine Pendlerpauschale erhalten können. Allein in den letzten vier Jahren hat sich das Lohnsteueraufkommen verdoppelt und alle Bemühungen der ÖVP im Parlament um eine Lohnsteueranpassung sind am Widerstand der SPO gescheitert. Es sollte, meine Damen und Herren, uns allen klar sein, daß das Problem, wenn eine Wirkung erzielt werden soll und eine spürbare Hilfe für die Pendler, primär auf der Lohnsteuerseite geregelt werden muß. Daß hier wieder einmal — und ich möchte das auch anmerken — das Land in die Rolle dessen kommt, der helfen muß, die unsoziale Politik des Bundes in ihrer Auswirkung auf die kleinen und mittleren Einkommensbezieher auszugleichen, ist fast schon symptomatisch, obwohl — ich möchte das bei dieser Gelegenheit auch sagen — das Landesbudget nur sechs Prozent des Bundesbudgets ausmacht. Ich fordere daher alle Kollegen der SPO-Fraktion, insbesondere die Gewerkschafter, auf, die alte Forderung des OAAAB und der ÖVP und der Fraktion christlicher Gewerkschafter nach Lohnsteuerreform und nach einem

Lohnsteuerfreibetrag für Pendler, aber auch die Forderung nach Anhebung des Kfz-Pauschales in Wien bei Ihren Leuten zu unterstützen, das umso mehr, da es heute ja auch von sozialistischen Gewerkschaftern nicht mehr bestritten wird und auch schon die Sorge geäußert wird, daß es im Jahr 1981 zu echten Realeinkommensverlusten kommt, die natürlich die Pendler doppelt stark betreffen werden. Was über die Lohnsteuer weggenommen wird, meine Damen und Herren, ist also weit mehr als die Beträge, wie sie die SPÖ-Fraktion beispielsweise in ihrem Antrag zu der Frage vorschlägt. Als stellvertretende Vorsitzende des Steirischen Gewerkschaftsbundes begrüße ich, meine Damen und Herren — ich möchte das ausdrücklich sagen —, jede Initiative in Richtung Hilfe für die Pendler, wo wir natürlich gemeinsam mit anderen Institutionen, Land, Bund, Arbeitsmarktverwaltung eine Lösung finden sollten, die aber — glaube ich — nicht eine simple Gießkannenprinzipslösung sein darf und die den Pendlern nicht wirklich etwas bringt. Was die Pendler brauchen, meine Damen und Herren, ist eine spürbare Hilfe, eine spürbare Entlastung und um diese sollten wir uns gemeinsam bemühen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Schrammel: „Nicht nur eine große Überschrift in der „Neuen Zeit“! Das hilft den Pendlern gar nicht“ — Abg. Brandl: „Wenn Ihr über unseren Antrag redet, selbstverständlich — kein Problem!“)

Nun, meine Damen und Herren, darf ich zu den Ansätzen des Sozialbudgets kommen. Im Jahre 1981, und das ist eine ganz beachtliche Sache, werden die Ausgaben des Landes für die Sozialhilfe erstmals die Milliardenengrenze überschreiten. Die Ansätze für das Sozialbudget im kommenden Jahr sind mit 1063 Millionen Schilling präliminiert und der reine Zuschuß des Landes für die Sozialhilfe für das kommende Jahr wird 530 Millionen Schilling betragen, das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 62 Millionen Schilling. Meine Damen und Herren, das ist eine hohe finanzielle Leistung des Landes und sie drückt auch den Stellenwert aus, den das Land der sozialen Hilfe einräumt, um auch den Schwächeren in unserer Gesellschaft eine tragfähige Lebensbasis zu schaffen.

Meine Damen und Herren, Sozialpolitik ist ja eine ständige Aufgabe des Landes. Wir werden uns aber immer wieder neu die Frage zu stellen haben, ob in dem einen oder anderen Bereich nicht neue Überlegungen anzustellen sind und das qualitative Angebot an sozialer Hilfe den sich ändernden Bedürfnissen anzupassen ist. Wir haben — ich erinnere hier an die langen und großen Diskussionen — mit unserem Sozialhilfegesetz mit der Verankerung der sozialen Dienste auf neue Wege verwiesen und damit auf Betreuungsmöglichkeiten, die den heutigen Bedürfnissen vieler unserer Mitbürger besser entsprechen als traditionelle und herkömmliche Einrichtungen. Überall dort, wo im Lande soziale Dienste schon zur Verfügung stehen — und diese Erfahrung wird überall gemacht —, werden diese trotz eines zümtbaren Selbstbehaltes überaus stark in Anspruch genommen. Aber es zeigt sich, meine Damen und Her-

ren, daß das bisherige Angebot bei weitem nicht ausreichend ist, und wir hier sicher erst am Anfang einer wünschenswerten Entwicklung stehen, zum Beispiel im Bereich der Familienhilfe, im Bereich der Altenhelferinnen und im Bereich der Hauskrankenpflege. Die starke Inanspruchnahme dieser sozialen Betreuungsdienste und die steigende Nachfrage danach bestätigt immer mehr, meine Damen und Herren, daß die Menschen in unserem Lande, die eine soziale Hilfe brauchen, in zunehmender Zahl, wenn sie die Möglichkeit dazu haben, lieber zu Hause betreut werden wollen und dadurch die Einweisung in ein Heim oder auch ein Spitalsaufenthalt vermieden werden kann. Interessant ist in diesem Zusammenhang ja die Tatsache, daß in obersteirischen Altersheimen in letzter Zeit die Belagsziffern — dazu hat ja auch der Kapfenberger Bürgermeister Stellung genommen — deutlich rückläufig sind, und zwar überall dort, wo heute schon Altenhilfe und Hauskrankenpflege angeboten werden. Der raschere Ausbau der Sozialdienste scheitert heute oft an der Sorge, daß das alles zuviel kostet und die Budgets der verschiedenen Institutionen und Körperschaften zu sehr belasten könnte. Meine Damen und Herren, eine Sorge, die vielleicht auch verständlich ist, weil die steigenden Ausgaben der öffentlichen Haushalte des Landes und der Gemeinden für die bestehenden sozialen Einrichtungen die Budgets natürlich stark beanspruchen. Aber hier stellt sich die Frage — und ich glaube, darüber sollten wir gemeinsam nachdenken —, ob längerfristig gesehen hier nicht eine Entlastung zu erwarten ist, wenn man beispielsweise auf den Bau von weiteren Altenheimen, vor allem von Großheimen, verzichtet und damit den hohen laufenden Aufwand einschränken kann, dafür aber im Lande die sozialen Dienste ausbaut, die unverhältnismäßig kostengünstiger sind und, wie gesagt, den Bedürfnissen des Menschen, in der gewohnten Umgebung zu verbleiben und doch gut betreut zu werden, weit mehr entgegenkommen.

Ich habe im Bericht des Steirischen Altenhilfswerkes mit Interesse gelesen, daß die Leistungskraft dieses Vereines mit seinen derzeit 33 Altenhelferinnen, die insgesamt 500 Menschen betreuen, ein großes Altenheim ersetzt, wobei jedoch die Kosten — auch das wird in diesem Bericht festgestellt —, die dem Verein erwachsen, ungleich geringer seien als die Bau- und Betriebskosten eines Altenheimes. Ich glaube, daß hier die positiven Erfahrungswerte eindeutig dafür sprechen, auf diesem Weg weiterzugehen. Das gleiche gilt auch für die Hauskrankenpflege. Hier haben wir — glaube ich — einen guten Anfang gemacht, gute Erfahrungen dort, wo sie schon eingesetzt ist. Aber, meine Damen und Herren, das muß man hier bei dieser Gelegenheit auch feststellen, der weitere Ausbau verzögert sich bedauerlicherweise, und er verzögert sich insbesondere deshalb — ich hoffe jetzt, hier auf Verständnis vor allem beim Kollegen Loidl zu stoßen —, weil bei uns in der Steiermark die größte Sozialversicherung beziehungsweise der Krankenversicherungsträger, nämlich die Gebietskrankenkasse, noch immer zögert, einen Ko-

stenanteil zu übernehmen, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, wo die Kostenbeteiligung der Sozialversicherung an der Hauskrankenpflege schon seit Jahren positiv geregelt ist. Nun, ich hoffe, daß es auch in der Steiermark zu einer entsprechenden Vereinbarung kommt, und Herr Kollege Loidl, wenn wir beide uns zusammentun könnten in dem Gremium, dann könnten wir rascher zu einer positiven Lösung kommen im Interesse der Menschen in diesem Land. (Beifall bei der OVP. — Abg. Loidl: „Das wird aber schwer sein!“ — Abg. DDr. Stepantschitz: „Das ist ein Angebot, jetzt strahlt er!“ — Abg. Sponer: „Frau Kollegin Jamnegg, das stimmt ja gar nicht!“) Es stimmt schon, wir haben uns auch dort in diesem Gremium mit der Frage wiederholt auseinandergesetzt!

Grundsätzlich aber, meine Damen und Herren, sollte meiner Meinung nach die Hauskrankenpflege, die heute noch eine Kann-Bestimmung der Krankenversicherung ist, als Pflichtleistung festgelegt werden. Ich will gar nicht leugnen, daß es am Anfang hier zu Mehrausgaben für diese Form der Krankenpflege kommen kann, langfristig aber doch zu beträchtlichen Einsparungen, weil die Hauskrankenpflege in vielen Fällen weit kostenaufwendigere Spitalsaufenthalte vermeiden könnte und hier a la longue gesehen, viel Geld eingespart werden kann.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich kurz noch auf das Problem der Behinderten eingehen. Im Land wird, wenn wir davon absehen, daß es noch Mängel in der Förderung privater Initiativen gibt, sehr viel, und zwar durch das Land, aber insbesondere auch durch private Initiativen getan. Bei einer Expertentagung im Rahmen der UNESCO in Paris hat man vor kurzem festgestellt, daß in der ganzen Welt rund 10 Prozent aller Kinder unter einer Behinderung leiden. Wir wissen, daß auch in Österreich jeder Zehnte behindert ist. Nach wie vor, das ist das spezielle Problem, das ich in dem Zusammenhang herausstellen möchte, schwierig ist die berufliche Integration der Behinderten, auch der Leichtbehinderten. Nun, durch die Zusammenarbeit verschiedener Institutionen wird zwar viel zur beruflichen Ausbildung unternommen, aber es gibt noch immer zu wenig Arbeitsplätze beziehungsweise auch zu wenig Bereitschaft, Behinderte einzustellen. Wir haben in der Steiermark zwar rund — das ist beachtlich, wir liegen den anderen Bundesländern vor — 1000 geschützte Arbeitsplätze, und das Land wird im kommenden Jahr die geschützten Arbeitsplätze im Landesdienst von 170 auf 200 erhöhen. Aber, meine Damen und Herren, angesichts der zunehmenden und immer weiter steigenden Zahl der Behinderten ist das alles bei weitem nicht ausreichend, um den heutigen Bedarf zu decken. Tatsache ist, daß trotz der Zuschüsse durch das Land, die Arbeitsmarktverwaltung und das Landesinvalidenamt noch immer Barrieren gegen die Einstellung von Behinderten vorhanden sind, aber auch — und auch das muß man bei dieser Gelegenheit sagen — bedauerlicherweise noch immer Vorurteile bei den Arbeitskollegen. Trotz vieler Anstrengungen ist es noch immer nicht voll gelungen,

die in der Gesellschaft vorhandenen Vorurteile abzubauen. Nun haben, es wurde anläßlich dieser Budgetdebatte schon mehrmals darauf hingewiesen, die Vereinten Nationen das Jahr 1981 zum Internationalen Jahr der Behinderten erklärt und die Aktivitäten, die in diesem Zusammenhang sicher auch in unserem Land zu erwarten sind, werden — so hoffe ich — mit dazu beitragen, eine positive Bewußtseinsbildung für die Lage der Behinderten zu fördern. Die berufliche Integration Behinderter ist sowohl von den sozialen wie auch von den menschlichen Aspekten her zu beurteilen. Die Selbstversorgung für Krankheit und für das Alter durch eine eigene berufliche Tätigkeit kommt immer noch billiger, als ein Leben lang von der öffentlichen Hand unterstützt zu werden. Der menschliche Aspekt ist: Auch Behinderte sollten Anspruch erheben dürfen auf ein erfülltes Leben in der Arbeitswelt. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Kohlhammer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kohlhammer: Sehr geehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe im Stenographischen Protokoll der vorjährigen Budgetdebatte nachgelesen, die Kollegen Dr. Horvatek und Dr. Schilcher hatten zur Entwicklungshilfe Aussagen gemacht. Dr. Horvatek hat schon im Vorjahr eindrucksvoll auf die Armut in der Welt hingewiesen und eine Aufstockung im Budget verlangt. Dr. Schilcher wollte weniger Wert auf Geld legen, sondern hat berechtigt, wie ich meine, auf die Formen der Hilfe besonders hingewiesen. Ich glaube nur, ganz ohne Geld geht es nicht, und der Bewußtseinsprung vom Kollegen Dr. Schilcher ist daher zu verstehen, wenn er zehn Monate später als Initiator eines Antrages auftritt, worin letztlich ebenfalls mehr Geld gefordert wird. Der Budgetposten „Förderung der Entwicklungshilfe“ wurde jedenfalls erfreulicherweise aufgestockt, und zwar um eine Million Schilling. (Allgemeiner Beifall.) Kollege Dr. Horvatek hat bereits in seiner Generalrede sehr ausführlich auf dieses Thema Entwicklungshilfe Bezug genommen. Erlauben Sie mir bitte, daß ich noch ergänze. Vor allem möchte ich zur Frage Bewußtseinsbildung und zur Form der Hilfen etwas sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Hunger auf der Welt wird zwar als Problem im allgemeinen akzeptiert, aber vermutlich deshalb noch relativ aus dem Bewußtsein verdrängt, da alles weit entfernt liegt. Einkommensgefälle und soziale Unterschiede werden im eigenen Lebensbereich berechtigt kritisiert, und eine Veränderung wird gefordert. Diese Einstellung wird sich vermutlich verstärken, wenn Dürrejahre kommen sollten, die ein Verteilen eines bisher ständig wachsenden Kuchens nicht mehr zulassen. Die meisten Menschen sind aber erschreckend selten bereit, über die eigenen Grenzen zu schauen und zu analysieren, wer insgesamt gesehen im relativen Wohlstand lebt und wie viele Menschen nicht nur stark

benachteiligt sind, sondern effektiv hungern oder sogar verhungern. Um klarzustellen, diese Einsicht fehlt nicht nur beim sogenannten kleinen Mann, sondern verteilt sich, wie ich glaube, sehr gerecht auf alle Schichten und Berufsgruppen unserer Bevölkerung. Die gesamte Menschheit hat einerseits mit der eigenen Lebensspanne fertig zu werden, andererseits jedoch die schwerwiegende Verpflichtung, den Lebensraum auch den künftigen Generationen lebenswert zu erhalten. Das klingt sehr banal, ich weiß das, meine sehr verehrten Damen und Herren, leider sind jedoch zahlreiche Wissenschaftler ernsthaft besorgt, ob wir nicht bereits überziehen oder ob wir nicht Raubbau betreiben, beziehungsweise ob wir nicht im Vorgriff leben und ob die uns folgenden Generationen nicht die Zeche werden bezahlen müssen, beziehungsweise es wird die Frage gestellt, ob sie überhaupt in der Lage sein werden, die Zeche zu bezahlen. Millionen Menschen zahlen heute schon durch Hunger den Raubbau, den Kolonialländer verursacht haben. Man könnte die Vergehen an der Natur in Sünden, die man lassen sollte, und in Tod-sünden einteilen, die man lassen muß. Wenn in unserer Bewußtseinsbildung zum Beispiel der Frage der gesünderen Ernährung erfreulicherweise immer breiterer Raum eingeräumt wird und wir beispielsweise über die Probleme in unserer Landwirtschaft diskutieren, beginnend von den Problemen, die die Bergbauern haben, über die Fragen der Betriebsgrößen, wenn ich an die Nebenerwerbslandwirte denke, bis hin zu den Düngeproblemen und den folgenden Bodenproblemen, den diversen Spritzmitteln bis zu den Problemen, die die Monokultur allgemein mit sich bringt und vielen anderen Dingen mehr, so gelten all diese Fragen auch für alle anderen Länder, nur leider meist in viel größeren Dimensionen und viel härteren Konsequenzen als bei uns. 1974 waren zum Beispiel 462 Millionen Menschen lebensgefährlich unterernährt! Diese furchtbar hohe Zahl wird sich nach Schätzungen bis zum Jahre 1985 auf über 750 Millionen Menschen erhöhen! Jährlich sterben mehr als 15 Millionen Kinder an Unterernährung! Man muß bedenken, mehr als die Hälfte der Menschheit lebt in den Ländern der Dritten Welt. Die Bewußtseinsbildung für die Probleme, die unsere eigenen Lebensformen uns selbst bringen, ist — so empfinde ich — auch bei uns erst ganz am Anfang. Sie ist geweckt, und ich hoffe, daß sie so rasch vorankommt, daß auch bei uns noch rechtzeitig Korrekturen möglich sind. Wir haben zum Unterschied von anderen Ländern zumindest teilweise selbst Einfluß auf unser Verhalten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sehe darin eine Schlüsselfrage zur echten Bewußtseinsbildung schlechthin. Wenn wir diese Korrekturen im größeren Stil bei uns einmal bewußt vollziehen würden, könnten wir auch besser erwarten, daß das Gesamtverständnis der Bevölkerung für die Probleme der Weltbevölkerung im größeren Stil wach werden würde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch Industrieländer wie Italien müssen Katastrophen erleben. Für diese Opfer sind beispielsweise spon-

tane Spendenaktionen sicher sinnvoll, sofern sie über gute Organisationen laufen und ihren tatsächlichen Zweck erreichen. Wir haben Gott sei Dank und erfreulicherweise solide Organisationen in unserem Lande und den zumeist ehrenamtlichen Mitarbeitern dieser Organisationen sind wir wirklich zu Dank verpflichtet. Man muß jedoch streng darauf achten, daß hier nicht alles durcheinandergebracht wird. Man muß sich die Mühe machen — glaube ich —, die Zusammenhänge zu durchschauen. Solange keine böse Absicht begründet ist, ist jedes Engagement zur Hilfe erstmals zu begrüßen. Förderungen und Beteiligungen sollten jedoch auch dazu benützt werden, Einfluß zu nehmen, die wirksamste Form der Hilfe zu finden. Der Herr Kollege Dr. Horvatek hat schon in der Generalrede die positiven Leistungen von aktiven Gruppen anerkannt und ich möchte mich hier voll anschließen.

Ergänzend möchte ich aber auf eine weitere Aktivität hinweisen. Durch die Aktion „Hunger ist kein Schicksal — Hunger wird gemacht“ bemüht sich beispielsweise der Österreichische Informationsdienst für Entwicklungshilfe, in letzter Zeit verstärkt aufklärend zu wirken. Sehr eindrucksvoll wird zum Beispiel in den entwicklungspolitischen Nachrichtenheften Nr. 17 und 18, welche ich Ihnen wirklich sehr zum Studium empfehle, mit dem Märchen, daß Hunger Schicksal ist oder allgemein durch Naturkatastrophen verursacht wird, aufgeräumt. Es gibt, zugegeben, unterschiedliche Voraussetzungen und dennoch kaum ein Land auf der Welt, das sich nicht selbst ernähren kann beziehungsweise könnte.

Die drei Hauptmärchen, die uns laufend aufgetischt werden, sind demnach:

1. Schlechte Böden und ungenügendes Klima seien schuld.
2. Es gibt zuviele Menschen auf der Welt.
3. Die Entwicklungsländer brauchen eine moderne Landwirtschaft, moderne Maschinen, Kunstdünger und hochwertiges Saatgut.

Wie man sie als Hauptmärchen entlarven kann, welche Interessen dahinterstecken, wird eindrucksvoll anhand von Fakten aufgezeigt. Ich persönlich habe als massivsten Vorwurf empfunden, daß nach Ansicht dieser engagierten Mitarbeiter alle, die nichts gegen diese Märchen tun, auch wenn sie es gut meinen, die wahren Hungermacher unterstützen. Die neuralgischsten Bereiche der Entwicklungsproblematik sind sicherlich die Nahrungsmittelversorgung und die landwirtschaftliche Produktion in den Entwicklungsländern. Als Langzeitfolge von kolonialen Eingriffen in der Vergangenheit und bestimmten Weltmarktentwicklungen ergab sich für die meisten Entwicklungsländer, einerseits aus Gründen der Devisenbeschaffung, andererseits durch die nicht nur wirtschaftliche Einflußnahme weltweiter Konzerne der Entwicklungsländer, der Zwang, die agrarische Monokultur der Kolonialzeit für den Export weiterzuführen und zum Teil sogar auszuweiten. Die eigene Grundversorgung der Bevölkerung ist dadurch zumeist zusammengebrochen und diese Problematik, meine Damen und Herren, ist nicht durch Almosen zu beheben. Hunger ist wahr-

lich kein Schicksal, sondern ein Weltproblem mit erkennbaren Ursachen. Für die vielen Millionen Betroffenen ist Hunger allerdings ihr Schicksal, aus dem sie selbst nicht mehr herausfinden können. Sie werden in den meisten Fällen in ihr Schicksal nämlich hineingetrieben, weil bestimmte Macht- und Wirtschaftsstrategien dies verursacht und bis heute noch verstärkt haben. Ganz wesentliche Bedeutung kommt deshalb — und das muß man immer wieder betonen — der Art und Weise der Hilfe zu und wie man Hilfestellung zu geben gedenkt. Die Art, wie gewisse multinationale Interessen „helfen“, ist für die Entwicklungsländer einfach tödlich. Statt Monokulturen steht der Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung unbedingt, der Vorrang zu. Mit importiertem Saatgut, das gleichzeitig Kunstdünger und Pflanzenschutzmittel mit sich bringt, den Boden ruiniert und für die Bewohner selbst die Ernte zu teuer macht und daher unerreichbar ist oder überhaupt in den Export geht, ist nicht geholfen. Der Grundbefriedigung kann nur durch eine Landwirtschaft geholfen sein, die den natürlichen Gegebenheiten der Länder angepaßt bleibt. Statt Importen von rationellen Großmaschinen und zentralen, hochmodernen Industrieanlagen müßte ein Netz von Kleinindustrien zur Bewältigung der lebensnotwendigen Grundbedürfnisse dieser Bevölkerung aufgezogen werden. Dies würde gleichzeitig bedeuten, daß diese Menschen dort Arbeit finden. Man kann zur politischen Struktur in China stehen wie man will, eines muß anerkannt werden: Dieses 400-Millionen-Volk kennt keinen Hunger, im Gegensatz etwa zu Indien oder zu anderen Ländern. Angelehnt an dieses Vorbild wird recht erfolgreich zum Beispiel in Tansania, Nicaragua, in Guinea und so weiter vorgegangen. Hoffentlich finden sich möglichst viele Nachahmer. China hat keine Knappheit an Grundnahrungsmitteln, ein Drittel des bewässerten Landes der Welt liegt in China, seine Getreideproduktion wurde in 15 Jahren verdoppelt, es gibt keine Inflation, es gibt eine fallende Geburtenrate, und zwar das alles — so wird es dargestellt — wegen der dezentralisierten Landwirtschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie verhält sich nun Österreich zu diesen Fragen? Oberflächlich betrachtet muß man die Stirn runzeln, wenn man die öffentlichen Entwicklungshilfemitteln betrachtet. (Abg. Schrammel: „Zu lang darf es nicht werden!“) Das ist richtig, aber es ist alles so wichtig, Herr Kollege Schrammel, ich habe gestern sehr überlegt, aber ich konnte nichts weglassen.

So ist bis 1978 der Betrag der direkten Hilfe auf 2268 Millionen Schilling oder 0,27 Prozent gestiegen. Leider ist er 1979 wieder auf 1696 Millionen Schilling oder 0,19 Prozent abgefallen. 1980 erwartet man wieder einen meßbaren Leistungsanstieg. Dazu muß man allerdings wissen, und anhand von Unterlagen, die ich vom Bundeskanzleramt erhalten hatte, konnte ich eben feststellen, daß diese Formen der Hilfen sehr vielseitig sind und sich ständig verändern und daß nur jene Leistungen in die Statistik des Entwicklungshilfekomitees Eingang finden, wo das Zuschußelement einer Ak-

tion mehr als 25 Prozent beträgt. Dazu kommen Zollbegünstigungen für Entwicklungshilfe, die nicht aufgenommen sind, der Aufwand für Flüchtlingshilfe und — wenn Sie es gelten lassen — der Aufwand für die UN-Friedenstruppe. Wesentlich erscheint mir jedoch, daß Österreich in den letzten Jahren in klarer Weise vor internationalen Gremien seinen Willen zum Ausdruck gebracht hat, seine Hilfeleistungen für die Entwicklung insbesondere der bedürftigsten Entwicklungsländer und der wichtigsten Entwicklungssektoren zu verstärken und auch entsprechende Taten gesetzt hat.

Rohstoffe sind auch heute noch auf Grund der Weltmarktbedingungen die wichtigsten Exportgüter und damit die Hauptdevisenbringer gerade der ärmeren Entwicklungsländer. Daher kommt einer Stabilisierung der Weltmarktpreise und einer Förderung der weiterverarbeitenden Industrie in den Entwicklungsländern besondere Bedeutung zu. Im Rahmen der UN-Organisation für Handel und Entwicklung wurde ein internationales Abkommen über die Errichtung eines gemeinsamen Fonds zur Finanzierung von internationalen Ausgleichslagerhaltungen für verschiedene Rohstoffe beschlossen. Anlässlich der 5. Welthandelskonferenz im Mai 1979 in Manila hat sich Österreich als eines der ersten Länder spontan zu einem Beitrag von 2 Millionen US-Dollar für den gemeinsamen Fonds bereiterklärt. Aus dem sogenannten „zweiten Fenster“ sollen Entwicklungsländervorhaben zur Weiterverarbeitung und Vermarktung von Rohstoffen gefördert werden. Im Juni 1976 wurde von einer UN-Konferenz in Rom der internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung gegründet. Die Hauptaufgabe ist, weltweit zusätzliche Finanzmittel für die landwirtschaftliche Entwicklung, insbesondere zur Entwicklung der Nahrungsmittelproduktion in den ärmsten Ländern, aufzubringen. Österreich ist diesem Fonds beigetreten und hat 1978 24,8 Millionen und 1979 21,6 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Diese Liste läßt sich noch fortsetzen, zum Beispiel mit der jüngst erfolgten österreichischen Beitrittserklärung zur Internationalen Nahrungsmittelhilfekonvention, in deren Rahmen sich Österreich zur Gratislieferung von 20.000 Tonnen Weizen verpflichtet hat. Ich hoffe, daß diese Weizenlieferung als Übergangshilfe eingesetzt wird. Die Vereinten Nationen haben mehrmals internationale Entwicklungsstrategien verabschiedet, leider bisher mit sehr begrenztem Erfolg. Die neueste Entwicklungsstrategie setzt für die Entwicklungsländer ein jährliches Durchschnittswachstumsziel ihres Bruttoinlandsproduktes von 7 Prozent und die öffentliche Entwicklungshilfeleistung der Geberländer als Transferziel von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes vor. Das würde für Österreich mehr als eine Verdoppelung der meßbaren Hilfen bedeuten. Österreich hat sich diesem Ziel angeschlossen und strebt diese Beitragshöhe an.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bundeskanzler Dr. Kreisky hat vielfach darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung bereit sei, ihre Entwicklungshilfeleistung noch wesentlich zu erhöhen, hat aber zugleich an die Bevölkerung den Appell um entsprechenden Konsens gegeben. In

den letzten Jahren wurde mehrfach der Weg beschritten, daß zusätzliche Mittel in der Form zur Verfügung gestellt wurden, daß Privatinitiativen für konkrete Aktionen aus Mitteln des Bundeshaushaltes verdoppelt wurden. Auch auf Landesebene wäre durchaus zu prüfen, ob private Initiativen nicht noch eine stärkere Förderung erhalten könnten. Die Liste der Hilfe geht weiter über die Errichtung von Musterfarmen. Man versucht, angepaßte Technologien, ich betone, angepaßte Technologien, zu vermitteln im Bergbau, Hüttenwesen, bei Verbrennungskraftmaschinen, bei der Ziegeleierzeugung, im Straßenbau, Holzbringung, Fremdenverkehr und so weiter. Die österreichische technische Hilfe hat im Schulbereich den Schwerpunkt auf die Facharbeiterausbildung der mittleren Kader gelegt und organisiert jährlich etwa 20 Veranstaltungen und Seminare für Angehörige der Entwicklungsländer, in denen das Know how vermittelt wird.

Meine Damen und Herren, zum Schluß kommend möchte ich meinen: auch wir Österreicher haben noch keinen Grund zur Selbstzufriedenheit, weder in bezug auf den Bewußtseinsstand der Bevölkerung zu den Problemen der Dritten Welt, noch was unseren bisherigen tatsächlichen Hilfeleistungsumfang anlangt. Positiv empfinde ich allerdings die Vorsätze und die Richtung, die unsere Hilfe nimmt. Wir sollten unseren Teil dazu beitragen, und zwar jeder auf seinem Platz sollte dies bestmöglich tun. Wir können in dieser wichtigen Frage sicher nicht zu viel tun. Es besteht allerdings die große Gefahr, daß auch wir zu wenig tun. Helfen darf jedoch nicht heißen, Almosen geben. Wir müssen versuchen, in einer Form zu helfen, daß die Menschen aus ihrer Abhängigkeit herauskommen, daß es ihnen wieder gelingt, sich selbst helfen zu lernen, daß sie echte Partner aus eigener Kraft werden. Die Menschen der Dritten Welt wollen vorderhand nur, was die Menschen bei uns seit über hundert Jahren anstreben: sie wollen Arbeit haben, sie wollen sich ernähren können, sie wollen sich Wissen aneignen und sie wollen letztlich sozial versorgt werden. Diese Menschen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wollen auch mehr Gerechtigkeit, und sie haben genauso Anspruch darauf wie wir alle. Danke schön. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete DDr. Stepantschitz. Ich erteile es ihm.

Abg. DDr. Stepantschitz: Sehr geehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn ich in dem Jargon sprechen würde, der gestern bei einigen Rednern üblich war, müßte ich auf den Herrn Landesrat Gruber jetzt eigentlich sehr böse sein und ihn fragen, wieso er sich ein so schlechtes Budget überhaupt gefallen läßt. (Landesrat Gruber: „Da müßte ich Ihnen direkt recht geben!“) Es ist also etliche Positionen niedriger angesetzt als im Vorjahr und es sind etliche Löcher da. Ich glaube aber, Herr Landesrat, daß unsere Vertreter gemeinsam ein Budget gemacht haben. Ich glaube, daß man sich geeinigt hat aus Gründen, die nicht im Bereich des Landes liegen, ein Spar-

budget zu machen, und ich glaube daher, Herr Landesrat, daß wir gemeinsam zu diesem Budget stehen müssen. Ich glaube vielmehr, daß wir versuchen müssen, die Gegebenheiten zur Kenntnis zu nehmen und herauszuholen, was eben herauszuholen ist, denn eines ist, glaube ich, sicher: die Ärmsten in diesem Land dürfen nicht dafür zahlen, daß wir in eine Situation gekommen sind, die uns jetzt zum Sparen zwingt. Aber ich glaube, daß wir doch bei allen Gegebenheiten noch sehr viele Möglichkeiten haben, nicht weniger, sondern sogar mehr zu leisten. Wir haben gehört, Herr Landesrat, daß die Altersheime zum Teil nicht mehr voll belegt sind, das ist meiner Meinung nach eine sehr erfreuliche Entwicklung, denn wir haben ja immer die Altersheime nur als subsidiär angesehen; sie sollen dann eintreten, wenn die Familie nicht mehr kann. Wir nehmen also sehr dankbar zur Kenntnis, daß es doch nicht zuletzt auf Grund gewisser Maßnahmen, an denen Sie, Herr Landesrat, sehr maßgeblich beteiligt waren, besser geworden ist in diesem Land, und ich darf gleich in diesem Zusammenhang Ihnen auch sehr herzlich danken gerade für die Initiative auf dem Gebiet der Altenpflege, wo Sie zusammen mit der Caritas ganz zweifellos sehr erfolgreich gearbeitet haben. Der Herr Landeshauptmann hat Sie ja unlängst auch öffentlich darauf angesprochen und Ihnen das gesagt. Ich glaube, wir können feststellen, daß Besserungen eingetreten sind, trotz allem, was uns nicht paßt. Ich glaube, wir müssen um so mehr und um so optimistischer daran arbeiten, daß es noch besser wird. Ich glaube also, wenn ich kurz zu den Altersheimen noch etwas sagen kann, daß der Übergang zwischen Altersheim und Pflegeheim schon sehr fließend geworden ist. Die Altersheime wollen Pflegestationen, in den sogenannten Pflegeheimen sieht man bereits sehr rüstige Menschen auftreten. Ich glaube, hier wird man auch einmal grundsätzlich die Situation überdenken müssen und zu einer Gesamtregelung kommen müssen, wo es nicht mehr zu einer Konkurrenzierung kommt.

Ich darf noch einmal anmerken, was ich schon öfter getan habe, es ist leider immer noch so, daß Personen in Alters- und Pflegeheimen abgeschoben werden, wo dann die Angehörigen am Ersten kommen, um das Geld zu holen, das sie sich auf Grund der Tatsache erspart haben, daß das Land sehr viel dazu beiträgt. Also ich glaube, bei der Tarifgestaltung wird man in Zukunft vielleicht noch mehr darauf bedacht sein müssen, daß niemand daran verdient. Sie verstehen mich sehr richtig, Herr Landesrat, Sie wissen genau, daß ich nicht meine, daß jemand mehr zahlen soll, der es braucht. Die Situation, die wir jetzt einmal in diesem Land vorfinden, ist: wir haben eine ganze Menge von Sozialeinrichtungen, die alle sehr, sehr viel kosten, wir haben den Familienhilfsdienst, den Altenpflegedienst, die Krankenschwestern, die ins Haus kommen, wir haben diese Aktion und jene Aktion und das Geld wird dort und dort hingeleitet. Ich glaube, wenn ich Ihnen das heute ganz kurz nur anmerken darf: wir müssen uns jetzt ernstlich überlegen, ob wir nicht diese ganzen Aktionen in irgendeiner Form zusammenfassen sollten. Und zwar nicht im

engen Denken von irgendeiner Fraktion, aber bitte, auch nicht im engen Denken von einer Gruppe im Sinne des Budgets. Ich glaube, auch hier muß uns etwas Neues einfallen.

Im Rahmen dieser Gruppe ist ja schon der Herr Abgeordnete Loidl angesprochen worden, und zwar in einer derart intimen Form, daß ich fast eifersüchtig bin. Aber was soll ich machen? Es geht scheinbar auch das über die Grenzen dieses Raumes hinweg. Aber bitte, wir müssen — glaube ich — wirklich über alle diese Barrieren hinweg versuchen, uns ein neues Konzept zu erarbeiten, wie wir den Menschen noch besser dienen können. Es gibt nun in anderen Ländern bereits die sogenannten Sozialstationen. Wir haben uns auch in unserem Steiermark-Plan vorgenommen, daran zu arbeiten, wo man das alles zusammenfaßt, wo man eine Station hat, die das Gesamtleben in einem Bezirk, in einem Kreis, überblickt, und wo man dann gemeinsam in Zusammenarbeit mit Fürsorgeeinrichtungen, mit dem Amtsarzt und vor allem auch mit allen privaten Institutionen eine entsprechende Koordinierung vornimmt.

Es geht ja nicht nur darum, daß man anbietet, sondern es geht ja auch darum, daß man es an den Mann bringt. Wir haben es in Graz in einem Bezirk erreicht, daß sämtliche Personen, die über 60 Jahre alt sind, besucht werden, daß man nachfragt, wie es ihnen eigentlich geht und ob sie etwas brauchen. Die Erfahrungen sind sehr, sehr interessant und sie bestätigen doch wieder das, was wir uns immer wieder vorgenommen haben, einmal dem nachzugehen, daß es sehr, sehr viele Menschen gibt, die an sich menschliche Hilfe brauchen, aber nicht bereit sind, sie zu verlangen. Man muß also den Kontakt haben, man muß wirklich die Nachbarschaftshilfe haben, und man muß den Nachbarn kennen. Die Hilfe ist viel leichter zu geben als das Kennenlernen. Das Schwierigste ist die Bestandsaufnahme. Es gibt die verschämten Armen und es gibt die eingebildeten Reichen. Die verschämten Armen, die kein Geld haben, aber sich nicht trauen, eines zu verlangen, und die eingebildeten Reichen, die sehr viel Geld haben und denen es gut ginge und die nicht zugeben wollen, daß sie unter Not leiden und eigentlich hilfebedürftig sind. Alle diese Menschen müßten wir aufsuchen, müßten wir versuchen zu erfassen. Wir können in einer Sozialstation ein System einrichten, wo man zusammen mit freiwilligen Helfern einmal durchsichtet, wer etwas braucht und was gegeben werden kann. Wir können vielleicht, Herr Landesrat, schon die Räume, die jetzt in den Altersheimen frei werden, dafür einsetzen. Selbstverständlich müßte so eine Sozialstation auch mit den bestehenden Möglichkeiten zusammenarbeiten, alte Menschen auch wirklich unterzubringen. Dabei müssen wir die Gesinnung haben, dem alten Menschen die Hilfe nicht nur anzutragen, sondern diese auch wirklich wirksam werden zu lassen, denn diese Gesinnung ist es ja, die wir brauchen, damit dieses Land überhaupt überlebt. Denn nur dann, wenn sich eine Bevölkerung des alten Menschen annimmt, wird sie auch in Zukunft bestehen können.

Wenn ich daran denke, was von verschiedensten privaten Einrichtungen da schon erreicht wird —

ich darf hier wieder einmal den Aktiven Lebensabend nennen, den Sie bitte auch unterstützen —, so geht es darum, den alten Menschen doch wieder beizubringen, daß sie noch Menschen sind, daß sie integrierte Menschen sind. Es wäre ganz falsch, meine Damen und Herren, wenn wir jetzt ein Kapitel „Der Alte“ aufmachen würden. Der Alte will kein Berufsalter sein, er will ein Mensch wie alle anderen auch sein und er will mittätig sein, bis es halt nicht mehr geht. Ich will mich nicht in die Sozialpolitik einlassen, aber auch hier wäre diese Frage anzumerken. Aber es gibt genug Möglichkeiten, ihn auch anders aktiv werden zu lassen und aktiv bleiben zu lassen. Wir sollen, meine Damen und Herren, wirklich versuchen, durch die Einrichtung von echten Sozialstationen einen neuen Weg zu gehen, einen Weg, der keine besondere Budgetpost braucht. Ich bin also nicht in den Fehler verfallen wie andere vielleicht, daß ich sage, ich will sparen, aber das müssen Sie noch machen. Das ist eine Organisationsfrage, die man mit den vorhandenen Mitteln — vom Altersheim über die Fürsorge bis zur Krankenschwester — einrichten könnte, die sogar Geld ersparen könnte, auch der Krankenkasse. Wir haben ja auch hier schon gewisse Symptome, daß die Spitalsaufenthalte gerade bei alten Menschen kürzer werden.

Ich glaube also, es geht hier wirklich darum, daß wir die Möglichkeiten nützen, die schon gegeben sind. Es geht um die Gesinnung und es geht freilich auch immer wieder um das Geld. Das hat aber der Herr Abgeordnete Dr. Schilcher auch nie gemeint, daß man mit Gesinnung allein regieren kann. Aber es geht darum, daß man das vorhandene Geld in die echte Gesinnung einsetzt.

Wenn gestern gesagt worden ist, daß die Nachbarschaftshilfe ein Schlagwort geworden ist — nicht alles ist schlecht, was ein Schlagwort ist —, so geht es darum, daß das Wort Nachbarschaftshilfe für uns alle eine Aufforderung sein soll, jenen Menschen zu helfen, die unserer Hilfe bedürfen. Danke. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Die nächste Wortmeldung ist die des Herrn Kollegen Zinkanell. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Zinkanell: Hohes Haus!

Ich möchte vorerst einmal sagen, daß ich sehr vieles von dem, was jetzt mein Vorredner Kollege DDr. Stepantschitz gesagt hat, hundertprozentig unterstreichen möchte, und daß wir nicht in den Fehler verfallen sollen, förmlich Berufsalte zu produzieren. Mir hat dieser Ausdruck besonders eingeleuchtet, und ich bin dafür dankbar.

Ich werde Sie heute bei meiner Wortmeldung nicht — der Herr Kollege Ing. Turek ist nicht da, der mich das letzte Mal beanstandet hat — mit Zahlen aus der Tätigkeit des Pensionistenverbandes befassen, obwohl die gegenüber dem Vorjahresbericht eigentlich wesentlich gesteigerten Aktivitäten einer Erwähnung und Würdigung wert wären. Mir geht es heute darum festzustellen, daß die schon seit längerer Zeit erhobene Forderung nach

Schaffung einer eigenen Lehrkanzel für Geriatrie mit einem Forschungsinstitut bereits insofern einen gewissen Widerhall gefunden hat, als doch schon davon gesprochen wird, einen diesbezüglichen Lehrauftrag zu erteilen. Das würde zwar als ein Schritt vorwärts zu betrachten sein, doch sollte man es damit nicht bewenden lassen, da ein Lehrauftrag nicht das bringen kann, was eine separate Lehrkanzel mit Forschungsinstitut erbringen könnte und sollte. Die ständig steigende Lebenserwartung bedingt es mehr denn je, daß die mit dem Alter speziell verbundenen Probleme, insbesondere jene Beeinträchtigungen der Gesundheit, die eben erst mit dem Alter in Erscheinung treten, erforscht werden und denen nach dem jeweils neuesten Stand der Erkenntnisse der Altersmedizin begegnet wird. Das würde das Leben der alten Menschen doch bedeutend erleichtern und ihnen manche Beschwerden abnehmen. Der Haushalt der öffentlichen Hand müßte meines Erachtens dadurch kaum zusätzlich belastet werden, denn was man auf der einen Seite durch die Schaffung der Lehrkanzel investieren müßte, das könnte auf der anderen Seite wahrscheinlich weitgehend durch weniger häufige und kürzere Aufenthalte in Krankenhäusern erspart werden, und insbesondere würde man den alten Menschen manchen Kummer damit ersparen können. Ich ersuche daher die zuständigen Stellen, sich für eine baldige Schaffung einer Lehrkanzel für Geriatrie und einem dazugehörigen Forschungsinstitut zu verwenden. Das wäre eine der Möglichkeiten, einem Teil der älteren Generation zu helfen.

Eine andere Möglichkeit ist heute schon ein paarmal erwähnt worden, und auch ich möchte dazu Stellung nehmen, nämlich die schon seit fünf Jahren erfolgreich praktizierte Betreuung der alten Menschen durch das Altenhilfswerk. Im kommenden Jahr sollen ja schon 40 Altenhelferinnen — jetzt sind es — glaube ich — 33 Altenhelferinnen — in Graz und in fünf weiteren Bezirken tätig sein, und zwar in Bruck an der Mur, Leoben, Mürtzschlag, Feldbach und Leibnitz. Dort — das ist bereits erwähnt worden —, in diesen Bezirken einschließlich Graz, werden 500 Senioren in ihrem eigenen Zuhause betreut und es wird wesentlich dazu beigetragen, daß hilfsbedürftige Menschen nicht in ein Heim oder in ein Krankenhaus übersiedeln müssen, sondern in ihrer eigenen Wohnung und ihrer vertrauten Umgebung verbleiben können. Dieser humane Einsatz dient — und das wurde auch schon von der Frau Kollegin Jamnegg erwähnt — nicht nur den alten Menschen, sondern auch der öffentlichen Hand, denn er kommt ungleich billiger, als wenn man die vom Altenhilfswerk betreuten alten Menschen in einem eigenen großen Altenheim unterbringen und dort auf sie schauen wollte. Die Heimunterbringung von 500 Personen bei einem Tagessatz von 300 Schilling würde einen Aufwand von mehr als 50 Millionen Schilling jährlich erfordern, vom Bauaufwand ganz abgesehen. Das Jahresbudget 1980 des Altenhilfswerkes umfaßt 6,4 Millionen Schilling, als Einsatzerlös kommen rund eine Million Schilling herein, so daß der Nettoaufwand etwas über 5 Millionen Schilling liegt. Die Ersparnis gegenüber einem Heim würde durch die

Betreuung durch das Altenhilfswerk rund 45 Millionen Schilling bedeuten. Es ist daher vom Standpunkt der alten Menschen als auch der öffentlichen Hand zu wünschen, daß auch die anderen Bezirke stärker in die Altersbetreuung mit Hilfe des Altenhilfswerkes eintreten.

Ich habe gehört, daß sich einige Bezirke bereits wieder um Altenhelferinnen bemühen. Den beiden Präsidenten des Altenhilfswerkes, dem Landesrat Josef Gruber und dem Monsignore Thiel, mit dem ganzen Vorstand kann man — glaube ich — zu dem Erfolg nur bestens gratulieren und ihnen für ihre Tätigkeit danken. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zu Worte gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Bischof. Ich erteile es ihr.

Abg. Bischof: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

In der Gruppe 4 möchte ich mich zuerst mit einem Problem befassen, das in der vorangegangenen Finanzausschußsitzung auf der Tagesordnung war, und ich glaube, die Frau Abgeordnete Jamnegg und der Herr Abgeordnete Schrammel waren es, die hier negativ aufgezeigt haben, daß in unseren obersteirischen Bezirksaltenheimen nicht alle Betten belegt sind und es ist ja auch in der Wortmeldung vorher zum Ausdruck gekommen. Ich möchte sagen: Ich finde es nicht so negativ, daß Betten in obersteirischen Bezirksaltenheimen nicht belegt sind, und ich möchte das auch begründen. Es war doch unser aller Bemühen, daß wir den älteren Menschen Erleichterungen schaffen durch soziale Dienstleistungen, wie Heimhilfe, Altenhilfe, Hauskrankenpflege, mobile Schwestern und Essenzustelldienst. (Abg. Jamnegg: „Genau das habe ich gesagt, Frau Kollegin!“) Ja, aber ich muß das sagen, weil das eben Kapfenberg und Bruck/Mur betrifft, und ich ja aus Kapfenberg komme. Wir wollen ja damit die älteren Menschen in die Lage versetzen, daß sie sich so lang wie möglich in ihrer liebevoll gewordenen Umgebung aufhalten können. Und der zweite Grund ist vielleicht, daß oft vielfach der Wunsch nach einem Einbettzimmer besteht, weil doch viele unserer älteren Menschen selbst eine Wohnung allein besitzen, und ich möchte hier sagen, daß auch dieser Wunsch oft erfüllt wird, ja meist erfüllt wird, weil hier Bereitschaft besteht, aus einem Zweibettzimmer ein Einbettzimmer zu adaptieren. Nur kostet das dann halt mehr, und wenn die Mindestpension nicht ausreicht, dann wollen die Menschen nicht ihre Kinder damit belasten, und das sind die Probleme. Vielleicht gibt es noch einen Grund, daß die älteren Menschen nicht so ins Altenheim gehen, wie wir uns das vorstellen, weil sie von ihrem persönlichen Besitz nur ganz wenig mitnehmen dürfen.

Zum Schluß möchte ich doch noch eine Zahl aufzeigen, der Herr Abgeordnete Zinkanell hat es bereits getan, aber ich möchte es noch bekräftigen. Das steirische Altenhilfswerk allein betreut derzeit 500 alte und pflegebedürftige Menschen in der eigenen Wohnung. Diese Zahl würde doch drei Altenheimen entsprechen und darum glaube ich, sollte

man noch freie Betten in dem einen oder anderen Bezirksaltenheim nicht so negativ sehen.

Nun, meine Damen und Herren, nachdem ich mich mehrere Male beim Landesvoranschlag in der Gruppe 4 sehr ernst mit der Frage der Behinderten auseinandergesetzt habe, so möchte ich das auch heuer tun, zumal — wir haben es ja alle schon gehört — das Jahr 1981 von der UNO zum Internationalen Jahr der behinderten Menschen erklärt wurde. Hier möchte ich sagen, es wird eine Reihe von Maßnahmen von seiten des Landes, der Gemeinden und von privaten Wohlfahrtsvereinigungen zusätzlich geben. Grundlage ist sicher nach wie vor das vorbildliche steirische Behindertengesetz. Dazu darf gesagt werden, daß eine umfassende Novelle in Vorbereitung ist, und dies kann wohl als ein ganz bedeutender Beitrag zum Jahr 1981, zum Jahr der Behinderten, angesehen werden. Der große Anstieg der Mittel der Behindertenhilfe überhaupt muß, glaube ich, auch erwähnt werden. 355,1 Millionen an Ausgaben stehen Einnahmen von 136,7 Millionen gegenüber und das ist, meine Damen und Herren, gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 20 Prozent. Schwerpunkte sind sicher nach wie vor die Eingliederungshilfe und die geschützte Arbeit, und ist das Recht auf Arbeit für den Gesunden ein Menschenrecht, so gilt das — glaube ich — für den Behinderten um so mehr. Die geschützte Arbeit sichert ja dem Behinderten, der auf dem Arbeitsmarkt nicht mit Erfolg konkurrieren kann, auf einem geeigneten Arbeitsplatz das kollektivvertragliche oder betriebsübliche Entgelt. Derzeit sind zirka 1100 Behinderte auf geschützten Arbeitsplätzen in der Steiermark tätig. Davon allein 176 im Landesdienst. Aber noch immer gibt es 450 Behinderte, denen geschützte Arbeit zuerkannt wurde und die man noch nicht unterbringen kann. Für geschützte Arbeit sind im Budget 1981 über 60 Millionen vorgesehen, während im Budget 1970 nur 3 Millionen vorgesehen waren, also nur 5 Prozent der heute bereitgestellten Summe zur Verfügung standen. Da glaube ich, hat sich doch Gewaltiges geändert in der Hilfestellung. Außerdem ist die Errichtung einer geschützten Werkstätte für 100 Behinderte in Graz geplant, und das ist zurückzuführen auf eine Initiative zwischen Bund und Land, die noch unter Bundesminister Weißenberg ins Leben gerufen wurde, und dieses Vorhaben wird im nächsten Jahr in ein konkretes Stadium treten. Pflegegeld erhalten ab dem 6. Lebensjahr Personen je nach dem Grad ihrer Behinderung in zwei Stufen. Zirka 2500 Personen beziehen in der Steiermark ein Pflegegeld, wofür im Landesvoranschlag 1981 95 Millionen vorgesehen sind. Ganz deutlich kann man die finanzielle Besserstellung der Behinderten erkennen, wenn wir die Einzelleistungen von 1970 gegenüber 1980 vergleichen. So betrug nämlich das Pflegegeld im Jahre 1970 630 Schilling, im Jahr 1980 unter den gleichen Voraussetzungen 2710 Schilling, also wurden diese Leistungen mehr als vervierfacht. Eine ähnliche Steigerung kam den Beziehern einer Blindenbeihilfe zugute. Die praktisch Blinden erhielten im Jahr 1970 505 Schilling und im Jahr 1980 1930 Schilling. Vollblinde erhielten im Jahr 1970 840 Schilling und im Jahr 1980 2895

Schilling. Diese Ziffern, glaube ich, meine Damen und Herren, zeigen sehr genau, welche Besserstellung diese Menschen in den vergangenen Jahren erfahren haben. Den Behinderten aber in der Lebensführung an die Hand zu gehen, ist sicher ein Schwerpunkt der Zukunft.

Persönliche Hilfe umfaßt schon heute die Betreuung des Behinderten und die Familienberatungsstelle über die zweckmäßige Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse. So sei hier erwähnt, daß sich die am 1. April 1977 im Landesbehindertenzentrum Andritz eingerichtete Beratungsstelle sehr gut bewährt hat. Diese Beratung, glauben wir aber, müßte noch verstärkt werden und nicht nur in Graz möglich sein. Auch für die Bezirke müßte eine mobile Beratungsmöglichkeit in die Wege geleitet werden. Besonderer Wert müßte bei der Kinderbetreuung auf die Früherfassung gelegt werden. Wie kann man Hilfe anbieten, wenn die Behinderung verheimlicht wird? Behinderung soll doch keine Schande sein. Es wäre sicher auch zu begrüßen, wenn es im Anschluß an den Mutter- und Kind-Paß zu einer Meldepflicht oder zu einer Behandlungspflicht kommen würde. Das Finanzamt ist ja nur verpflichtet zu melden, wer die erhöhte Kinderbeihilfe bezieht. Man könnte sich auch vorstellen, daß es im Rahmen der Schulbuchaktion zu Büchern mit Blindenschrift für unsere blinden Kinder kommt. Universitätsprofessor Dr. Andreas Rett, ein Spezialist auf diesem Gebiet, meint: „Der Umwelt fehlt es noch immer an der Einstellung dem Behinderten und der Behinderung gegenüber.“ Laut Professor Rett ist die Beziehung innerhalb der Familie für den Behinderten von größter Wichtigkeit. Gerade das Miteinander von behinderten und normalen Geschwistern in der Familie ist überaus wertvoll und bildet viele Reibungsflächen heraus. Takt und Taktik dem Behinderten gegenüber nennt Professor Rett hier als Lösungsmittel und als Rückerinnerung an eigene Jugendprobleme. Erziehen heißt immer, sich erinnern. Deshalb kommt der Beziehung in der Familie für Behinderte eine ganz entscheidende Bedeutung zu.

Und nun gestatten Sie, meine Damen und Herren, daß ich auf einen Beitrag im Landesvoranschlag in der Gruppe 4 eingehe, der neu ist, und zwar auf die Grazer Fraueninitiative als Soforthilfe für bedrohte und mißhandelte Frauen und deren Kinder. Der Verein hat seinen Sitz in Graz, seine Tätigkeit erstreckt sich aber auf das ganze Bundesland Steiermark. Die Konstituierung dieses Vereines wurde am 13. März dieses Jahres in Graz durchgeführt. Es wurde der Vorstand gewählt und die Vorsitzende, Frau Grete Schurz, befindet sich im Zuhörerzimmer. Es wurden auch die Beiräte nominiert, die sich aus zwei Vertretern des Landes, Landesrat Gruber und Landesrat Professor Jungwirth, Vertretern der Stadt Graz, der steirischen Gemeinden, der katholischen und der evangelischen Kirche, Vertretern der Frauenorganisationen, der im Steirischen Landtag vertretenen politischen Parteien, Vertretern der Arbeiter-, Handels- und Landwirtschaftskammer und einer Vertreterin des Frauenreferates vom OGB zusammensetzen. Die Tätigkeit dieses Vereines ist nicht auf Gewinn gerichtet,

sondern verfolgt gemeinnützige Ziele. Der Verein bezweckt,

1. von Mißhandlungen bedrohten und mißhandelten Frauen und ihren Kindern wirksame Soforthilfe zu geben und
2. die Probleme dieser Gruppe von gefährdeten Frauen und Kindern in der Öffentlichkeit bewußt zu machen.

Es müssen daher Einrichtungen geschaffen und Veranstaltungen durchgeführt werden, die eine wirksame Soforthilfe ermöglichen.

In Europa gibt es bereits etwa 150 Frauenhäuser. Sie sind ihrer Idee nach Zufluchtstätten für mißhandelte Frauen und deren Kinder. Seit zwei Jahren gibt es auch in Wien Frauenhäuser und vor zwei Jahren schienen sie vielen noch überflüssig zu sein. Heute aber weiß man, daß diese Zufluchtstätten notwendig waren. Seither haben nämlich 386 Frauen und mit ihnen 619 Kinder in einem der beiden Wiener Häuser vorübergehend gelebt und sie blieben mit ihren Kindern im Durchschnitt 28 Tage. Für die laufenden Kosten, und in diesem Jahr betrugen sie 4,8 Millionen Schilling, kommt in Wien die Gemeinde Wien auf und 14 geschulte Fachkräfte leisten mit und für die mißhandelten Frauen soziale Arbeit. In Linz liegt eine Zusage für die Errichtung einer solchen Zufluchtstätte vor und auch in Innsbruck gibt es bereits Bemühungen. In Graz bemüht man sich darum über diese Fraueninitiative, und daß der Bedarf für ein Frauenhaus auch in Graz gegeben ist, das zeigte die erste Veranstaltung zu diesem Thema. Im Durchschnitt gibt es pro Woche allein in Graz fünf Frauen, die in einem Frauenhaus Zuflucht finden müßten, sagte eine Fürsorgerin und, meine Damen und Herren, die Dunkelziffer liegt sicher wohl viel höher. Das Frauenhaus hebt auf befristete Zeit die Relation Mann — Frau in ihrer Kontrollfunktion für die Frau auf. Entscheidungen, die bisher meist der Mann getroffen hat, müssen nun von ihr allein getroffen werden. So lernen die Frauen neben ihrem bisherigen Verhalten ein neues Verhalten hinzu. Das Fehlen von Männern im Frauenhaus führt somit zu einer positiven Verhaltensunsicherheit. Sie brauchen nicht zu lachen, denn ich glaube, diese Verhaltensunsicherheit ist eine wichtige Voraussetzung für das Lernen neuer Verhaltensmöglichkeiten. Die Frauen lernen, sich untereinander zu schützen, sich zu helfen und sind somit nicht automatisch wieder auf die Hilfe, auf den Schutz und das Verständnis des nächsten Mannes angewiesen. Und so haben die Frauen Zeit, sich selbst zu finden, ohne Beeinflussung, um dann wieder Beziehungen aufbauen zu können mit wem sie wollen. Das Frauenhaus ist für alle bedrohten und mißhandelten Frauen mit Kindern und ohne Kinder zu jeder Tages- und Nachtzeit offen, und der Schutz von außen muß gegeben sein. Die im Hause lebenden Frauen versorgen sich selbst. Sie sind aber an allen Entscheidungsprozessen im Haus beteiligt. In dieser Not-situation soll den Frauen konkrete Hilfe und menschliche Unterstützung geboten werden. Ich darf deshalb dem Sozialreferenten, Landesrat Gruber, danken für das Verständnis und für den Ansatz

von 500.000 Schilling im Voranschlag. Der gleich hohe Ansatz wird von seiten der Stadt Graz gewährt werden. Von der Arbeiterkammer und von der Caritas wurden ebenfalls Mittel zugesagt. Eine halbe Zusage gibt es vom Landeshauptmannstellvertreter Wegart, er ist leider nicht hier. (Abg. Ing. Turek: „Er sitzt oben! Er ist ja da!“ — Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Liebe Julie, ich bin eigens Deinetwegen hereingekommen!“) — Danke schön, das ist sehr lieb! — Da das Land aber eine lebende Subvention grundsätzlich nicht gewährt, besteht Hoffnung auf eine andere Form der Hilfe, das möchte ich hier gerne festhalten. Weitere Mittel wären aber notwendig, weil der Voranschlag für 1981 für das geplante Frauenhaus 1,5 Millionen beträgt. Es müssen fünf ganztägige Angestellte sein, die hier den Betrieb aufrecht erhalten, und dieser Betrieb muß rund um die Uhr gehen.

Zum Schluß darf ich sagen, meine Damen und Herren, in der Rechtsordnung nach der neuen Familienrechtsreform ist die Partnerschaft erreicht. Dort, wo es in der Praxis noch nicht funktioniert, muß den Frauen Schutz und Hilfe gewährt werden. Ich darf den hier Anwesenden im Namen der Fraueninitiative das Rahmenprogramm überreichen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prutsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Prutsch: Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe mich zur Gruppe 4, Katastrophenschäden, Ansatz 441005, Post 7690, deshalb zu Wort gemeldet, weil es bei der Vergabe dieser Beihilfen im Bezirk Radkersburg zu Ungereimtheiten gekommen ist, die die Bevölkerung nicht verstehen kann. Nach dem Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 207/1966, in Verbindung mit dem Finanzausgleichsgesetz, sind die Leistungen des Bundes an die Länder nach sachlich gerechtfertigten und sozial vertretbaren Grundsätzen, die auf alle Geschädigten gleichmäßig angewendet werden müssen, zu verteilen. Der Katastrophenfonds des Bundes wird von den Gesamteinkommen, Lohn- und Körperschaftsteuer finanziert. Die Steiermärkische Landesregierung hat schon vor Jahren, um eine gerechte Verteilung der vorhandenen Beihilfemittel zu erreichen, Durchführungsbestimmungen zur Erhebung und Schätzung von Katastrophenschäden bei Hochwasser, Vermurungen, Lawinen, Schneedruck, Erdbeben, Orkanen, Erdbeben und ähnlichen Katastrophen erlassen. In einigen Punkten sind diese Bestimmungen meiner Meinung nach aber reformbedürftig beziehungsweise neu zu überdenken. Zum Beispiel heißt es im Punkt 4, daß die Schätzung der Ernte- und Flurschäden nicht früher als zwei Wochen und nicht später als fünf Wochen nach Schadenseintritt zu erfolgen hat, damit eine möglichst dem tatsächlichen Schadensumfang entsprechende Schätzung zu erreichen ist. In der Zeit vom 7. bis 13. Oktober dieses Jahres gab es im Bezirk Radkersburg Hochwässer. Es entstanden Schäden an Wohnprojekten und landwirtschaftlichen

Kulturen. Mitte des Monats November waren die Felder leer und umgeackert. Trotzdem gab es in der zweiten Novemberhälfte noch immer Flur- und Ernteschädenschätzungen. Diese Bestimmung ist dann nicht anwendbar, wenn im Herbst eine Katastrophe eintritt.

Meine Damen und Herren, nun komme ich zum Kern der Sache. Am 4. August dieses Jahres hatten wir im Bezirk Radkersburg ein Gewitter mit starken Sturmböen und Hagelschlag. In acht Gemeinden entlang der Murfurche entstanden Gebäudeschäden, die Ernte wurde zum Großteil vernichtet. Ich bin froh, daß sowohl Bund wie Land entsprechende Mittel zur Behebung der Schäden zur Verfügung gestellt haben. Es wurden mit Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung am 6. Oktober für Gebäude- und Maschinenschäden für die vorhin genannten acht Gemeinden 5,546.000 Schilling, am 10. November und am 17. November weitere 12,625.000 Schilling für Ernte- und Flurschäden freigegeben, insgesamt rund 19 Millionen Schilling. Amtssachverständige der Baubezirksleitungen und Gemeindevertreter haben die Erhebungen und Schätzungen der Gebäudeschäden durchgeführt. 40 Prozent der geschätzten Gesamtschadenssumme wurden der Bezirkshauptmannschaft zur Auszahlung angewiesen. Eine große Anzahl der Betroffenen beschwerte sich über die bescheidenen Zuwendungen, weil andere bei geringeren Schäden weit mehr zugesprochen bekamen. Ich sprach deshalb am 4. November beim zuständigen politischen Vertreter, Herrn Landesrat Koiner, vor und verlangte eine neuerliche Überprüfung der in der Gemeinde Murfeld vorhandenen Schadensfälle. Es handelt sich dort um einige Dutzend Geschädigte, die überprüfungsbedürftig sind. Mit Schreiben vom 14. November wurde mir mitgeteilt, daß die von mir angeblich unterschiedlich bewerteten Gebäudeschäden in der Gemeinde Murfeld unverzüglich einer Überprüfung unterzogen werden. In der weiteren Folge teilte mir der Herr Landesbaudirektor mit Schreiben vom 24. November mit, daß über meine Beschwerden umgehend durch die Landesbaudirektion Erhebungen gepflogen und umfangreiche Kontrollen durchgeführt wurden, die nunmehr weitgehend vorliegen. Dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich mit aller Deutlichkeit feststellen, daß bis zu diesem Zeitpunkt in der Gemeinde Murfeld bei den beanstandeten Schadensfällen keine Kontrollen durchgeführt wurden. Anscheinend wurden nur die Schadensprotokolle rechnerisch überprüft. Am 27. November wollte mir der Herr Landesbaudirektor an Ort und Stelle anhand eines Schadensbeispiels beweisen, daß alles in Ordnung sei. (Abg. Brandl: „Das ist unerhört!“) Über mein Drängen wurden vier weitere Besitzer, die am 4. August Gebäudeschäden erlitten hatten, aufgesucht, wo offensichtlich bei der Schätzung nicht korrekt vorgegangen wurde. Das waren einige jener Fälle, auf die ich von der Bevölkerung aufmerksam gemacht wurde. Es wurde bei der Schätzung ungleiches Maß angewendet. Um nicht unbewiesene Behauptungen in den Raum zu stellen, darf ich Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit folgenden Tatsachen bekannt machen. Ich

habe hier ein ganzes Paket von gerichtlich beeideten Sachverständigengutachten. Ich werde auf Grund des Datenschutzgesetzes keine Namen nennen, aber die Herren von der rechten Hälfte können dann anschließend bei mir Einsicht nehmen.

Ich komme zum Besitzer A. Der Besitzer A wurde vom Amtssachverständigen und zuständigen Gemeindevertreter mit 4700 Schilling eingeschätzt. Der gerichtlich beeidete Sachverständige hat denselben Besitzer mit 16.201 Schilling eingeschätzt. (Abg. Preamberger: „Das Vierfache!“)

Ich komme zum Besitzer B. Er wurde von dem Amtssachverständigen und Gemeindevertreter mit 7500 Schilling eingeschätzt, der gerichtlich beeidete Sachverständige schätzte 25.328 Schilling. Das sind einmal zwei Beispiele. Das ist die eine Kategorie von Menschen, die so eingeschätzt wurde.

Ich komme zum Besitzer C. Dieser wurde vom gerichtlich beeideten Sachverständigen mit 17.375 Schilling eingeschätzt, vom Amtssachverständigen mit 94.000 Schilling. (Abg. Brandl: „Was sind das für Leute?!“)

Ich komme zum Besitzer D. (Abg. Ing. Turek: „Ist das ein Bauernbündler gewesen?“) Das läßt sich alles feststellen, Herr Kollege Ing. Turek! — Er wurde vom gerichtlich beeideten Sachverständigen mit 9180 Schilling eingeschätzt, vom Amtssachverständigen und Gemeindevertreter mit 67.000 Schilling. (Abg. Brandl: „Das ist unerhört! Solche Unterschiede!“)

Ich komme zum Besitzer E. Dieser wurde vom gerichtlich beeideten Sachverständigen mit einer Summe von 6580 Schilling eingeschätzt, vom Amtssachverständigen und Gemeindevertreter mit 97.000 Schilling.

Das sind bereits 1500 Prozent Unterschied. (Abg. Brandl: „Was für Maßstäbe sind das!“ — Abg. Ing. Turek: „Eigenartige Strukturen sind das!“ — Abg. Hammerl: „Was haben die da gerechnet!“)

Auf Grund meiner Beanstandungen sind erst vorige Woche neuerliche Schadenserhebungen durchgeführt worden. Ich hoffe, daß das Ergebnis dieser Schätzungen nunmehr zu einer korrekten Abwicklung führt. Ich erwarte mir Auskunft, in welcher Art und Weise diese Ungreimheiten der Schadensvergütungen aus der Welt geschafft werden. Es soll absolut nicht den Anschein erwecken, daß ich jemandem eine Schadensvergütung nicht vergönne, ich hoffe aber, mit Ihnen, meine Damen und Herren, einer Meinung zu sein, daß solche traurigen Schadensfälle nicht zu Bevorzugungen einerseits und Benachteiligungen andererseits führen sollen. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Bei solchen Anlässen hat es in den letzten Jahren immer wieder Beschwerden gegeben, die von amtlicher Stelle als nicht begründet abgetan wurden. Es ist mir nun gelungen, handgreifliche Beweise zu liefern, deren Bearbeitung dazu führen soll, daß in Hinkunft bei der Schadensfeststellung genau, korrekt, unparteiisch und streng unpolitisch vorgegangen wird. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Präsident Feldgrill: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Pörtl. Ich erteile es ihm.

Abg. Pörtl: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich im Rahmen dieser Budgetdebatte einer etwas anderen Materie zuwenden und in den Raum stellen, daß wir im Rahmen dieser Budgetdebatte, aber auch in der Behandlung verschiedener Sachfragen, eigentlich eine Zeit der Besinnung in vielfacher Form erleben. Wenn wir in diesem Budgetansatz die Familienförderung vorfinden, so müssen wir eigentlich auch feststellen, daß in unserer modernen Industriegesellschaft auf gesamt-europäischer oder westlicher Ebene eigentlich die Menschen sehr intensiv und krampfhaft auf der Suche nach dem Glück sind. Bei dieser Suche nach dem Glück kommen sie eigentlich auf die Frage des Sinnes unseres Lebens. Ich stelle dies deshalb in den Vordergrund, weil ich kürzlich bei einem Vortrag erlebt habe, daß festgestellt wurde, daß immer mehr Menschen das Leben in unserer modernen Wohlstandsgesellschaft als Last und nicht als Freude empfinden, daß im Grunde Kinder als unerwünschte Familienbegleiterscheinung erlebt werden, daß Familien im Grunde sogar Angst vor Kindern haben, daß in Österreich bei hundert Eheschließungen 29 Scheidungen zu verzeichnen sind, daß eigentlich auch der Respekt vor der Ehe im Grunde leider eine bittere Tatsache ist und daß es so weit geht, daß sich junge Menschen chemische Freunde suchen, statt der persönlichen, menschlichen Freunde, die jeder Mensch braucht. In diesem Zustand bin ich überzeugt, daß im Grunde die Familie eine ganz neue Bedeutung erhalten wird, wenn wir nicht an der Zukunft unserer Entwicklung im gesellschaftlichen Leben überhaupt zweifeln. Ich bin überzeugt, daß es nur die Familie ist, die solide Grundwerte vom Kleinkind an vermitteln kann. Die Geborgenheit, die echte Mutterliebe, vor allem das Vertrauen, das Anerkennen, ohne diese Werte können wir als Menschen unsere Probleme auch im materiellen Bereich wahrscheinlich nicht lösen. Es leben also in den Familien die verschiedenen Interessensbereiche, vom Kleinkind, Schüler, Arbeiter, Studenten, Bauern bis zum Pensionisten. Ich möchte vor allem behaupten, daß im Grund auch die wertvollen, stillen, guten Tugenden in der Familie wieder spürbar werden. Wer kennt noch den Ertrag der Bescheidenheit, meine sehr verehrten Damen und Herren, wo ist er überhaupt greifbar. Wir sehen es im Grunde in den Familien, die schwerstens geprüft durch Schicksalsschläge dieses Beispiel tatsächlich liefern, wo eben junge Menschen, einfache, tüchtige, strebsame Menschen, aber vor allem auch zufriedene und glückliche Menschen, aus solchen Familien herauskommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin überzeugt, daß diese erste prägende Erziehungsgemeinschaft, die Familie, überhaupt nicht, auch nicht nur die öffentliche Hand, und sei es noch so gut gemeint, ersetzbar ist. Aber auch der Einfluß in diesem Bereich der Familie, das wissen wir alle, ist in einem Ausmaß gegeben, wie wir es zum Teil auch noch im Rahmen dieser Budgetdebatte

in den Mittelpunkt stellen müssen, und ich meine vor allem den Einfluß über den Staat, über die Eingriffe, denken wir nur an Wirtschaftsförderungen, an den Bereich des Arbeitsplatzes, den Bereich der Steuerbelastung der Familien, wo wir wissen, daß direkt Familien betroffen sind, wenn Berg- und Grenzregionen im Grunde entvölkert werden. Wir müssen Lebensgrundlagen schaffen, Hilfe für die Selbsthilfe, daß die Familie bestehen und sich im positiven Sinne weiterentwickeln kann, zum Beispiel durch die Wohnbauförderung, weil wir alle wissen, daß es im Grunde der Raum ist, der den Menschen formt, und umgekehrt wir die Aufgabe haben, diesen Raum zu gestalten, daß wir und vor allem unsere Kinder sich entwickeln können. Wenn wir an die Berufsausbildung denken, vor allem in bezug auf die Ehe, was gerade in unseren hauswirtschaftlichen Schulen und zum Teil auch schon in den Pflichtschulen vorbildlich geschieht, wenn wir an die Gesundheitsvorsorge denken, an die Erholungsangebote für die Mütter und vor allem für den älteren Menschen in unseren Familien, und wenn wir vor allem wissen, daß der ganze Rahmen der Familienhelferinnen im Grunde eine solide Basis ist, unsere Familien zu unterstützen. Ich muß aber auch deponieren, daß es keine Selbstverständlichkeit ist, daß eine solche Hilfe herbeieilt, sondern wir wissen auch, daß zum Beispiel auf Bundesebene im Familienlastenausgleichsfonds sehr kräftige Zugriffe von Finanzminister Androsch tatsächlich gemacht worden sind. Ich frage mich nur, wozu wir eine Staatssekretärin für Familienwesen brauchen, wenn ihr der Androsch die Kasse ausräumt! Das müßten wir wirklich überlegen. (Beifall bei der ÖVP.)

Insgesamt, meine Damen und Herren, im Jahre 1979 4000 Millionen Schilling aus diesem Topf, im Jahre 1980 ebenfalls 10 Prozent, 2000 Millionen Schilling, damit wir das besser begreifen können. Ich bin überzeugt, daß vor allem auch in jene Richtung gedacht werden muß, daß dies pro Kind 3000 Schilling pro Jahr ausmacht. Auch eine Zahl, die im Grunde in die Ära zehn Jahre Kreisky-Regierung gehört. Die Frage der Steuerbelastung, die kinderreichen Familien, wir wissen, welche enormen Belastungen tatsächlich auf diese Familien niederprasseln, vor allem dann, wenn eine Doppelberuflichkeit da ist, daß auch — das ist ein altes Begehren der Volkspartei — die Möglichkeit besteht, wie auch Ansinnen im Bereich der Häftlinge da sind, diese drei Jahre der Kindererziehung für die Pensionsanrechnung ebenfalls anzurechnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt aber auch schwerstgeprüfte Familien — ich habe vor kurzem ein Beispiel in meiner Nachbarschaft erlebt, ein persönlicher Freund von mir ist plötzlich gestorben, eine Verlassenschaft, drei minderjährige Kinder und eine Pension von 3800 Schilling. Meine Damen und Herren, die Möglichkeit einer unselbständigen Tätigkeit der Mutter ist nicht möglich. Für solche Dinge könnte ich mir eher Mittel vorstellen als zur Stopfung von Budgetlöchern. Unsere Familien leisten enorme Aufgaben im Bereich der behinderten Menschen, im Bereich der älteren Menschen, die überhaupt nicht registrierbar sind. Wenn

wir auch an die Pflegeeltern denken, die bis zur Selbstaufgabe im Dienste der Menschen unseres Landes arbeiten und wirksam werden.

Ich schließe ab und möchte vor allem bitten, daß wir in gleicher familiärer Gesinnung auch unsere Aufgaben hier im Landtag weiterführen, daß wir vor allem das Notwendige, das Nützliche und auch das Angenehme für unsere Familien erreichen können. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Präsident Feldgrill: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Erhart das Wort.

Abg. Erhart: Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag!

Zur Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt, gehören auch die Ansätze der Jugendwohlfahrt und hier natürlich innerhalb dieser Ansätze die Ausgaben für die Erziehungsheime. In der letzten Zeit wurden gerade die Erziehungsheime einer besonderen Diskussion bedacht, und ich glaube, es ist zweckmäßig, hier ein paar Bemerkungen zu machen. Ich habe mir dieses Thema in den Stenographischen Berichten der letzten Jahre angesehen und habe eigentlich festgestellt, daß immer, wenn diese Erziehungsheime des Landes zur Debatte standen, es eigentlich im allgemeinen positive Meinungen gegeben hat. Das heißt, man hat sich über die Heime nicht gefreut, daß sie bestehen — es ist wohl selbstverständlich, daß uns allen der Zustand lieber wäre, wenn wir kein einziges brauchen würden —, aber es wurde immerhin anerkannt, daß Verwaltung, Erzieher dort das Möglichste leisten, um jenen Jugendlichen, die vielleicht als schwierige Jugendliche zu bezeichnen sind, die zum Teil aus asozialen Verhältnissen kommen, dort in diesen Heimen untergebracht sind, daß man ihnen eine maximale Erziehung angedeihen lassen kann, damit diese Menschen wieder in die Gesellschaft zurückfinden. Nun, das ist sicherlich die Absicht, doch ist man mit den Erziehungserfolgen bei weitem nicht so zufrieden. Das hat aber sicherlich nicht die Schuld darin, daß man sagen könnte, hier wird nicht Maximales gemacht und geleistet, sondern hier müssen wir uns der Sache tiefer annehmen um herauszubekommen, was man hier tun kann, welche neuen Wege, welche neuen Initiativen man hier setzen kann. Es ist niemand so vermessen zu sagen, daß diese Heime die einzig richtige Einrichtung sind, die einzig richtige Alternative, und es wird gerade jetzt, die Diskussion zeigt es ja, einer besonderen Anstrengung bedürfen, daß man in Zukunft hier neue Wege findet. In der letzten Zeit hat eine rege Diskussion zu diesem Thema stattgefunden. In den Tageszeitungen der letzten Wochen standen ganz schöne Aufmacher, spektakuläre Aufmacher zum Teil, ich darf ein paar Überschriften zitieren: So spricht man von der Gewalt gegen Kinder oder man sagt, ich zitiere wörtlich: „Was hier getrieben wird“ — gemeint sind die Heime, die Erziehungsheime des Landes —, „sei eine Verwaltung von Elend“. Weiters wird behauptet, daß in der Steiermark eine selbstherrliche, eine schwerfällige Bürokratie die Bemühungen für alternative Wege verhindere und so weiter. Nun, wie schon gesagt, zugegeben, das Erziehungs-

resultat befriedigt uns alle nicht in diesem Ausmaß, und so gesehen kann man froh sein, daß eine allgemeine Diskussion entstanden ist. So hat es gerade in den letzten Monaten Veranstaltungen gegeben, die die verschiedenen Bereiche der Jugendwohlfahrt zum Gegenstand hatten. Es gab eine Fortbildungstagung der Sozialarbeiter, Diskussionsabende zum Thema Heimerziehung seitens der Urania, die Jugendwohlfahrtsenquete im Landesjugendheim Rosenhof oder die Jugendwohlfahrtsreferatsleitertagung im Landesjugendheim Blümelhof. Diese Diskussion ist sicher noch nicht zu Ende. Doch was kristallisiert sich, bezogen auf unsere Landeserziehungsheime, aus dieser Diskussion heraus? Nun, zunächst einmal die allgemeine Feststellung, daß die Aufgabenstellung und die Zielsetzung dieser Heime neu überdacht werden sollen. Dabei sieht man vielleicht als Schwergewicht, daß diese Heime von den schwierigen und sehr schwer führungsbaren Jugendlichen zunächst entlastet werden sollen. Es zeigt sich nämlich immer wieder, daß gerade diese sogenannten schwierigen Fälle zwar im Rahmen der Berufsausbildung in diesen Heimen relativ leicht zu führen sind und es im Rahmen der Berufsausbildung mit diesen Jugendlichen wenig Probleme gibt, daß es aber, was das Zusammenleben mit den anderen Heiminsassen — um dieses fürchterliche Wort zu nennen — betrifft, immer wieder dazu kommt, daß diese schwierigen Fälle einen sehr negativen Einfluß auf die anderen ausüben, daß sie sich zu Anführern, zu Meinungsbildnern durchsetzen und daß so das Heimleben beziehungsweise der Erziehungserfolg empfindlich gestört wird.

Man denkt nun daran — und das ist bereits irgendwo ein Ergebnis dieser Diskussionen —, die Heime Blümelhof und Hartberg, die über eine ausgesprochen gute Berufsausbildungsmöglichkeit verfügen, in dieser Richtung zu belassen beziehungsweise noch zu verstärken, daß aber jene Kinder und Jugendlichen, die als nicht schwer führbar anzusehen sind, aber eben aus mangelnder Begabung an Lehrstellen in der privaten Wirtschaft nicht vermittelbar sind, eben dort ihre Ausbildung erhalten können. Die schwierigen und schwer führungsbaren — die sogenannten, in diesem Sinne gesehen, untragbaren — Jugendlichen sollen aber extern, eventuell in Privatzimmern oder in Wohngemeinschaften, zwar in unmittelbarer Nähe des Heimes, angesiedelt werden, aber sie sollen nur extern die Berufs- und Schulausbildung in den Heimen besuchen. Dieser Lösungsvorschlag setzt aber voraus, daß solche Jugendliche, die nun getrennt sind, um den negativen Einfluß auf die anderen wegzubekommen, natürlich nicht sich selbst überlassen werden können, sondern sie bedürfen einer verstärkten ambulanten Betreuung. Hier wird zu prüfen sein, wie weit Erzieher der Heime, Sozialarbeiter oder Bedienstete privater Wohlfahrtseinrichtungen, wie zum Beispiel Bewährungshelfer, dafür verstärkt herangezogen werden können. So sind ungefähr die Vorstellungen zu den Heimen Blümelhof und Hartberg. Was das Landesjugendheim Rosenhof betrifft, das bisher keine Berufsausbildungsstätte hatte, soll hier die Entwicklung eher in die

Richtung gehen, daß man dieses Heim zu einem Landesjugendzentrum umfunktioniert, das dann neben der Betreuung der dort wohnenden Jugendlichen weitere Aufgaben übernehmen soll. Es könnte etwa Jugendklubs aufnehmen, es könnte als Freizeitzentrum fungieren oder eventuell für ein Drogenberatungs- oder Kriseninformationszentrum eingerichtet werden. Alternierend zu diesen Veränderungsvorschlägen ergibt sich aber auch damit die Notwendigkeit zu einer vermehrten Einstellung von Sozialarbeitern, die tätig werden sollen, damit erstens die Gruppen in den Heimen noch kleiner werden und zweitens — und das ist das Schwerkgewicht an der Errichtung von Wohngemeinschaften oder der privaten Unterbringung in Zimmern —, daß eine ordentliche Betreuung dieser Jugendlichen realisierbar ist.

Verehrte Damen und Herren, abschließend möchte ich vielleicht Universitätsprofessor Hans Wurzwaller zitieren, der in einem sehr bemerkenswerten Referat im Rahmen der vorhin erwähnten Diskussionen zu diesem Thema gesagt hat, daß in Zukunft Handeln wichtiger sein wird als das Behandeln. Er meint, daß es nicht richtig ist, wenn die Gesellschaft sozialen Randgruppen nur eine Getto-bildung zuordnet und jenen, die vom allgemeinen Normenschema abweichen, nur den Stempel des Andersartigen, des Gegensätzlichen, des Feindlichen und des Bösen aufdrückt. Die Sorge um jene Jugendlichen, die aus verschiedensten Gründen vernachlässigt, in ihrem Verhalten gestört und dadurch an den Rand der Gesellschaft gedrängt sind, beschäftigte zu allen Zeiten nicht nur Politiker und die in der Jugendwohlfahrt engagierten Menschen, sondern auch breite Kreise der Bevölkerung. Diese so begrüßenswerte Anteilnahme ist um so verständlicher, als eine gesunde und tüchtige Jugend von heute ein Garant einer erfolgreichen und zufriedenen Gesellschaft von morgen ist. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Ich erteile dem Herrn Universitätsprofessor Dr. Schilcher das Wort.

Abg. Dr. Schilcher: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es war eine sehr beeindruckende Rede vom Herrn Kollegen Erhart, denn das Problem ist wirklich groß und sehr schwer zu lösen. Ich glaube, daß es richtig ist, wenn man von den zu großen Heimen wekommt, nur wissen wir gleichzeitig, wenn ich praktisch für jede Wohngemeinschaft zusätzlich einen Sozialarbeiter anstellen muß, daß ich wieder beim Ausgangspunkt dieser Budgetdebatte bin, nämlich, wo nehmen wir das her. Inmitten dieser Situation, daß wir alle ein bißchen unter dem Eindruck der Kürzung stehen, freut es mich um so mehr, zu einer Budgetpost zu sprechen, zu der auch schon der Herr Abgeordnete Kohlhammer gesprochen hat, die im Gegenteil äußerst erfreulich gelaufen ist, da wurde kräftig erhöht.

Zwischen Blindenbeihilfe und Flüchtlingsbeihilfe — ein merkwürdiges Schicksal der Budgetierung — wurde die Entwicklungshilfe eingereiht. Hier ist

der seltene Fall eingetreten, daß wir am 20. Oktober einen Antrag eingebracht und um 525.000 Schilling gebeten haben, das würde 0,03 Prozent des Budgets ausmachen, und wir haben eine Million Schilling bekommen. Ich muß sagen, ich bin dafür sehr, sehr dankbar und möchte hier nicht anstehen, dem Herrn Landeshauptmann für diesen persönlichen Vorstoß in Sachen Entwicklungshilfe herzlich zu danken. (Allgemeiner Beifall.) Das läuft parallel mit einer Aktion für senegalesische Studenten, aber nur parallel hinsichtlich der Zielrichtung. Wir möchten nämlich mit diesen Mitteln ganz konkrete Dinge tun. Darum auch das, was Sie zitiert haben, Herr Kollege Kohlhammer, meinen Anspruch vom letzten Jahr, es geht nicht um das Geld, es geht nicht um diese Milliarden war gemeint — ich glaube, da haben wir uns doch verstanden —, um diese Milliarden, die seit Jahren und Jahrzehnten in die Entwicklungshilfe fließen und die zu dem perversen Ergebnis führen, daß die Situation trotz dieser Milliarden immer schlechter wird. Sie haben ja selber zitiert, es wird die Zahl der Hungernden, der Unterernährten dramatisch größer trotz der größten Anstrengungen. In dieser Situation muß natürlich eine Million Schilling geradezu lächerlich wirken. Man wird sagen, ja sind denn die Größenwahnsinnig geworden, die UNO schafft es nicht, der berühmte Marshallplan schafft es nicht, der Nord-Süd-Dialog schafft es nicht und jetzt kommen die Steirer und sagen, wir machen mit einer Million Schilling Entwicklungshilfe! Ich glaube aber, daß das doch ein sinnvoller Ansatz ist, und zwar aus folgendem Grund:

Erstens einmal geht es — wie auch der Herr Abgeordnete Kohlhammer gesagt hat — um eine Bewußtseinsbildung. Es muß uns ganz klar werden, daß diese Armut im Süden den reichen Norden unmittelbar betrifft, und zwar einfach deshalb — wenn Sie die Argumentation der Humanität nicht akzeptieren würden —, weil es sozialer Sprengstoff ist. Immer wenn es geballte Armut gibt, war das in der Geschichte Grund für Revolutionen und für Aufruhr. Galbraith hat mit Recht unlängst in seinem Buch „Die Arroganz der Satten“ gemeint, hier liegt der Sprengstoff, der gewaltiger sein kann als ein denkbarer dritter Weltkrieg. Das — glaube ich — muß einfach bekannt werden und angenommen werden, daß diese Verantwortung — und wir haben unseren Arbeitskreis im Rahmen des „Modells Steiermark“ sehr bewußt „Internationale Verantwortung“ genannt — auf uns lastet und wir diese Verantwortung übernehmen. Daher soll mit dem Geld, das, international gesehen, eine lächerliche Summe ist, zunächst einmal versucht werden, in den Schulen — hier danke ich dem Landesschulrat, insbesondere dem geschäftsführenden Präsidenten Moser, der sehr viel Verständnis gehabt hat und die Entwicklungshilfe in die Lehrerbildung einbaut, auch Unterstützung gibt — den Jugendlichen klarzumachen, worum es geht. Wir wollen weiters versuchen, dem Journalismus einen Anstoß zu geben, weil bekannt ist, daß an und für sich nur Sensations- und Skandalnachrichten aus der Dritten Welt, wenn überhaupt, den Weg in unsere Medien finden, und wir daher gemeint haben, vielleicht

könnte ein Preis für journalistische Leistungen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe eine Anregung sein, allgemeiner, öfter, genereller und vielleicht auch detaillierter und kenntnisreicher über dieses Gebiet der Entwicklungshilfe zu berichten. Wir haben ein Drittes gemeint: nämlich regionale Partnerschaften. Ich stehe nicht an zu sagen, daß die Partnerschaft Mürzzuschlag-Aruga sehr sinnvoll und ausbaufähig sein kann. Uns schwebt auch vor, etwa das Senegalbeispiel auszubauen. Es ist ja hoch interessant, daß der Sengor auf die Frage hin, warum er nicht seine vier, fünf Studenten nach Salzburg oder nach Innsbruck schickt, sagt: Nein, in die Steiermark, das ist das beste Land und dort würde er bitten, daß sie wieder hinkommen können. Die waren übrigens sehr begeistert in Dakar, als sie zurückkehrten, und haben über dieses Land Steiermark nur das Beste gesprochen. Also, daß wir solche konkreten Partnerschaften ansprechen, vielleicht noch ein zweites Land, ein mittelamerikanisches, ein asiatisches, dazunehmen und dort vor allem einen Austausch von Jugend betreiben. Warum von Jugend? Horvatek hat es in seiner Eintrittsrede gesagt. Weil hier ein gewaltiges Potential an idealistischen Menschen da ist. Junge Menschen sind bereit, sich dafür zu engagieren und dafür etwas zu tun. Er hat die Dritte Welt genannt, er hat die vielen Gruppen genannt, Erklärung von Graz und so weiter, die alle bereit sind, dafür zu arbeiten, und die oft nur einen ganz kleinen Groschen brauchen, den man dazulegt auf eine private Initiative, wie Sie mit Recht gesagt haben, um sehr wirkungsvolles und sehr Sinnvolles zu tun. Also ich glaube, daß auch hier sichtbar wird, daß das kein hinausgeworfenes Geld ist. Ich weiß schon, in einer Situation, wo heimische Arbeitskräfte um ihren Arbeitsplatz bangen müssen, schaut es zunächst einmal wie Großmannssucht aus, wenn man eine Million für Entwicklungshilfe im Ausland gibt. In Wahrheit ist das ein sehr gut angelegtes Geld, glauben wir, weil dieses Geld wirklich Früchte trägt auch bei unseren eigenen Leuten, auch bei unserer eigenen Jugend. Wir haben in unserem Arbeitskreis die Erfahrung gemacht, es ist etwas anderes, wenn man in der Zeitung liest, daß Menschen sterben und daß es ihnen nicht gut geht und daß sie Flüchtlinge sind, ständig arbeitslos, als wenn ein konkreter Entwicklungshelfer, der in Neuguinea war, der in Brasilien war, der in Uganda war, uns erklärt, wie es wirklich ist. Es ist ein Unterschied, ob einer unten war und das gesehen hat oder ob er berichtet, weil er ein Bücherl oder weil er eine Zeitung gelesen hat. Diese Möglichkeit wollen wir eröffnen, daß man sich das an Ort und Stelle ansieht und konkrete Verbindung aufnimmt mit den Menschen und schaut, was sie wirklich brauchen, wenn man ihnen wirklich helfen will. Sie haben sinnvoll auf die angepaßte Technologie hingewiesen. Ich glaube auch, daß das etwas Gutes wäre, daß hier eine Partnerschaft mit unseren Klein- und Mittelbetrieben möglich ist, die diese Technologie anbieten können und es ja auch schon tun. Es gibt schon einen Technologietransfer auf mittlerer Ebene in die Entwicklungsländer gerade auch von steirischen Firmen, um das auszubauen, damit man

es nicht nur auf der Ebene des Idealismus abhandelt, sondern durchaus auf der pragmatischen Ebene. Es nützt auch uns. Ich stehe nicht an zu sagen: das ist auch eine Ebene und unter Umständen sogar eine sehr verlässliche.

Ein Letztes. In unserer Arbeit im Arbeitskreis haben wir gesehen, daß uns das auch innerlich etwas gibt, weil man auf der einen Seite die Überheblichkeit verliert zu sagen: mein Gott, geben wir halten den Armen etwas, und auf der anderen Seite ein zweites Extrem vermeidet, das sich auch schon auftut. Es gibt bereits ganze Industrien, die dafür arbeiten, der Büchermarkt wird übersättigt mit Büchern, wo man den Eindruck hat, es gibt Leute, die wollen „am schwarzen Wesen nun genesen“. Bitte, ich sage das als OV'ler. Das ist nicht gemeint. Wir wollen das nicht, daß man sagt: mein Gott, die haben dort unten eine ursprünglich primitive Kultur, ist das schön, und die haben die ganzen Grauslichkeiten der Umweltverschmutzung nicht, wir möchten sozusagen alle Afrikaner werden. Das ist unter Umständen auch eine besondere Form des Zynismus, wenn die dort unten so glücklich geschildert werden in ihrer nackten, primitiven Einfachheit, was erstens nicht der Realität entspricht und zweitens oft nur eine Ausrede ist. Wir haben gespürt, daß man zwischen diesen Extremen einen Weg gehen kann, einen dritten Weg, der sinnvoll ist und den Menschen und uns selbst innerlich in unserer Einstellung eine konkrete Hilfe bietet und daher danke ich für diese Budgetpost persönlich sehr. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Strenitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Strenitz: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe an sich nicht die Absicht gehabt, mich zum Wort zu melden, ich möchte nur auf die Ausführungen zweier Vorredner, nämlich auf die Ausführungen des Kollegen Schilcher und dann des Kollegen Pörtl, ganz kurz eingehen. Was der Kollege Schilcher zur Entwicklungshilfe gemeint hat, ist über weite Strecken hin zu unterstreichen, und wir sollten sehr froh sein, daß es hier in dieser Frage so viele Gemeinsamkeiten gibt und gegeben hat, und wir sollten auch nicht in einen Wettstreit darüber ausbrechen, wem nun diese erhöhten Ansätze in der Entwicklungshilfe zu verdanken sind. Erlauben Sie mir nur, daran zu erinnern, daß schon ein wesentlicher Ansatzpunkt insofern gegeben war, als im vergangenen Jahr die senegalesischen Lehrer in die Steiermark kamen, daß im Budget des Landesrates Gruber die entsprechende Post vorgesehen war und daß Kollege Horvatek im vergangenen Jahr hier sehr ausführlich zu dieser Problematik geredet hat.

Aber nun zu dem, was Kollege Pörtl gemeint hat. Was er über den ethischen Wert der Familie sagt, meine Damen und Herren, das ist unbestritten richtig, das unterstreiche ich. Wenn jedoch Kollege Pörtl meint, und er knüpft seine Behauptung an die

Umschichtung gewisser Mittel aus dem Familienlastenausgleichsfonds zur Pensionsversicherung an, daß sich hier eine familienfeindliche Haltung der Bundesregierung ausdrücken würde, dann, meine Damen und Herren, werden Sie mir erlauben, daß ich diese Behauptung nicht unwidersprochen im Raume stehen lassen kann. Es ist auch beim Bundesbudget so wie beim Landesbudget in erster Linie die Verringerung des Defizits vorrangig gewesen. Ganz einfach, um den wirtschaftspolitischen Spielraum zu erhöhen und der Bundesregierung die Möglichkeit zu geben, jenen wirtschaftlichen Problemen, die auf Grund der allgemeinen Weltwirtschaftskrise auch auf uns zukommen, entsprechend begegnen zu können. Wir werden diese Probleme genauso meistern, wie wir das in den Jahren 1974/75 und 1976 getan haben. (Beifall bei der SPO.) Es geht mit Sicherheit nicht um ein Ausräumen des Familienlastenausgleichsfonds. Wir haben im Jahre 1970 7 Milliarden Schilling im Familienlastenausgleichsfonds gehabt, und wir haben im Jahre 1981 31 Milliarden Schilling, und wir haben trotz dieser Umschichtungsmaßnahme noch immer 10 Milliarden Schilling Reserve, die durchaus ausreichend sind. (Abg. Jamnegg: „Die Reserve ist nicht mehr voll vorhanden, das wissen Sie ja!“ — Abg. Dr. Eichinger: „Viel zu wenig für die Familie!“) Es sind 10 Milliarden Schilling vorhanden, liebe Kollegin Jamnegg, und diese 10 Milliarden sind durchaus ausreichend. (Abg. Dr. Eichinger: „Für die Familie viel zu wenig!“) Schauen Sie, das ist Ihre alte Argumentation! Sie beklagen das bundespolitische Defizit insgesamt und in den einzelnen Budgetkapiteln sagen Sie jeweils: es ist zu wenig. Sie sollten sich einmal darüber einig werden, was Sie wirklich wollen! (Abg. Jamnegg: „Herr Kollege Dr. Strenitz, mir geht es um das Geld!“) Frau Kollegin Jamnegg, ich kann Ihnen hier eine Reihe von Maßnahmen aufzählen, die durchaus nicht familienfeindlich waren. Ich erinnere Sie an die Heiratsbeihilfe von 15.000 Schilling, an die Geburtenbeihilfe von 16.000 Schilling, an die Ausdehnung des Karenzurlaubes bei den Müttern, an die freien Schulbücher, an die freien Schulfahrten, an die Kostenlosigkeit der Schule überhaupt, und wenn Sie sagen, das alles ist eine familienfeindliche Politik, dann ist das Ihre Angelegenheit, aber Sie gehen damit an der Realität vorbei, und die Österreicher und Österreicherinnen haben diese Politik viermal ganz anders bewertet, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPO.)

Ich möchte auch noch zu den Pensionen etwas sagen, weil diese Mittelumschichtung zu den Pensionen hingegangen ist und weil natürlich auch bundespolitisch die Tatsache im Raum steht und diskutiert wird, daß der Pensionsanpassungsfaktor ab 1. Jänner 1981 5,1 Prozent sein wird, bei den Mindestpensionen 6 Prozent, bei den Ehepaaren 6,4 Prozent. Man sollte bitte auch hier ehrlich sein. Wenn man im Sozialpolitischen Beirat des Bundes diesen Pensionsanpassungsfaktor einstimmig beschlossen und empfohlen hat (Abg. Brandl: „Auch mit Ihren Stimmen!“), auch mit den Stimmen der Vertreter der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei, dann braucht man, bitte schön, nicht

hinausgehen und draußen sagen, das sei alles zu wenig. Man kann insgesamt über die Neufassung des Systems diskutieren, wir könnten uns gemeinsam entschließen, die Berechnungsmodalität zu ändern, aber in diesem Punkt sollten wir nicht dieses gespaltene Verhalten an den Tag legen.

Bitte, jetzt auch ein Wort zu den Renten und Pensionen. Die ASVG-Pensionen sind von 1970 bis Ende 1979 um das Dreifache gestiegen, die Pensionen bei den Selbständigen um das Vierfache. (Abg. Aichhofer: „Das war notwendig wegen der Löhne!“) Sie sind erheblich über die Geldentwertung hinaus gestiegen, denn ich habe die Zahl im Kopf, Herr Kollege! (Abg. Brandl: „1966/1970 wäre es auch notwendig gewesen!“) Der Pensionsindex ist in diesem Zeitraum um etwa 130 Prozent gestiegen, während der Lebenshaltungskostenindex um etwa 85 Prozent gestiegen ist. Zusätzlich sind die Pensionen unserer bäuerlichen Bevölkerung um etwa das Siebenfache gestiegen — (Abg. Aichhofer: „Sind wir froh, daß das Gesetz gemacht wurde!“ — Abg. Pörtl: „Reine Vollziehung der Gesetzgebung — sonst nichts!“), und wir sind froh darüber, daß das so gekommen ist, meine Damen und Herren! Ich möchte Sie nicht daran erinnern, daß ein Ausgleichsrentenbezieher im Jahre 1969 mit 1300 Schilling nach Hause gegangen ist. Das ist nicht unsere Politik.

Und jetzt ganz zum Schluß. Eine wesentliche Voraussetzung für die Gewährung sozialpolitischer Leistungen, meine Damen und Herren, ist die Wirtschaftssituation, nicht nur weil sich die Arbeitsmarktsituation in dem Berechnungsfaktor der Renten und Pensionen ausdrückt, sondern weil ein entsprechendes Bruttonationalprodukt die Voraussetzung ist, daß wir auch Sozialleistungen gewähren können. Hier hat die österreichische Bevölkerung, und nicht zuletzt auch die Bundesregierung, die Probleme hervorragend gemeistert. Wir haben in Österreich praktisch eine Vollbeschäftigung. Es wird so sein, daß im gesamten Jahr 1980 die Arbeitslosenrate bei 1,8, höchstens bei 1,9 Prozent liegen wird. Was die Jugendarbeitslosigkeit betrifft, so liegt diese bei 0,8 Prozent, und das, meine Damen und Herren, ist eine Situation, auf die wir mit Recht stolz sind. Das Ausland hat diese Politik anerkannt, die österreichische Bevölkerung hat diese Politik anerkannt, und wir werden diese gute, moderne Politik auch in Zukunft fortsetzen. (Beifall bei der SPO.)

Präsident Feldgrill: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Landesrat Ing. Koiner. Ich erteile es ihm.

Landesrat Ing. Koiner: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Obwohl es nicht der Tradition entspricht ist es notwendig, mich in diesem Kapitel zu Wort zu melden, vor allem auf Grund der Ausführungen, die der Herr Abgeordnete Prutsch hier vorgetragen hat. Er hat von Ungereimtheiten gesprochen — (Abg. Brandl: „Mit Recht!“) und was dabei vielleicht voraussagend zu sagen ist, daß die strengen Bestimmungen, meine Damen und Herren, die im

Datenschutzgesetz bewußt gemacht worden sind, doch ihre ganz große Berechtigung haben. Das zeigen vor allem die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Prutsch. Ich kann mir lebhaft vorstellen, und ich habe auch Verständnis dafür, Hohes Haus, daß ein Abgeordneter, der verhältnismäßig neu im Hause ist, fast notwendigerweise versucht, die Aufmerksamkeit zu erregen, um in seiner ersten Rede ein entsprechendes Echo zu haben. (Abg. Brandl: „Er mußte eine Ursache haben, und er hat sie gehabt!“) Das billige ich gern zu. Schon eher würde ich über den Geschmack verschiedener Meinungen sein, sich in Angelegenheiten der Katastrophe, die sich dort zugetragen hat, in der Form zu profilieren. (Abg. Dr. Horvatek: „Er hat das ernst und seriös vorgetragen! Geschmacklos ist jedoch die Art und Weise, wie man den Schaden festgestellt hat!“) Meine Damen und Herren, wenn Sie sich wieder beruhigt haben, werde ich weiterreden. (Abg. Dr. Strenitz: „Man soll doch dem Kollegen Prutsch dankbar sein, daß er das vorgebracht hat!“) Herr Kollege Dr. Strenitz, die Entscheidung, wofür ich dankbar sein muß und wofür ich nicht dankbar sein muß, lassen Sie ruhig mir über. Ist das akzeptabel? (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Kohlhammer: „Dann können Sie aber auch nicht über Geschmack oder Nichtgeschmack des Kollegen Prutsch reden!“)

Was das Auffallende bei diesen Ausführungen war, ist, daß der Herr Abgeordnete Prutsch von Bausachverständigen (Abg. Zdarsky: „Gerichtssachverständige, nicht Bausachverständige!“) und Amtssachverständigen gesprochen und diese zwei in einem Schätzgutachten gegenübergestellt hat. Während das an und für sich überhaupt nicht erklärbar war, weil seit langem veranlaßt worden ist, daß diese Schäden von Amtssachverständigen zu schätzen sind, und zwar bewußt weg von jeder Ebene zu Amtssachverständigen hin, war klar, daß Amtssachverständige der Landesbaudirektion die Gebäudeschäden schätzen, während landwirtschaftliche Sachverständige die Flurschäden zu schätzen haben.

Es war also überhaupt nicht anders zu interpretieren, als daß diese zwei Summen miteinander verwechselt worden sind. (Abg. Dr. Horvatek: „Nein, dieser Sachverständige — gerichtlich beeidete Sachverständige — hat nur Gebäudeschäden geschätzt!“) Wie der Herr Abgeordnete Prutsch zu zwei Gutachten kommt, ist mir völlig unerklärlich. (Abg. Dr. Horvatek: „Nur ein gerichtlich beeideter Sachverständiger!“) Wie er zu diesen zwei Gutachten kommt, wenn nur einer geschätzt hat, ist mir völlig unerklärlich, aber er wird ja wohl versuchen, das zu erklären.

Auf Grund seiner Vorsprache — und ich möchte eher darüber hinweggehen — bei mir habe ich veranlaßt, daß die Landesbaudirektion in Entsprechung des Wunsches des Herrn Abgeordneten eine Nachprüfung von Fällen veranlaßt, die von ihm aufgezeigt worden sind. Das ist geschehen, und ich habe hier das Protokoll darüber, wonach sich der Herr Landesbaudirektor Andersson nach Radkersburg begeben und mit dem Herrn Abgeordneten Prutsch Fälle zur Sprache gebracht und durchexerziert hat,

die vom Herrn Abgeordneten Prutsch angeschnitten worden sind.

Es war interessant, daß in der ersten Phase ein Fall behandelt worden ist, der nach Aussagen des Herrn Abgeordneten unterschätzt wurde. Hier ist es eindeutig zur Aussage gekommen, daß der Eigentümer bestätigt, die vom Landesbaudirektor geschilderte Vorgangsweise bei der Schätzung sei eingehalten worden und er sei mit der Schadenssumme einverstanden. Dann ist noch weitergegangen worden — (Abg. Brandl: „Das sagt überhaupt nichts!“ — Abg. Zdarsky: „Das sagt nichts!“) — und wurden Fälle behandelt, wo bei der Schadenssumme im Vergleich zu anderen Geschädigten behauptet wurde, sie seien benachteiligt worden. Konfrontiert mit dem Schätzer, es war das die Frau Regierungsoberbaurat Dipl.-Ing. Kolb, mußte er zugeben, daß zum Zeitpunkt der Schätzung der Schaden zum Teil behoben war und er dem Schätzer nur das bekanntgab, was vom Schätzer letztthin aufgenommen und von ihm auch mit seiner Unterschrift bestätigt wurde. Im Zuge der Besprechung erklärte er, daß er dem Schätzer einige Schäden nicht genannt habe, weil sie ihm erst später aufgefallen sind. (Abg. Dr. Maitz: „Die Leute wurden aufgewiegelt!“) Frau Regierungsoberbaurat Dipl.-Ing. Kolb hat die zusätzlichen Schäden im Anschluß an die Besprechung besichtigt und noch einmal aufgenommen. (Abg. Dr. Horvatek: „Das ist ein bodenloser Skandal! In Wirklichkeit gehört ein Untersuchungsausschuß her!“ — Abg. Ing. Turek: „Von den Geschädigten dürften nicht viele ÖVPLer sein!“) Es ist an und für sich wirklich eine Geschmacksangelegenheit — wer sich diese Räume unten besichtigt hat —, hier ein solches Spiel zu treiben, auch mit Zwischenbemerkungen. (Beifall bei der ÖVP.) Das ist eine Schweinerei, das ist ungeheuerlich! (Abg. Ing. Turek: „Herr Landesrat, das Problem ist ja nicht neu! Das haben wir vor Jahren auch gehabt, wo wir nachgewiesen haben, daß von politischer Seite eingegriffen wurde!“) Wer hat nachgewiesen, wo ist denn das? (Abg. Brandl: „Jahre hindurch, das ist nichts Neues! Das hat die ÖVP immer praktiziert!“)

Innerhalb von 14 Tagen wurden durch 15 Amtssachverständige der Landesbaudirektion in den drei Bezirken Deutschlandsberg, Leibnitz und Radkersburg folgende Fälle von Geschädigten geschätzt, dazu noch die Flurschäden, die auch innerhalb von vier Wochen zu schätzen waren: Im Bezirk Deutschlandsberg 777 Fälle, im Bezirk Leibnitz 754 Fälle und im Bezirk Radkersburg 1852 Fälle. Das ist innerhalb dieser Zeit abgewickelt worden und in einem Zustand, wie sich dieses Gebiet damals befunden hat. Nachträglich herzugehen und in dieser Art und Weise die Dinge darzustellen, die durch nichts gerechtfertigt sind, und, Herr Kollege Prutsch, Sie werden Rechenschaft dafür abgeben müssen, beziehungsweise die Sachverständigen, die das gemacht haben, wie Sie zu diesen Zahlen kommen! (Abg. Dr. Horvatek: „Ist das eine Drohung?“) Hat der Herr Kollege Prutsch am Schadenstag geschätzt? (Abg. Zinkanell: „Kollege Prutsch ist am Schadenstag dort gewesen!“ — Abg. Dr. Maitz: „Hat er geschätzt?“) Ich sage es jetzt noch einmal und damit abschließend, der Fall wird sicher weiter untersucht

werden! (Beifall bei der SPO. — Abg. Zinkanell: „Die Schätzer sind gerichtlich beeidete Sachverständige!“) Wenn das so ist, Herr Kollege Zinkanell, wie du das jetzt gesagt hast, daß am Schandtag der Herr Abgeordnete Prutsch mit einem Sachverständigen — (Abg. Zinkanell: „Er war dort, er hat sich um die Leute gekümmert!“) Wie kommt es denn dann zu diesem Schätzungsgutachten? (Abg. Preamberger: „Ist es einem anderen Abgeordneten nicht gestattet, daß er dort hingehet?“ — Abg. Zinkanell: „Sachverständigengutachten!“) Von welchem denn? (Abg. Zinkanell: „Von einem gerichtlich beeideten Sachverständigen!“ — Abg. Brandl: „Das wird er schon sagen, wenn es notwendig ist!“) Mich interessiert ja nur, und wahrscheinlich das Hohe Haus auch, ob der Herr Abgeordnete Prutsch einen eigenen Sachverständigen aufgenommen hat, um das nachzutun. (Abg. Brandl: „Ein gerichtlich beeideter Sachverständiger, der Name spielt ja keine Rolle, Herr Landesrat!“) Das ist eine Vorgangsweise, da werden wir die zwei Sachverständigen zusammentun und werden schauen, wie das ausschaut. Es wird auch sicherlich sehr interessant sein, wann das gemacht worden ist. (Abg. Dr. Horvatek: „Herr Landesrat, einfacher wäre es, das alles einem Untersuchungsausschuß zur Verfügung zu stellen!“) Da werden ja dann die Amtssachverständigen geradestehen müssen für die Zahlen, die in der Art und Weise differieren. (Abg. Zdarsky: „Untersuchungsausschuß!“) Das ist dann eine sehr einfache Angelegenheit. Wir werden sie zusammentun, nur über den Geschmack der Angelegenheit werden sie sich dort unten schon ihre eigene Meinung bilden. (Abg. Zinkanell: „Ihre Leute sind ja selber über die Art und Weise erbost, Herr Landesrat!“ — Landesrat Heidinger: „Er kann ja nichts dafür, ihm macht keiner einen Vorwurf!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden, wenn es zu dieser Vorgangsweise gekommen ist, die mir an und für sich in der ersten Darstellung völlig unbegreiflich war, weil es völlig aus der Regel ist — (Abg. Loidl: „Wieso unbegreiflich? Ein unabhängiger gerichtlich beeideter Sachverständiger ist ja besser!“) Aber entschuldigen Sie, Herr Kollege Loidl, es wird doch niemand behaupten, daß die Damen und Herren der Landesbaudirektion in bezug auf die Schätzung abhängig sind! (Abg. Brandl: „Das wird sich weisen, wir stellen sie gegenüber, selbstverständlich!“) Um Gottes Willen! Das wird doch niemand im Ernst behaupten wollen! (Abg. Dr. Horvatek: „Es geht um die Gleichberechtigung der Geschädigten! Darum geht es! Die Geschädigten sollen alle gleichberechtigt sein!“) Natürlich, völlig einverstanden! Das ist sicher der Wunsch eines jeden, ganz klar! Bitte nachzudenken, daß es wahrscheinlich gar nicht so einfach ist, und wenn wir noch drei Sachverständige drüberlassen, wird es wahrscheinlich in der Summe noch einmal differieren. Das ist ganz klar. Aber wenn es zu solchen Unterschieden kommt, dann muß es zweifellos eine Ursache haben. (Abg. Zdarsky: „1500 Prozent!“ — Abg. Ileschitz: „Wir geben vom Gewerkschaftsbund aus dem Katastrophenfonds für die Mitglieder eine kleine aber soforchtige Unterstützung und hören die Klage, daß die

Leute unterschiedlich behandelt werden. Seit Jahren hören wir: der bekommt soviel, und ich bekomme weniger. Jetzt hat man einmal eine Kontrolle gemacht, da hat sich ein Abgeordneter gefreut und sich das angeschaut!“ — Glockenzeichen des Präsidenten. — Präsident: „Ich möchte bitten, den Redner jetzt ausreden zu lassen!“)

Meine Damen und Herren — ich gebe Ihnen recht, Herr Präsident Ileschitz —, bei all diesen Katastrophen ist dann die Reaktion darauf natürlich auch aus der Sache heraus völlig so erklärbar, wie du das geschildert hast — (Abg. Ileschitz: „Es ist die Realität!“), weil einfach die Schwierigkeit und auch natürlich die eigene Einschätzung, der Unterschied — all diese Dinge kommen hier zum Ausdruck — und das Bedürfnis, zu kriegen und vielleicht auch — ich sage das auch sehr offen in diesem Haus — der Neidkomplex, der so alt ist, wie die Menschen sind. Das ist selbstverständlich. Aber wenn es um solche Differenzen geht, wird es sehr deutlich festzustellen sein, wo die Differenzen liegen, wieso es dazu kommt. (Abg. Brandl: „Ja-wohl!“) Um das geht es also, glaube ich. Nur hätte man den Eindruck vermeiden sollen, das so quasi als eine Sache hinzustellen, wo der, der von mir aus bei der ÖVP oder beim Bauernbund ist, etwas bekommt und der andere bewußt geschädigt wird. (Abg. Brandl: „Das war anscheinend so!“) Das war nicht sehr schön, das war nicht sehr fair, denn ich kann mir wirklich nicht vorstellen, daß die Menschen, die in dieses Notgebiet hinuntergeschickt werden, um zu schätzen, dort noch einmal fragen, welche Parteirichtung besteht, wenn man das ganze Elend sieht, das dort herrscht. Danke vielmals! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Feldgrill: Wir unterbrechen die Beratungen. Die Sitzung wird um 14.15 Uhr fortgesetzt. (Unterbrechung der Sitzung um 12.45 Uhr.)

Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. (Wiederaufnahme der Sitzung um 14.15 Uhr.) Zum Schlußwort für diese Untergruppe hat sich der Herr Landesrat Gruber gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Gruber: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist der Vorzug, jetzt in der frühen Nachmittagsstunde zur Gruppe 4 Stellung nehmen zu können, wohl wissend, daß das Hohe Haus nun sozusagen nach der Mittagspause wieder in die Beratungen des Budgets eintritt. Ich möchte aber gleich eingangs der großen Zahl der prominenten Redner danken, die zu den Problemen meines Ressorts Stellung genommen haben und deren Beiträge und Anregungen von mir selbstverständlich im Laufe meiner Rede entsprechend beantwortet werden. Wenn ich das Budgetkapitel „Soziale Wohlfahrt“ mit einigen Schlagworten umreiße, um damit auch einige Schwerpunkte anzudeuten, so glaube ich, ist zuerst einmal zu sagen, daß es ein Budget der Einsparungen und der Schwerpunkte ist. Es hat sicherlich nominell eine entsprechende Ausweitung erfahren, und die Frau Abgeordnete Jamnegg hat

schon darauf hingewiesen, daß bei den Ausgaben die Milliardengrenze diesmal zum ersten Mal überschritten wurde. Trotzdem ist dabei festzuhalten, daß die wesentlichen Erhöhungen dieses Budgets vorwiegend auf der Basis unserer gesetzlichen Grundlagen, Sozialhilfegesetz, Behindertengesetz und Blindenbeihilfengesetz, aufbauen, so daß im freien Raum der Förderungen natürlich auch in diesem Budget die entsprechenden Einschränkungen und Einsparungen gemacht wurden. Ich möchte dabei auch darauf hinweisen, daß die Förderungs-mittel in diesem Budget für 1981 Erhöhungen und ganz empfindliche Senkungen ausweisen und daß das eben ein System der Schwerpunktbildung für 1981 ist.

Ich möchte aber auch gleich zu Beginn meiner Ausführungen festhalten, daß neben dem Landesbudget die Budgets der Gemeinden und der Sozialhilfverbände einen wesentlichen Beitrag für die Sozialhilfepolitik des Landes insgesamt und für alle Menschen dieses Landes leisten und daß dieser Umstand auch entsprechend angemerkt werden muß.

Ein Kennzeichen dieses Budgets ist, daß die Personalkosten zwar gestiegen, aber der Personalstand insgesamt viel zu gering gestiegen ist, um die entsprechenden Erfordernisse bewältigen zu können. Ich darf nur an ein Beispiel zurückerinnern, daß im Raume des Bezirkes Radkersburg drei Fürsorgerinnen oder Sozialarbeiterinnen 600 Pflegekinder betreuen müssen. Das ist zweifelsohne ein allgemein unbefriedigender Zustand.

Zu den Förderungsmitteln generell möchte ich auch noch sagen, daß sie natürlich, in ihrer Wirkung breit gestreut, in eine Vielzahl von Organisationen der freien Wohlfahrtspflege und der Behindertenhilfe hineinwirken, und daß ohne diese entscheidende finanzielle Hilfe des Landes das Wirken dieser verdienstvollen Organisationen wahrscheinlich wesentlich schwieriger wäre.

Zu den drei Schwerpunkten des Kapitels „Sozialhilfe, Behindertenhilfe und Jugendwohlfahrt — glaube ich — kann man auch sagen, daß der Schwerpunkt Behindertenhilfe eindeutig für das Jahr 1981 besonders erkennbar ist. Im Bereich der Behindertenhilfe haben wir uns gerade im Hinblick auch auf das Programm, das im Jahr der Behinderten im nächsten Jahr stattfindet, besonders bemüht und haben eine Reihe von Aufgaben übernommen, die wir im Internationalen Jahr der Behinderten abwickeln wollen. Es kommt aber auch deutlich im Budget zum Ausdruck, denn der Budgetansatz für die Behindertenhilfe ist auf 355 Millionen Schilling angestiegen und weist gegenüber dem Budget von 1979 eine zwanzigprozentige Steigerung auf. Zur Frage der Behindertenhilfe allgemein möchte ich aber auch sagen, daß gerade in diesem Bereich die Organisationen der freien und der privaten Wohlfahrtspflege besondere Aktivitäten gesetzt haben und wieder setzen werden, und daß ich all diesen auch meinen Dank und meine Anerkennung heute und von diesem Platz aus aussprechen möchte. Um diese Organisationen der Behindertenhilfe besser betreuen zu können, haben wir in zahlreichen Gesprächen mit diesen Organisationen versucht,

eine neue Plattform zu schaffen, um über diese Plattform in permanentem Kontakt Erfahrungen auszutauschen, gegenseitig Anregungen zu geben und somit insgesamt wirksamer für die Behinderten tätig zu sein.

Wir haben uns, um diese Aktivitäten wirksam zu gestalten, im Rahmen eines neuen Vereines, des Vereines „Steirische Behindertenhilfe“, zusammengeschlossen, der nun diese Koordinierungsaufgabe aufnehmen soll. Wichtig scheint mir auch, daß wir in der Planung im Hinblick auf notwendige Maßnahmen für die Behinderten ebenfalls in diesem Bereich eine entsprechende Tätigkeit entfalten. Um Ihnen einen Eindruck von der Breite dieses neuen Vereines der Behindertenhilfe zu geben, darf ich Ihnen nur sagen, welche Organisationen diesem Verein „Steirische Behindertenhilfe“ beigetreten sind: der Österreichische Zivilinvalidenverband, das Ottilien-Blindeninstitut, der Steiermärkische Blindenverein, der Verein zugunsten behinderter Kinder und Jugendlicher, die Caritasdiözese Graz-Seckau, der Gehörlosenverein, das Behindertenheim Sonnenwald, die Pflegeanstalt für chronisch Kranke der Barmherzigen Brüder in Kainbach, die Lebenshilfe Steiermark, der Kriegsofferverband, Jugend am Werk, der Steirische Versehrtensport, das Pius-Institut, und noch mit Beratung wirken mit eine Reihe von öffentlich-rechtlichen Körperschaften, das Landesinvalidenamt, die Allgemeine Unfallversicherung, die Steiermärkische Gebietskrankenkasse, die Pensionsversicherung der Arbeiter und das Landesarbeitsamt Steiermark, so daß wir hier insgesamt zweifelsohne einen großen Kreis jener erfaßt haben, die in der Behindertenhilfe im Lande schon bisher Aufgaben erfüllen und damit für die Behinderten natürlich eine besondere Bedeutung haben.

Nun komme ich bei diesem Abschnitt schon zur Beantwortung der Frage des Herrn Abgeordneten Dr. Maitz im Hinblick auf den Verein für das Hirtenkloster und auf das Internat und die damit im Zusammenhang stehenden Fragen. Der Herr Abgeordnete Dr. Maitz hat in einer sehr umfassender Darstellung zu diesem Problem dargelegt, daß er den Eindruck hat, daß hier immer wieder besondere Schwierigkeiten auftreten bei der Förderung des Internates, des Heimes für den Verein zugunsten behinderter Kinder, und meinte auch, im Vergleich zu dem, was hier am Blümelhof im Hinblick auf die Errichtung dieser Schule geschieht, sei hier nicht entsprechend vernünftig ausgewogen. Dazu darf ich sagen, daß man natürlich mit Zitaten aus dem Kontrollamtsbericht, Herr Abgeordneter, auch das genaue Gegenteil von dem beweisen kann, was Sie gesagt haben. Aber ich will mich da jetzt gar nicht auf eine solche Haarspalterei, wenn Sie wollen, einlassen, sondern will das Problem im Grunde in Ihrem Interesse und auch im Interesse des Vereines zugunsten behinderter Kinder einer entsprechenden Lösung näherbringen. Ich darf aber doch dazu feststellen, daß zum Beispiel die Frage des Verpflegungskostensatzes an mich erst in den letzten Novembertagen herangetragen wurde, wie leicht auf Grund des Briefes nachweisbar ist, und daß ich von diesem Augenblick an sofort auch die notwen-

digen Schritte eingeleitet habe. Nun, daß hin und wieder da und dort eine Erledigung etwas Zeit in Anspruch nimmt, das kann schon vorkommen, es soll nicht vorkommen. Wenn der Vorstand der Rechtsabteilung 9 eine solche Äußerung gemacht hat, was ich nicht weiß, kann ich nur sagen, es ist sicherlich nicht in Ordnung — wenn das wahr ist, daß er eine solche Äußerung gemacht und er es in der Form gesagt hat! Insgesamt möchte ich jedenfalls sagen, daß mir selbstverständlich auch diese Einrichtung so am Herzen liegt, wie alle Behinderteneinrichtungen, daß ich aber zu einer Klärung dieser Probleme und dieses ganzen Problems doch eher vorschlagen würde, daß wir das nicht in einer Budgetdebatte des Landtages machen, weil wir es dabei auch gar nicht zustande bringen können, aber daß wir das im persönlichen Gespräch und im Kontakt mit den Funktionären des Vereines zweifelsohne machen können. Ich habe auch den Eindruck, daß dieser Verein auch unserem Dachverband beiträgt. Schon von daher wird sich ein besserer Kontakt ergeben und wird sich vielleicht manches Problem, das in der Vergangenheit bestanden hat, bewältigen lassen. Hinsichtlich der Richtigkeit der Verpflegskostenhöhe darf ich nur eines anmerken: Es ist die Kontrollabteilung hier überhaupt mit einer Grundsatzfrage an mich herangetreten, die zu entscheiden wahrscheinlich die Landesregierung berufen sein wird, und das ist die Frage, ob in einem Verpflegkostensatz Rücklagen überhaupt enthalten sein können, dürfen, sollen oder ob dieser Verpflegkostensatz ausschließlich für die notwendigen Aufwendungen herangezogen werden kann. Das ist eine grundsätzliche Frage, die noch zu klären sein wird. Wir werden uns jedenfalls bemühen, daß wir im Jahre 1981 die Probleme ausräumen, und was die außerordentliche Förderung betrifft, Herr Abgeordneter, hier ist ja der Kollege Jungwirth mit beachtlichen Beträgen sehr aktiv geworden, 11 Millionen Schilling für das Therapiezentrum und andere Aufwendungen, ich glaube, es spielt keine Rolle, aus welchem Ressort die Gelder kommen. Sie kommen aus den Mitteln des Landesvoranschlags und dienen letzten Endes auch der Erfüllung dieser Aufgabe. Ich würde nur dem hinzufügen, daß ich in der Frage der Ausstattung von Heimen durchaus der Auffassung des Herrn Kollegen Fuchs zustimme, der da bei den Berufsschulen gestern gemeint hat, ein Hallenbad mit 18 Millionen Schilling muß nicht unbedingt in der Planung drinnen sein und ist nicht ein unabweisbares Erfordernis. So gesehen glaube ich, wenn wir alle Dinge nach den Gesichtspunkten der Sparsamkeit durchleuchten, werden wir auf manches stoßen, das einer Überprüfung wert ist. Das, glaube ich, mußte ich zu Ihrem Debattenbeitrag sagen. Ich möchte das damit bewenden lassen und, wie gesagt, den Versuch unternehmen, im nächsten Jahr durch bessere Zusammenarbeit diese Schwierigkeiten auszuräumen. (Beifall bei der ÖVP.) Sicher, meine Damen und Herren, sind wir aufgerufen, im Internationalen Jahr für die Behinderten auch eine entsprechende Aktivität im landespolitischen Bereich zu setzen. Das Generalthema im Internationalen Jahr der Behinderten lautet: volle

Beteiligung und Gleichheit. In diesem Sinne gibt es auch für uns viele Aufgaben zu erfüllen. Die volle Integration der Behinderten verlangt sicherlich zuerst einmal eine entscheidende Bewußtseinsänderung in der öffentlichen Meinung. Man kann hier immer wieder bestimmte Dinge feststellen und kommt damit zur Erkenntnis, daß es noch einiges an Anstrengungen von allen Gutwilligen erfordern wird, um hier eine wirklich entscheidende Wendung in der öffentlichen Meinung in bezug zu den Behinderten im konkreten Fall immer wieder herbeizuführen. Diese Aufforderung und diese Bitte darf ich auch unseren Medien und Massenmedien gegenüber aussprechen, daß es sehr wünschenswert wäre, wenn gerade in diesem Jahr die Aktivitäten für die Behinderten besondere Beachtung finden würden. Wir Österreicher sind ja zu besonderen Aktivitäten auch deshalb verpflichtet, weil der Sitz des Sekretariates für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten in Wien ist und natürlich auch da das von uns gefordert wird.

Es wurde für das Internationale Jahr der Behinderten ein eigenes Organisationsbüro eingerichtet, das auf Bundes- und Landesebene die Dinge koordiniert, um diese Aktivitäten im gesamten zu präsentieren. Bei den Aktivitäten des Landes darf ich nicht nur die Gründung des Vereines „Steirische Behindertenhilfe“ anführen, sondern auch, daß im Mai nächsten Jahres bei uns in Graz der Weltinvalidentag durchgeführt wird, daß ein steirischer Behindertensporttag stattfinden wird, daß wir im Hinblick auf das Jahr der Behinderten am 4. Dezember dieses Jahres eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet haben mit der Gesellschaftsbezeichnung „GesmbH. Geschützte Werkstätten Steiermark“, um die Voraussetzung zu schaffen, im Rahmen dieser GesmbH. die „geschützten Werkstätten“ in der Steiermark und vor allem aber zuerst in Graz aufzubauen. Den Gesellschaftsvertrag, der am 4. Dezember unterzeichnet wurde, haben unterzeichnet: Jugend am Werk, Berufsförderungsinstitut, Wirtschaftsförderungsinstitut, Kriegsoffizierverband und Zivilinvalidenverband. Wir können mit dieser Gesellschaftsgründung sicherlich für die „geschützten Werkstätten“ in der Steiermark eine entscheidende Aktivität setzen.

Weiters wollen wir in den steirischen Pflichtschulen durch einen Zeichenwettbewerb und durch die Gründung von Partnerschaften zwischen Schulen und Einrichtungen der Behindertenhilfe entsprechende Aktivitäten setzen und Kontakte mit den Behindertenorganisationen und den Einrichtungen der Behinderten aufbauen. Eine Informationsausstellung wird durch die Steiermark wandern können, die aufzeigt, welche Maßnahmen der Behindertenhilfe im Lande gesetzt werden und welche Organisationen sich mit der Behindertenhilfe befassen. Ebenso werden wir im nächsten Jahr durch einen Stand auf der Grazer Herbstmesse und auch im Frühjahr versuchen, Information an die Bevölkerung zu bringen.

Nicht zuletzt möchte ich darauf hinweisen, daß wir eine Novelle des Behindertengesetzes beabsichtigen und damit eine Wiederverlautbarung, so

daß auch das Steiermärkische Behindertengesetz durch dieses Jahr der Behinderten eine neue und bessere Ausformung bekommen kann.

Ich darf dabei auch anmerken, daß das Pflegegeld nach dem Steiermärkischen Behindertengesetz ab 1. Jänner wiederum um 6 Prozent erhöht wird und daß dabei unsere Gesetzesbestimmung wirksam ist, auf Grund derer es heißt, daß mindestens der Dynamisierungsfaktor des ASVG bei den jährlichen Erhöhungen des Pflegegeldes nach dem Behindertengesetz, aber auch bei dem Blindenbeihilfengesetz anzuwenden ist.

Für unser Behindertenzentrum Andritz haben wir nun eine Ausweitung erreichen können, indem wir das Schwesterninternat in Judendorf-Straßengel erworben und damit 40 Internatsplätze gewonnen haben und das Geld, das für das Internat vorgesehen war, nun unter Umständen für eine Erweiterung der Werkstätte in Andritz eingesetzt werden könnte. Es zeigt sich jedenfalls, daß wir immer viel mehr Bewerber für unser Behindertenzentrum Andritz haben, als wir in der Lage sind, aufzunehmen.

Nicht zuletzt werden wir auch eine große Tagung der Taubstummenlehrer in Graz haben, es wird die Bodenseeländertagung in der Osterwoche hier stattfinden, an der rund 500 Lehrer aus den Bodenseeländern teilnehmen werden, die sich besonders mit dem Problem der Taubstummen befassen werden und das in Verbindung damit, daß unsere Hörbehindertenanstalt, einstmalige Taubstummenanstalt, im nächsten Jahr das Jubiläum des 150jährigen Bestandes begehen kann und damit tatsächlich zu einer der ältesten Einrichtungen auf diesem Gebiet im ganzen deutschen Raum zählt.

Darüber hinaus haben wir natürlich auch die Organisationen der freien Wohlfahrtspflege, die sich mit der Behindertenhilfe befassen, entsprechend dotiert, und so ist es erfreulich, daß wir eine neue Budgetpost für die Errichtung des Gehörlosenzentrums, für die Gemeinschaftsräume dieses Gehörlosenzentrums, haben, wofür 806.000 Schilling für das Jahr 1981 erstmalig verankert sind und auf zehn Jahre auf Grund der Beschlüsse des Landtages nun immer wieder aufscheinen werden.

Erfreulich ist auch, daß die Finanzierung für die Werkstätten des Odilien-Blindeninstitutes im Budget klargestellt werden konnte, und zwar mit 1,5 Millionen Schilling und auch für mehrere Jahre und ebenfalls die Finanzierung für die Lebenshilfe mit 1.050.000 Schilling, wie ich überhaupt anmerken möchte, daß jedenfalls bei meinen Haushaltsstellen für das Jahr 1981 auch viel an echter Budgetwahrheit zum Durchbruch kommt. Viele Dinge, die früher erst immer im nachhinein aufgestockt werden konnten oder mußten, sind diesmal schon deutlich ausgedrückt.

Außer der Behindertenhilfe gibt es natürlich auch im Bereich der Sozialhilfe viele wichtige Maßnahmen zu setzen. Wir werden uns dabei im besonderen auch unserer Alten-, unserer Pflegeheime und aller damit im Zusammenhang stehenden Einrichtungen, auch insbesondere der sozialen Dienste,

annehmen. Wir haben vor wenigen Wochen einen sehr schönen Festtag in Mautern gehabt und ein wirklich neues und modernes Pflegeheim der Bestimmung übergeben können. Der Herr Bundespräsident hat durch seine Anwesenheit und durch die offizielle Übergabe dieses Heimes der Feier ein besonderes Gepräge gegeben und unsere Arbeit in der Sozialpolitik des Landes zweifelsohne auch sehr ausgezeichnet. Aber mit diesem großen Bauvorhaben sind wir wahrscheinlich für einige Jahre mit den größeren Bauvorhaben irgendwo am Ende angelangt. Wenn ich die Budgetposten der letzten und der kommenden Jahre vor Augen habe, dann muß ich ja wohl zur Kenntnis nehmen, daß die Bauzeiten vorübergehend nun nicht sehr groß sein werden, das drückt sich ja auch insgesamt in unserem außerordentlichen Voranschlag aus.

Ich bedauere es hier im besonderen sehr, daß wir bei den Pflegeheimen die Entwicklung nicht mehr so weitermachen können, weil gerade heute Pflegeheimbetten auch noch besonders begehrt sind, und wir in allen unseren Pflegeheimen lange Wartelisten haben. Natürlich werden wir versuchen, mit den Bezirksaltenheimen, die freie Plätze haben, Vereinbarungen zu treffen, daß man dort erweiterte Pflegeabteilungen einrichtet. Man kann auch manches andere machen, aber es ist eine feststehende Tatsache, daß Pflegeheimbetten auch heute noch in hohem Maße begehrt und sehr schwer zu erreichen sind. Ich kann aber trotzdem feststellen, daß wir insgesamt in etwa zwölf Jahren mit dem Ausbau und dem Erneuerungsbau von Kindberg, Knittelfeld, mit dem Neubau in Mautern und dem Ergänzungsbau in Radkersburg, der im nächsten Jahr mit 20 Millionen Schilling den größten Posten im außerordentlichen Landesvoranschlag der Gruppe 4 hat, etwa 370 Millionen Schilling in diese Landesaltenpflegeheime investiert und damit etwa 980 Pflegebetten geschaffen haben, wobei wir feststellen müssen, daß wir die Qualität unserer Heime wirklich ganz entscheidend verbessert haben und mit diesem Ausbauprogramm tatsächlich die Entwicklung vom einstigen Armenhaus oder gar vom Siechenhaus, wie es früher einmal geheißen hat, zu einem modernen Pflegeheim bewältigt haben. Das eindrucksvollste Beispiel dafür ist ja wohl der Neubau in Mautern. Der Herr Abgeordnete Primarius DDr. Stepantschitz hat auch zu dieser Frage Stellung genommen und in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß auch die Gebühren- und Tarifgestaltung in diesen Heimen natürlich Bedeutung hat und daß es nicht unsere Aufgabe sein kann — wenn ich ihn richtig verstanden habe —, daß wir die Gebühren so tief ansetzen, daß die Erben dann möglichst hohe Sparkassenbücher kassieren können. Ich teile mit dem Herrn Abgeordneten auch diese Auffassung und habe mich in den letzten Jahren immer wieder bemüht, die Gebührenregelungen in einer bestimmten Form abzuwickeln, so daß wir doch auch heute und für die Ansätze des Jahres 1981 sagen können, daß nach den Maßstäben der Kontrollabteilung 70 Prozent der Aufwendungen der Verpflegungskosten durch die Gebühren hereingebracht werden. Das ist ein sicherlich beachtlicher Betrag und ist trotzdem noch

irgendwo ein Sozialtarif. Ob und wann wir die vom Herrn Abgeordneten Primarius DDr. Stepantschitz angeregten Sozialstationen durch Zusammenfassung und bessere Organisation bekommen können, wird wohl auch eine Frage der finanziellen Mittel sein. Es ist sicherlich sinnvoll, wenn man die sozialen Dienste irgendwo an einem Punkt konzentrieren kann, um dem Staatsbürger dadurch eine entsprechende Serviceleistung zu bieten. Das erfordert aber trotzdem darüber hinaus nicht nur Idealismus, sondern das erfordert auch sehr viel Personal. Ich glaube nicht, daß das alles mit den ehrenamtlichen Mitarbeitern aus den Organisationen der freien Wohlfahrtspflege zu bewältigen sein wird und es erfordert natürlich auch Geld und Verwaltungskosten. Aber daß dieses Ziel anzustreben ist, auch damit stimme ich mit dem Herrn Abgeordneten überein. Ich möchte auch dazu sagen, daß wir in der Landesregierung vor 14 Tagen beschlossen haben, einen Auftrag an das Institut für empirische Sozialforschung zu geben, um eine Grundlagenforschung für den Bereich der Sozialhilfe, der Behindertenhilfe und der Jugendwohlfahrt in der Steiermark durchzuführen. Ich bin dabei von der Überlegung ausgegangen, wie auch heute schon in der Debatte angeklungen ist, daß wir diese Sozialarbeit nicht nur für, sondern auch mit den Betroffenen machen sollen. Es wurde auch schon heute bei der Debatte gesagt, daß es oft außerordentlich schwierig ist, hier den Bedarf richtig zu erheben, richtig einzuschätzen, um darauf die entsprechenden Maßnahmen zu begründen. Ich bin daher sehr froh, daß die Landesregierung diesen Beschluß gefaßt hat und daß wir uns dann gegen Ende des nächsten Jahres mit der Vorlage dieser Grundlagenhebung befassen werden können. Das wird zweifelsohne für die Gestaltung der Arbeit in der Sozialhilfe, Behinderten- und Jugendwohlfahrt von Bedeutung sein. Ich könnte mir auch durchaus vorstellen, daß wir aufbauend auf diese Untersuchung einen steirischen Sozialplan machen könnten, der mittelfristig und vielleicht auch für das ganze Jahrzehnt der achtziger Jahre die Schwerpunkte setzt, die in diesem Bereich eben erkennbar und erforderlich sind. So glaube ich, daß ich sagen kann, wir werden immer wieder neben der Erfüllung der traditionellen Aufgaben auch neue Aufgaben aufnehmen müssen, und wir werden uns vor allem — der Überzeugung bin ich — auch der entsprechenden Planung in diesem sozialen Bereich bedienen müssen. Dazu kommt natürlich, daß wir auch im Bereich der sozialen Dienste viele Anstrengungen unternehmen müssen, um die Heimhilfen, die Hauskrankenpflege, die Essenzustelldienste und alles, was es da in diesem Bereich gibt, zu unterstützen und zu fördern, und insbesondere glaube ich auch, daß wir uns der Nachbarschaftshilfe zuwenden müssen. Ich habe schon immer zu denen gehört, die der Auffassung waren, daß wir nicht mehr alles mit Geld machen können, sondern daß wir auch immer wieder bemüht sein müssen, den Einsatz und das Engagement unserer Bürger für die soziale Wohlfahrt sozusagen zu mobilisieren. Die Steiermark gibt in der Beziehung, glaube ich, einen fruchtbaren Boden ab. Wenn man in unserem Lande herunkommt und

herumschaut, so gibt es unzählige freiwillige Organisationen wie die Feuerwehren, das Rote Kreuz, den Katastrophendienst und Wohlfahrtsorganisationen, in denen sich Zehntausende Steirer immer wieder engagieren, was nicht überall zu finden ist, und daher glaube ich, daß auch die Nachbarschaftshilfe durchaus Chancen hat, hier erfolgreich wirken zu können.

Die Frau Abgeordnete Jamnegg hat im Hinblick auf die sozialen Dienste auch die Frage der Heimgrößen angeschnitten. Bei den Pflegeheimen kann man natürlich größere und kleinere haben. Nur wenn man ein neues baut, dann wird es wahrscheinlich etwas größer ausfallen, weil man eben heute unter dem Druck des Bettenbedarfes steht. Ich bin aber durchaus der Auffassung, und ich weise das auch im Rahmen der Förderung nach, daß ich eine Reihe von privaten Pflegeheimen entsprechend fördere, die teilweise nur fünf bis zehn Betten haben, aber die ihrer Aufgabe in einem bestimmten Raum durchaus nachkommen.

Ich freue mich beim Budget auch, daß zu diesen Posten, die korrigiert wurden, auch die Altenurlaubsaktion gehört, daß wir wiederum in der Lage sind, im nächsten Jahr 3500 alte Frauen und Männer kostenlos in die schönsten Fremdenverkehrsorte unserer steirischen Heimat schicken zu können, und zwar jene alten Menschen, die über die kleinsten Einkommen verfügen und die einer Generation angehören, die nach dem Zweiten Weltkrieg unter großen Opfern und persönlichem Einsatz dieses Land aufgebaut haben und nicht so am Wohlstand unserer Zeit teilhaben, wie das andere Generationen können. Darüber hinaus hat diese Altenurlaubsaktion auch für den Fremdenverkehr eine Bedeutung erlangt, denn mit weit über 40.000 Nächtigungen, die wir in der Vor- und Nachsaison ausschließlich in steirische Fremdenverkehrsorte einbringen, ist zweifelsohne auch ein finanzieller Faktor verbunden.

Die Frau Abgeordnete Bischof hat schon darauf hingewiesen, daß im Budget für 1981 auch ein Betrag von 500.000 Schilling für das Grazer Frauenhaus bereitgestellt ist, daß auch hier die Initiative der Damen dieses Hauses, der Frau Präsidentin Zdarsky, der Frau Abgeordneten Jamnegg und der Frau Bischof, unterstützt wird für eine zweifelsohne geforderte und wahrscheinlich auch notwendige Einrichtung. Dazu kommt noch ein Betrag im Nachtragsbudget im Dezember dieses Jahres von 250.000 Schilling, so daß insgesamt für diese Einrichtung doch zu Beginn des nächsten Jahres ein Betrag von 750.000 Schilling zur Verfügung steht.

Und nun noch ein Wort zur Jugendwohlfahrt, die sehr stark in die Diskussion gekommen ist, insbesondere die Jugendheime, was ich für gut finde, denn eine Diskussion und Kritik kann doch letzten Endes nur dazu beitragen, daß wir etwas besser machen werden, was wir bisher vielleicht auch gut, aber noch nicht ganz gut gemacht haben.

Eines möchte ich dabei auch sagen: Wir, die wir auf Grund unserer Aufgabe die Verantwortung für die Durchführung der Jugendwohlfahrtsarbeit tragen, ob das nun die Fürsorgeerziehung ist, ob das

die Frage der Erziehungsberatung der Landesjugendheime ist, ob das die Frage der Pflegekinder und so weiter ist, wir können zweifelsohne nicht auf jedes Experiment eingehen, das geboten wird, sondern man wird alles prüfen müssen, was auch praktisch entsprechend realisierbar ist, und ich bin dem Herrn Abgeordneten Erhart sehr dankbar, daß er dieses Thema so ausführlich behandelt und auch darauf hingewiesen hat, daß bisher in den Budgetdebatten eigentlich keine besondere Kritik an unserer Arbeit in der Jugendwohlfahrt geübt wurde. Hinter dem Titel „Jugendwohlfahrt“ verbirgt sich ja eine Vielfalt von Aufgaben. Nicht zuletzt darf ich auch darauf verweisen, daß wir uns in der Jugendwohlfahrt natürlich auch mit der Berufsausbildung minderbegabter junger Menschen befassen und daß das vor allem im Rahmen des Vereines „Jugend am Werk“ geschieht, der wiederum für das Schuljahr 1980/81 500 junge Menschen in Betreuung genommen hat, die in den verschiedensten Bereichen eine entsprechende Ausbildung erfahren. Ich bin darüber erfreut, daß wir in der Lage sind, in Mürzzuschlag ein neues Schul- und Internatsgebäude für die Ausbildung von Mädchen für die Fremdenverkehrswirtschaft zu errichten, denn das alte Haus stammt aus dem Jahre 1945. Reparieren ist dort nicht mehr möglich.

Das Jugendwohlfahrtsgesetz, das schon lange zur Diskussion steht, wird — hoffe ich — im nächsten Jahr kommen, und wir werden dann Gelegenheit haben, uns auch mit dem entsprechenden Ausführungsgesetz zu befassen. Heute steht schon eines fest, daß unsere Jugendwohlfahrtsarbeit mehr auf Serviceleistung aufgebaut werden muß als auf behördliche Maßnahmen. Das ist der Zug unserer derzeitigen Entwicklung, und ich glaube, daß dieser Zug auch richtig ist.

Zum Schluß kommend, meine Damen und Herren, möchte ich auch die Gelegenheit wahrnehmen, allen in der Sozialarbeit Tätigen zu danken, vor allem jenen, die in den Organisationen der freien Wohlfahrtspflege als ehrenamtliche Helfer tätig sind. Nicht weniger habe ich auch allen Beamten und Mitarbeitern im Rahmen des Ressorts für Sozialhilfe und Jugendwohlfahrt zu danken, die sich immer engagiert für die Aufgabe eingesetzt haben und immer wieder einsetzen.

Mit Jahresende scheidet der Vorstand der Rechtsabteilung 9, Herr Wirklicher Hofrat Dr. Franz Strametz, mit Erreichung des 65. Lebensjahres aus, ein hervorragender Beamter, der durch 35 Jahre dem Land in vielen Bereichen gedient hat, der auch für diese langen und treuen Dienste seine Anerkennung verdient.

Ganz am Schluß möchte ich noch darauf hinweisen, um einen aus der öffentlichen Wohlfahrt und einen aus der privaten Wohlfahrt zu nennen, daß der Caritasdirektor, Herr Kanonikus Alexander Thiel, mit 30. August dieses Jahres nach fast einhalb Jahrzehnten Tätigkeit in der Caritas in den Ruhestand getreten ist, ein Mann, der sich um die Wohlfahrt dieses Landes besonders verdient gemacht hat, der das Pflege- und Altenheim in Graz-Straßgang errichtet hat, der sich immer um

die Armen und Hilfsbedürftigen gekümmert hat, der stets im Katastropheneinsatz des In- und Auslandes tätig war und der wohl ein Vorbild für alle Menschen ist, die sich mit Sozialarbeit befaßt haben. Ich hoffe, daß immer wieder solche Menschen da sind und in den Aufgaben der Wohlfahrtspflege tätig sind, dann braucht uns — glaube ich — auch um die weitere Entwicklung dieser so wichtigen Aufgabe in unserem Lande nicht bange zu sein. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Wir kommen nunmehr zum zweiten Teil der Gruppe 4 „Wohnbauförderung“.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Loidl. Ich erteile es ihm.

Abg. Loidl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Wohnbaupolitik insgesamt wird in zunehmendem Maße in Frage gestellt. Ich möchte daher zunächst in Erinnerung rufen, daß es nach den furchtbaren Zerstörungen des Krieges eine der glanzvollsten gemeinsamen Leistungen war, den Menschen wieder ein Dach über dem Kopf zu errichten, das Barackenelend zu beseitigen und nach und nach wenigstens den ärgsten quantitativen Wohnungsfehlbestand zu beseitigen. Die öffentliche Wohnbauförderung hat die Voraussetzung dafür geschaffen. Die notwendigen gesetzlichen Bestimmungen und ihre jeweilige Anpassung an geänderte Verhältnisse wurden wohl in der Erkenntnis, daß die Wohnversorgung unserer Bevölkerung eine elementare, ja geradezu nationale Frage ist, immer gemeinsam geschaffen. Die Wohnbauträger, die Genossenschaften und Gesellschaften, welche in letzter Zeit teils berechtigt, teils unberechtigt unter heftige Kritik geraten sind, haben sich in diesen Jahrzehnten unbestreitbare und bleibende Verdienste erworben. Aber, meine Damen und Herren, die Entwicklung ist auch auf diesem Gebiet nicht stehen geblieben, im Gegenteil. Lange Zeit Bewährtes wird zunehmend fragwürdig, die Vorstellungen und Ansprüche der Menschen an die Wohnung und an die Wohnumwelt haben sich grundlegend geändert. Ein gewisses Unbehagen über die Situation macht sich breit, das kann wohl niemand bestreiten. Es wird immer deutlicher, daß wir mit dem derzeitigen und sehr vertrauten wohnungspolitischen Instrumentarium die sich allenthalben auftürmenden Probleme nicht lösen können. Es ist ja kein Zufall, meine Damen und Herren, daß sich immer mehr und öfter Psychologen, Soziologen, Architekten und Wohnbaumanager öffentlich äußern, Arbeitskreise werden gebildet, Seminare abgehalten und nicht zuletzt räumen alle politischen Parteien in ihren Programmen der Wohnbaufrage sehr breiten Raum ein. Gemeinsam ist allen die Kritik am Bestehenden und das Verlangen nach mehr oder weniger radikaler Neuordnung der gesamten Wohnbaupolitik und damit auch der öffentlichen Wohnbauförderung. Den Stein des Weisen hat allerdings auch hier noch niemand gefunden. Außerdem klaffen realisierbare Wirklichkeit und Wunschdenken oft sehr, sehr beträchtlich auseinander. Die Diskus-

sion ist jedenfalls auf breitester Basis in Gang gesetzt. Die Problemkreise werden objektiviert und auf das Wesentliche eingeschränkt. Ich meine, das ist eine sehr wichtige Voraussetzung, daß schließlich Prioritäten gesetzt werden können. Da ist zunächst einmal das Problem, daß in Kürze die geburtenstarken Jahrgänge in ein Alter kommen, wo sie an eine Hausstandsgründung denken. Das bedeutet einen erhöhten Bedarf an erschwinglichen Wohnungen für diese in der Regel am Beginn ihres Erwerbslebens stehenden Menschen. Obwohl die Zweckzuschüsse des Bundes — wie Sie aus dem Budget entnehmen können — auch für 1981 wieder eine Steigerung von rund 1644 Millionen auf 1830 Millionen Schilling erfahren, spricht alles dagegen, daß etwa, so wie es notwendig wäre, viel mehr Wohnungen gebaut werden könnten, geschweige denn, daß sie billiger sein werden, ganz im Gegenteil. Ersterem steht entgegen, was ich hier schon wiederholt erwähnt habe, daß die bauwirksamen Mittel durch die ständig steigende Entnahme von Beträgen für die Subjektförderung aus dem Wohnbautopf diesen naturgemäß verringert. Dazu kommen die erhöhten Ansprüche an die Wohnqualität im allgemeinen sowie der wesentlich verbesserte Schall- und Wärmeschutz. Beträchtliche Beträge werden auch durch die Gewährung von Eigenmittlersatzdarlehen auf lange Zeit gebunden. Und hier, meine Damen und Herren, wäre schon konkret zu überlegen, ob es nicht im Interesse jener, die noch keine Wohnung haben, gerecht und zweckmäßig wäre, von jenen, die zum Zeitpunkt ihrer Wohnversorgung infolge ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse durchaus Anspruch auf großzügige Gewährung von Eigenmittlersatzdarlehen hatten, deren wirtschaftliche Verhältnisse sich aber innerhalb von einigen Jahren, wie das bei jungen Menschen ja oft vorkommt, entscheidend verbessert haben, zu verlangen, daß die Darlehen in einem vertretbaren Ausmaß eben kurzfristiger zurückgezahlt und wieder der Wohnbauförderung zugute kämen. Noch wichtiger und wirksamer wäre natürlich, wenn der Wohnbauförderungsfonds von der Bezahlung der Mietenbeihilfen, welche ihrem Wesen nach keine Wohnbauförderung, sondern eine familienpolitische Maßnahme sind, entlastet würde. Meine Damen und Herren, aber was die für die Wohnungswirtschaft Verantwortlichen, und das sind wir ja letzten Endes alle, ganz besonders in letzter Zeit besorgt machen muß und einen beträchtlichen Teil des durch die öffentliche Wohnbauförderung beabsichtigten und auch erreichten Effektes wieder zunichte macht, ist die exorbitante Anhebung der Zinsen auf dem Kapitalmarkt, weil ja 30 Prozent der Wohnbaukosten dort aufgenommen werden müssen. Auf Grund der unweigerlich entstehenden Folgen wirft sich wirklich die ungemein ernste Frage auf, ob denn die Wohnbauförderung überhaupt noch jenen Bevölkerungskreisen zugute kommen kann, für die sie in erster Linie geschaffen ist. Die Geldinstitute müßten nach meiner Meinung, ich sage es ausdrücklich, gezwungen werden, einen bestimmten Prozentsatz ihres Kreditumfanges für den Wohnbau zu niedrigeren Zinsen zur Verfügung stellen. (Beifall bei der SPO und ÖVP.) Meine Damen und Herren, was sie alles können, das be-

weisen sie uns derzeit wieder sehr drastisch. Sie können ohne weiteres ihren Großeinlegern neun, zehn Prozent und vielleicht noch mehr an Einlagezinsen geben. (Abg. Dr. Heidinger: „Kollege Loidl, jetzt sage auch, wer das ist — die Gebietskrankenkasse, die Unfallversicherung!“) Daß der Bankdirektor mit diesem Vorschlag nicht einverstanden ist, ist mir selbstverständlich klar, aber Tatsache ist, daß den Großeinlegern diese Zinsen gegeben werden. Neun und zehn Prozent, während die anderen — und das ist das Entscheidende — die Kleinen, die zusammengenommen auch Großeinleger sind, in der Summe nur fünf oder sechs Prozent bekommen. Es liegt daher für jeden, glaube ich, auf der Hand, daß hier ein Spielraum vorhanden ist, um dem Verlangen nach begünstigter Wohnbaufinanzierung nachzukommen. Außerdem sind Wohnungswerber die risikolosesten Kunden einer Bank, zum Unterschied von manchen anderen großen Kreditnehmern, die nicht selten Millionen, ja hunderte Millionen durch Konkurse an Verlusten verursachen. Primär müssen sich ja alle Anstrengungen auch bei einer Neuordnung der Wohnbauförderung darauf richten, daß eine entsprechende Wohnbauleistung, das ist Vorbedingung, aber auch zu entsprechenden und vertretbaren Preisen, sichergestellt wird. Daneben gibt es zum Teil eine Fülle auch schwerwiegender Probleme, welche früher oder später einer Lösung bedürfen. Denn, meine Damen und Herren, selbst wenn es gelingt, und das wird schon schwierig genug sein, die Wohnbaukosten wieder unter Kontrolle zu bringen, so darf die Entwicklung der sogenannten Betriebsbeziehungsweise Bewirtschaftungskosten nicht übersehen werden. Sie machen vielfach schon die Hälfte oder mehr der Gesamtwohnkosten aus.

Aber auch auf anderen Gebieten verstärkt sich der Ruf nach Veränderung und Reform. Zum Beispiel mehr individuelle Betreuung bei der Bauabwicklung. Ist es denn so schwer zu verstehen, müßte man manche Bauträger fragen, daß jemand, der sich eine Wohnung anschafft und diese einschließlich der Betreuungs- und Verwaltungskosten bis auf den letzten Groschen im Laufe der Zeit selbst bezahlen muß, den Wunsch nach einem gewissen Maß an Mitbestimmung hat? Ist es da ein Wunder, daß immer öfter die Abschaffung des praktisch bestehenden Monopols der Genossenschaften auf Aufnahme in das Wohnbauförderungsprogramm erhoben wird? Warum, so wird gefragt, sollten nicht auch Interessensgemeinschaften oder selbständige bauwerbende Gruppen verstärkt das Recht auf Antragstellung zur Aufnahme eines Projektes in die Wohnbauförderung haben? Meine Damen und Herren, es wird nach meiner Meinung auch vielfach unterschätzt, wie wichtig die Qualität der Verwaltung einer Wohnungsanlage in Wirklichkeit für das subjektive Empfinden der Bewohner ist. Wenn man nämlich bedenkt, wie weit die meisten Menschen in der Realität von ihren insgeheimen Wohnungswünschen entfernt sind, dann gewinnen diese Dinge noch viel mehr Bedeutung. Es gibt eine Untersuchung, nach der sich rund 80 Prozent ein Einfamilienhaus wünschen würden. Nur für fünf Prozent ist es ein Wunsch, in einem

modernen Wohnblock zu leben, und lediglich ein Prozent wünscht sich wirklich, in einem Hochhaus zu leben. Natürlich wissen die Menschen, daß dieser Wunsch nicht in Erfüllung gehen kann, und sie sind nicht unglücklich, wie man das aus der Umfrage entnehmen konnte. Es ist auch bekannt, daß insbesondere in unseren Städten, aber auch in manchen ländlichen Gebieten, besonders bei den Bergbauern, die qualitative Wohnversorgung noch erschreckend ist. So sind zum Beispiel gemessen am Gesamtbestand der Wohnungen in Leoben 40 Prozent, in Graz 25 Prozent sanierungsbedürftig in der Dringlichkeitsstufe 1, das ist schon das Schlimmste vom Schlimmen. Es ist daher besonders erfreulich, daß die Mittel, welche für die Wohnungsverbesserung zur Verfügung stehen, für 1981 beträchtlich erhöht wurden, und zwar von rund 44 Millionen auf 87 Millionen Schilling. Damit könnte ein beträchtlicher Wohnungsfehlbestand in qualitativer Hinsicht in unserem Land verbessert werden. Vorausgesetzt allerdings, daß nicht auch hier die hohen Kapitalzinsen allzu hemmend wirken.

Meine Damen und Herren, in Anbetracht all der Schwierigkeiten, welche einer ausreichenden qualitativen und quantitativen Wohnversorgung unserer Bevölkerung entgegenstehen und welche trotz aller gemeinsamer Anstrengungen nur längerfristig überwunden werden können, haben wir vor einiger Zeit den Antrag gestellt, zu überprüfen, wieviel Personen im Besitz von mehr als einer geförderten Wohnung sind. Wo dies zutrifft, sollte veranlaßt werden, daß die zu unrecht geförderte Wohnung entweder an einen Wohnungswerber abgetreten oder die erhaltenen Förderungsbeträge vorzeitig zurückgezahlt werden. (Allgemeiner Beifall.) Ich bin überzeugt, daß der Herr Landesrat Koiner auf diese Frage eingehen wird. Beispiele in anderen Bundesländern haben gezeigt, daß solche Maßnahmen recht wirkungsvoll sein können.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich nochmals, um nicht ein allzu pessimistisches Bild zu zeichnen, auf die bis zum heutigen Tag durch die Wohnbauförderung ermöglichten gewaltigen Wohnbauleistungen hinweisen. Wir haben trotz aller Probleme und trotz aller Schwierigkeiten keinen Grund, diese in Zweifel zu ziehen. Im Gegenteil, meine Damen und Herren, dies berechtigt uns zur Hoffnung, daß auch die auf uns zukommenden Aufgaben gemeinsam bewältigt werden können. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Ofner hat sich als nächster Redner gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ofner: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es braucht sicherlich jeder neue Abgeordnete eine gewisse Überwindung, hier in diesem Hohen Hause zu sprechen. Trotzdem bin ich sehr froh, daß ich heute die Möglichkeit habe, hier in dieser Gruppe 4 meine Vorstellungen sowie meine Anregungen vorzubringen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man sich die Endsumme

bei den Ausgaben der Gruppe 4, Ansatz 482, Förderungen nach dem Wohnbauförderungsgesetz, anschaut, so kann man mit Freude eine Erhöhung um zirka 228 Millionen Schilling feststellen. Auch auf der Einnahmenseite ist eine Erhöhung um 241 Millionen Schilling gegenüber 1980 zu verzeichnen. Das heißt aber auch, daß die Bundeszuschüsse von 1854 Millionen Schilling um rund 186 Millionen Schilling gestiegen sind und ich glaube, das ist ganz besonders zu erwähnen und ganz besonders erfreulich. Wenn man aber diese Gruppe etwas genauer betrachtet, so kommt man sofort darauf, daß im Jahr 1981 wesentlich weniger geförderte Wohnungen gebaut werden können als in den vorangegangenen Jahren, da ja die Wohnbauvereinigungen von 1422 Millionen Schilling auf 1283 Millionen Schilling gekürzt worden sind. Das heißt, sie bekommen im nächsten Jahr um rund 139 Millionen Schilling weniger. Man muß ja dazusagen, daß die Kostenerhöhungen auch jährlich zirka zwischen fünf bis sechs Prozent liegen. Anhand eines kleinen Zahlenbeispiels kann man ersehen, daß im Jahre 1975 8552 Wohnungen fertiggestellt wurden. Im Jahre 1979 waren es nur mehr 6804. Von 1978 bis 1979 wurden um rund minus 10,6 Prozent weniger Wohnungen in der Steiermark gebaut, wobei im österreichischen Durchschnitt eine Zunahme von rund 2,8 Prozent zu verzeichnen war. Nach der Kopfquotenberechnung stand die Steiermark im Jahr 1977 mit 8,2 Wohnungen pro 1000 Einwohner an zweiter Stelle. 1978 mit 6,4 Wohnungen nur mehr an fünfter Stelle und im Jahr 1979, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit 5,7 Wohnungen an vorletzter Stelle. Der österreichische Durchschnitt lag 1979 bei 7,1 Wohnungen pro 1000 Einwohner.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, anhand dieser Zahlen kann man ersehen, daß es mit unserem sozialen Wohnbau nicht allzu gut steht. Wie uns in der Finanz-Ausschuß-Sitzung von Herrn Hofrat Dr. Nopp berichtet worden ist, warten derzeit 5300 Anträge auf ihre Erledigung. Eine sicherlich sehr beträchtliche und hohe Zahl, und man kann auch damit rechnen, daß sie sich sicherlich in nächster Zeit noch weiter und dementsprechend stark erhöhen wird. Gerade in Landgemeinden ist hier noch ein sehr, sehr großer Nachholbedarf zu verzeichnen. Wenn ich den Bezirk Murau hernehme, so kann man eine große ständige Abwanderung feststellen, nicht nur, weil es fast keine Betriebe in unserem Bezirk gibt, nein, sondern weil man den jungen Menschen keinen Wohnraum zur Verfügung stellen kann. Darum sehe ich meine Befürchtungen darin, daß dieser Trend der Abwanderung in unserem Bezirk dementsprechend weitergeführt werden wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade in den letzten Jahren wurden wesentliche bauliche Verbesserungen im sozialen Wohnbau durchgeführt. Man ist wieder zu einer halbwegs soliden Bauweise zurückgekehrt und man hat dem Schallsowie dem Wärmeschutz eine verstärkte Aufmerksamkeit gegeben. Im Jahre 1978 wurden die Förderungsrichtlinien der Steiermark so ausgestattet, daß die Wärmeschutzgruppe 3 vorhanden sein muß. Der Resolutionsantrag der ÖVP, dem wir beige-

treten sind, sieht vor, daß im sozialen Wohnbau die Wärmeschutzgruppe 4 eingeführt werden soll. Dieser Antrag ist sicherlich sehr positiv zu bewerten, jedoch muß uns eines klar sein, daß diese zusätzlichen Verbesserungen dementsprechende Mittel erfordern beziehungsweise dementsprechende Verteuerungen mit sich bringen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man dies alles zusammenfaßt, so kommt man zum Schluß, daß der Wohnungsbedarf nach wie vor steigt, die Wartezeit immer länger wird, die Kosten auf Grund der Teuerung und Qualitätsverbesserung immer höher werden und die Fördermitteln sinken beziehungsweise sie können absolut nicht Schritt halten. Hier wird man einen Ausweg aus dieser Situation finden müssen. Es wird uns nichts übrig bleiben, als hier neue Wege zu gehen. Die Staatssekretärin Dr. Eypeltauer und auch der Herr Kollege Loidl haben ja hier schon einige solcher Wege aufgezeigt, die sicherlich beachtet und überlegt werden sollten, nämlich, daß die Rückzahlungsraten mit wachsendem Einkommen auch steigen und erhöht werden sollten. Denn die Einkommen der Familien, meine sehr geehrten Damen und Herren, ändern sich im Laufe der Zeit manchmal ganz schön stark. Auch die vorzeitigen Rückzahlungen des Darlehens wären durchaus denkbar. Weiters möchte ich auch sagen, daß eine Zinssenkung — und ich könnte mir vorstellen auf sechs Prozent — absolut in Erwägung gezogen werden könnte. Eine solche Steuerung könnte in dieser Richtung sicherlich von der Nationalbank ermöglicht werden. Diese Wege, meine sehr verehrten Damen und Herren, wären sicherlich jederzeit vertretbar und würden auch in den Rückzahlungen gar nicht so wenig bringen.

Auch müßte das mit 1. Jänner 1980 ins Leben gerufene Prüfungsteam seine Kontrolltätigkeit wesentlich verstärken und bei Unregelmäßigkeiten hart durchgreifen, denn ich glaube, daß viel mehr Personen als vermutet wird, mehrere geförderte Wohnungen besitzen. Auch muß immer wieder festgestellt werden, daß geförderte Wohnungen zu überhöhtem Mietzins an andere Personen weitervermietet werden. Auch hier müßte diese Kontrolltätigkeit eingesetzt werden, denn dies, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist man der steuerzahlenden Bevölkerung schuldig, daß zweckgebundene Steuermittel ordnungsgemäß verwendet werden.

Ich möchte darum gerne den Hohen Landtag ersuchen, daß in gewissen Zeitabständen dem Hohen Landtag hier über diese Kontrolltätigkeiten Bericht erstattet wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man die Ausgabenpost 2470 betrachtet, so kann man aber auch mit Freude feststellen, daß hier eine Erhöhung von 150 auf 400 Millionen Schilling vorgesehen ist. Ich halte es für sehr richtig, daß man gerade den jungen Familien sowie den Familien ab zwei Kindern ein Direktdarlehen zukommen läßt. Gerade die jungen Menschen haben noch den Mut, sich ein Haus zu bauen, jedoch fehlt ihnen in den meisten Fällen das notwendige Geld. Darum kann dieser Ansatz, glaube ich, besonders begrüßt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ausgaben dieser Budgetgruppe sind sicherlich nicht gering und mit 2.647.000.000 Schilling ein wesentlicher Bestandteil des Gesamtbudgets — ich würde sagen, ein sehr notwendiger Bestandteil, denn wir wissen, wie wichtig es ist, daß die Bauwirtschaft eine gute Beschäftigung hat. Gerade der Hochbau beziehungsweise der Wohnbau ist ja besonders material- und arbeitsintensiv und mit ihm lebt nicht nur die Bauwirtschaft, sondern leben viele andere Berufsgruppen beziehungsweise Berufszweige, die von der Ziegelindustrie bis zur Textilindustrie reichen. Darum ist diese Budgetpost nicht nur für den Wohnungswerber von größter Wichtigkeit, sondern auch für die gesamte Wirtschaft in unserer Steiermark. Ich danke schön für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Schaller: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, gerade das Kapitel Wohnbau zeichnet sich eigentlich bei uns immer aus durch einen doch recht weitgehenden Konsens, der sich ja auch praktisch durchschlägt etwa im Wohnbauförderungsbeirat, in der Absprache in wichtigen Fragen zwischen den beiden großen Parteien. Ich glaube, daß auch heute in den beiden Beiträgen, mit denen ich mich doch ganz kurz auch auseinandersetzen möchte, im Prinzip eine Linie erkennbar ist, mit der wir im großen und ganzen übereinstimmen.

Aber vielleicht doch zu einigen Fragen eine differenzierte Stellungnahme. Der Kollege Ofner hat in seiner Jungferrede, die er ja recht beachtlich bewältigt hat, eine Reihe von Fragen angeschnitten, auf die ich doch ganz kurz eingehen möchte. Er hat hier unter anderem gemeint, daß die Mittel zwar etwas größer werden, aber die Anzahl der Wohnungen, die gebaut werden können geringer. Das stimmt nur teilweise. Es stimmt natürlich, daß wir im Vergleich zur Mitte der siebziger Jahre derzeit weniger Wohnungen bauen können, aber das hängt sicher auch damit zusammen, daß wir etwa Mitte der siebziger Jahre sehr beträchtliche Überhöhungen gehabt haben, Vorgriffe, damals ja auch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen, du weißt es, um die Bauwirtschaft wieder anzukurbeln, und daß natürlich diese Vorgriffe als Vergleichsbasis eben nicht ganz stimmen. Aber insoweit ist, glaube ich, der Kollege Ofner ein bißchen inkonsequent, wenn er auf der einen Seite kritisiert, daß weniger Mittel verfügbar sind, und auf der anderen Seite aber sagt, daß wir eigentlich noch mehr im Einfamilienhausbau fördern sollen. Das ist ja mit einer der Zielvorstellungen gewesen, daß wir auch den Einfamilienhausbau, und zwar die Jungfamilien, miteinbeziehen in das Direktdarlehen, und zwar auch aus Gründen der Gerechtigkeit. Wenn man nämlich auf der einen Seite doch im sozialen Wohnbau, im Geschoßbau, heute eine Wohnung im Schnitt fast mit einer Million fördert, und bisher das Einfamilienhaus, unter Um-

ständen mit 120.000 Schilling Zinszuschuß auskommen mußte, ist es ja auch eine Frage der Gerechtigkeit, ob es nicht sinnvoll und richtig ist, auch den Einfamilienhausbauer besser zu fördern. Wir haben es gemacht und ich glaube, es ist auch richtig, daß wir das gemacht haben (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.), weil ja gerade durch diese Förderung die Öffentlichkeit immer noch ungleich weniger belastet wird als etwa im sozialen Wohnbau. Ich mache da keinen Vorwurf daraus, ich möchte nur feststellen, daß uns das Einfamilienhaus 200.000 Schilling Förderungsmittel und der Geschoßbau eine Million kostet. Das sind die Relationen. Ich kann also sicher nicht beides zugleich machen, und ich kann nicht sagen, mehr Geschoßbau und mehr Einfamilienhausbau, wenn ich nicht gleichzeitig auch sage, woher ich die Mittel bekomme. Wir waren uns durchaus auch immer einig mit der steirischen sozialistischen Fraktion, daß der Wohnbau von der Mehrwertsteuer freigestellt werden müßte. Ja, meine Damen und Herren, wenn wir die Mittel, die beispielsweise über die Mehrwertsteuer wieder zum Finanzminister zurückfließen, für den Wohnbau bekommen, dann werden wir beides unter einen Hut bekommen können. Ich glaube, hier wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns auch beim neuen Herrn Finanzminister unterstützen würden, der alte ist, glaube ich, heute schon abgetreten, damit wir dann wirklich auch einmal dort einen Durchbruch erreichen könnten. Ich glaube, wir sollten froh sein, daß gerade der Einfamilienhausbau stärker gefördert werden kann.

Und nun doch auch zu einigen Fragen des Abgeordneten Loidl. Ich glaube, das, was du uns gesagt hast, ist auch insoweit richtig, daß beispielsweise gewisse Posten in der Wohnbauförderung relativ stark gewachsen sind. Am stärksten ist aber nicht die Subjektförderung gewachsen. Am stärksten gewachsen ist — und die Zahlen möchte ich doch auch wieder sagen — der Annuitätzuschuß, der ist ein Bleigewicht, das uns langsam wirklich weitere Förderungen sehr schwer möglich macht. Er hat im Jahre 1975 24 Millionen Schilling ausgemacht und wird im Jahre 1981 250 Millionen Schilling ausmachen, und wenn wir auf dem Gebiet nichts tun, werden wir im Jahre 1985 bereits bei 320 Millionen Schilling sein.

Ich möchte einen zweiten Posten nennen, der uns natürlich auch sehr stark belastet, der aber auch keine reine Subjektförderung ist, das ist beispielsweise das Eigenmitteldarlehen. Bitte sehr, hier ist es sicher auch so, daß praktisch die Posten sehr stark gestiegen sind und natürlich auch etwas unsere Förderungsmöglichkeiten einengen. Aber auch da muß ich dazu sagen, gerade diese beiden Geschichten sind Erfindungen der sozialistischen Regierung gewesen. Wenn man nämlich das Wohnbauförderungsgesetz 1968 in diesen Punkten belassen hätte, dann wäre beispielsweise die seinerzeitige Stoßrichtung, nämlich die Verstärkung der Subjektförderung, geblieben, aber so hat sich das wegentwickelt von der Subjektförderung hin zu einer Objektförderung, und da bin ich mit dir durchaus einer Meinung, daß wir uns das sehr genau überlegen müssen, ob wir das noch weiter-

finanzieren werden können. Ich frage auch, wie sozial ein System ist, wenn ich beispielsweise mit dem Direktdarlehen 60 Prozent fördere und den Annuitätzuschuß dazu, der unabhängig vom Einkommen der Förderungswürdigkeit gegeben wird — und da würden sogar noch wir hineinfallen, glaube ich, und zwar in der vollen Länge. Das sind Kosten, die uns belasten, aber die reine Subjektförderung, ich glaube, die vernünftiger ist, dort stehen wir immer noch bei 100 Millionen. Wenn Sie vergleichen, daß wir im Jahr zwei Milliarden Wohnbauförderungsmittel haben, sind das fünf Prozent. Also, die reine Subjektförderung über die Wohnbeihilfe ist echt eine Geschichte, die meinem Gefühl nach durchaus noch ausbaufähig wäre, wenn es uns gelingt, etwa den Annuitätzuschuß in diese Richtung hin umzufunktionieren.

Nun kommt natürlich ein Zweites dazu: Die Baukosten sind nicht zuletzt auch deshalb so explodiert, weil die ganze Zinsgeschichte so stark in Bewegung geraten ist. Heidinger wird ja dazu noch etwas sagen. Schauen Sie, wenn ich auf der einen Seite das Zinsniveau so stark anhebe oder so stark steigen lasse und auf der anderen Seite aber die Prämie bei der Bausparkasse kürze, dann enge ich meinen Spielraum bei der Bausparkasse ein und bin dann gar nicht mehr in der Lage, diese Mittel auch für den sozialen Wohnbau verfügbar zu machen. Ich glaube, wir sollten uns in diesen Fragen wirklich sehr überlegen — es steht ja eine Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes vor der Tür —, ob man nicht das Eigenmitteldarlehen stärker an eine Einkommensgeschichte binden sollte. Aber bitte, auch hier muß man anpassen, daß man nicht wieder in die verkehrte Richtung geht. Ich weiß nicht, ob ich die Frau Dr. Eypeltauer richtig verstanden habe, aber wenn das stimmt, was ich gehört habe — ich habe sie zwar nicht direkt gehört —, daß beispielsweise bei der Gewährung des Eigenmitteldarlehens das Einkommen ständig überprüft werden muß, dann ist das ein bürokratischer Aufwand, der uns wahrscheinlich im Endeffekt mehr kostet und nichts bringt. Ich glaube, da sollte man lieber sagen, gehen wir eine ähnliche Richtung wie bei der Wohnbeihilfe, begrenzen wir sie etwa auf die angemessene Gesamtfläche beziehungsweise gehen wir von den 20 Jahren zurück auf 10 Jahre, was sicher zweckmäßig wäre, denn 20 Jahre zinsloses Geld ist heute nämlich nicht mehr vertretbar.

Eine Geschichte möchte ich doch auch noch kurz erwähnen: Es ist — und da sind wir durchaus einer Meinung und ich will auch hier keinen Vaterschaftsprozess anstreben, das haben wir nie benötigt — auf die Frage der Kontrolle hingewiesen worden. In dem 1978 vorgelegten Papier — die meisten werden es vom Modell Steiermark kennen — haben wir damals in unserem Arbeitskreis die Forderung hineingenommen, genau zu überprüfen, wie weit einzelne mehrere Wohnungen besitzen. Das ist auch absolut im Widerspruch zum Wohnbauförderungsgesetz. Gott sei Dank hat sich die Rechtsabteilung 14 dieses Themas angenommen und wirklich ernstlich mit der Prüfung begonnen. Es ist also so, daß das, was ich im Juni im Rah-

men einer Pressekonferenz damals der Öffentlichkeit sagen könnte, zwar nicht ganz so stimmt. Damals hat das Institut für Umweltforschung eine Testserie gemacht, die Zahlen um die 10 bis 20 Prozent Mißbrauch ergeben hat. Die Rechtsabteilung 14 hat bereits 950 Wohnungen überprüft, und davon wurden bei 36 Wohnungen die Darlehen aufgekündigt, weil sie widmungswidrig verwendet wurden, weil sie Mehrfachbesitz gewesen sind. Weitere 110 Wohnungen kommen noch zur näheren Überprüfung, wobei wahrscheinlich auch dort noch ein Teil — ich weiß nicht wieviel, ob es die Hälfte ist oder mehr oder weniger — gekündigt werden dürfte, so daß man annehmen kann, daß man wahrscheinlich in eine Größenordnung um die 10 Prozent kommt. Bei diesem Thema ist es wirklich wichtig, daß es aufgegriffen wird. Wenn Sie überlegen, daß von 36 Wohnungen immerhin bereits sieben Millionen Schilling von widmungswidrig verwendeten Mitteln wiederum zurückfließen, so ist hier wirklich ein Ansatz geschaffen worden, der richtig ist, und wo man weiter vorstoßen wird müssen.

Vielleicht bleiben wir gleich beim Problem der Kontrolle. Meine Damen und Herren, wir haben seinerzeit auf Grund der Vorkommnisse in der GWS und bei der Ennstaler „Neuen Heimat“ einen Antrag auf Einrichtung einer Kommission gestellt, die dann ja auch konstituiert worden ist, die sogenannte Riebenbauerkommission. Es haben alle Parteien und andere Experten hier mitgearbeitet. Diese Riebenbauerkommission hat ja auch dem Landtag einen Bericht vorgelegt — also die Rechtsabteilung 14 über die Riebenbauerkommission —, und dort sind eine Reihe von Vorschlägen drinnen, wie Kontrolle unter anderem auch möglich sein sollte. Ich glaube, daß auch dort zum Durchbruch gekommen ist, daß die Kontrolle hinsichtlich irgendwelcher Unregelmäßigkeiten wahrscheinlich immer nur stichprobenartig erfolgen kann, weil es gar nicht möglich ist, jeden Bau von der Rechtsabteilung 14 mehr oder minder über die Abrechnung hinaus auch noch in diese Richtung hin zu überprüfen. Aber eines ist damals auch ganz klar herausgekommen, und zwar, daß die beste Kontrolle im Wohnbau doch darin besteht, daß die künftigen Bewohner in möglichst früher Phase eingeschaltet werden, daß sie sich mehr oder minder dafür interessieren, daß sie sich beteiligen. Sehen Sie, auch dort haben wir, gerade über unser Modell Steiermark, sehr konkrete Vorschläge vorgelegt. Zum Beispiel die Beteiligung in einer so frühen Phase, daß erstens einmal nach Möglichkeit ein Förderungsprojekt überhaupt erst dann bewilligt wird, wenn mindestens die Hälfte der künftigen Bewohner festliegt — das wäre ein solcher Weg — und wenn diese künftigen Wohnungseigentümer sich zusammengeschlossen und eine Interessensvertretung gegründet haben. Eine solche Interessensvertretung könnte dann in alle Phasen miteingeschaltet werden, könnte mitverantworten, könnte den ganzen Bauablauf mitkontrollieren und könnte damit erreichen, daß eben auch über Zwischenkontrollen jeweils klargestellt ist, wie sich die Kostenseite entwickelt und daß sie in diesen gan-

zen Bauablauf überhaupt miteingebunden ist. Wir wissen schon, daß die Beteiligung wahrscheinlich an gewisse Voraussetzungen gebunden ist, das heißt, Beteiligung ist in einem Großprojekt mit 500 Wohnungen wahrscheinlich nicht möglich, weil dort meist überhaupt nicht klar ist, wer wirklich einzieht, und weil bei 500 Wohnungen — wir haben ja einige leidvolle Erfahrungen — überhaupt niemand mehr noch einen Überblick hat, siehe Sankt Peter.

Gerade aus der an sich sehr erwünschten Forderung heraus, daß Beteiligung im weitestgehenden Maß auch im sozialen Wohnbau durchgezogen wird — im Einfamilienhaus ist die Beteiligung hundertprozentig, auch im verdichteten Flachbau, kann man heute sagen, ist sie optimal gelöst, aber nicht gelöst ist sie im sozialen Wohnbau, im Geschosßbau —, kann man durchaus einige Voraussetzungen ableiten.

1. Wir müssen dazu kommen, kleinere Vorhaben zu fördern, wobei wahrscheinlich eine Obergrenze bei 50 Wohneinheiten ist. Das hat aber auch eine zweite sehr positive Seite, daß solche kleinere Vorhaben überschaubar sind. Das sind dann Wohngemeinschaften, wo noch einer den anderen kennt, wo noch die Verwaltung selbst gemacht werden kann, wo sich die Leute dafür noch persönlich engagieren und interessieren. Das wäre eine Forderung. Das heißt, wir sollten überhaupt dazu kommen, Großprojekte von der Förderung auszuschließen.

2. Eine weitere Voraussetzung wäre — eben was ich früher gesagt habe —, die Förderung an das Vorhandensein von Interessensvertretungen zu binden, und zwar in einem sehr frühen Ausmaß.

3. Das könnte sein, daß wir eben diesen Interessensgemeinschaften gewisse Mitentscheidungsmöglichkeiten geben. Daß sie beispielsweise bei der Vergabe von Aufträgen mitbestimmen, daß sie die Möglichkeit haben, in die Abrechnungen Einsicht zu nehmen. Ich weiß, daß das lauter Forderungen sind, die von den Wohnbauträgern mit sehr viel Skepsis aufgenommen werden.

Aber ich kann sagen, daß es hier durchaus erfreuliche Beispiele gibt, auch von Wohnbaugenossenschaften, die es jetzt schon machen. Ich kann Ihnen eines sagen, wir haben auch im Rahmen des Modells Steiermark einen derartigen Versuch gemacht, Beteiligung im sozialen Wohnbau einmal nicht nur zu diskutieren, geredet worden ist schon sehr viel, sondern wir haben so einen Fall von der Picke her aufgezo-gen, und zwar in Hartmannsdorf. Wir haben einen Wettbewerb ausgeschrieben, und es haben sich 22 Architekten, und zwar gute Architekten, beteiligt. Die Ergebnisse dieses Beteiligungsvorhabens — das war ein reines Beteiligungsvorhaben — waren außerordentlich gut. Sie können sie übrigens auch anschauen, sie sind im Josef-Krainer-Haus ausgestellt, weil wir sie auch der Öffentlichkeit, den Wohnbauträgern und den Architekten zugänglich machen wollten. Eines war wirklich interessant — ich bin selbst in der Jury gesessen —, mit welchem Engagement, aber auch

mit welcher Fach- und Sachkenntnis die künftigen Bewohner dort miteingestiegen sind. Am Anfang haben sich die Dinge eher noch um die Garagen gedreht, um nebensächliche Dinge, je länger wir aber gesprochen und diskutiert haben, umso intensiver sind sie in die Qualitätsprobleme eingestiegen.

Es war in hohem Maße erfreulich, daß in der zweiten Phase der Beurteilung — in der ersten Phase waren noch die Fachleute in der Mehrzahl, die aus den 22 Projekten fünf ausgewählt haben — die künftigen Bewerber von sich aus bestimmt haben, welches Projekt gebaut wird. Und da hat sich eines gezeigt: Dort, wo diese Gesprächsbasis zwischen den künftigen Bewohnern einerseits und der Genossenschaft und den künftigen Planern da ist, kann das ein überaus fruchtbarer Prozeß werden. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, dort habe ich überhaupt keine Sorge, daß irgend etwas passiert, weder von der Kostenseite her noch sonst irgendwelche Unregelmäßigkeiten, weil die Leute voll engagiert sind, weil sie voll hineinsteigen und weil sie sich selbst interessieren. Ich bin überzeugt, daß die Bewohner einer solchen Siedlung dann eine ganz andere Einstellung, ein ganz anderes Verhältnis haben zu diesem sozialen Wohnbau wie jetzt, wo sie jetzt hingehen und sich mehr oder minder eine Wohnung vielleicht von der Stange kaufen. Nun, ich bin auch kein Illusionist. Mir ist schon klar, daß wir alle zusammen lernen müssen. Das ist mir auch dort klar gewesen, daß so etwas in einem kleineren, überschaubaren Bereich leichter ist und sicher schwieriger wird, wenn das Projekt größer wird. Aber für mich wirklich überzeugend war die Tatsache, daß Beteiligung möglich ist, und zwar nicht nur mit den sogenannten Oberschichten, Architekten, Juristen, sondern auch mit dem sogenannten kleinen Mann. Da war dort eine Bedienerin dabei, zwei Arbeiterfamilien, Lehrer, die sind voll eingestiegen. Möglich ist es, wenn man sich in diese Richtung hin engagiert, und dort, glaube ich, könnte ich mir vorstellen, liegt auch eine Chance für unseren Wohnbau in Zukunft.

Nun, ich komme zum letzten Punkt, zur Frage der Qualität. Es ist auch heute etwas gesagt worden über die Einführung der Wärmeschutzgruppe 4. Der Antrag ist von uns. Kollege Ofner, hier muß man folgendes dazu sagen: Das wird uns gar nicht viel mehr kosten als jetzt, weil bereits 80 bis 90 Prozent der Wohnbauten, die jetzt bewilligt werden, die Wärmeschutzgruppe 4 bauen, und zwar auf Grund dieser Prämie von zwei Prozent, die wir ihnen dafür eingeräumt haben. Es geht eher darum, daß wir hier einfach diese Wärmeschutzgruppe 4 verpflichtend vorschreiben. Wenn ich jetzt volkswirtschaftlich denke, muß ich sagen, was vielleicht hier an Mehrkosten ist, kommt bei den heutigen Energiekosten sehr schnell herein, weil die Wärmeschutzgruppe 4 uns sehr viel an Heizkosten erspart. Ich glaube, das ist auch etwas, was wir anstreben müssen. In der Qualitätsfrage haben wir recht viel erreicht und hier muß ich wieder sagen: Der Wohnbauförderungsbeirat leistet dazu einen sehr wichtigen Beitrag neben den Ini-

tiativen, die von der Rechtsabteilung 14 ausgehen. Ich denke daran, daß wir dort — wenn auch nicht sehr einfach — etwa die Frage der Standortqualität durchgesetzt haben, daß eben die Qualität der Umwelt miteinbezogen werden muß in die Beurteilung der Förderungswürdigkeit. Da gibt es sehr harte Konflikte. Aber hier hat sich sehr viel geändert. Die Genossenschaften haben sich darauf eingestellt und sind heute so weit, daß sie Baugründe, bevor sie sie kaufen, begutachten lassen von der Raumplanungsabteilung, von den Lärmschutzspezialisten, ob sie überhaupt später die Genehmigung bekommen. Eine durchaus gute Entwicklung. Ich möchte hier in diesem Zusammenhang den Schall- und Wärmeschutz erwähnen. Hier haben wir einen Durchbruch erreicht. Es ist gelungen, auch die Qualität in der Planung anzuheben, dadurch, daß wir jetzt die Kosten für die Planung in den Richtlinien aufgeschlüsselt haben, die Architektenkosten, Planung, Bauleitung.

Eines, was, glaube ich, ganz wichtig ist, eine Initiative, die jetzt von der Rechtsabteilung 14 ausgeht: Die Wohnbaugenossenschaften werden angehalten zu melden, wer die Bauleitung macht, denn gerade die Bauleitung ist entscheidend für die Qualität. Wir wissen, daß dort vielleicht der schwächste Punkt ist, wenn die Bauleitung funktioniert, kann man durchaus annehmen, daß dann auch jene Voraussetzungen eingehalten werden, die notwendig sind; und hier muß ich ganz ehrlich sagen, gibt es noch gewisse Schwachpunkte, daß manche Bauleiter acht, zehn und mehr Baustellen haben und vielleicht einmal in der Woche hinkommen und nicht in der Lage sind, hier entscheidend zu verbessern.

Als letztes möchte ich sagen: Wir haben mit der Neubesetzung des Wohnbauförderungsbeitrages eine durchaus gute Entwicklung dadurch eingeleitet, daß wir einerseits im Sinne der Unvereinbarkeit nunmehr keine Genossenschaftsvertreter mehr drinnen haben, die mehr oder minder Partei sind in einer solchen Frage, aber auf der anderen Seite Fachleute hineinbekommen haben. Ich nenne auf unserer Seite den Architekten Schöller oder den Baudirektor von Leoben, die uns deshalb sehr viel helfen, weil wir beispielsweise etwa in der Beurteilung von Grundrissen nunmehr einen Katalog von Positiv- und Negativkriterien ausgearbeitet haben, die wir dann in die Richtlinien miteinbauen möchten, so daß man eigentlich sagen kann, es ist hier in einer konstruktiven Arbeit einiges erreicht worden.

Nun, ich bin schon am Ende. Ich wollte nur eines sagen, weil in der Gruppe 4 auch das ganze Kapitel „Soziales“ drinnen ist. Wir haben nächstes Jahr das Jahr der Behinderten. Wir haben auch von der Wohnbauförderung hier einen Beitrag für das Jahr der Behinderten. Im letzten Beirat ist ein Antrag der Rechtsabteilung 14 positiv begutachtet worden, daß in Zukunft bei allen Bauvorhaben mit mehr als zwei Wohnungen, wenn ein Bedarf gegeben ist, auch Behindertenwohnungen mitgebaut werden müssen. Ich glaube, daß das eine sehr menschliche Geschichte ist, weil wir diesen Menschen damit auch manches erleichtern können.